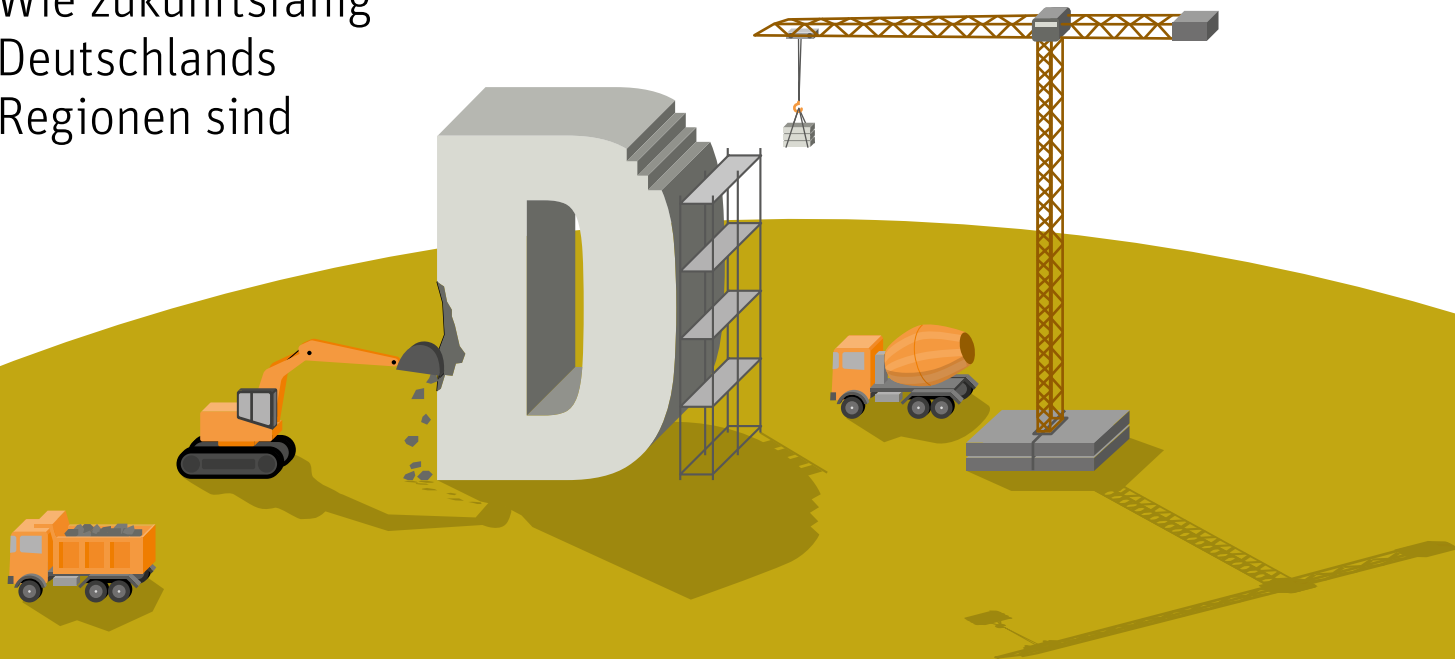


Die demografische Lage der Nation

Wie zukunftsfähig
Deutschlands
Regionen sind



... auf +++ anhaltender Zuzug in die Städte +++ Frauen bekommen wieder etwas mehr Kinder +++ süddeutsche Kreise weiterhin an der Spitze +++ neue
... peripherie verliert den Nachwuchs +++ Leipzig wächst am stärksten +++ Alterung verteuert Sozialsysteme +++ Erfolg ländlicher Regionen hängt am Engag

Über das Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten.

In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf.

Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut erhält keinerlei öffentliche institutionelle Unterstützung. Projektförderungen, Forschungsaufträge, Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts. Das Berlin-Institut ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zustiftungen sind steuerlich absetzbar.

Im Förderkreis des Berlin-Instituts kommen interessierte und engagierte Privatpersonen, Unternehmen und Stiftungen zusammen, die bereit sind, das Berlin-Institut ideell und finanziell zu unterstützen. Informationen zum Förderkreis finden Sie unter <http://www.berlin-institut.org/foerderkreis-des-berlin-instituts.html>

Bankverbindung:
Bankhaus Hallbaum
IBAN DE50 2506 0180 0020 2864 07
BIC/SWIFT HALLDE2H

Nürnberg Institut für Marktentscheidungen e.V. *Gründer und Ankeraktionär der GfK SE*

Das Nürnberg Institut für Marktentscheidungen (zuvor „GfK Verein“) ist ein nichtkommerzielles und interdisziplinäres Institut zur Erforschung von Konsum- und Marktentscheidungen und Ankeraktionär der GfK SE. An der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis erforscht das NIM, wie sich Marktentscheidungen auf Basis neuer Trends, neuer Technologien und neuer Informationsquellen voraussichtlich ändern werden. Ziel ist es, sowohl die Entscheidungen von Verbrauchern als auch die Entscheidungen von Marketingverantwortlichen besser zu verstehen und durch dieses Wissen auch dazu beizutragen, die Qualität von Marktentscheidungen zu steigern.

Das Institut pflegt den Dialog und die Zusammenarbeit mit Experten aus Wissenschaft und Praxis, mit Innovatoren und Start-Ups, die am Thema Marktentscheidungen und Market Insights ein spezielles Interesse haben. Die Ergebnisse seiner Forschung teilt und diskutiert das Nürnberg Institut für Marktentscheidungen durch Publikationen, Konferenzen und Vorträge mit seinen Mitgliedern, Interessenten und der fachlichen Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter www.nim.org



Die demografische Lage der Nation

Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind

Impressum

Originalausgabe
April 2019

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Herausgegeben von
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon: (030) 22 32 48 45
Telefax: (030) 22 32 48 46
E-Mail: info@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei Facebook und Twitter (@berlin_institut).

Autoren:
Manuel Slupina, Susanne Dähler, Lena Reibstein, Julia Amberger, Frederik Sixtus, Jennifer Grunwald, Reiner Klingholz

Datenbank und Dokumentation:
Theresa Damm, Lena Reibstein

Regional-Prognose:
CIMA Institut für Regionalwirtschaft,
www.cima.de/Regionalwirtschaft
Ansprechperson: Fabian Böttcher
Für detaillierte Regionalprognosen steht die CIMA als Ansprechpartner zur Verfügung.

Gestaltung: Jörg Scholz (www.traktorimnetz.de)

Druck: Laserline Berlin

Der überwiegende Teil der thematischen Landkarten wurde auf Grundlage des Programms EasyMap der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn, erstellt.

Die Studie wurde gefördert vom Nürnberg Institut für Marktentscheidungen. Des Weiteren dankt das Berlin-Institut der Körber-Stiftung, der Investitionsbank Berlin und seinem Förderkreis für die Unterstützung des Projektes.

ISBN: 978-3-946332-45-9

Die Hauptautoren:

Manuel Slupina, 1979, Diplom in Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln. Ressortleiter Demografie Deutschland am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Susanne Dähler, 1976, Diplom in Geographie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Lena Reibstein, 1992, Master of Science in Economic Growth, Population and Development an der Universität Lund. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Dr. Reiner Klingholz, 1953, Promotion im Fachbereich Chemie an der Universität Hamburg, Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung.

INHALT

VORWORT	4
GESAMTBEWERTUNG	6
BEVÖLKERUNGSPROGNOSE	14
DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE	22
1. ZUWANDERUNG UND INTEGRATION	22
2. TEILHABECHANCEN UND ENGAGEMENT	25
3. FAMILIENPOLITIK UND KINDERZAHLEN	28
4. ALTERUNG UND SOZIALSYSTEME	30
5. GESUNDHEIT UND PFLEGE	34
6. ARBEITSMARKT UND BESCHÄFTIGUNG	37
7. DIGITALISIERUNG	40
DIE ENTWICKLUNG DER BUNDESLÄNDER	42
SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HAMBURG	42
NIEDERSACHSEN UND BREMEN	46
MECKLENBURG-VORPOMMERN	50
BRANDENBURG UND BERLIN	53
SACHSEN	57
THÜRINGEN	60
SACHSEN-ANHALT	63
NORDRHEIN-WESTFALEN	66
RHEINLAND-PFALZ UND SAARLAND	70
HESSEN	74
BADEN-WÜRTTEMBERG	77
BAYERN	81
WIE AUS DATEN BEWERTUNGEN WERDEN	87
QUELLEN	93

DIE BEVÖLKERUNGSPROGNOSE FÜR DEUTSCHLAND IST SO INTERESSANT WIE BRISANT

Dies ist seit 2004 unsere vierte Auflage der „Demografischen Lage der Nation“. Die Studie ermittelt, wie gut Deutschlands Regionen für die Zukunft aufgestellt sind. In der ersten Untersuchung ging es vor allem um die erheblichen Verwerfungen zwischen Ost und West in den Jahren nach der Wiedervereinigung und um die Befürchtung, dass Deutschlands Bevölkerung bis 2050 um rund zehn Millionen Einwohner schrumpfen könnte.

Der Sinn von Vorhersagen dieser Art liegt weniger darin, die Zukunft möglichst genau zu prognostizieren, als vielmehr ein Szenario zu skizzieren, das der Politik die Folgen eines „Weiter so“ aufzeigt und damit auch einen Handlungsbedarf beziehungsweise -spielraum. Ziel derartiger Studien ist es, Empfehlungen zu geben, mit welchen Mitteln sich die Zukunft (zumindest teilweise) gestalten lässt, beziehungsweise wie schädliche Entwicklungen abzuwenden sind. Unter unseren Empfehlungen von 2004 waren beispielsweise eine bessere Familienpolitik mit dem Ziel, die Kinderzahlen etwas zu steigern, und eine gesteuerte Einwanderung, um den natürlichen Bevölkerungsschwund auszugleichen und einem Fachkräftemangel vorzubeugen.

Nun haben sich seither tatsächlich die Geburtenziffern leicht erhöht und die Zuwanderung war stärker, als irgendjemand erwarten konnte. Ob dahinter jeweils ein politischer Wille oder gar ein Programm stand, lässt sich schwer beantworten. Sicher aber ist, dass Deutschlands Bevölkerung seit 2004 nicht geschrumpft, sondern sogar leicht gewachsen ist und dass auch in den kommenden Jahren kein Rückgang zu erwarten ist.

Auch die enormen regionalen Unterschiede in der demografischen Entwicklung zwischen Ost und West sind zum Teil verflogen. Stand Ostdeutschland 2004 noch unter dem Eindruck von 1,8 Millionen nach der Wende Abgewanderten und dem massiven Einbruch der Geburtenziffern in den 1990ern, so verliert der Osten heute im Saldo keine Menschen mehr Richtung Westen. Und die Kinderzahlen je Frau liegen wieder über Westniveau, ähnlich wie es zu DDR-Zeiten gewesen war. Diese Trendwende ist sicher auch ein Erfolg der Zwei-Brillionen-Euro-Förderung im Rahmen des Aufbaus Ost, die zumindest punktuell für blühende Landschaften gesorgt hat und das Gebiet zwischen Ostsee und Erzgebirge vielerorts erheblich aufgewertet hat.

Doch mit diesen Verbesserungen ist der demografische Wandel nicht aus der Welt. Dass sich die Gesamtbevölkerung Deutschlands vor allem dank der starken Zuwanderung stabilisiert hat, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die eigentlichen Herausforderungen des Wandels unmittelbar bevorstehen. Diese betreffen sowohl das ganze Land, etwa in der Frage, wie sich die alternde Gesellschaft finanzieren lässt, als auch die Regionen, die auf sehr unterschiedliche Weise mit Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur zu kämpfen haben.

Um die Herausforderungen besser verstehen zu können, erstellt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, eine dem Bundesinnenministerium nachgeordnete Behörde, regelmäßig im Abstand von drei Jahren regionale Bevölkerungsvorhersagen. Diese sogenannten Raumordnungsprognosen haben wir in der Vergangenheit stets für unsere Studien genutzt. Doch die letzte dieser Prognosen stammt aus dem Jahr 2015. Derzeit fehlt eine aktuelle Planungsgrundlage für Kommunen und Bundesländer. Und das in einer Zeit, da

sich die geburtenstarken Jahrgänge langsam ins Rentenalter verabschieden, viele der attraktiven Städte einen enormen Zulauf an neuen Mitbürgern verzeichnen, entlegene Landstriche aber zusehends veröden.

Warum diese Prognose seit Jahren aussteht, ist unbekannt. Eine offizielle Verlautbarung dazu gibt es nicht. Der Blick in die Zukunft wäre aber extrem wichtig angesichts der neuen Debatte um die Heimat und um eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, Themen, die jeweils das Bundesinnenministerium verantwortet. Auch im Vorfeld der Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen, in Bundesländern also, in denen der demografische Wandel besonders starke Auswirkungen zeigt, wäre es hilfreich zu wissen, wie sich wo die Bevölkerungszahlen verändern und wie die Politik damit umzugehen gedenkt. Schließlich wollen die Menschen wissen, wie es um ihre Regionen bestellt ist und ob sie sich mittelfristig besser einen anderen Wohnort suchen.

Deshalb hat das Berlin-Institut gemeinsam mit dem CIMA Institut für Regionalwirtschaft in Hannover eine eigene regionale Bevölkerungsprognose erarbeitet, die als Grundlage für diese Studie dient. Sie blickt bis ins Jahr 2035. Das ist ein relativ kurzer Prognosezeitraum, der aber eine relativ hohe Prognose-sicherheit erlaubt. Die Ergebnisse sind so interessant wie brisant.

Die vorliegende Prognose verdeutlicht die Entwicklungen, die seit rund 30 Jahren, also seit der Wende, angelegt waren: Weil erstens die Geburtenziffern Ost in den 1990er Jahren auf ein historisches Tief gefallen waren,

fehlt es heute an Studierenden, an jungen Fachkräften für den Arbeitsmarkt und an potenziellen Familiengründern. Weil zweitens in den wirtschaftlichen Umbrüchen der Nachwendezeit 1,8 Millionen Menschen aus dem Osten dem Ruf „Go West“ gefolgt sind, tendenziell vom Typ jung, gut qualifiziert und weiblich, ist eine demografische Lücke entstanden, die sich im Nachhinein nicht mehr füllen lässt. Geburteneinbruch und Abwanderung haben zudem einen demografischen Echoeffekt, so dass Alterung wie auch Bevölkerungsschwund in bestimmten Regionen des Ostens ein extremes Ausmaß erreichen werden. Hinzu kommt, dass durch den allgemeinen Aufschwung Ost durchweg die größeren Städte – von Berlin über Leipzig und Dresden bis nach Erfurt und Jena – profitiert haben, aber weniger zentral gelegene kleinere Städte und der ländliche Raum verlieren. Für letzteren gilt das vor allem dann, wenn er ohnehin schon dünn besiedelt ist und jenseits der Pendeldistanz zu attraktiven Arbeitsplätzen liegt.

Ausgerechnet jene Gebiete der Republik, die oft heute schon als „abgehängt“ bezeichnet werden und als Brutplätze für populistische Parteien gelten, werden es in Zukunft noch viel schwerer haben. Für diese Regionen gibt es bislang kaum Konzepte, wie sie ihre Daseinsvorsorge regeln könnten oder wie sie wiederzubeleben wären. Vielleicht ist das sogar schwierig bis unmöglich. So hat jüngst das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle, das einzige Institut für Wirtschaftsforschung im Osten, nach einer Analyse empfohlen, in den ostdeutschen Ländern bevorzugt Städte und Ballungsräume zu unterstützen und auf dem Land nicht „auf Teufel komm raus Arbeitsplätze zu erhalten“. Zudem sei auf dem Land Bildung zu fördern, was erfahrungsgemäß die Abwanderung noch verstärkt. Im Klartext bedeutet diese rein ökonomisch begründete Empfehlung: Beschränkt Euch auf das Wesentliche und fördert nur, was auch etwas bringt.

Sicher ist, dass weder der Begriff der Heimat noch Geld allein demografisch schwer angeschlagene Gebiete auf den Wachstumspfad zurückführen können. Dort ist es sinnvoller, das Schrumpfen zu gestalten und die Versorgung der meist schon stark gealterten Restbevölkerung zu sichern. Die Politik sollte sich vor falschen Versprechungen hüten, denn wo sich keine Gleichwertigkeit erreichen lässt (die ohnehin kein Politiker definieren wird, weil sie dann einklagbar würde), können aus Versprechungen nur Enttäuschungen werden. Der Frust gegen die Politik „von oben“ und der Zulauf zu populistischen Parteien würden sich dadurch noch verstärken.

Dies ist kein Thema, das auf Ostdeutschland beschränkt ist. Diese Regionen sind nur als Pioniere im demografischen Wandel zu verstehen, denn auch im Westen gibt es längst vergleichbare Gebiete, die auf Konzepte warten, wie man den Wandel zwar nicht rückgängig machen, aber mit ihm leben kann.

Zum konstruktiven Umgang mit dem demografischen Wandel gehören eine nüchterne Analyse, das Akzeptieren unverrückbarer Entwicklungen, Ziele, die sich mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten erreichen lassen, sowie neue, unkonventionelle Ideen zur Daseinsvorsorge, die es bis dato schwer haben, sich im Bürokratie-Dschungel der Republik zu entfalten.

Die vorliegende Studie liefert Daten und Fakten, die eine gesellschaftliche Diskussion zu diesen zugegeben komplexen Themen erleichtern sollen.

Berlin, im April 2019

Reiner Klingholz
Direktor
Berlin-Institut für Bevölkerung
und Entwicklung

GESAMTBEWERTUNG

Land der Vielfalt, nicht der Gleichwertigkeit

Ob eine Region für Menschen aller Altersklassen attraktiv ist und die Grundlage für ein gutes gesellschaftliches Zusammenleben bietet, hängt von vielen Faktoren ab. Von Vorteil sind ein wirtschaftliches Umfeld, das ausreichend und möglichst hochwertige, gut bezahlte Jobs bietet, sowie eine kommunale Verwaltung, die finanzielle Mittel und organisatorische Fähigkeiten besitzt, um die notwendigen Infrastrukturen und Dienstleistungen bereitzustellen. Bürgerinnen und Bürger brauchen Betreuungsmöglichkeiten für die Kleinen, gute Schulen, Unterstützungsdienste für die Älteren, Mobilitäts- und Freizeitangebote und so weiter. Unternehmen benötigen gut qualifizierte Fachkräfte, um im Wettbewerb bestehen zu können.

All diese Rahmenbedingungen bestimmen, wie gut die Regionen für die Zukunft aufgestellt sind, ob sie wirtschaftlich bestehen und demografisch stabil bleiben können. Die vorliegende Studie untersucht, wie schon ihre Vorgänger aus den Jahren 2003, 2006 und 2011, wo in Deutschland, genau gesagt, in welchen 401 Kreisen und kreisfreien Städten dies am besten gelingt und wo Probleme bestehen, beziehungsweise sich abzeichnen. Um die „Zukunftsfähigkeit“ der Regionen vergleichbar zu bewerten, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 21 Indikatoren ausgewählt – aus den Bereichen Demografie, Wirtschaft, Bildung und Familienfreundlichkeit (mehr zu den Indikatoren im Methodenkapitel, Seite 87) – und in einem Index gebündelt. Für die Bewertung der einzelnen Indikatoren wurden Schulnoten vergeben, aus denen sich dann die Gesamtnote der einzelnen Kreise zusammensetzt. Die

Gesamtwertung spiegelt den Wettbewerb der Regionen wider, denn vor allem erfolgreiche Wirtschaftsstandorte ziehen gut ausgebildete Menschen an, die den Kommunen Steuer- und Gebühreneinnahmen garantieren, womit sie wiederum ihre Attraktivität erhalten beziehungsweise verbessern können. Umgekehrt leiden strukturschwache Regionen unter einem Fortzug vor allem junger und qualifizierter Menschen und können leicht in einen Abwärtsstrudel aus Bevölkerungsschwund, finanziellen Problemen und erodierenden Versorgungsmöglichkeiten geraten.

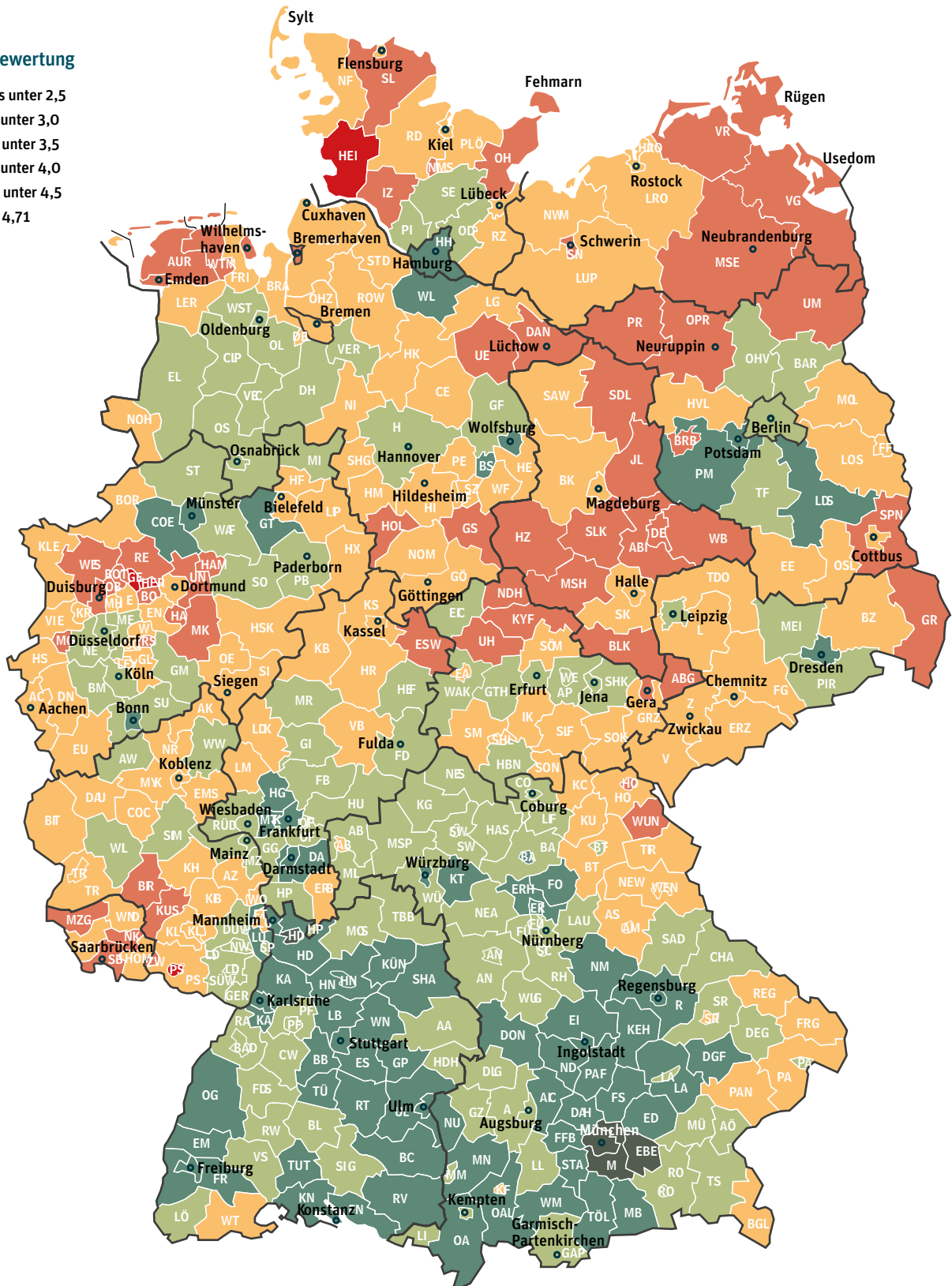
Das Ranking in Sachen Zukunftsfähigkeit soll keine Gewinner hochjubeln und keine Verlierer abstempeln, sondern den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten ihrer Regionen geben. Politik kann nicht nach dem Wünsch-dir-was-Prinzip betrieben werden, sondern nur im Rahmen der tatsächlichen Potenziale handeln. Nicht jeder Kreis kann seinen Bewohnern ein Einkommen wie im Landkreis Starnberg ermöglichen, nicht überall gibt es so wenige Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger wie in den bayerischen Landkreisen Eichstätt, Pfaffenhofen an der Ilm oder Regensburg und in wenigen Kreisen haben die Beschäftigten eine so hohe Qualifikation wie in Erlangen, München oder Jena. Aber überall in Deutschland sollten die Menschen mit grundsätzlichen Dienstleistungen versorgt werden und vergleichbare Chancen bekommen, ihr Humanvermögen zu entwickeln – unabhängig davon, wo sie es später einsetzen. Insofern zeigen die Ergebnisse dieser Studie auch, wo Ausgleichs- und Förderprogramme die Regionen voranbringen können beziehungsweise wo derartige Mittel kaum effizient und sinnvoll einzusetzen sind, weil sich durch die Fördermittel gar keine Verbesserung der Lage erreichen lässt.

Der Süden bleibt vorn

Deutschlands Regionen sind, aus geografischen, historischen und wirtschaftlichen Gründen, sehr unterschiedlich entwickelt. Die Politik wünscht sich zwar eine „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“, doch die Realität zeigt, dass wir es eher mit einer Vielfalt der Lebensbedingungen zu tun haben. Das zeigt sich auch in den Gesamtnoten aus unserem Index, die von 2,32 für die bayerische Landeshauptstadt München bis 4,71 für die Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen reichen. Das Ranking offenbart ein grundsätzliches Nord-Süd-Gefälle, das schon in den Vorgängerstudien zur demografischen Lage der Nation deutlich wurde – es zeigt aber auch einige interessante Veränderungen.

Von den 20 am besten bewerteten Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands befinden sich zwölf in Bayern, sieben in Baden-Württemberg und eine in Sachsen. Den Spitzenplatz belegt die bayerische Landeshauptstadt München, gefolgt von dem angrenzenden Landkreis gleichen Namens. Aus Baden-Württemberg schaffen es vier Kreise mehr als in der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2011 unter die Top-20. Damals hatten die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkung auf die stark exportabhängige Wirtschaft viele baden-württembergische Kreise zurückfallen lassen. Die Krise ist überwunden und dieser Effekt lässt sich heute nicht mehr beobachten.

Gesamtbewertung



Auffällig ist, dass inzwischen mehr Großstädte als zuvor in der Topgruppe zu finden sind. Daran zeigt sich, trotz steigender Mieten und verbreiteter Verkehrsprobleme, die immer noch wachsende Attraktivität erfolgreicher Städte, die neben guten Jobs und Hochschulen auch Kultur- und Freizeitangebote vorhalten, die es anderswo nicht gibt. Besonders erfolgreich in diesem Sinne sind München, Erlangen und Ingolstadt in Bayern sowie Heidelberg, Ulm, Stuttgart und Karlsruhe in Baden-Württemberg.

Während dies die schon aus anderen Studien bekannten üblichen Verdächtigen aus Süddeutschland sind, hat sich auch die sächsische Landeshauptstadt Dresden in die Gruppe der Top-20 vorgearbeitet. In der Vorgängerstudie hatte sie noch Platz 71 belegt, jetzt reicht es für Platz 15. Die Elbmetropole als Zentrum des „Silicon Saxony“, wo jeder zweite Mikroelektronik-Chip Europas produziert wird, zieht junge und hochqualifizierte Menschen an. Gleichzeitig ist die Stadt sehr familienfreundlich und die Kinderzahl je Frau liegt mit 1,59 höher als in anderen Großstädten.

Zwei andere ostdeutsche Vertreter sind aus den Top-20 gegenüber 2011 zurückgefallen: Die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam sowie die thüringische Universitätsstadt Jena, die nun auf Platz 34 respektive 88 liegen. Die Nachbarstadt Berlins entwickelt sich wirtschaftlich nicht so dynamisch wie die sächsische Metropole. Und Jena zieht zwar nach wie vor viele junge Menschen zum Studieren an, kann aber danach längst nicht allen eine Beschäftigung bieten und ist im Vergleich zu Dresden weniger attraktiv für eine Familiengründung.

Insgesamt finden sich unter den 100 besten Kreisen nur sechs aus dem Osten: Neben den bereits genannten sind dies die beiden brandenburgischen Kreise Dahme-Spreewald (Platz 40) und Potsdam-Mittelmark (Platz 62), jeweils im Speckgürtel Berlins gelegen,

sowie die größte sächsische Stadt Leipzig (Platz 92). Berlin selbst erreicht in der Gesamtwertung nur Platz 163, das klingt nach Mittelmaß, ist aber immerhin 188 Plätze besser als noch 2011. Gleichzeitig zeigt dies aber die anhaltenden Schwächen Berlins, die überwiegend auf dem Arbeitsmarkt zu finden sind. Die Arbeitslosigkeit ist trotz eines rasanten Aufholprozesses noch immer überdurchschnittlich hoch. Die Einkommen sind im Schnitt noch niedrig, so dass bisher nur ein Teil der Berliner Bewohner vom Boom der Spreemetropole profitieren kann.

Stärker verändert hat sich die regionale Verteilung der 20 am schlechtesten bewerteten Kreise Deutschlands. In allen Vorgängerstudien dominierten noch ostdeutsche Kreise diese Gruppe: 2006 lagen von den 20 Schlusslichtern 19 zwischen Rügen und dem Fichtelberg, 2011 waren es 14. In der aktuellen Bewertung sind es nur noch 5. Daran zeigen sich die Erfolge des sogenannten Aufbaus Ost und die Tatsache, dass die jahrzehntelange Abwanderung von Ost nach West gestoppt ist. Allerdings bedeutet der relative Aufstieg ostdeutscher Kreise nicht, dass dort flächendeckend die blühenden Landschaften entstanden wären. Im Gegenteil: Noch immer schneiden viele Kreise auf dem Gebiet der ehemaligen DDR mit einer Gesamtnote von 4 und schlechter ab, vor allem in weiten Teilen Sachsen-Anhalts, Vorpommerns und in den Brandenburger Gebieten fernab von Berlin.

Krisengebiete im Westen

Ähnlich problematisch sehen die demografischen und wirtschaftlichen Zukunftsaussichten in einigen westdeutschen Regionen aus. Dort stehen manche Gebiete vor ähnlichen Herausforderungen wie ostdeutsche Kreise nach der Wiedervereinigung. Auch in den alten Bundesländern hat der Strukturwandel hier und da seine Spuren hinterlassen, die Arbeitslosigkeit ist hoch, es mangelt an erfolgreichen Unternehmen und vor allem junge, besser qualifizierte Menschen haben diese Regionen verlassen. Im Ruhrgebiet und Teilen des Saarlands fallen einzelne

Städte deutschlandweit immer weiter zurück. Gelsenkirchen nimmt nun den letzten Platz ein, den in der Vorgängerstudie noch der dünn besiedelte, ländliche Kreis Uecker-Randow ganz im Osten Mecklenburg-Vorpommerns innehatte. Auch mehrere Kreise in den Randlagen Niedersachsens, von Emden über Wilhelmshaven und Lüchow-Dannenberg bis nach Holzminden gehören zu den Schlusslichtern. Das macht Niedersachsen zu einem Land starker Gegensätze, denn dort liegen mit dem Emsland, dem Oldenburger Münsterland im Westen und Wolfsburg im Osten des Bundeslandes auch erfolgreiche Regionen aus dem oberen Drittel unseres Index.

Die ehemalige, rheinland-pfälzische Schuhmetropole Pirmasens ist auf den vorletzten Platz abgerutscht. Auch hier dauert die schwierige wirtschaftliche Lage an, die einst durch den Zusammenbruch der Schuhindustrie ausgelöst wurde. Mit dem Ende des Kalten Krieges fielen dann auch noch Bundeswehr- und Nato-Standorte weg und mit ihnen zahllose Jobs. Die Arbeitslosigkeit ist hoch und die Stadt mit fast 10.000 Euro pro Einwohner deutschlandweit am stärksten verschuldet. Das hat auch Auswirkungen auf die demografische Zukunft. Junge Menschen suchen das Weite, die Bewohner sind schon merklich gealtert und weil sich der soziale Status auch auf die Gesundheit auswirkt, ist nirgendwo in Deutschland die Lebenserwartung geringer.

Überraschend ist der drittletzte Platz, den der schleswig-holsteinische Kreis Dithmarschen einnimmt und damit fast hundert Plätze seit dem letzten Ranking eingebüßt hat. Mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Landwirtschaft am wirtschaftlichen Geschehen, geringen Beschäftigungsquoten und wenig hochqualifizierten Beschäftigten ist der Küstenkreis besonders schlecht gerüstet für die demografische Zukunft. Auch Schleswig-Holstein insgesamt ist abgeschlagen. Im Vergleich der Bundesländer ist es vom ehemals siebten auf den zwölften Platz abgestiegen und mit Nordrhein-Westfalen am stärksten zurückgefallen.

Die besten Kreise und kreisfreien Städte

Rang	2011	Kreis	Gesamtnote
1	28	München (Bayern)	2,32
2	1	München, Landkreis (Bayern)	2,35
3	19	Ebersberg, Landkreis (Bayern)	2,38
4	67	Heidelberg (Baden-Württemberg)	2,49
5	34	Erlangen (Bayern)	2,53
6	38	Dachau (Bayern)	2,54
7	21	Ingolstadt (Bayern)	2,54
8	2	Eichstätt (Bayern)	2,55
9	8	Erding (Bayern)	2,55
10	43	Ulm (Baden-Württemberg)	2,58
11	36	Böblingen (Baden-Württemberg)	2,58
12	6	Freising (Bayern)	2,59
13	63	Donau-Ries (Bayern)	2,61
14	7	Bodenseekreis (Baden-Württemberg)	2,61
15	71	Dresden (Sachsen)	2,63
16	12	Erlangen-Höchstadt (Bayern)	2,64
17	32	Pfaffenhofen a.d.Ilm (Bayern)	2,65
18	51	Stuttgart (Baden-Württemberg)	2,66
19	16	Ludwigsburg (Baden-Württemberg)	2,68
20	79	Karlsruhe (Baden-Württemberg)	2,68

Die schlechtesten Kreise und kreisfreien Städte

Rang	2011	Kreis	Gesamtnote
382	364	Holzminden (Niedersachsen)	4,29
383	363	Bottrop (Nordrhein-Westfalen)	4,30
384	-	Vorpommern-Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern)	4,30
385	407	Recklinghausen (Nordrhein-Westfalen)	4,31
386	321	Emden (Niedersachsen)	4,32
387	294	Saarbrücken (Saarland)	4,33
389	384	Lüchow-Dannenberg (Niedersachsen)	4,35
399	386	Salzlandkreis (Sachsen-Anhalt)	4,36
390	295	Merzig-Wadern (Saarland)	4,36
391	390	Wilhelmshaven (Niedersachsen)	4,37
392	367	Neunkirchen (Saarland)	4,39
393	391	Oberhausen (Nordrhein-Westfalen)	4,42
394	378	Duisburg (Nordrhein-Westfalen)	4,44
395	410	Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt)	4,44
396	404	Uckermark (Brandenburg)	4,47
397	400	Stendal (Sachsen-Anhalt)	4,50
398	402	Herne (Nordrhein-Westfalen)	4,50
399	304	Dithmarschen (Schleswig-Holstein)	4,51
400	385	Pirmasens (Rheinland-Pfalz)	4,54
401	412	Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen)	4,71

Aufgrund von Kreisgebietsreformen in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen hat sich die Anzahl der Kreise von 413 (2008) auf 401 (2018) reduziert.

Zwischenwertung Demografie

Die Lebensbedingungen einer Region, von Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten für die Jüngsten über gute Arbeitsmöglichkeiten für diejenigen im mittleren Alter bis hin zu Versorgungsangeboten für Ältere, prägen die demografische Entwicklung. Die Menschen ziehen den Angeboten hinterher. Dort wo der Wegzug dominiert, werden sich kaum zukunftsträchtige Unternehmen ansiedeln oder ausgedünnte Infrastrukturangebote zu neuer Blüte gelangen.

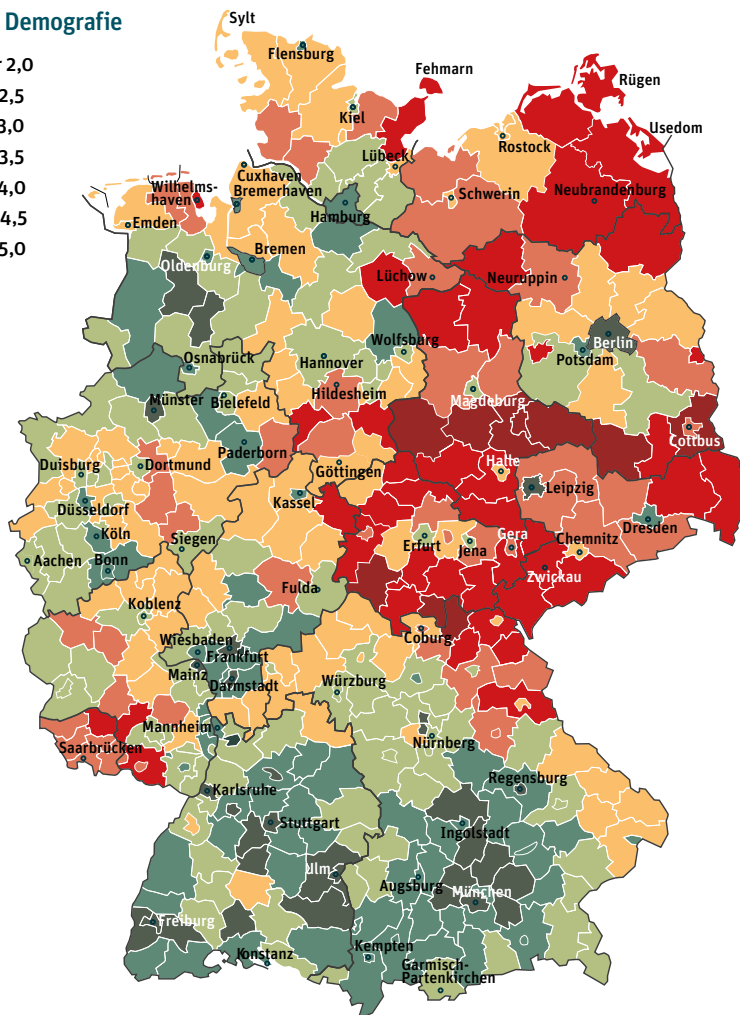
Städte bleiben die Magneten

Meist sind es weiterhin Städte, die als Wohnorte besonders attraktiv erscheinen und sie stellen somit auch die demografischen Gewinner. Allein nach demografischen Kriterien betrachtet stehen ganz oben im Deutschland-ranking die sieben Städte Heidelberg, Offenbach, Frankfurt am Main, München, Pforzheim, Münster und Regensburg sowie die drei Landkreise Vechta, Ebersberg und Eichstätt.

Die Zentren ziehen vor allem junge Menschen an. Viele kommen nach dem Schulabschluss, um ein Studium zu beginnen und auch den Einstieg ins Berufsleben suchen die meisten in den Metropolen. Entsprechend ist dort die Bevölkerung noch vergleichsweise jung. Fast die Hälfte der Bewohner Heidelbergs ist jünger als 35 Jahre. In manchen Regionen am anderen Ende der demografischen Skala stellt diese Altersgruppe nur rund ein Viertel der Bevölkerung, etwa in den abgelegenen brandenburgischen Landkreisen Spree-Neiße oder Elbe-Elster.

Doch neben Städten, die gute Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten bieten, gibt es weiterhin einige ländliche Regionen, die zu den demografischen Gewinnern zählen. Auch im vorliegenden Ranking sticht dabei das Oldenburger Münsterland mit den Landkreisen Vechta und Cloppenburg im westlichen Niedersachsen heraus. Im Gegensatz zu

Zwischennote Demografie



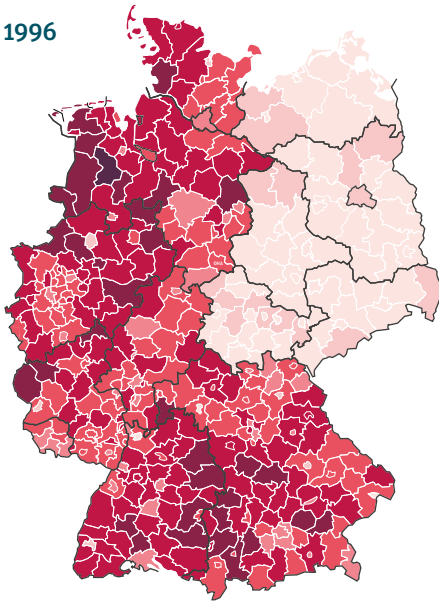
ebenfalls weit oben platzierten bayerischen Landkreisen, die von der nahegelegene Metropole München profitieren, liegen die niedersächsischen Kreise fern der nächsten Großstadt. Im Oldenburger Münsterland gibt es einen starken Mittelstand, nahezu Vollbeschäftigung und weil die Menschen dort vergleichsweise viele Kinder haben, ist die Bevölkerung noch immer jung. Daher dürfte die Einwohnerzahl auch künftig zunehmen. Unsere Vorausberechnung geht für Vechta von einem Wachstum von fast neun Prozent bis 2035 aus, eine große Ausnahme im demografischen Muster vieler peripher gelegener Regionen Deutschlands.

In den demografisch gut aufgestellten Städten ist die Kinderzahl pro Frau dagegen oft unterdurchschnittlich. Trotzdem sind diese Städte relativ reich an Kindern. Das ist kein Widerspruch, sondern liegt daran, dass dort viele junge Frauen in dem Alter leben, in dem eine Familiengründung wahrscheinlich ist. Deshalb verzeichnen deutschlandweit vor allem Städte einen Überschuss der Geburten über die Sterbefälle, obwohl die Kinderzahlen je Frau weit unter dem Wert liegen, der für eine stabile Bevölkerung nötig wäre. Diese Städte profitieren demografisch allein von der Zuwanderung junger Menschen.

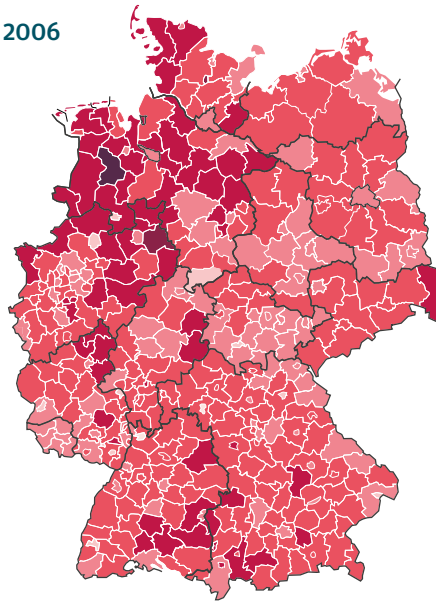
Wo kaum eine demografische Erholung zu erwarten ist

Die demografischen Krisenregionen konzentrieren sich weiterhin in den östlichen Landesteilen. Mit der Ausnahme einiger urbaner Leuchttürme, wie den sächsischen Metropolen Leipzig und Dresden, der brandenburgischen Landeshauptstadt Potsdam sowie Jena und Erfurt entlang der Thüringer Städtekette, gehen einem Großteil der ostdeutschen Regionen regelrecht die Menschen aus. Besonders auffällig ist ein dunkelrotes Band, das sich vom Landkreis Spree-Neiße im südöstlichen Brandenburg bis hin in den Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt zieht. Nimmt man die thüringischen Landkreise Schmalkalden-Meiningen und Sonneberg sowie das benachbarte bayerische Kronach hinzu, sind dies jene zehn Kreise, die nach demografischen Kriterien mit Note fünf und schlechter bewertet wurden. Viele Jahre der Abwanderung haben die Bewohnerzahl nicht nur ausgedünnt, sondern die Restbevölkerung auch stark altern lassen. Zwar bekommen die Frauen inzwischen auch dort im Mittel wieder mehr Kinder, in vielen der genannten Kreise sogar mehr als im deutschlandweiten Schnitt. Doch dieser kleine Geburtenanstieg reicht bei weitem nicht aus, um den Sterbeüberschuss auch nur annähernd zu kompensieren. Die Landkreise Elbe-Elster, Spree-Neiße in Brandenburg und Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt, die bereits stark an Bevölkerung verloren haben, dürften bis 2035 bis zu einem weiteren Viertel ihrer Bewohnerschaft einbüßen.

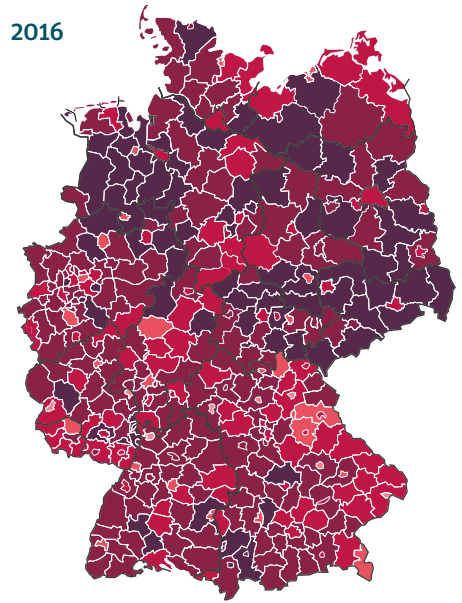
1996



2006



2016



Der Norden und Osten wieder kinderreicher

Mitte der 1990er Jahre sanken in den ostdeutschen Ländern die Kinderzahlen je Frau flächendeckend auf historische Tiefstwerte. Die wirtschaftliche Verunsicherung und neue Freiheiten führten dazu, dass die Menschen eine Familiengründung erst einmal aufschoben oder gar keine Kinder bekamen. Zehn Jahre später hatten sich die Geburtenziffern in Ost- und Westdeutschland angeglichen: In vielen süddeutschen Regionen bekamen Frauen nach und nach weniger Kinder, während die ostdeutschen Frauen ihre Familiengründung nachholten. Im Jahr 2016 lag die Geburtenziffer deutschlandweit bei knapp 1,6 Kindern pro Frau, der höchste Wert seit Jahrzehnten, was sich auch die Familienpolitik als Erfolg verbuchen kann. Am meisten Nachwuchs je Frau gibt es heute in ostdeutschen und niedersächsischen Kreisen.

Durchschnittliche Kinderzahl je Frau in 1996, 2006 und 2016

(Datengrundlage: BBSR, Statistisches Bundesamt¹, eigene Berechnung)



Während sich unter den demografischen Gewinnern überwiegend prosperierende Städte finden, sind die Regionen am Ende der Skala vor allem ländlich und abgelegen. Unter den 50 demografischen Schlusslichtern finden sich gerade einmal fünf kreisfreie Städte: Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt, Suhl in Thüringen, Frankfurt an der Oder und Brandenburg an der Havel in Brandenburg sowie als einziger westdeutscher Vertreter das niedersächsische Wilhelmshaven. Auch sie haben bereits massiv an Einwohnern verloren und sind schon so stark gealtert wie viele entlegene Landkreise. Selbst Hochschulen in einigen dieser Städte sorgen nicht dafür, dass die Städte dauerhaft junge Menschen gewinnen, weil diese nach dem Studium anderswo ihren beruflichen Einstieg suchen. In Dessau-Roßlau sind über 17 Prozent der Bevölkerung 75 Jahre und älter, das sind mehr Hochaltrige, als in jedem anderen deutschen Kreis. Das thüringische Suhl hat seit der Jahrtausendwende fast ein Viertel seiner Einwohner verloren, auch das ist Negativrekord.²

Zwischenwertung Wirtschaft

Zeigen sich in der demografischen Zwischenwertung vor allem Unterschiede zwischen Stadt und Land sowie zwischen ost- und westdeutschen Regionen, ergibt die wirtschaftliche Wertung ein weniger eindeutiges Bild. Einige Kreise in Thüringen, aber auch sächsische und hauptstadtnahe brandenburgische Kreise können gegenüber den erfolgreichen baden-württembergischen und bayerischen Gebieten aufschließen. Die ostdeutschen Regionen verdanken ihre gute wirtschaftliche Position dabei nicht einem hohen Brutto-

inlandsprodukt oder guten Haushaltseinkommen, sondern vor allem überdurchschnittlichen Beschäftigungsquoten. Spitzenreiter ist hier der thüringische Kreis Hildburghausen. Nirgendwo sonst in Deutschland sind anteilig so viele Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Auch Frauen und ältere Menschen stehen in vielen thüringischen und sächsischen Kreisen besonders häufig in Lohn und Brot. Diese Regionen schaffen es damit vergleichsweise gut, ihren Bewohnern einen regulären Job zu bieten.

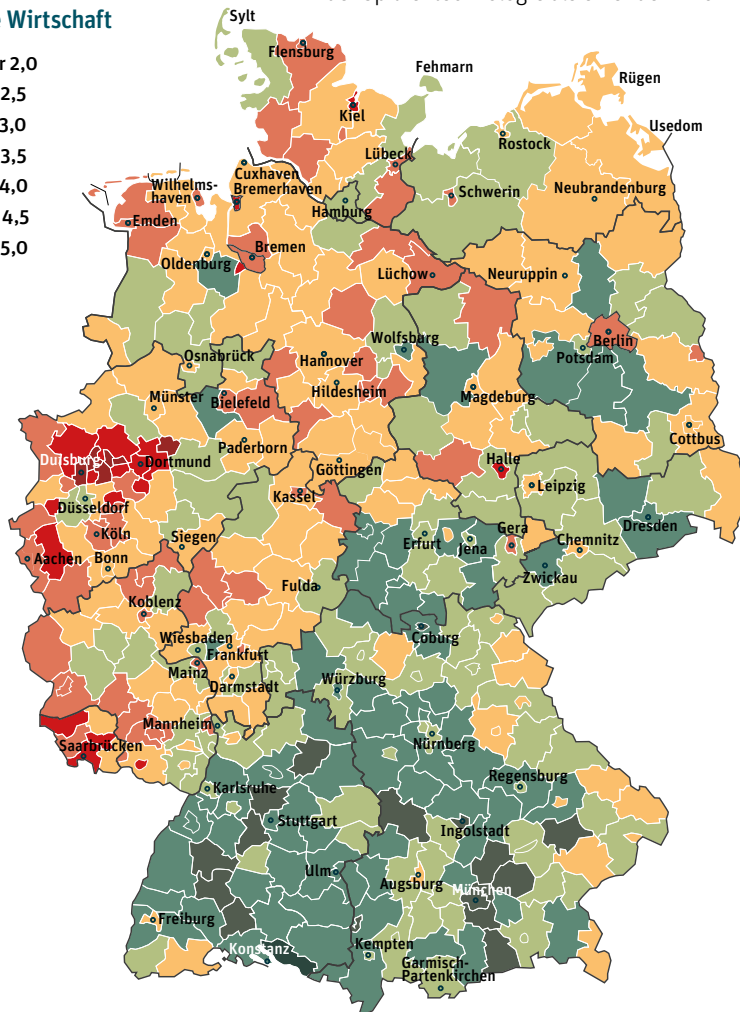
Dennoch liegen die besten 20 Kreise in der Wirtschaftswertung weiterhin in Süddeutschland. Angeführt wird das Ranking vom Bodenseekreis, der mit zahlreiche Unternehmen der Spitzentechnologie als einer der inno-

vativsten in Deutschland gilt. Entsprechend hoch sind Wertschöpfung und Einkommen.³ Baden-Württemberg stellt weitere acht Kreise unter den Wirtschafts-Top-20. Die bis heute zentrale Autoindustrie verhilft den Menschen zu guten Jobs mit hohen Einkommen. Aufgrund der starken Wirtschaftskraft haben die Kommunen kaum Schulden.

In Bayern konzentriert sich der wirtschaftliche Erfolg weiterhin in und um München. Aber auch das im eher krisenhaften Oberfranken gelegene Coburg findet sich in der wirtschaftlichen Spitzengruppe wieder. Die Stadt im ehemaligen Zonenrandgebiet erwirtschaftet dank eines großen Versicherungskonzerns, eines Automobilzulieferers und eines starken verarbeitenden Gewerbes das siebthöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf unter allen 401 Kreisen und kreisfreien Städten. In weiten Teilen Bayerns gibt es zudem kaum noch Arbeitslose. Dort liegen 39 der bundesweit 50 Kreise mit weniger als drei Prozent Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Doch mit diesem Erfolg stellt sich zwangsläufig die Frage, woher die erfolgsverwöhnten Unternehmen künftig ihren Nachwuchs rekrutieren, wenn sich bald schon die geburtenstarken Jahrgänge in großen Zahlen in den Ruhestand verabschieden.

Am anderen Ende des Wirtschaftsrankings sind die letzten zwölf Plätze ausschließlich von Ruhrgebietsstädten belegt. Allen Bemühungen zum Trotz ist es nicht gelungen, die Folgen des Niedergangs von Kohle und Stahl zu bewältigen. Selbst Städte wie Dortmund und Essen, die sich demografisch langsam erholen und aufgrund ihrer Hochschul- und Forschungslandschaft auch junge Menschen anziehen, gehören noch zu den wirtschaftlichen Schlusslichtern. Denn die Beschäftigungsquoten sind niedrig, vor allem geringqualifizierte Arbeitslose finden nicht den Weg zurück in einen Job. In beiden Städten ist noch immer jeder Zehnte arbeitslos oder bezieht Sozialhilfe. Ähnliche Probleme hat das Saarland. Hier hat sich seit unserer letzten Studie die Situation weiter verschlechtert und das kleinste Flächenland stellt 3 der 20 schlechtesten Kreise im Wirtschaftsranking.

Zwischennote Wirtschaft



Wechsel in der Tabelle der Bundesländer

Das Indikatorensystem, das alle Kreise und kreisfreien Städte bewertet, haben wir auch auf die gesamten Bundesländer angewandt. Damit ergibt sich ein weiteres Gesamtranking, das von Baden-Württemberg bis Sachsen-Anhalt reicht. Kurz nach dem Spitzenreiter folgen Hamburg und Bayern. Das Bundesland im Norden hat das Land von Laptop und Lederhose gegenüber der letzten Studie überholt, weil es eine sehr junge Bewohnerschaft hat und bis 2035 ein Bevölkerungswachstum von zehn Prozent erwarten kann. Danach folgt auf dem vierten Platz Hessen, das damit knapp vor Berlin bleibt, dem größten Aufsteiger in der Gesamtwertung. Die Spreemetropole hat ihre demografische und wirtschaftliche Durststrecke hinter sich gelassen und macht neun Plätze gut. Berlin verdankt seinen Sprung nach vorn einem rasanten wirtschaftlichen Aufschwung – nirgendwo sonst wuchs das Bruttoinlandsprodukt im jährlichen Durchschnitt zwischen 2013 und 2017 stärker. Die Stadt hat zwar im-

mer noch keinen standesgemäßen Flughafen, ist aber beliebt bei jungen Unternehmen und Start-ups, vor allem aus der Informations- und Kommunikationsbranche. Die Zahl der Beschäftigten steigt Jahr für Jahr stärker als andernorts. Außerdem zieht die Metropole junge Menschen nicht nur aus Deutschland, sondern aus der ganzen Welt an.

Die anderen beiden Aufsteiger sind Thüringen, als bestes ostdeutsches Flächenland auf Platz 7, sowie Sachsen, das seinem Nachbar dicht auf den Fersen folgt und um vier Plätze nach vorn gekommen ist. Hier sind es neben den hohen Beschäftigungsquoten vor allem das gute Abschneiden bei der Familienfreundlichkeit, die beide Bundesländer nach vorne gebracht haben.

Durch den Aufholprozess Ost verschimmt das Gefälle zwischen den einst getrennten Landesteilen. Denn wo die einen aufsteigen, müssen andere absteigen, und das gilt vor allem für Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, das fünf Plätze eingebüßt hat. Zwar bleiben die Kreise entlang des Rheins und in Teilen Westfalens erfolgreich und demografisch stabil, aber

die Problemregionen des Ruhrgebiets drücken ganz Nordrhein-Westfalen nach unten. Zwischen Emscher und Ruhr verschwinden weiterhin Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit hält sich hartnäckig, was sich in den bundesweit niedrigsten Einkommen widerspiegelt. Bottrop verzeichnet die niedrigste Bruttowertschöpfung pro Einwohner aller kreisfreien Städte.

Auch Schleswig-Holstein ist abgestiegen, um fünf Plätze auf Rang 12. Nur die Umlandkreise von Hamburg profitieren vom demografischen und wirtschaftlichen Aufschwung der Hansestadt. Im Rest des Bundeslandes finden sich kaum innovative, wachstumsstarke Unternehmen. In keinem anderen Bundesland gibt es weniger Jobs für Hochqualifizierte. Die Beschäftigungsquoten, gerade unter Älteren, sind niedriger als andernorts. Weit zurückgefallen ist auch das Saarland, das nun den vorletzten Platz einnimmt – vor Sachsen-Anhalt, das mehr als alle anderen Länder unter dem wendebedingten Strukturwandel leidet und seither einen großen Teil seiner einstigen Bevölkerung verloren hat.

Bewertung der Bundesländer

	Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft										Bildung			Familienfrdl.								
		Kinderzahl unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugend Arbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote		
1	Baden-Württemberg	2,70	4	2	1	3	2	2	3,4	2,5	2	2	2	3	1	4	2	4	3	3,1	2,6	2	1	3	2,0	3	6	3	4,0
2	Hamburg	2,79	5	1	3	2	2	1	3,2	2,5	1	1	-	4	4	4	4	3	2	3,1	2,9	3	3	1	2,3	2	4	5	3,7
3	Bayern	2,85	5	3	2	3	2	2	4,0	3,0	2	2	3	2	1	3	3	3	3	3,5	2,5	2	1	3	2,0	3	5	4	4,0
4	Hessen	3,12	4	3	2	3	2	3	3,4	2,9	3	2	5	4	2	4	4	4	4	4,3	3,6	2	2	2	2,0	4	4	3	3,7
5	Berlin	3,28	5	2	3	1	2	1	3,2	2,5	5	3	-	6	6	5	6	2	1	2,4	4,0	5	5	1	3,7	1	3	5	3,0
6	Niedersachsen	3,41	2	3	4	3	3	3	3,4	3,1	4	4	4	3	3	4	4	3	5	2,8	3,7	2	3	5	3,3	4	6	1	3,7
7	Thüringen	3,47	2	5	4	6	5	5	4,0	4,4	5	5	2	2	3	2	1	4	3	2,8	3,0	4	3	4	3,7	3	1	3	2,3
8	Sachsen	3,48	2	5	3	4	6	5	3,8	4,1	5	5	2	2	4	1	1	4	5	2,6	3,2	5	4	3	4,0	2	1	4	2,3
9	Rheinland-Pfalz	3,51	4	3	3	4	3	3	3,2	3,3	3	4	5	4	1	4	4	3	5,1	3,7	3	2	5	3,3	5	4	2	3,7	
10	Brandenburg	3,53	1	5	4	3	5	5	3,2	3,7	5	5	2	2	4	2	3	4	3	3,4	3,3	4	4	4	4,0	3	2	4	3,0
11	Nordrhein-Westfalen	3,83	3	3	4	4	3	3	3,6	3,4	3	3	5	5	4	5	5	5	5	4,4	4,4	2	3	4	3,0	4	5	4	4,3
12	Schleswig-Holstein	3,83	4	4	4	3	4	4	4,6	3,9	3	4	4	4	3	4	4	2	5	4,1	3,7	3	3	5	3,7	4	5	3	4,0
13	Bremen	3,89	3	2	5	2	3	2	2,2	2,7	4	2	-	6	6	6	5	5	3	4,3	4,6	3	6	3	4,0	4	5	5	4,7
14	Mecklenburg-Vorpommern	4,19	4	5	5	5	5	5	4,2	4,7	5	5	3	3	6	2	3	1	1	4,1	3,3	6	6	4	5,3	4	2	5	3,7
15	Saarland	4,24	6	4	5	4	4	4	3,8	4,4	4	4	5	5	3	4	6	5	5	3,9	4,5	4	3	5	4,0	6	4	1	3,7
16	Sachsen-Anhalt	4,25	3	5	6	6	6	6	3,8	5,1	5	5	3	2	6	2	2	5	3	3,5	3,7	6	6	4	5,3	4	1	3	2,7

BEVÖLKERUNGSPROGNOSE: DEUTSCHLAND IM JAHR 2035

Die Bevölkerung der Bundesrepublik wird, anders als lange vorhergesagt, in den kommenden Jahren nicht schrumpfen, sondern weitgehend stabil bleiben. Hauptgrund dafür ist die Zuwanderung.

Allerdings werden sich die regionalen Unterschiede in der demografischen Entwicklung verschärfen. Alle fünf ostdeutschen Flächenländer haben zum Teil mit erheblichen Bevölkerungsverlusten zu rechnen. Auch periphere ländliche Räume im Westen sowie strukturschwache ehemalige Industriestandorte im Ruhrgebiet und im Saarland werden Einwohner verlieren. Die heute schon attraktiven Städte in Ost und West hingegen, von Hamburg über Berlin, Leipzig, Frankfurt am Main bis München, können sich auf Zugewinne einstellen, insbesondere von jungen Menschen und Berufseinsteigern. In den ostdeutschen Bundesländern finden sich sowohl die am stärksten schrumpfenden Kreise wie auch die am schnellsten wachsende Stadt.

Während regionale Bevölkerungsverluste früher vor allem entstanden, weil viele Menschen abwanderten, wird das künftig daran liegen, dass mehr Menschen versterben als Kinder auf die Welt kommen. In einigen entlegenen ostdeutschen Gebieten gibt es viele ältere Personen, aber nur noch wenige Menschen im Familiengründungsalter, womit die demografische Entwicklung programmiert ist. Abgeschwächt gilt dies auch für periphere Gebiete im Westen. Stabil bleiben oder wachsen können nur Regionen, die junge Menschen anziehen und Zuzüge von Familiengründern verzeichnen.

Bis 2035 werden sich die verschiedenen Altersgruppen höchst unterschiedlich entwickeln. Interessanterweise ist bei den unter 20-Jährigen ein leichter Zuwachs zu erwarten, wegen der hohen Zuwanderung und weil die Geburtenziffern jüngst ein wenig angestiegen sind. Davon profitieren aber vor allem wirtschaftlich erfolgreiche Regionen, in denen viele Menschen im potenziellen Familiengründungsalter wohnen.

Den stärksten demografischen Einbruch gibt es bundesweit bei den 20- bis 64-Jährigen, also bei der klassischen Erwerbsbevölkerung, weil sich bis 2035 die Babyboomer in den Ruhestand verabschieden werden. Nur einige wenige wirtschaftsstarke Städte und ihre Umlandkreise können durch weiteren Zuzug die Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge kompensieren und auf mehr Arbeitskräfte hoffen.

Der größte Bevölkerungszugewinn wird folgerichtig in der Altersgruppe 65+ zu verzeichnen sein. Im industriestarken Bayern gibt es zwölf Kreise, in denen die Kohorte, die man heute als Ruheständler bezeichnet, bis 2035 um über 50 Prozent anwachsen wird. Gleichzeitig macht sich in Regionen, die bereits stark gealtert sind, eine Zunahme der Sterbefälle bemerkbar. Vor allem im Osten Deutschlands bestimmt dann nicht mehr die Abwanderung den Weg ins demografische Schrumpfen, sondern das natürliche Ende des Lebens. Dadurch entstehen Lücken, die sich selbst durch massive Zuwanderung nicht füllen lassen.

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse einer regionalen Bevölkerungsprognose, die das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung für die vorliegende Studie hat berechnen lassen.

Zuwanderung sorgt für demografisches Zwischenhoch

Heute leben in Deutschland rund 83 Millionen Menschen – mehr als jemals zuvor. Nachdem die Bevölkerung im Jahr 2002 ihr vorläufiges Maximum erreicht und danach mit dem Schrumpfen begonnen hatte, weil die Zahl der Sterbefälle die der Neugeborenen so stark überschritten hatte, dass auch Zuwanderung die natürlichen Verluste nicht mehr ausgleichen konnte, hat sich das Blatt seit 2011 gewendet. Unterm Strich kamen deutlich mehr Menschen nach Deutschland als Sterbeüberschüsse zu verzeichnen waren, zunächst vor allem aus anderen Ländern der EU und wenig später durch eine hohe Zahl an Geflüchteten. Im Rekordjahr 2015 erzielte die Republik einen Wanderungsgewinn von über 1,1 Millionen Menschen.¹

Doch die ungewöhnlich hohe Zuwanderung hat längst wieder abgenommen. Im Jahr 2017 zogen im Saldo nur noch rund 416.000 Menschen zu.² Unsere Prognose geht davon aus, dass sich dieser Trend in abgeschwächter Form fortsetzt. Sie unterstellt, dass bis 2035 im Schnitt jährlich etwas mehr als 260.000 Menschen nach Deutschland ziehen. Das sind deutlich weniger als zum Höhepunkt der sogenannten Flüchtlingskrise, aber mehr als im Schnitt der Jahre zuvor. Dieses Wanderungsplus sorgt dafür, dass die Bevölkerung noch

einige Jahre leicht weiterwachsen wird – auf rund 83,9 Millionen Menschen im Jahr 2024. Dann aber dürfte sich der Trend langsam umkehren. Denn mit fortschreitender Alterung der Bevölkerung vergrößert sich der jährliche Sterbeüberschuss zwischen 2017 und 2035 von rund 130.000 auf über 420.000. Die Zuwanderung kann diese Lücke immer weniger schließen. Im Jahr 2035 werden der Prognose zufolge in Deutschland rund 82,3 Millionen Menschen leben – knapp ein Prozent weniger als heute.

Regionale Verwerfungen weiten sich aus

Doch mit dieser vorübergehenden Stabilisierung der Gesamtbevölkerung ist der demografische Wandel keineswegs außer Kraft gesetzt. Weder ist die Alterung der Gesellschaft merklich gebremst, noch können sich jene strukturschwachen Regionen erholen, die schon in der Vergangenheit stark an Bevölkerung verloren haben. Das zeigt sich an den Ergebnissen der vorliegenden regionalen Bevölkerungsprognose, welche die demografische Zukunft der Nation auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte bis 2035 beschreibt.

Fast 30 Jahre nach dem Fall der Mauer macht sich dabei noch immer eine demografische Trennlinie zwischen Ost und West bemerkbar, die dem Verlauf der alten deutsch-deutschen Grenze folgt. In allen fünf ostdeutschen Flächenländern wird der Prognose zufolge die Bevölkerungszahl bis 2035 abnehmen – am stärksten mit fast 16 Prozent in Sachsen-Anhalt. 2035 dürften zwischen der Altmark im Norden des Bundeslandes und den Weinbergen der südlichen Saale-Unstrut-Region nur noch knapp 1,9 Millionen Menschen leben – zur Wiedervereinigung 1990 waren es noch rund 2,9 Millionen.⁴ Nicht viel besser sieht die Entwicklung in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern aus, wo im Vergleich zu 2017 Verluste von knapp 14 Prozent respektive 11 Prozent zu erwarten sind. In Brandenburg und Sachsen dürfte der prozentuale Bevölkerungsrückgang knapp einstellig bleiben. Einzig in Berlin stehen die Zeichen weiter auf Wachs-

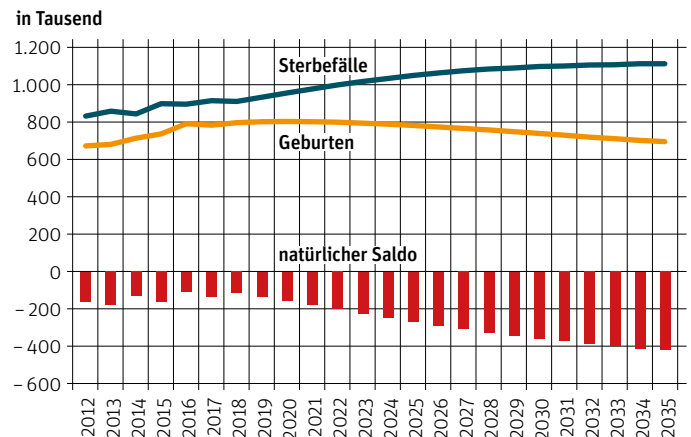
tum. Fast 11 Prozent mehr Hauptstädter dürfte es bis 2035 geben. In keinem anderen Bundesland wächst die Bevölkerung unserer Prognose nach stärker.

In Westdeutschland ist das Bild zweigeteilt. Fünf Bundesländer können bis 2035 eine wachsende Bevölkerung erwarten, die übrigen fünf dürften schrumpfen. Das größte Bevölkerungsplus von rund zehn Prozent wird Hamburg verzeichnen: Die Hansestadt wird erstmals die Marke von zwei Millionen Einwohnern überspringen. Auch die beiden wirtschaftsstarke Bundesländer im Süden, Baden-Württemberg und Bayern, werden voraussichtlich zulegen – um rund vier Prozent. Ebenfalls auf Wachstumskurs bleiben Bremen und Hessen. Die meisten anderen – Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein – müssen mit leichten Verlusten von bis zu drei Prozent rechnen. Für das Saarland hingegen werden Verluste von fast neun Prozent prognostiziert. Die demografischen Aussichten des kleinsten Flächenstaates gleichen damit jenen der ostdeutschen Flächenländer.

Die Lücke wird größer

Seit 1972 werden in Deutschland Jahr für Jahr weniger Kinder geboren als Menschen sterben. Künftig dürfte sich diese Lücke vergrößern. Denn die stark besetzten Jahrgänge der Babyboomer rücken langsam in ein Alter vor, in dem die Wahrscheinlichkeit zu sterben zunimmt. Im Jahr 2035 dürften bundesweit auf rund 700.000 Geburten etwa 1,1 Millionen Todesfälle kommen.

Zahl der jährlichen Geburten und Sterbefälle und der daraus resultierende natürliche Saldo, 2012 bis 2035 (ab 2018 prognostiziert)
(Datengrundlage: CIMA³)



Ungebrochene Attraktivität der wirtschaftsstarke Städte

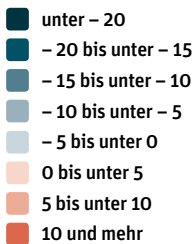
23 Kreise und kreisfreie Städte müssen bis 2035 mit einem Einwohnerzuwachs von über 10 Prozent rechnen, mit allen Folgen von der Verkehrsbelastung bis zur Wohnraumknappheit. Bevölkerungsmagnete bleiben vor allem die großen Städte. Mit einem Plus von über 16 Prozent dürfte Leipzig zum relativen bundesweiten Spitzenreiter werden. Dieses Wachstum verdankt die Universitätsstadt vor allem ihrer Anziehungskraft für junge Menschen, den Bildungswanderern im Alter zwischen 18 und 24 Jahren.

Die mittlerweile größte sächsische Stadt gehört damit neben Potsdam, Dresden, Erfurt, Jena, Rostock, Halle und Magdeburg zu den wenigen Leuchttürmen in den fünf ostdeutschen Flächenländern. Sie wachsen zu Lasten der ländlichen Regionen, in denen es flächendeckend zu Bevölkerungsverlusten kommen dürfte. Im Osten finden sich deshalb nicht nur die am schnellsten wachsende Stadt der Republik, sondern auch die Regionen mit den höchsten prognostizierten Einwohnerrückgängen. Hier liegen deutschlandweit jene 23 Kreise und kreisfreien Städte, die bis 2035

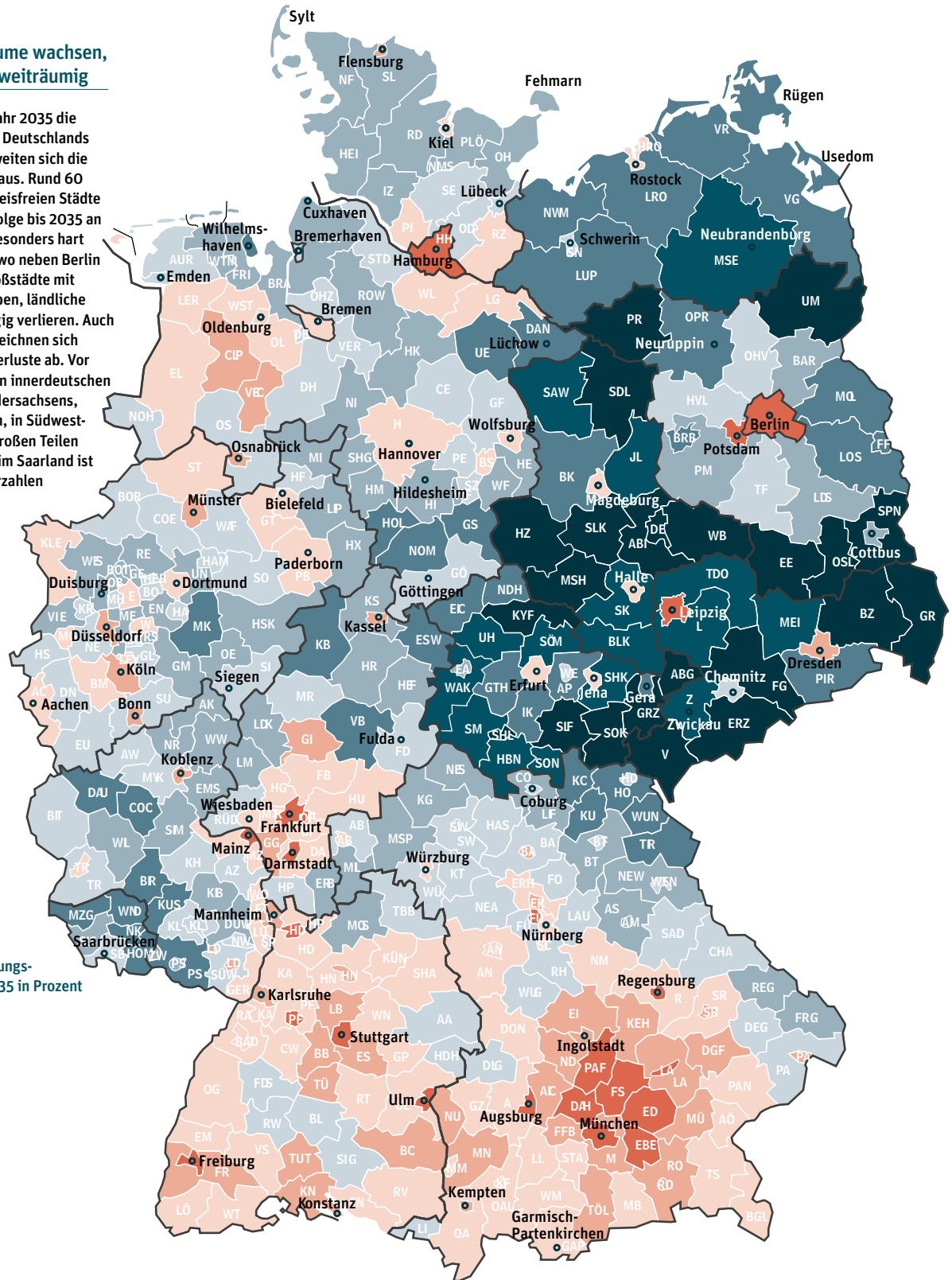
Die urbanen Großräume wachsen, das Land schrumpft weiträumig

Auch wenn sich bis zum Jahr 2035 die Gesamtbevölkerungszahl Deutschlands kaum verändern dürfte, weiten sich die regionalen Unterschiede aus. Rund 60 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte werden der Prognose zufolge bis 2035 an Bevölkerung verlieren. Besonders hart trifft es Ostdeutschland, wo neben Berlin lediglich acht weitere Großstädte mit Wachstum zu rechnen haben, ländliche Regionen aber durchgängig verlieren. Auch im Westen der Republik zeichnen sich regionale Bevölkerungsverluste ab. Vor allem entlang der früheren innerdeutschen Grenze, im Südosten Niedersachsens, in Nord- und Mittelhessen, in Südwestfalen, im Ruhrgebiet, in großen Teilen von Rheinland-Pfalz und im Saarland ist von sinkenden Einwohnerzahlen auszugehen.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung 2017 bis 2035 in Prozent



(Datengrundlage: CIMA²)



mehr als jeden fünften Einwohner verlieren dürften. Je peripherer ein Kreis gelegen ist, desto rasanter wird dabei der Bevölkerungswachstum ausfallen. Dies gilt insbesondere für die Landkreise Görlitz und Bautzen im Osten Sachsens, die südlichen Kreise Brandenburgs sowie für den Landkreis Harz im Westen Sachsen-Anhalts.

Vor allem die natürliche Bevölkerungsentwicklung, also der Überschuss der Sterbefälle über die Geburten, dürfte den demografischen Abwärtstrend in diesen entlegenen Regionen beschleunigen. Dort fehlt es schon heute und künftig noch mehr an Menschen im potenziellen Familiengründungsalter, während die ersten Jahrgänge der Babyboomer langsam in ein Alter kommen, in dem der Tod wahrscheinlicher wird. Im Landkreis Spree-Neiße in Brandenburg dürften im Jahr 2035 auf eine Geburt über vier Beerdigungen kommen. Pro 1.000 Einwohner würde der Kreis dann rund 17 Einwohner im Jahr verlieren. Kaum besser sehen die Prognosen für den Landkreis Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt, den thüringischen Kyffhäuserkreis, den brandenburgischen Kreis Elbe-Elster und viele andere periphere Gebiete im Osten aus.

Attraktive Speckgürtel

In eine positivere demografische Zukunft schauen hingegen die acht brandenburgischen Kreise, die zum Berliner Speckgürtel gehören. Wie Tortenstücke reihen sie sich um die Hauptstadt und können zumindest in den berlinnahen Gemeinden von der Strahlkraft der Metropole profitieren, beziehungsweise davon, dass dort der Wohnraum knapp und teuer wird. Vor allem unter den 30- bis 49-jährigen Familienwanderern sind diese Umlandgemeinden beliebt. Hier lässt sich der Wunsch nach einem Haus im Grünen, nach mehr Platz und Natur erfüllen, während die Arbeitsplätze oder Kulturangebote der

Hauptstadt gut erreichbar bleiben. Deutschlandweit verzeichnen diese acht brandenburgischen Kreise mit dem höchsten Zuzug unter den Familienwanderern. Die Gemeinden in Pendeldistanz zu Berlin werden zwar ein demografisches Wachstum erzielen, sie schaffen es aber insgesamt nicht, die Kreise, zu denen sie gehören, bis 2035 vor dem Schrumpfen zu bewahren: Der Hauptstadteffekt ist räumlich begrenzt und die weiter entfernten Gemeinden bekommen zu wenig von der Stadtfucht ab.

Ein ähnliches Bild wie im Osten zeigt sich in den westlichen Bundesländern, allerdings deutlich weniger ausgeprägt. Auch hier sind es die Großstädte, denen das stärkste Wachstum vorhergesagt wird. Die bayerischen Städte München, Regensburg und Landshut haben bis 2035 ein Bevölkerungsplus von fast 15 Prozent zu erwarten. Für Frankfurt am Main, Mainz und Hamburg sieht die Prognose ein Wachstum von über 10 Prozent voraus. Ebenfalls stark zulegen dürften größere Städte in Baden-Württemberg wie Stuttgart oder Freiburg, Offenbach und Darmstadt im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet oder die Großstädte Bonn, Köln und Düsseldorf entlang des Rheins. Überall wird das Wachstum getrieben von den Wanderungsgewinnen bei den jungen Bildungs- und Berufswanderern, die später in den Städten ihre Familien gründen und so für einen Geburtenüberschuss sorgen.

Allerdings haben im Westen auch einige Großstädte mit einem Bevölkerungsrückgang zu kämpfen, der künftig anhalten dürfte. Dies betrifft vor allem die Zentren, in denen früher die Kohle- und Schwerindustrie zuhause war, im Ruhrgebiet und im Saarland. Städte wie Bottrop, Oberhausen oder Duisburg können nicht von der allgemein gestiegenen Attraktivität der Großstädte profitieren und dürften bis 2035 zwischen fünf und acht Prozent ihrer Einwohner verlieren. Doch im ehemaligen Kohlenpott ist auch eine Trendwende möglich, wie Essen und Dortmund zeigen. Sie sind zurück auf dem demografischen Wachstumspfad und profitieren davon, dass in den letzten Jahrzehnten im Ruhrgebiet eines der

dichtesten Hochschulnetze Europas entstanden ist. Das macht sie vor allem für junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren attraktiv.⁷ Bis 2035 dürften diese beiden Städte um zwei bis vier Prozent wachsen und sich damit von den übrigen Ruhrstädten absetzen.

Im Westen kann zudem eine Reihe von ländlichen Kreisen mit weiterem Bevölkerungswachstum rechnen. Sie finden sich überwiegend in den Speckgürteln der attraktiven Großstädte, die das Ziel von Berufspendlern sind. Die Zentren mit ihren Arbeitsplätzen strahlen dabei weiter in ihr ländliches Umland aus als im Osten. Rund um München dürfte der ländliche Raum zwischen Regensburg im Norden, Augsburg im Westen bis hinunter an die deutsch-österreichische Grenze bis 2035 deutlich an Bevölkerung gewinnen. Mit Dachau, Pfaffenhofen, Freising, Erding und Ebersberg liegen hier deutschlandweit sämtliche Landkreise, deren Bevölkerung bis 2035 um über zehn Prozent zulegen dürfte. Auch rund um Stuttgart, Frankfurt am Main oder Hamburg bleibt das Umland als Wohnort begehrt.

Doch auch im Westen hat das Schrumpfen viele entlegene ländliche Regionen erfasst. Im nördlichen Bayern entlang der früheren innerdeutschen Grenze, in der Südwestpfalz und der Eifel, im Norden und der Mitte Hessens, in Südwestfalen oder im südöstlichen Niedersachsen werden die Landkreise der Prognose nach weiter an Bevölkerung verlieren – teilweise mehr als zehn Prozent bis 2035. Nur das westliche Niedersachsen, das Emsland und das Oldenburger Münsterland, fügt sich nicht in das Bild vom demografischen Niedergang dünn besiedelter Regionen fern der nächsten Großstadt. Abwanderung ist in diesem Gebiet bislang kein Thema. Die Geburtenziffern sind vergleichsweise hoch, die Arbeitslosigkeit ist gering und die vielen mittelständischen Unternehmen bieten auskömmliche Jobs. Beide Regionen zeichnen sich durch ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement und Selbstwertgefühl aus, was sie wiederum für Familien attraktiv macht, die den regionalen Nachwuchs garantieren.⁸

Die Alterung gewinnt an Fahrt

Die starke Zuwanderung der jüngeren Vergangenheit hat zwar erst einmal das Schrumpfen auf Bundesebene gestoppt, die Alterung der Bevölkerung kann sie aber kaum aufhalten. Das liegt daran, dass die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer die Bevölkerungspyramide dominieren. Sie sind heute zwischen 55 und 65 Jahren, stehen also kurz vor dem Eintritt ins Rentenalter und werden die Gesellschaft insgesamt altern lassen. Bis 2035 dürfte der Anteil der über 64-Jährigen in Deutschland von heute knapp 22 Prozent auf über 27 Prozent steigen. Um diesen Effekt aufzuhalten, müsste die Zuwanderung um ein Vielfaches höher ausfallen, was aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich ist.

Die Alterung der Bevölkerung verläuft allerdings regional höchst unterschiedlich. In Gebieten, aus denen in der Vergangenheit junge Menschen fortgezogen sind, ist die Alterung bereits weiter vorangeschritten. Vorreiter sind viele dünn besiedelte und entlegene Landstriche, aber auch urbane Regionen, die mit einem harten Strukturwandel zu kämpfen hatten. Im thüringischen Altenburger Land oder in den ostdeutschen Städten Suhl und Dessau-Roßlau ist bereits heute fast jeder dritte Bewohner älter als 64 Jahre. Gerade einmal halb so groß ist der Bevölkerungsanteil der über 64-Jährigen in den demografischen Boomregionen, etwa in Frankfurt am Main, im bayerischen Landkreis Freising oder im Kreis Vechta im westlichen Niedersachsen.

Zwar werden die zumeist ostdeutschen Kreise und kreisfreien Städte, in denen heute schon ein hoher Anteil älterer Bewohner lebt, auch 2035 zu den ältesten zählen. Den relativ stärksten Zuwachs an Älteren dürften allerdings die bislang noch jungen und wirtschaftlich erfolgreichen Regionen erleben. Dort leben überproportional viele Menschen aus der Gruppe der Babyboomer, die heute noch im Berufsleben stehen, bis 2035 aber das Ruhestandsalter erreicht haben werden. Wer

sie dann als Fachkräfte ersetzen soll, ist weitgehend unbekannt. In den niedersächsischen Kreisen Vechta und Cloppenburg, im bayerischen Freising oder Erding werden 2035 voraussichtlich zwischen 55 und 68 Prozent mehr über 64-Jährige leben als heute. Von den 17 deutschen Kreisen, in denen die Zahl der über 64-Jährigen bis 2035 um über 50 Prozent steigt, liegen 12 in Bayern.

Die Alterung der Gesellschaft hat in einigen Regionen aber noch einen ganz anderen Effekt: Wo in der Vergangenheit viele junge Menschen abgewandert sind und die Restbevölkerung bereits ein hohes Durchschnittsalter erreicht hat, nehmen die altersbedingten Sterbefälle in den kommenden Jahren deutlich zu. Entgegen dem bundesweiten Trend, wonach die Altersgruppe 65+ die Kohorte mit dem stärksten Zuwachs ist, werden die ersten deutschen Kreise bis 2035 einen absoluten Rückgang bei den Älteren verzeichnen. Es handelt sich dabei ausschließlich um mittelgroße kreisfreie Städte, die einen extremen Strukturwandel hinter sich haben. Mit Dessau-Roßlau, Suhl, Chemnitz und Halle (Saale) liegen vier davon im Osten der Republik, hinzu kommt Wilhelmshaven an der niedersächsischen Nordseeküste.

Ein demografisches Zwischenhoch bei den unter 20-Jährigen

Lange ist deutschlandweit die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren gesunken. Kamen 1964, dem Hauptgeburtsjahr der Babyboomer, noch knapp 1,4 Millionen Neugeborene zur Welt, waren es 1990 etwas mehr als 900.000 und 2009 nur noch rund 665.000.⁹ Die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau hatte sich über Jahrzehnte bei etwa 1,4 eingependelt – deutlich weniger, als für eine stabile Bevölkerung nötig wären. Doch dann setzte in Deutschland ein winziger Babyboom ein, der zwar keine demografische Trendwende zur Folge hatte, aber immerhin die Zahl der Neugeborenen wieder leicht anwachsen ließ. Die Kinderzahl je Frau stieg bis 2017 auf 1,57 und mit der hohen Zuwanderung kamen auch mehr potenzielle Mütter

nach Deutschland.¹⁰ Im Jahr 2017 wurden zwischen Flensburg und dem Bodensee rund 785.000 Kinder geboren.¹¹

Dieser „Babyboom“ wird dafür sorgen, dass Deutschland bei den unter 20-Jährigen bis 2035 ein demografisches Zwischenhoch erlebt. Um über vier Prozent dürfte diese Altersgruppe zulegen, was vor allem in den demografisch wachsenden Regionen, in denen viele junge Menschen im Familiengründungsalter wohnen, den Bedarf an Kitas, Schulen und Studienplätzen rasant steigen lassen wird. Darunter sind auch Kreise in Ostdeutschland, die durch den Geburteneinbruch in den 1990er Jahren massenhaft Bildungseinrichtungen schließen mussten. In Leipzig werden der Prognose nach im Jahr 2035 über 40 Prozent mehr unter 20-Jährige leben als 2017. Auch Landau in der Pfalz, Regensburg oder München stehen vor einem starken Wachstum von über 30 Prozent in dieser Altersgruppe. Ein ganz anderes Bild zeigt sich in den demografischen Schrumpfreionen – vor allem im Osten. Hier dürfte die Zahl der jungen Menschen in vielen Kreisen bis 2035 um 20 bis 30 Prozent abnehmen.

Die Mitte der Bevölkerung dünnt aus

Während die Zahl der älteren Menschen in Deutschland künftig deutlich zulegen wird und auch jene der jungen Menschen unter 20 Jahren leicht anwächst, steht bei der Altersgruppe dazwischen ein erheblicher Rückgang ins Haus. Zurzeit leben in Deutschland rund 50 Millionen Menschen im sogenannten erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Bis 2035 dürfte ihre Zahl auf knapp 44 Millionen sinken – ein Minus von fast zwölf Prozent. Dieser Rückgang wird fast alle Kreise und kreisfreien Städte erfassen und vor große Herausforderungen stellen. Denn diese Gruppe erwirtschaftet im Wesentlichen unseren Wohlstand, sie zahlt in hohem Maße Steuern und Beiträge für die Sozialkassen.

Von den 401 Kreisen und kreisfreien Städten in Deutschland können nur 31 erwarten, dass die Zahl der Menschen im Alter von 20 bis 64 Jahren bis 2035 konstant bleibt oder gar wächst. Viele von ihnen liegen im wirtschaftsstarken Süden des Landes, aber auch attraktive Metropolen wie Köln, Hamburg, Frankfurt und Berlin zählen dazu. Mit Jena, Potsdam, Dresden und Leipzig schaffen es auch vier ostdeutsche Großstädte unter die positiven Ausreißer. In Leipzig dürfte die Zahl der 20- bis 64-Jährigen sogar deutschlandweit am stärksten zulegen. Die Gewinner sind ausnahmslos Gebiete, die über ihre Ausbildungsstätten und Unternehmen in der Lage sind, junge Bildungs- oder Berufswanderer in großer Zahl anzuziehen. Wo dies nicht gelingt, etwa im Süden Brandenburgs, im thüringischen Landkreis Greiz oder dem Landkreis Stendal in Sachsen-Anhalt ist das Gegenteil der Fall: Die jungen Menschen ziehen fort. In diesen Kreisen wird die Zahl der Erwerbsfähigen deutschlandweit am stärksten zurückgehen – bis 2035 um rund 40 Prozent. Die Hoffnung, dass diese Regionen wirtschaftlich aufschließen, dürfte sich damit kaum erfüllen.

Diese Entwicklung bedeutet, dass die Menschen immer weniger wie zu früheren Zeiten den Jobs hinterherziehen werden, sondern dass die Unternehmen zusehen müssen, wie sie künftig an Arbeitskräfte kommen. Das gilt insbesondere für den in Deutschland so wichtigen Mittelstand, der oft nicht in den aus vielen Gründen attraktiven Metropolen sitzt, sondern eher in kleineren Städten oder gar in ländlichen Räumen. In Südwestfalen, auf der Schwäbischen Alb oder im Oldenburger Münsterland, wo Deutschlands verborgene Weltmarktführer, die Hidden Champions, zu Hunderten zuhause sind, herrscht heute praktisch Vollbeschäftigung, es fehlt an Fachkräften und die Belegschaften rücken ungebremst ins Rentenalter vor. Gerade diese erfolgsverwöhnten Regionen werden den Mangel an Mitarbeitern mit voller Wucht zu spüren bekommen.

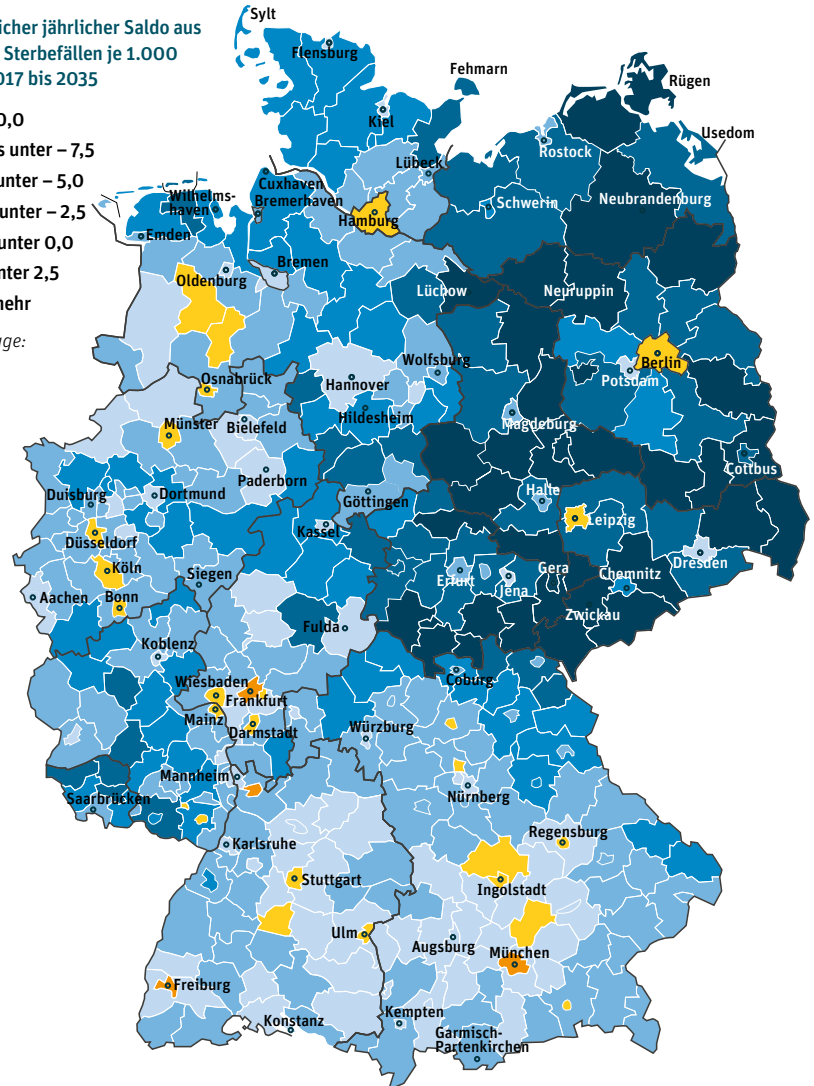
Die Sterbeüberschüsse nehmen zu

Deutschlandweit wird sich die Kluft zwischen Geburten und Sterbefällen vergrößern. Auch auf dieser Karte zeichnet sich noch die alte deutsch-deutsche Grenze ab. Einige boomende Städte wie München, Freiburg oder Frankfurt am Main, wo viele junge Menschen im potenziellen Familiengründungsalter wohnen und weitere zuziehen, dürften weiterhin ein deutliches natürliches Bevölkerungswachstum verzeichnen. In vielen ländlichen Gebieten, insbesondere im Osten, ist es umgekehrt: Dort, wo in der Vergangenheit viele junge Menschen fortgezogen sind, werden künftig Sterbeüberschüsse den regionalen Bevölkerungsschwund beschleunigen.

Durchschnittlicher jährlicher Saldo aus Geburten und Sterbefällen je 1.000 Einwohner, 2017 bis 2035

- unter -10,0
- -10,0 bis unter -7,5
- -7,5 bis unter -5,0
- -5,0 bis unter -2,5
- -2,5 bis unter 0,0
- 0,0 bis unter 2,5
- 2,5 und mehr

(Datengrundlage: CIMA⁶)



Der Wandel läuft auf vollen Touren – aber die Politik hat dafür noch keinen Plan

Die regionale Bevölkerungsprognose bis 2035 umfasst einen relativ kurzen Zeitraum. Sie hat wie alle Prognosen ihre Unwägbarkeiten, weist gleichzeitig aber eine hohe Eintrittswahrscheinlichkeit auf, weil die zugrundeliegenden Trends wie Geburtenziffern und regionale Wanderungen sich nicht über Nacht verändern. Allein die Wanderungsbilanz mit dem Ausland ergibt einen gewissen Unsicherheitsfaktor.

Im Ergebnis sagt die Prognose, dass ländliche Regionen, die bereits heute stark unter den Auswirkungen des demografischen Wandels leiden und deren Bevölkerung erheblich altert, auch künftig Probleme bei der Versorgung ihrer Bevölkerung haben werden. Allerdings werden sich die dahinterstehenden Ursachen verändern. Diese Gebiete verlieren ihre Bevölkerung künftig nicht mehr, weil die Menschen ihre Koffer packen, sondern weil sie das Zeitliche segnen. Sie werden keinen Weg zurück in die demografische und wirtschaftliche Normalität finden, da helfen keine Subventionen und kein Heimatministerium. Auch mit Migration aus anderen Ländern sind die entstehenden Lücken nicht zu füllen, denn dafür wären Zuwanderungszahlen notwendig, die fern jeder politischen Realität liegen. Zudem ist fraglich, warum Menschen aus anderen Ländern ausgerechnet dorthin ziehen sollten, wo schon die Einheimischen immer weniger Existenzmöglichkeiten sehen.

Um etwa im Landkreis Mansfeld-Südharz bis 2035 die Lücke aus Geburten und Sterbefällen zu schließen, müssten pro 1.000 Einwohner im Saldo jährlich fast 14 Bewohner zuziehen. Würden alle Kreise Deutschlands in diesem Umfang Menschen aus anderen Ländern gewinnen, käme die Republik überschlagsmäßig auf eine Nettozuwanderung von über 1,1 Millionen Personen in jedem einzelnen Jahr bis 2035.

Deutschland altert

Waren die neuen Bundesländer in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch reich an Kindern und Jugendlichen, ist hier der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung besonders stark gesunken. Mittlerweile liegen dort die Kinderzahlen je Frau über jenen im Westen, so dass sich der Schwund der Jungen verlangsamen wird.

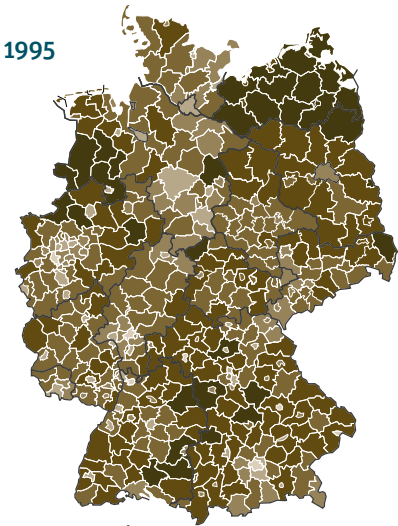
Bis 2035 dürfte in allen Bundesländern außer Berlin und Hamburg die Zahl der 20- bis 64-Jährigen sinken. Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen-Anhalt werden unserer Prognose zufolge fast jeden vierten Erwerbsfähigen verlieren. Diese Altersgruppe wird sich zunehmend auf die wirtschaftsstarke Großstädte konzentrieren.

Bereits in den vergangenen Jahren ist die Bevölkerung in Deutschland deutlich gealtert. Dieser Trend dürfte sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Im Jahr 2035 dürften in einigen Kreisen wie Spree-Neiße, Greiz, Elbe-Elster und dem Altenburger Land mehr als 40 Prozent der Einwohner 65 Jahre oder älter sein. Vergleichsweise jung werden die attraktiven Großstädte bleiben – in Ost und West.

Anteil der unter 20-Jährigen

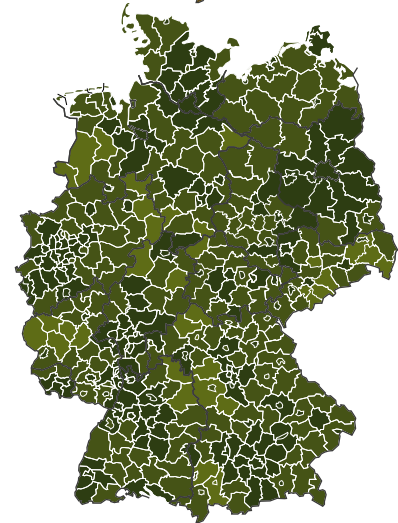
- unter 13
- 13 bis unter 15
- 15 bis unter 17
- 17 bis unter 19
- 19 bis unter 21
- 21 bis unter 23
- 23 bis unter 25
- 25 und mehr

1995



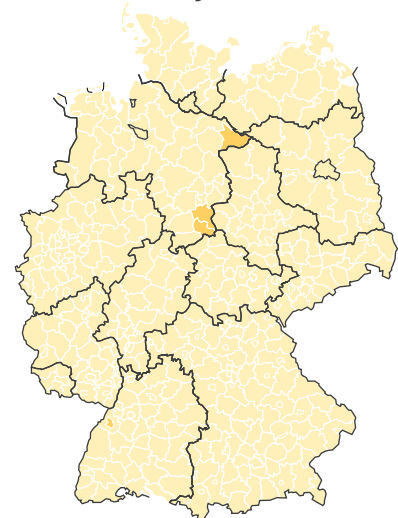
Anteil der 20- bis 64-Jährigen

- unter 50
- 50 bis unter 52
- 52 bis unter 54
- 54 bis unter 56
- 56 bis unter 58
- 58 bis unter 60
- 60 bis unter 62
- 62 und mehr

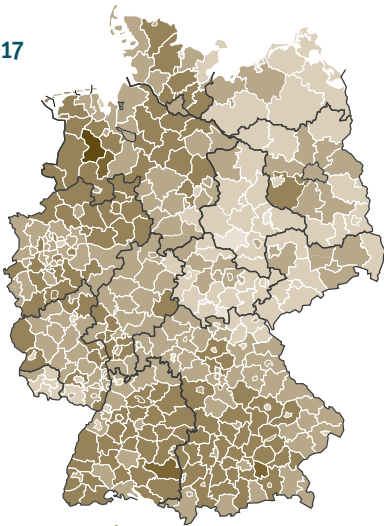


Anteil der über 64-Jährigen

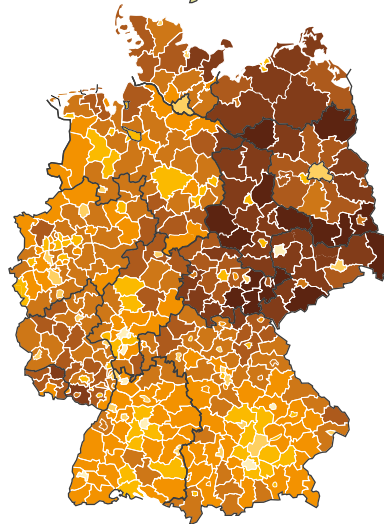
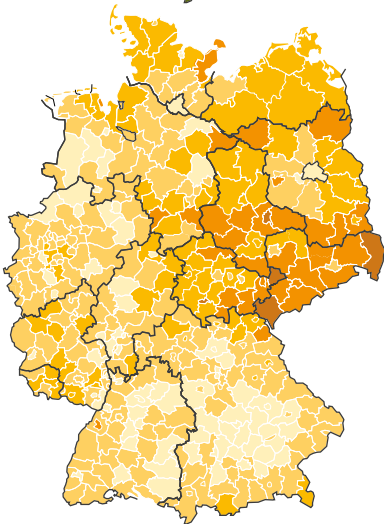
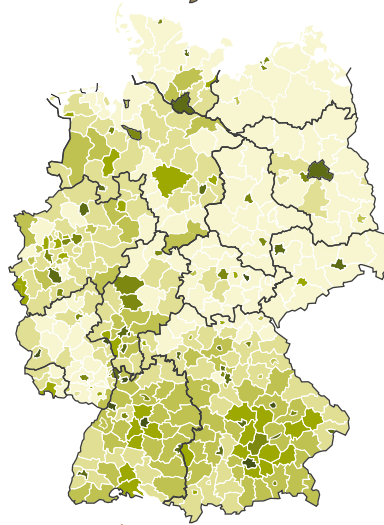
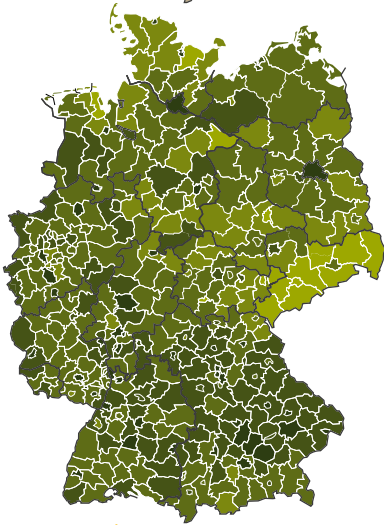
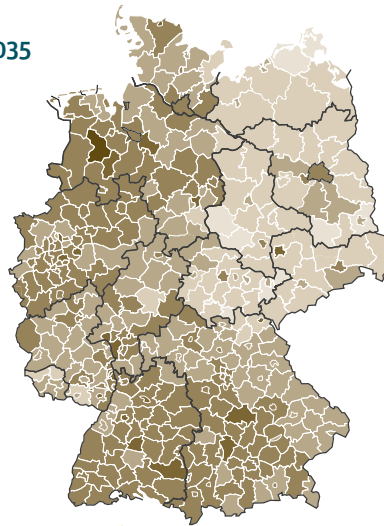
- unter 20
- 20 bis unter 23
- 23 bis unter 26
- 26 bis unter 29
- 29 bis unter 32
- 32 bis unter 35
- 35 bis unter 38
- 38 und mehr



2017



2035



Eine Förderung derart angeschlagener Regionen lässt sich ökonomisch nicht begründen. Wohl aber ist es notwendig, den dort (noch) lebenden Menschen eine angemessene Versorgung zu garantieren.¹² Diese Gebiete brauchen Unterstützung, denn aus eigener Kraft können sie sich angesichts sinkender Steuer- und Gebühreneinnahmen unmöglich finanzieren. Die Politik muss also lernen, den Bevölkerungsrückgang zu verwalten und zu begleiten, sie muss Rückbau gestalten und kreative, unkonventionelle Lösungen zur Daseinsvorsorge ermöglichen. Sie kann und sie wird jedoch, mit welchen Mitteln auch immer, in diesen Gebieten keine demografische Trendwende erreichen.

Auch die Vorstellung, die wachsenden, erfolgreichen Städte würden einen Teil ihrer Bewohner wieder an die angeschlagenen ländlichen Gebiete zurückgeben, ist absurd. Deutschlands Städte haben sich in der jüngeren Vergangenheit modernisiert und wieder attraktiv gemacht, sie haben die Kinderbetreuung verbessert und bieten gut bezahlte Jobs für Frauen und Männer in der Wissensgesellschaft. Diese Investitionen waren erfolgreich und sie sind der Grund dafür, dass – im Übrigen weltweit – die Urbanisierung voranschreitet.

In einem Land, in dem die Gesamtbevölkerung nicht mehr wächst, auf längere Sicht bestenfalls konstant bleibt, ist deshalb nicht damit zu rechnen, dass sich alle einstmals besiedelten Orte aufrechterhalten lassen. Diesen Realismus gilt es nüchtern anzunehmen, zumal die demografische Entwicklung über das Jahr 2035 hinaus anhalten wird.

Prozentualer Anteil der unter 20-Jährigen, der 20- bis 64-Jährigen sowie der über 64-Jährigen an der Gesamtbevölkerung nach Kreisen und kreisfreien Städten für die Jahre 1995, 2017 und 2035

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt¹³; CIMA¹⁴)

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

1

Zuwanderung und Integration: zu „bunter“ gibt es keine Alternative

Deutschland ist ein Einwanderungsland – auch wenn das viele der politisch Verantwortlichen lange nicht anerkennen wollten. So galt die Anwerbung der ersten Gastarbeiter aus Italien, Spanien, Griechenland oder der Türkei ab 1955 als eine vorübergehende Maßnahme zur Behebung des Arbeitskräftemangels. Dauerhaft bleiben sollten die dringend benötigten Kollegen an den Fließbändern und in den Kohlegruben nicht. Bekanntlich ist es anders gekommen.

Deutschland ist heute nach den Vereinigten Staaten und Saudi-Arabien das dritt-wichtigste Einwanderungsland der Welt. Zwischen Rügen und dem Bodensee leben über zwölf Millionen Zugewanderte.¹ Weil sie hierzulande oft Familien gegründet haben, besaßen 2017 mehr als 19 Millionen Menschen einen sogenannten Migrationshintergrund, das heißt, sie selbst oder mindestens ein Elternteil ist nach Deutschland zugewandert. Migranten machen heute fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus.² Ohne sie wären deutsche Unternehmen deutlich weniger leistungsfähig.

Die Zuwanderung nach Deutschland erfolgte aber keineswegs nach Plan, wie etwa in dem klassischen Einwanderungsland Kanada, sondern überwiegend erratisch. So kehrten sich Gastarbeiterwanderungen in den durch die Ölkrisen ausgelösten Rezessionsjahren rasch wieder in Abwanderungen um. In

den 1990ern, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und in der Folge der Jugoslawienkriege, kamen dann im Saldo durchschnittlich fast 400.000 Personen pro Jahr nach Deutschland. Ein Jahrzehnt später waren es im jährlichen Mittel nicht einmal mehr 100.000. In den Jahren 2008 und 2009 verzeichnete Deutschland nach Finanz- und Wirtschaftskrise unterm Strich sogar eine leichte Abwanderung. Danach setzte eine neuerliche Zuwanderungswelle ein, zunächst wegen der neuen Freizügigkeit innerhalb der EU und dann aufgrund internationaler Krisen in Syrien und anderswo. Im Jahr 2015 lag der Wanderungsüberschuss mit rund 1,14 Millionen Personen so hoch wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik.³

Seit 2011 machen Bürger aus den EU-Ländern Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen von ihrem Recht Gebrauch, freizügig nach Deutschland einzureisen, seit 2014 auch jene aus den Balkanstaaten Bulgarien und Rumänien.⁴ Auch aus südeuropäischen Staaten wie Italien, Griechenland und Spanien machten sich vorübergehend viele Menschen nach Deutschland auf, um der wirtschaftlichen Misere und der hohen Arbeitslosigkeit in ihrer Heimat zu entfliehen, ausgelöst durch die europäische Schulden- und Wirtschaftskrise.⁵

Doch erst die Geflüchteten aus Nicht-EU-Ländern, die sich in den Jahren 2015 und 2016 in großer Zahl Richtung Europa aufmachten, lösten eine breite öffentliche Debatte zum Thema Zuwanderung aus. Aus dem Bürgerkriegsland Syrien flohen allein 2015 rund 330.000 Menschen nach Deutschland. Hinzu

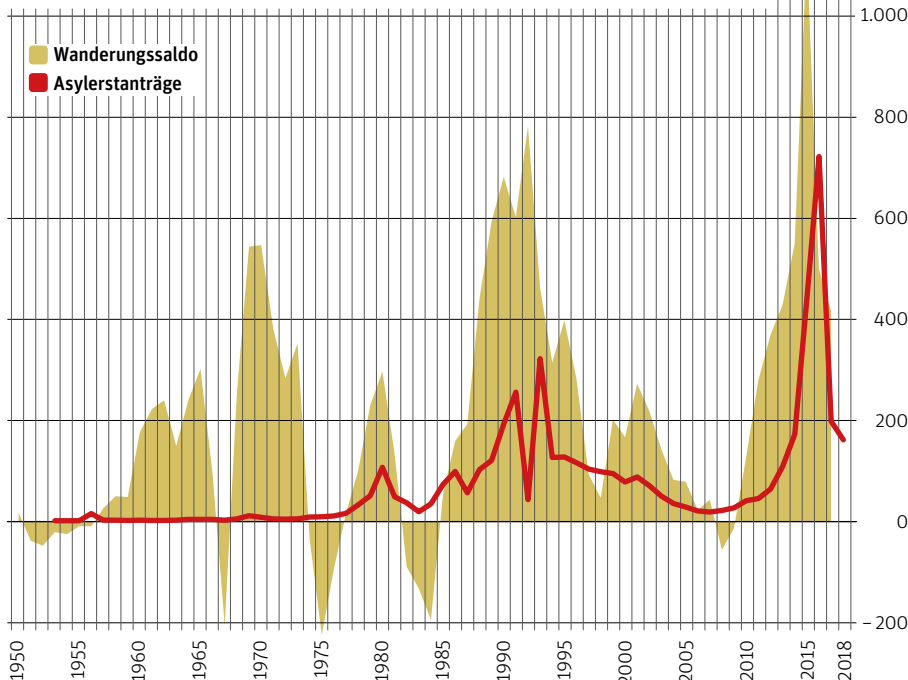
kamen viele Schutzsuchende aus anderen Krisenländern wie Afghanistan (100.000) und Irak (85.000).⁶ Mittlerweile ist die Zahl der Ankommenden wieder stark rückläufig. Dies liegt keineswegs daran, dass Länder wie Syrien oder Afghanistan befriedet oder die Fluchtursachen in anderen Ländern der Welt erfolgreich bekämpft worden wären, sondern an einer zunehmend restriktiven europäischen Migrations- und Grenzpolitik: an dem Flüchtlingsabkommen mit der Türkei, an Zäunen auf dem Balkan, an Deals mit dubiosen libyschen Milizen oder an den Frontex-Einsätzen auf dem Mittelmeer. So überwog schon 2017 im Saldo wieder die Zuwanderung aus osteuropäischen EU-Staaten wie Rumänien (80.000), Polen (40.000) und Bulgarien (30.000). Die Migrationszahlen aus den wichtigsten Krisenländern Syrien (60.000), Irak (20.000) und Afghanistan (5.000) waren deutlich gesunken.⁷

Integration braucht einen langen Atem

Die Integration der Neuankömmlinge, insbesondere der Flüchtlinge, stellt Deutschland vor besondere Aufgaben. Denn Zuwanderer haben es generell schwerer auf dem deutschen Arbeitsmarkt als Einheimische. Nicht anerkannte ausländische Abschlüsse, vor allem aber mangelnde Bildung und Sprachkenntnisse erschweren es ihnen, einen guten Job zu finden. Von den Zugewanderten im erwerbsfähigen Alter hatte 2017 mehr als jeder siebte keinen Schulabschluss. Unter den Geflüchteten waren es noch mehr. Auch

Mal kamen mehr, mal weniger

Als die Bundesregierung im September 2015 die Grenze für die in Ungarn festsitzenden Geflüchteten öffnete, nahmen viele Menschen in Deutschland dies als eine Art Dambruch wahr. Tatsächlich kamen in den folgenden Monaten viele Schutzsuchende nach Deutschland. Nachdem der Weg über die sogenannte Balkanroute weitgehend versperrt und das EU-Türkei-Abkommen beschlossen war, nahm ihre Zahl jedoch schnell wieder ab. 2018 wurden in Deutschland nur noch etwas über 160.000 Asylanträge gestellt. In der Rückschau ähnelt die sogenannte Flüchtlingskrise früheren Phasen verstärkter Zuwanderung nach Deutschland, wie der Gastarbeitermigration in den 1960ern, der Rückkehr von Spätaussiedlern nach dem Fall des Eisernen Vorhangs oder der Flucht von Menschen, die in den 1990ern die Kriege im zerfallenden Jugoslawien hinter sich lassen wollten.



Wanderungssaldo nach Deutschland, 1950 bis 2017 und Asylerstanträge, 1953 bis 2018

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt⁸; BAMF⁹)

die Kinder von Zuwanderern „erben“ von ihren Eltern oft die Bildungslücke gegenüber Einheimischen. Sie verlassen die Schule dreimal so häufig ohne Abschluss wie ihre einheimischen Altersgenossen.¹⁰

Mehr als jeder fünfte ausländische Staatsangehörige ist daher von Hartz-IV abhängig. Dabei unterscheiden sich die verschiedenen Zuwanderungsgruppen stark voneinander. So liegt die SGB-II-Hilfequote unter EU-Zuwanderern mit etwas unter 10 Prozent nur

knapp über jener der Gesamtbevölkerung. Bei Zuwanderern aus den acht zuwanderungsstärksten Kriegs- und Krisenländern beträgt sie hingegen rund 65 Prozent.¹¹ Doch es zeigen sich auch erste Erfolge: Ende 2018 war knapp ein Drittel der Menschen aus diesen Ländern sozialversicherungspflichtig beschäftigt.¹²

Ohne Zuwanderung geht es nicht

Deutschland ist auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer gehen allmählich in Rente und die Gesellschaft altert. Das belastet die Sozialsysteme (siehe Kapitel Alterung und Sozialsysteme, Seite 30) und führt zu einem Mangel an Fachkräften (siehe Kapitel Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Seite 37). Um den künftigen Bedarf zu decken, wird die Zuwanderung aus den anderen EU-Ländern allein nicht reichen. Schon in den letzten Jahren hat sich der Zustrom aus den Unionsländern nach Deutschland verringert – von 380.000 im Jahr 2015 auf knapp 260.000 im Jahr 2017.^{14,15} Diese Zahlen dürften weiter sinken, denn gerade in Ost-, Mittel- und Südeuropa sind die Geburtenziffern besonders niedrig und die Bevölkerungen altern noch stärker als in Deutschland. Vielerorts haben sie längst begonnen zu schrumpfen. Diese Länder werden selbst bald Zuwanderer benötigen, auch wenn sich gerade die Mittel- und Osteuropäer heute noch dagegen wehren.

Umso wichtiger wird es künftig, Fachkräfte aus Drittstaaten außerhalb der EU nach Deutschland zu locken. Im Vergleich zur Zuwanderung aus humanitären Gründen spielt jene zu Erwerbs- oder Bildungszwecken allerdings bislang eine untergeordnete Rolle. Auch hier unterscheidet sich das Zuwanderungsland Deutschland von klassischen Einwanderungsländern wie Kanada oder Australien. Die Zahl der Erwerbszuwanderer aus Drittstaaten verdoppelte sich zwar von 2010 bis 2017, blieb mit zuletzt rund 61.000 Migranten aber auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau.¹⁶ Das Ende 2018 auf den Weg gebrachte neue Fachkräftezuwanderungsgesetz soll dies nun ändern. Damit Deutschland aber tatsächlich attraktiver für internationale Arbeitskräfte wird, sind weitere Anstrengungen nötig: Fachkräfte für bestimmte Branchen müssen konsequent angeworben werden, Unternehmen müssen bei der Suche nach Arbeitskräften im Ausland unterstützt werden und die Verfahren zur Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen sind zu vereinfachen.

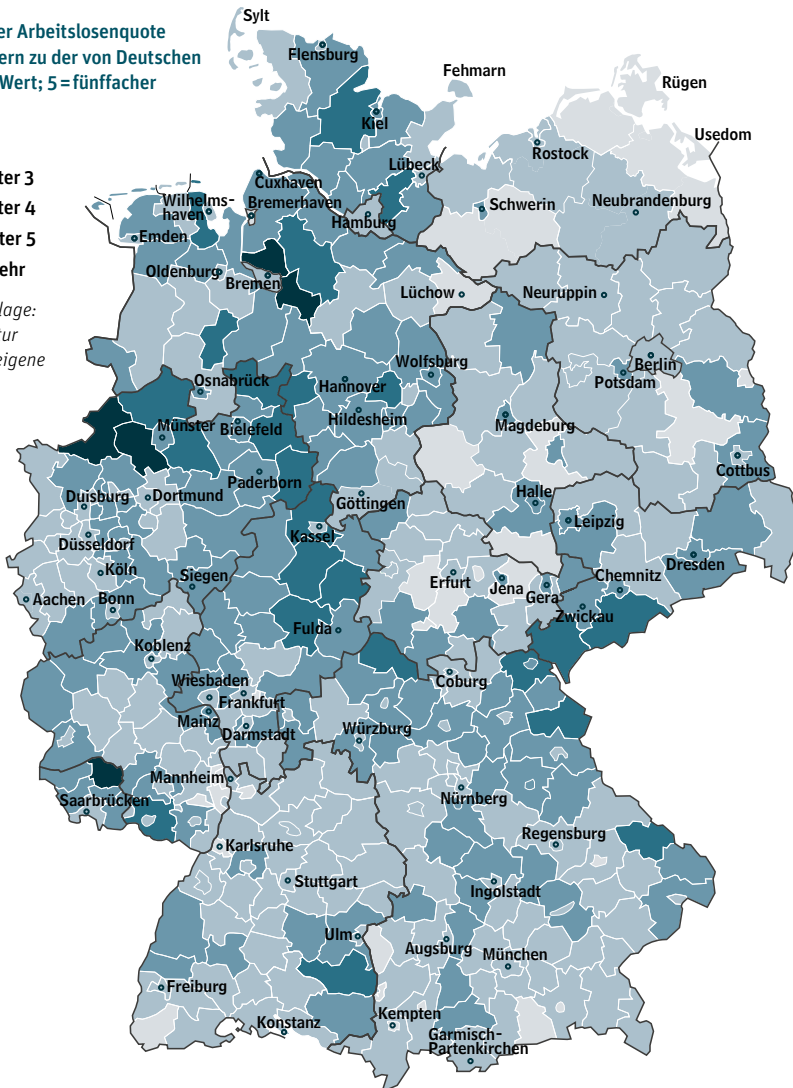
Überall höhere Arbeitslosigkeit unter Ausländern

In allen deutschen Kreisen ist die Arbeitslosigkeit bei Menschen ohne deutschen Pass höher als bei deutschen Staatsbürgern. Allerdings ist der Unterschied nicht überall gleich hoch. Wo es viele Jobs gibt und zum Teil schon Engpässe bei der Suche nach Fachkräften entstehen, wie in Süddeutschland, haben es Ausländer einfacher auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. In vielen ostdeutschen Kreisen leben nur wenige Ausländer und auch unter Deutschen ist die Arbeitslosigkeit noch vergleichsweise hoch. Daher sind Ausländer im Verhältnis nicht so viel häufiger ohne Job als Deutsche.

Verhältnis der Arbeitslosenquote von Ausländern zu der von Deutschen (1 = gleicher Wert; 5 = fünffacher Wert), 2017

- ☐ unter 2
- ☐ 2 bis unter 3
- ☐ 3 bis unter 4
- ☐ 4 bis unter 5
- ☐ 5 und mehr

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit¹³, eigene Berechnung)



Was tun?

1 Für eine geordnete Zuwanderung von Arbeitskräften aus Drittstaaten sind klare Regeln notwendig. Das neue Einwanderungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die vielfältigen Zugangsmöglichkeiten und Anforderungen sollten aber in den Herkunftsländern der Migranten transparent und offensiv beworben werden. Neben diesen Informationen sollten einheimische Unternehmen ihre Stellenangebote auf einer gemeinsamen Plattform präsentieren – mit der klaren Nachricht: Wir suchen Leute aus der ganzen Welt.

2 Bei Geflüchteten mit befristeten Aufenthaltstiteln und Geduldeten erschwert die unsichere Bleibeperspektive den erfolgreichen Sprung auf den Arbeitsmarkt. Bei jenen, die trotz abgelehnten Asylantrags einen Job auf dem ersten Arbeitsmarkt gefunden haben, sollte ein Spurwechsel in einen anderen Aufenthaltstitel, also in einen regulären Zuwanderungskanal möglich sein. So könnten jene bleiben, die bereits gut integriert sind – eine motivierende Perspektive vom ersten Tag an.

3 Viele Kinder aus Zuwandererfamilien treffen in Deutschland auf ein wenig durchlässiges Bildungssystem. Länder wie Kanada zeigen, wie ein Bildungsaufstieg für die zweite Generation möglich ist. Dort schneiden Kinder von Zuwanderern im Mittel besser ab als der einheimische Durchschnitt. Schulen fungieren dort als Integrationszentren, Eltern werden in den Bildungsprozess eingebunden und frühkindliche Angebote fördern schon vor dem ersten Schultag den Spracherwerb. Hier besteht in Deutschland weiterhin ein Nachholbedarf.

2

Teilhabechancen und Engagement: eine Kommission für die Gleichwertigkeit

Die Bundesregierung hat sich in den jüngsten Koalitionsvereinbarungen die Aufgabe gesteckt, die Lebensbedingungen überall in Deutschland „gleicher“ zu machen. Egal ob jemand in der Stadt oder auf dem Land wohnt, ob im Norden, Osten, Süden oder Westen der Republik, sie oder er soll die gleichen Chancen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sowie den Zugang zu Bildung und Wohlstand haben.¹ Dieser Vorsatz ist auf der politischen Agenda weit nach vorne gerückt. Neu ist er nicht. Denn „einheitliche“, seit 1994 „gleichwertige“ Lebensverhältnisse sind bereits seit Existenz des Grundgesetzes ein verfassungsrechtliches Ziel.²

Aber warum rücken die demografisch wie wirtschaftlich angeschlagenen Regionen gerade jetzt in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit? Ländliche und städtische Regionen entwickeln sich bereits seit Jahrzehnten auseinander, nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Die „Urbanisierung“ ist Teil eines globalen Strukturwandels. Es handelt sich also alles in allem um keine neue und der Politik unbekanntere Entwicklung. Der Grund für das gestiegene Interesse am ländlichen Raum muss woanders zu finden sein. Die Vermutung liegt nahe, dass die neue Aufmerksamkeit mit den Erfolgen der „Alternative für Deutschland“ (AfD) zu tun hat. Diese Partei konnte vielerorts zweistellige Wahlergebnisse verbuchen. Bei der Bundestagswahl 2017 kam sie auf über zwölf Prozent der Stimmen und zog als drittstärkste Kraft in den Deutschen Bundestag ein.³ Eine häufig genannte Erklärung für den Erfolg

der Rechtspopulisten ist, dass sie vor allem Stimmen von Wählern in sogenannten abhängigen Regionen bekommen, die glauben, vom gesellschaftlichen Fortschritt und dem derzeitigen wirtschaftlichen Aufschwung des Landes kaum zu profitieren.

Nun erörtert seit Herbst 2018 eine hochkarätig besetzte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, wie strukturschwache ländliche Regionen wieder an die boomenden Großstädte anschließen können. Unter Federführung des Innen- und Heimatministers Horst Seehofer und unter Beteiligung sowohl der Landwirtschafts- als auch der Familienministerin, aller Bundesländer und der kommunalen Spitzenverbände sollen ein gemeinsames Verständnis aber auch Ideen für die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen gefunden werden. Die Bandbreite an Themen, welche die Kommission in mehreren Arbeitsgruppen behandeln will, ist groß. Es geht um Altschulden, die viele Kommunen belasten und handlungsunfähig machen, um Wirtschaft und Innovation sowie um Daseinsvorsorge und Teilhabe.⁴

Fraglich bleibt jedoch, ob die Kommission zur Diskussion zu gleichwertigen Lebensverhältnisses überhaupt etwas Neues beitragen kann. Denn seit vielen Jahren diskutieren Politiker und Raumplaner bereits darüber, was unter diesem politischen Leitbild zu verstehen ist. Eine klare Definition fehlt bislang und auch die Kommission dürfte davor zurückschrecken, messbare Standards festzulegen, an denen sich eine „Gleichwertigkeit“ oder eine „Ungleichwertigkeit“ zwischen den Regionen ablesen lässt. Denn der urbane Maßstab der Versorgung, die Schul- und Ärztedichte, das Angebot an Bibliotheken, Kindergärten und Schwimmbädern lässt sich unmöglich auf die weite Peripherie der

Bundesländer anwenden. Somit dürfte auch die Kommission wenig daran ändern, dass der Anspruch der Gleichwertigkeit eine Hülse bleibt. Im schlimmsten Fall weckt sie Erwartungen, die sich nicht erfüllen lassen, was die betroffenen Menschen vor Ort zunehmend enttäuscht und verärgert zurücklässt und weiter in die Hände von Populisten treibt.

Unterschiedlich aber gleichwertig?

Die Lebensbedingungen auf dem Land und in der Stadt sind von Natur aus grundverschieden. Zwischen den Dörfern fährt kein Bus im Zehn-Minuten-Takt, so wie es Großstädter an ihren Haltestellen gewohnt sind. Dort, wo weniger Menschen leben, sind die täglichen Wege zum Arzt, Einkaufen oder zur Schule länger. Stadtbewohner wiederum müssen mit vollen Straßen, Verkehrslärm und höheren Mieten leben. Der Weg zum nächsten Erholungsort und in die Natur ist weiter als auf dem Land. Diese unterschiedlichen Lebensumstände als gleichwertig zu definieren wäre reine Willkür.

Doch die Kluft zwischen Stadt und Land ist über diese „selbstverständlichen“ Unterschiede hinaus größer geworden. Dies liegt vor allem daran, dass die Ballungszentren und die Peripherie auf unterschiedlichen demografischen Pfaden unterwegs sind. Mit dem wachsenden Bildungsstand verlassen vor allem junge Menschen ihre Heimatdörfer und Kleinstädte. Sie wollen studieren und ziehen dafür in die Städte, wo sie Hochschulen und Universitäten finden.⁵ Fertig ausgebildet, kehren sie selten auf das Land zurück. Der Sog der Großstadt ist dabei kein neues

Phänomen. Schon immer lockten Städte Landbewohner auf der Suche nach Arbeit und mit der Hoffnung auf ein besseres Leben an. Doch die Familien auf dem Land waren früher so groß, dass der Wegzug einiger nicht ins Gewicht fiel.

Inzwischen aber kommen in den Dörfern ähnlich wenige Kinder pro Frau zur Welt wie in den Städten. Und da auf dem Land mit den jungen Menschen auch die Familiengründer von morgen wegziehen, ist die Lücke zwischen Geburten und Sterbefällen in den peripheren ländlichen Gebieten längst größer als in den Großstädten. Nur noch in wenigen Landkreisen wie in Vechta und Cloppenburg im westlichen Niedersachsen kommen noch mehr Kinder zur Welt als Menschen sterben. Ansonsten sind es die kreisfreien Großstädte wie München, Frankfurt und Offenbach am Main, Berlin oder Dresden, die Geburtenüberschüsse verzeichnen. Bei ihnen führt der Zuzug der vielen jungen Menschen zu einem doppelten demografischen Gewinn: Mit der hohen Zahl an potenziellen Eltern kommen dort auch vergleichsweise viele Kinder zur Welt.⁶

Unterm Strich bedeutet dies für viele entlegene und dünn besiedelte Landesteile, dass sie weiter an Bewohnern verlieren. Mitunter entsteht dadurch eine Abwärtsspirale, weil mit den Menschen nach und nach auch die vorhandene Infrastruktur verschwindet, vom Dorfladen über die Busverbindung, von der Schule bis zum Hausarzt. Zurück bleiben vor allem die älteren Bewohner, die nicht weg wollen, weil sie schon immer in ihrem Dorf gelebt haben. Schon heute sind die Menschen, die in den dünn besiedelten ländlichen Kreisen zu Hause sind, im Schnitt fast drei Jahre älter als die Großstädter.⁷

Die Bürger machen den Unterschied

Doch es gibt auch erfolgreiche Gebiete fernab der Großstädte. Zu finden sind sie vor allem in den wirtschaftsstarken süddeutschen Bundesländern, in Baden-Württemberg und Bayern, wo florierende Klein- und Mittelständler für Wohlstand auch in den kleinen Gemeinden sorgen. Eine gesunde lokale Wirtschaft steigert die Steuereinnahmen der Kommunen und gibt mehr Handlungsspielräume, dem Wegzug etwas entgegenzusetzen.

Eine gesunde Wirtschaftsstruktur und aktive Kommunen allein reichen jedoch nicht immer aus, um eine Region auf der Erfolgsspur zu halten. Wie lebendig ein Landstrich ist, hängt seit jeher auch vom Engagement seiner Bewohner ab. Die freiwilligen Feuerwehren zeugen bis heute davon, wie tief subsidiäre Ideen im Landleben verankert sind. Dort, wo der Staat nicht alles regeln kann, hilft man sich gegenseitig oder schafft sich das Angebot, das einem wichtig ist. Das reicht vom Sportverein über Kulturveranstaltungen bis hin zu Dorf- und Schützenfesten. Und so überrascht es kaum, dass laut Freiwilligen-survey der Anteil der Bewohner, die sich ehrenamtlich engagieren, auf dem Land größer ist als in der Stadt.⁸

Mit den wachsenden Versorgungslücken in den Dörfern kommen seit einiger Zeit ganz neue Herausforderungen auf die aktiven Landbewohner zu. Immer öfter übernehmen sie Aufgaben der Daseinsvorsorge, von genossenschaftlich betriebenen Dorfläden und Schwimmbädern über Bürgerbusse bis hin zur organisierten Nachbarschaftshilfe für ältere Menschen. Ihr Einsatz verbessert nicht nur die Versorgungslage, sondern lässt ihre Orte auch in eine günstigere demografische Zukunft blicken. Denn das Gefühl der Selbstwirksamkeit stärkt das lokale Selbstbewusstsein und bindet die Menschen an die Region. Derart lebendige Orte strahlen so attraktiv ins Umland aus, dass sie auch Zuzügler anlocken.⁹

Doch der demografische Wandel verändert auch das Ehrenamt. Dort, wo die Einwohner weniger und älter werden, nimmt auch die Zahl derjenigen ab, die sich einbringen wollen und können. In den letzten zehn Jahren haben sich mehr als 15.000 ländliche Vereine aufgelöst. Für die noch existierenden wird es immer schwieriger, Mitstreiter zu halten oder gar neue zu finden. In fast jedem vierten ländlichen Verein ist in den letzten Jahren die Zahl der Engagierten gesunken, in jedem vierten großstädtischen Verein ist sie dagegen gestiegen.¹⁰

Umso wichtiger wird es, dass die Politik von Kommunal- bis Bundesebene für die tatkräftigen Menschen die richtigen Rahmenbedingungen schafft – angefangen von den nötigen rechtlichen Freiräumen bis hin zur niedrigschwelligen finanziellen Förderung. Dass sich dies unterm Strich auszahlt, zeigt das im Nordwesten Deutschlands gelegene Emsland. Hier unterstützen die Kommunen, der Landkreise, die Kirche und andere Institutionen das Ehrenamt organisatorisch, finanziell und mit Ansprechpartnern.¹¹ Das Selbstbewusstsein der Emsländer ist kaum zu überbieten und der peripher gelegene und dünn besiedelte Landkreis ist wirtschaftlich wie demografisch auf Wachstumskurs. Er beweist damit, dass sich auch ländliche Regionen dem Strukturwandel nicht kampflös ergeben müssen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich auch in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ die Erkenntnis durchsetzt, dass der wichtigste Rohstoff in ländlichen, demografisch angeschlagenen Regionen, die Menschen mit ihrer Tatkraft sind. Sie wissen am besten, woran es fehlt und wie man Abhilfe schafft. Sie sind die Experten, wenn es um die Entwicklung ihrer Heimat geht. Sie dabei zu unterstützen, zu beraten und finanziell zu fördern, ist Aufgabe der Politik. Dazu könnte die Kommission einen wichtigen Beitrag leisten.

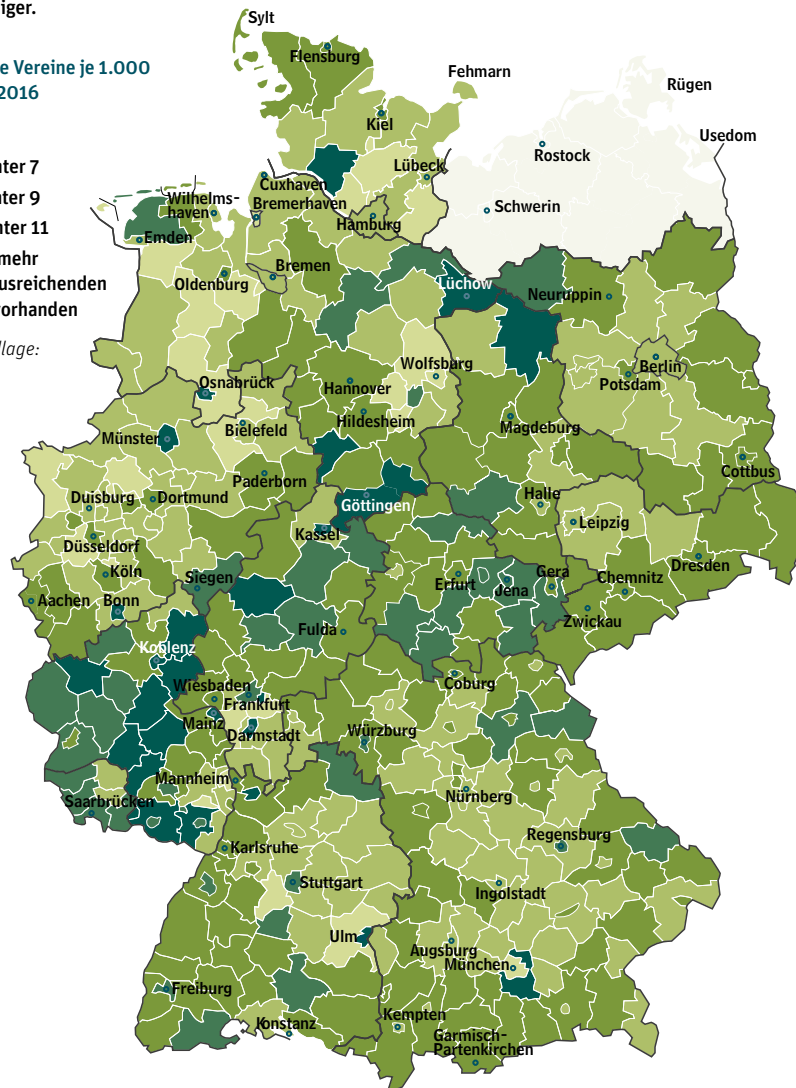
Vereinsleben prägt Stadt und Land

In Deutschland kommen auf 1.000 Einwohner 7,2 Vereine. Dabei ist die Vereinsdichte regional unterschiedlich ausgeprägt. Viele gibt es in Rheinland-Pfalz und im Saarland, aber auch in Thüringen oder Nordhessen ist die Vereinslandschaft breit aufgestellt. Ein reges Vereinsleben ist nicht ein typisches ländliches oder städtisches Phänomen. Im Landkreis München gibt es mit über 30 Vereinen pro 1.000 Einwohner die bundesweit höchste Vereinsdichte, in der Stadt München mit gerade einmal 1,3 Vereinen die niedrigste. Im Münsterland dagegen konzentrieren sich die meisten Vereine in der Stadt Münster, im Umland gibt es auf die Einwohnerzahl gerechnet viel weniger.

Eingetragene Vereine je 1.000 Einwohner, 2016

- unter 5
- 5 bis unter 7
- 7 bis unter 9
- 9 bis unter 11
- 11 und mehr
- keine ausreichenden Daten vorhanden

(Datengrundlage: Ziviz¹²)



Was tun?

1 In ländlichen Räumen entsteht eine Vielzahl innovativer Versorgungskonzepte: Mobilitätsketten aus Bussen, E-Bikes und Privat-PKW, mobile und temporäre ärztliche Angebote, multifunktionale Dorfläden oder kleinräumige Pflegenetzwerke. Starre Normen, Regeln, Gesetze und Vorschriften, die für städtische Regionen ihren Zweck erfüllen, bremsen auf dem Land aber häufig die Umsetzung. Rechtliche Freiräume und ein flexibler, kreativer Umgang mit Verwaltungsvorschriften sind nötig, damit sich eine Versorgung mit neuen Konzepten ermöglichen lässt.

2 Häufig sind es lokale Initiativen, die mit Tatkraft und Ideen die Daseinsbedingungen der Landbewohner verbessern. Obwohl sie meist nur eine geringe finanzielle Unterstützung brauchen, scheitern sie oft an Fördermöglichkeiten. Der bürokratische Aufwand für Anträge lohnt sich nicht. Viele Programme sind zudem zeitlich begrenzt, so dass die Initiativen laufend nach neuen Fördertöpfen suchen müssen. Die Politik sollte für diese Form von Engagement vereinfachte Unterstützungsmöglichkeiten schaffen und dauerhaft in Infrastrukturen des Ehrenamtes investieren.

3 Bewohner unterschiedlicher ländlicher Regionen entwickeln häufig ähnliche Ideen, wie sie Versorgungslücken schließen können. Statt jedes Mal das Rad neu erfinden zu müssen, sollten sie stärker voneinander profitieren und ihre Erfahrungen austauschen können. Hier bieten sich gegenseitige Besuche oder Roadshows an, auf denen funktionierende Ansätze präsentiert werden. Diese dienen als Inspiration dafür, was machbar ist und vor allem wie. Das neu geschaffene Heimatministerium in Berlin sollte diesen Austausch organisieren und fördern.

3

Familienpolitik und Kinderzahlen: kleine Erfolge bei den Kleinen

Im Jahr 2011 erreichte die Zahl der Geburten in Deutschland einen historischen Tiefpunkt. Rund 663.000 Kinder erblickten damals das Licht der Welt. Zum Höhepunkt des Babybooms im Jahr 1964 waren es mit 1.357.000 Kindern noch mehr als doppelt so viele. Doch seit sechs Jahren verzeichnet das Land eine Trendwende bei der Zahl der Neugeborenen, die mitunter schon als neuer Babyboom gefeiert wird: 2016 kamen rund 792.000 Kinder zur Welt – der höchste Stand seit 18 Jahren. Aber selbst das reichte angesichts der Zahl von 911.000 Sterbefällen im gleichen Jahr nicht annähernd für eine stabile Bevölkerungszahl, hätte es keine Zuwanderung gegeben.¹ Auch 2017 blieb die Zahl der Geburten mit 785.000 auf ähnlichem Niveau.²

Viele Mütter, mehr Kinder

Zeigt dieser Aufschwung, dass die Familienpolitik der letzten Jahre nun Früchte trägt? Ein erster Blick auf die zusammengefasste Geburtenziffer lässt dies vermuten. Diese beschreibt das durchschnittliche Geburtenverhalten von Frauen in einem bestimmten Jahr. Demnach bekamen Frauen in den letzten Jahren wieder mehr Kinder als zuvor. 2017 lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei 1,57 Kindern, 2011 waren es noch unter 1,4.³

Mit dem momentanen Kindersegen liegt Deutschland im Vergleich mit den anderen EU-Staaten jetzt in der oberen Hälfte, nachdem es lange zu den Ländern mit den niedrigsten Geburtenziffern gezählt hat.⁴ In Westdeutschland pendelte sich seit Ende der 1970er Jahre die Kinderzahl bei etwa 1,4 ein. Im Osten lag sie etwas höher, sackte aber

nach der Wende noch deutlich darunter und hatte Mitte der 1990er Jahre den historisch einmaligen Wert von etwa 0,8 Kindern erreicht. Es waren wirtschaftliche Unsicherheiten aber auch die neu gewonnenen Freiheiten, welche ostdeutsche Frauen die Familiengründung erst einmal aufschieben ließen. Erst als sie diese in höherem Alter nachholten, stiegen die Geburtenziffern wieder. Seit 2011 bekommen Frauen im Osten sogar wieder mehr Kinder als im Westen.⁵ Der geburtenstärkste Kreis in Deutschland ist mit 1,98 Kindern je Frau der sächsische Landkreis Bautzen. Die wenigsten Kinder bekommen Frauen in westdeutschen kreisfreien Städten. Schlusslicht ist die bayerische Universitätsstadt Bayreuth mit gerade einmal 1,18 Kindern. Solche Zahlen sind typisch für Hochschulstandorte, wo viele junge Frauen leben, die aber selten bereits Mütter sind.

Inwieweit die Familienpolitik bei der positiven Entwicklung eine Rolle gespielt hat, ist umstritten. Bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit jedenfalls zeigen sich nur geringfügige Veränderungen. Sie bekommen trotz verbesserter Angebote der Familienpolitik im Schnitt nur 1,45 Kinder.⁶ Vielmehr lässt sich der „Babyboom“ vor allem auf die Zuwanderung der letzten Jahre zurückführen, bei der auch viele Frauen im Familiengründungsalter nach Deutschland gekommen sind. Die meisten von ihnen stammen aus Ländern, in denen große Familien noch die Norm sind.⁷ Entsprechend stieg die Geburtenziffer von Frauen mit einer ausländischen Staatsbürgerschaft deutlich auf 2,15. Damit hat knapp ein Viertel aller Kinder, die 2017 in Deutschland zur Welt kamen, Mütter ohne deutschen Pass.⁸ Ob sich, wie bei vorherigen Zuwanderungswellen, die Nachkommen der Neuzugewanderten mittelfristig an die niedrigeren Kinderzahlen in Deutschland anpassen, bleibt abzuwarten.⁹

Aber nicht nur die höhere durchschnittliche Kinderzahl je Frau trägt zum Geburtenanstieg bei, sondern auch die gestiegene Zahl der potenziellen Mütter. 2017 gab es im Vergleich zu 2011 über eine halbe Million mehr Frauen im typischen Familiengründungsalter zwischen 25 und 39 Jahren. Neben der hohen Zuwanderung liegt dies an einem „demografischen Echo“: Die Kinder der Babyboomer sind heute in dem Alter, in dem sie selbst Nachwuchs bekommen. Allerdings dürfte dieses Echo bald verhallt sein. Ende 2017 lebten in Deutschland rund 7,7 Millionen Frauen dieses Alters. Die ihnen folgenden Jahrgänge der heute 10- bis 24-Jährigen waren mit 5,9 Millionen Frauen deutlich schwächer besetzt. Selbst wenn die Kinderzahl pro Frau weiter leicht steigen sollte, dürfte die absolute Zahl der Geburten deshalb bald schon wieder rückläufig sein.¹⁰

Fortschritte für Familien

Der Erfolg der Familienpolitik sollte aber nicht nur an der Geburtenziffer gemessen werden. Ein zentrales Ziel familienpolitischer Maßnahmen ist es, Väter und Mütter dabei zu unterstützen, familiäre und berufliche Aufgaben gut miteinander in Einklang zu bringen. Dabei soll es für Mütter einfacher werden, früher ins Arbeitsleben zurückzukehren und Väter sollen ermutigt werden, sich mehr um den eigenen Nachwuchs zu kümmern.

2007 führte die Bundesregierung deshalb das Elterngeld ein, was Mütter und Väter ermutigt, sich die Kinderbetreuung im ersten Jahr zu teilen. Studien zufolge kehren Mütter seit Einführung des Elterngeldes früher in den Arbeitsmarkt zurück.¹¹ Außerdem übernehmen mehr Väter einen Teil der Kinderbetreuung im ersten Jahr – ihr Anteil ist von 21 auf

34 Prozent gestiegen. Allerdings bleiben die wenigsten Väter länger als die zwei „Pflichtmonate“ zu Hause.¹² Eine gleichberechtigte Aufteilung der Kinderbetreuung im ersten Lebensjahr ist also noch lange nicht erreicht.

Seit 2015 gibt es ergänzend das Elterngeld-Plus. Eltern können die staatliche Unterstützungsleistung doppelt so lange erhalten, wenn beide zusätzlich zur Kinderbetreuung auch in Teilzeit arbeiten. Dies erleichtert vor allem Müttern schneller den Wiedereinstieg in den Beruf. Gleichzeitig müssen beide Elternteile ihre Arbeitszeiten reduzieren. Bislang sind es vor allem Frauen, die ihre Arbeitszeit mit der Familiengründung einschränken. Mit ElterngeldPlus sollen nun auch mehr Männer zu diesem Schritt ermutigt werden.¹³

Nachholbedarf beim Kita-Ausbau

Mit ihrem ersten Geburtstag haben Kinder seit 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Doch dies hat bisher nicht dazu geführt, dass es für alle Kinder tatsächlich einen Platz bei einer Tagesmutter oder in einem Kindergarten gibt. Im Jahr 2017

wollten 45,2 Prozent aller Eltern ihre Kinder außerhalb der eigenen vier Wände betreuen lassen. Geschafft haben es nur 33,1 Prozent.¹⁴ Auch bei der Kinderbetreuung gibt es große regionale Unterschiede. In Baden-Württemberg kommen gerade einmal 16 Prozent der Kinder ganztags in einer Betreuung unter, in Niedersachsen mit 20 Prozent kaum mehr. In Ostdeutschland besuchen zwischen 50 und 70 Prozent aller unter Sechsjährigen einen Kindergarten. Dort ist auch die Lücke in der Versorgung am geringsten. Allerdings steht auch weniger Personal für die Betreuung der Kinder bereit.¹⁵ Diese Differenzen erklären sich noch immer mit der deutsch-deutschen Teilung: In der ehemaligen DDR gab es eine flächendeckende Kinderbetreuung, im Westen fand sie im Wesentlichen in der Familie statt.¹⁶

Eine gute Betreuungsinfrastruktur wird gerade in einer Wissensgesellschaft immer wichtiger. Denn bisher gilt: Je höher der Bildungsabschluss von Frauen, desto öfter entscheiden sie sich gegen Kinder. Im Osten Deutschlands war der Zusammenhang zwischen Bildung und Kinderlosigkeit lange nicht zu beobachten. Erst nach der Wende kam es zu einem Anstieg der Kinderlosigkeit über alle

Bildungsstufen – besonders unter den Akademikerinnen.¹⁷ Der Blick in die ostdeutsche Vergangenheit zeigt also, dass gute und flächendeckende Betreuungsangebote dazu beitragen können, dass die Entscheidung für eine Familie nicht gleichzeitig eine gegen eine Karriere sein muss und sich gerade in der Mittelschicht dann mehr Menschen für eigene Kinder entscheiden.

Was tun?

1 Zwar hat das Elterngeld dazu geführt, dass Väter heute häufiger eine Pause vom Job nehmen. Doch im Schnitt dauert diese nicht viel länger als drei Monate. Die Anreize für eine gleichberechtigtgere Aufteilung von Familienaufgaben müssen daher schrittweise angepasst werden. Künftig sollten Väter mindestens vier Monate für ihren Nachwuchs zuhause bleiben, damit sich das Elterngeld um die zusätzlichen Vätermonate verlängert.

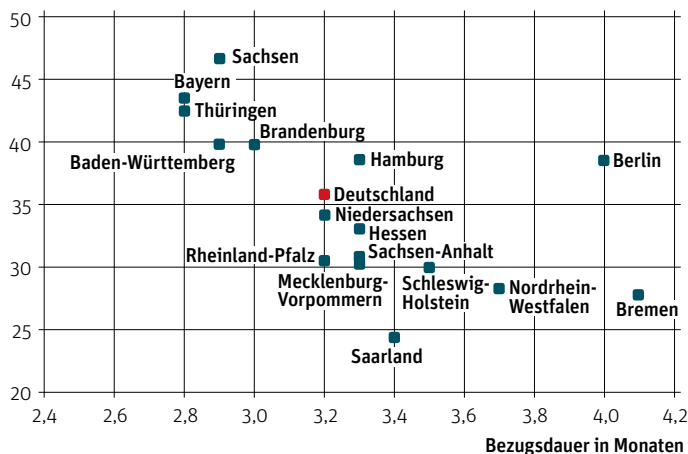
2 Bislang sind es vor allem die Frauen, die mit der Familiengründung ihre Arbeitszeiten reduzieren. Schlechtere Aufstiegschancen im Beruf und geringere Renten sind die Folge. Das 2018 beschlossene Rückkehrrecht zur Vollzeit ist ein erster wichtiger Schritt, dies zu ändern. Doch auch Unternehmen sind gefordert. Teilzeit arbeitende Väter müssen künftig genauso selbstverständlich sein, wie dies heute bei den Müttern der Fall ist.

3 Der Ausbau der Kinderbetreuung ist noch nicht abgeschlossen. Vielerorts fehlen Plätze, auch gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher sind immer schwieriger zu finden. Der Beruf muss attraktiver werden, vor allem in Hinblick auf Vergütung und Entwicklungsmöglichkeiten.

Im Schnitt nur drei Monate

Im Durchschnitt haben fast 36 Prozent des Geburtsjahrgangs 2015 einen Vater, der Elterngeld bezogen hat. Allerdings gibt es große regionale Unterschiede. In Sachsen übernehmen anteilig die meisten Väter einen Teil des Elterngeldanspruchs, allerdings nur für 2,9 Monate. Umgekehrt in Bremen: Hier nutzt gerade mal ein Viertel der Väter die staatliche Leistung. Allerdings bleiben jene, die sich dafür entschieden haben, über 4 Monate beim Nachwuchs zu Hause.

Anteil der Kinder in Prozent



Anteil der 2015 geborenen Kinder, deren Väter Elterngeld bezogen haben, in Prozent, und durchschnittliche Bezugsdauer in Monaten (Datengrundlage: Statistisches Bundesamt¹⁸)

4

Alterung und Sozialsysteme: große Aufgaben – keine tragfähigen Konzepte

Deutschland erlebt derzeit die letzten Jahre der Phase, in der sich noch eine demografische Dividende einfahren lässt. Ein solcher wirtschaftlicher Gewinn ist immer dann möglich, wenn ein großer Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter gut qualifiziert und mit Arbeit versorgt ist. Für diese demografisch-ökonomische Ausnahmesituation sorgen hierzulande die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer, die momentan mehrheitlich zwischen 50 und 60 Jahre alt sind. Sie sind ein wesentlicher Grund für hohe Beschäftigungszahlen, Rekordsteuereinnahmen und die großen Überschüsse in den Sozialkassen. 2017 nahmen Staat und Sozialversicherungen rund 37 Milliarden Euro mehr ein, als sie an die Bürgerinnen und Bürger zurückgaben.¹ Schon seit 2012 gelingt es der Regierung ihren Schuldenstand gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu reduzieren – ein Novum in der Geschichte der Bundesrepublik.² Bis dato füllt der demografische Wandel die Staatskassen.

Die schwierigen Jahre kommen erst

Dieses Bild wird sich, wie in allen Industrienationen, in den kommenden Jahren grundlegend verändern, denn überall liegen die Geburtenziffern schon seit Jahrzehnten deutlich niedriger als in den 1960er und 1970er Jahren. Um 2030, zum Höhepunkt der Verrentung der Babyboomer in Deutschland, wird jeder Jahrgang, der sich dann mit dem Eintritt in das 67. Lebensjahr in den Ruhestand verabschiedet, etwa doppelt so groß sein wie der Jahrgang an jungen Menschen, der neu ins Erwerbsleben aufsteigt.³

Über die Jahre steigt somit die Zahl jener, die im Alter auf eine Versorgung angewiesen sind, während die Schar an Erwerbstätigen schrumpft. Während heute im Schnitt 304 Personen im heutigen Erwerbsalter von 18 bis 64 Jahren 100 Ruheständlern gegenüberstehen, dürften es im Jahr 2050 nur noch 181 wirtschaftlich Aktive sein, die eine Versorgung über die Rentenkassen garantieren können. Stiege bis zu diesem Datum das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre, würde das Verhältnis auf lediglich 239 zu 100 absinken.^{4,5}

Gleichzeitig altern in den Unternehmen und in der Verwaltung die Belegschaften, was nicht ohne Folgen für Innovationskraft und Produktivität bleiben dürfte. Langfristig sinkt die Zahl an jungen Menschen im Ausbildungsalter, die gemeinhin als Zukunft einer Nation gelten. 2050 dürften nur noch 14 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen unter 18 Jahre alt sein, aber 30 Prozent über 65 Jahre, davon 43 Prozent über 80 Jahre.⁶ Dann wird der demografische Wandel viel Geld kosten, denn es gehört zu den Hauptaufgaben der Politik, allen Menschen im Alter einen angemessenen Lebensstandard zu ermöglichen.

Die wichtigste Form der Alterssicherung in Deutschland ist die gesetzliche Rente. Mehr als zwei Drittel aller 15- bis 64-Jährigen sind über sie versichert.⁷ Sie ist umlagefinanziert, sie zahlt also das, was die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an Beiträgen leisten, mehr oder weniger im gleichen Moment an die Rentenempfänger aus. Das funktioniert solange gut, wie das Verhältnis zwischen Einzahlern und Nutznießern einigermaßen ausgewogen ist. Die Rentenversicherung hat lediglich eine Reserve von rund 1,5 Monatsausgaben, aber nicht den Auftrag

Rücklagen für schwere Zeiten zu bilden. Der anstehende Wandel – weniger Menschen im Job und mehr im Ruhestand – bringt also massive Probleme mit sich.

Erhebliche Mehrkosten

Das Bundesministerium für Finanzen beauftragt regelmäßig Berechnungen zur Tragfähigkeit der Sozialsysteme. Der letzte Bericht, den das Ministerium als „Frühwarnsystem für eine vorausschauende Finanzpolitik“ bezeichnet, stammt aus dem Jahr 2016.⁸ Mit ungewöhnlicher Deutlichkeit fordert er die Politik auf, angesichts der demografischen Entwicklung rechtzeitig gegenzusteuern, weil die „Anpassungsmöglichkeiten der Bürger in einer alternden Gesellschaft geringer werden“. Zudem müssen heutige und künftige Beitragszahler darauf vertrauen können, dass die gesetzliche Rentenversicherung sie fair behandelt und dass Wohltaten für heutige Rentner nicht zu Lasten späterer Generationen gehen.

In dem Bericht haben die Wissenschaftler sämtliche Sozialausgaben des Staates, von der Alterssicherung über Gesundheit und Pflege bis hin zur Arbeitslosenversicherung und zur Förderung von Familien bis zum Jahr 2060 berechnet, und zwar unter der Annahme, dass sich die gegenwärtige Politik nicht ändert. Das Ergebnis: Während die demografieabhängigen öffentlichen Ausgaben heute rund 26 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung ausmachen (damit rund 60 Prozent der Staatsausgaben), werden sie bis 2060 auf 29 bis 33 Prozent steigen.

Drei Prozentpunkte Mehrausgaben gemessen am BIP, also die günstigste Variante, hören sich zunächst einmal harmlos an. Sie entsprechen aber bei heutiger Wirtschaftskraft rund 100 Milliarden Euro pro Jahr. Im ungünstigsten Fall könnte diese Summe sogar auf 228 Milliarden Euro steigen.⁹ Zum Vergleich: Für die Sozialsysteme hat Deutschland 2017 rund 970 Milliarden Euro ausgegeben.¹⁰

Wie groß die Finanzierungslücke tatsächlich ist, hängt zum einen von der demografischen Entwicklung ab, die sich vergleichsweise gut vorhersagen lässt, denn die allermeisten Menschen, die es bis 2060 sozialpolitisch zu versorgen gilt, leben schon heute unter uns. Weniger sicher zu prognostizieren sind zum anderen die Einnahmen des Staates. Sie hängen etwa ab von der Zahl der Erwerbstätigen, vom Arbeitsmarkt, von der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und von der Zuwanderung von Fachkräften. Steigen die Einnahmen im gleichen Umfang wie die Ausgaben, kann alles bleiben, wie es ist. Weil dies aber keinesfalls zu erwarten ist, vor allem aufgrund massiv steigender Ausgaben der staatlichen Alterssicherung sowie der Pflege- und Gesundheitsversorgung, sind einschneidende Reformen notwendig.

Eine Reihe von Anpassungen hat die Bevölkerung bereits selbst vorgenommen. So arbeiten heute deutlich mehr Menschen als vor zehn Jahren und sorgen für die anfangs zitierten, hohen Einnahmen in den Staatskassen. Vor allem die Erwerbsquoten von Frauen und älteren Arbeitnehmern sind deutlich gestiegen (siehe Kapitel Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Seite 37). Selbst im Alter von 65 bis 69 Jahren geht noch jeder Sechste einer Beschäftigung nach.¹¹

So erfreulich die gestiegenen Beschäftigtenzahlen sind, sie zeigen, dass sich an den Stellschrauben im Kampf gegen die Auswirkungen des demografischen Wandels nicht mehr viel drehen lässt: Sogar das Musterland Schweden kommt nur wenig über eine Erwerbstätigenquote von 80 Prozent.¹² Auch Zuwanderung ist kein Allheilmittel gegen den demografischen Wandel: So notwendig Menschen aus

anderen Ländern sind, um die größeren wachsenden Lücken im Fachkräftemarkt zu füllen, auch sie werden irgendwann alt und haben in ihrer Erwerbsphase Ansprüche für eine Alterssicherung gesammelt, die dann bedient werden müssen. Sie schieben die Probleme der Sozialkassen hinaus, lösen sie aber nicht.

Die zentralen Fragen bei der Sicherung der Sozialsysteme lautet deshalb: Woher kommt künftig das Geld, mit dem sich die Versorgung einer alternden Gesellschaft finanzieren lässt? Wie stark lassen sich die wirtschaftlich aktiven, aber kleiner werdenden jüngeren Jahrgänge belasten und welche Einschnitte muss es bei den Rentenzahlungen der Älteren geben?

Die Beiträge der Sozialkassen zu erhöhen und die Leistungen zu kürzen, wären naheliegende Maßnahmen, aber sie sind politisch wenig attraktiv. Dennoch wird beides in

dieser oder jener Form geschehen. Vor allem aber dürfte sich das Renteneintrittsalter nach 2030 über die Grenze von 67 Jahren erhöhen. Das ist gegenüber dem jetzigen Modell zwar auch nichts anderes als eine Beitragserhöhung bei gleichzeitiger Leistungskürzung, lässt sich aber leichter vermitteln. Denn in den vergangenen Jahrzehnten ist die Lebenserwartung der Menschen in Deutschland pro Jahrzehnt um mehr als zwei Jahre gestiegen.¹³ Der Zugewinn an Jahren wurde jedoch größtenteils dem Ruhestand zugeschlagen, was sich angesichts der Finanzierung durch die Jüngeren kaum als generationengerecht bezeichnen lässt.

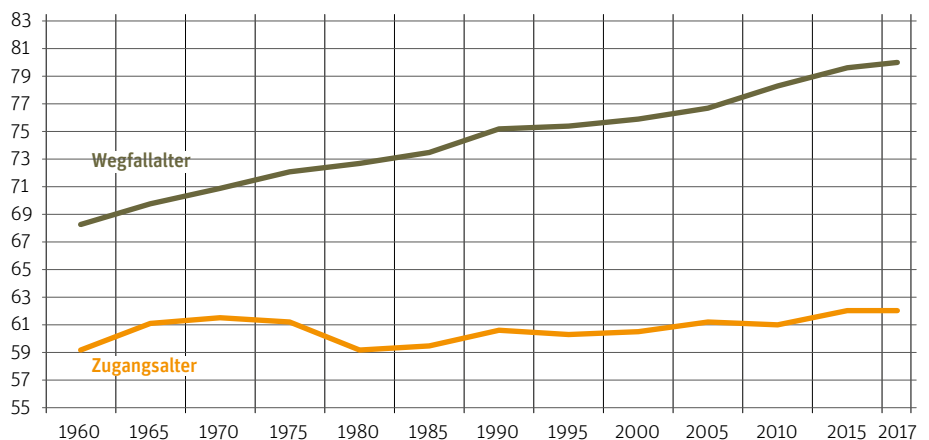
Zwischen 1960 und 2017 hat sich die durchschnittliche Rentenbezugsdauer etwa verdoppelt, von 9,6 auf 17,9 Jahre für Männer und von 10,6 auf 21,8 Jahre für Frauen.^{14*} Nicht nur das längere Leben, sondern auch

* Werte für 1960 nur Westdeutschland

Länger in Rente

Mitte der 1960er Jahre gingen Menschen in den alten Bundesländern im Schnitt mit rund 61 Jahren in Rente. Daran hat sich bis heute nur wenig verändert: Heute sind die Neurenten gerade einmal ein Jahr älter. Gleichzeitig ist jedoch die Lebenserwartung stetig gestiegen und die Versicherten beziehen länger Rente. Um fast zwölf Jahre ist seit Anfang der 1960er Jahre das „Wegfallalter“ gestiegen, also jenes Alter, in dem der Rentenbezug durch den Tod erlischt.

Altersjahre



Durchschnittliches Zugangsalter und Wegfallalter der Versicherungsrenten in den alten Bundesländern, 1960 bis 2017

(Datengrundlage: Deutsche Rentenversicherung¹⁹)

die Frühverrentungsprogramme haben dazu beigetragen. Ende der 1990er Jahre war das tatsächliche Alter, ab dem die Menschen im Schnitt ihre Rente bezogen, auf 62 Jahre gesunken. Dann stieg es wieder an, bis 2017 auf 64 Jahre.^{15*} Allein in diesem Zeitraum haben die über 64-Jährigen aber rund zweieinhalb Jahre weitere Lebenserwartung hinzugewonnen.¹⁶ Modellrechnungen lassen erwarten, dass Männer im Jahr 2031, wenn das tatsächliche Renteneintrittsalter bei 67 Jahren liegt, im Schnitt noch 21,5 und Frauen 24,5 Jahre vor sich haben. Bei unveränderter Politik sänke dann das Rentenniveau von heute 48 Prozent bis 2050 auf 43 Prozent und der Beitragssatz stiege von 18,6 auf 24 Prozent.¹⁷

Ein wichtiger Reformschritt wäre, das Ruhestandsalter automatisch an das immer längere Leben anzupassen. Wenn zum Beispiel die Lebenserwartung um ein Jahr steigt, sollte das Rentenalter um acht Monate erhöht werden. Gleichzeitig könnten die Betroffenen vier Monate länger den Ruhestand genießen. Damit bliebe das Verhältnis aus Arbeitsphase und Rentenzeit, wie es derzeit ist, nämlich im Schnitt bei zwei zu eins, denn jedes Jahr an Rente kann nur über zwei Jahre Arbeit finanziert werden. Heutige wie künftige Generationen würden gemessen an ihrer Lebenserwartung gleichbehandelt. Länder wie Dänemark haben eine derartige Reform bereits beschlossen, was den großen Vorteil hat, dass politische Ränkespiele beim Rentenalter, die speziell in Vorwahlzeiten Konjunktur haben, ein für alle Male Geschichte sind.¹⁸

Alles hat seinen Preis – und er ist hoch

An einem höheren Renteneintrittsalter führt deshalb kein Weg vorbei. Ohnehin hat die Politik in der Vergangenheit gezeigt, dass sie sich den langfristigen demografischen Herausforderungen stellen kann. Einige Rentenreformen, wie der 2004 beschlossene „Nachhaltigkeitsfaktor“, der die jährliche Rentenanpassung in Abhängigkeit der demografischen

* Werte ab Anfang der 1990er Jahre beziehen sich auf das gesamte Bundesgebiet.

und konjunkturellen Entwicklung ausrichtet und die neuen Lasten gleichmäßig auf Jüngere und Ältere verteilt, oder die „Rente mit 67“ können die langfristige Tragfähigkeit der Sozialsysteme verbessern. Zusätzlich werden die Renten seit 2005 schrittweise besteuert, bis 2040 dann zu 100 Prozent. Andere Reformen aber, wie die Rentengarantie von 2009, nach der die Renten in Deutschland auch bei rückläufigen Löhnen nicht sinken dürfen, die Rente mit 63, die möglich wird, wenn die Einzahler auf 45 Beitragsjahre kommen oder die „Mütterrente“, bewirken genau das Gegenteil. Letztere bedeutet für die rund zehn Millionen Mütter in Deutschland, die vor 1992 Kinder zur Welt gebracht haben, eine Extra-Rentenzahlung, ohne dass sie dafür zuvor Beiträge leisten mussten. Dies ist ein teures Versprechen, denn die Kosten der Mütterrente seit ihrer Einführung 2014 werden bis 2030 auf über 100 Milliarden Euro geschätzt.²⁰ Die Kosten könnten noch höher ausfallen, da die Koalition die Mütterrente 2019 nochmal um einen halben Extra-Punkt aufgestockt hat.

Haltelinien und rote Linien

Zu den Reformen der aktuellen Regierung gehört auch die „doppelte Haltelinie“. Demnach ist ab Anfang 2019 geplant, das Rentenniveau bis 2025 bei den heute geltenden 48 Prozent der durchschnittlichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitseinkommen zu stabilisieren und zugleich die Beitragssätze nur moderat, auf keinen Fall aber über 20 Prozent steigen zu lassen. Wie es nach 2025 weitergeht, also dann, wenn die Babyboomer in großen Zahlen in den Ruhestand eintreten und sich die Haltelinien mit Sicherheit nicht mehr aus den Rentenbeiträgen finanzieren lassen, soll erst einmal eine Rentenkommission ergründen.²¹

Bisher nämlich fehlt der doppelten Haltelinie ein Konzept zur Finanzierung. Die Kosten dafür würden sich bis 2040 auf jährlich rund 100 Milliarden Euro belaufen, hat Axel Börsch-Supan vom Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik in München ermittelt, der Mitglied der Rentenkommission ist. Schon von 2025 an müsste der Staat zur

Finanzierung der Haltelinien die Steuern erhöhen, etwa die Mehrwertsteuer, was politisch ebenfalls eine unattraktive Maßnahme ist. Sie müsste von 2025 an bis 2030 um etwa drei Prozentpunkte steigen, langfristig sogar um sechs bis sieben Prozentpunkte.²² Um das zu verhindern, müssten die Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung, die heute schon über 90 Milliarden Euro und damit rund ein Drittel der Gesamtzahlungen ausmachen, mittelfristig weiter steigen.^{23,24}

Wer braucht Hilfe und wie viel?

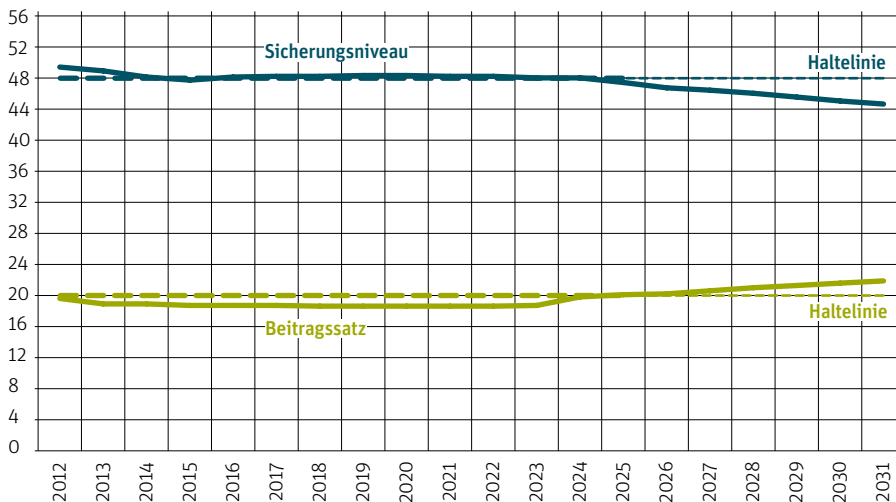
Ein häufig genannter Grund für die jüngsten Reparaturen am Rentensystem ist eine drohende Altersarmut. Im Juli 2016 lag die durchschnittliche monatliche Rentenzahlung bei 848 Euro, für Männer mit 1.065 Euro deutlich höher als für Frauen (671 Euro) und im Osten aufgrund der höheren Erwerbsbeteiligung zu DDR-Zeiten höher als im Westen Deutschlands.²⁶ Das sind Summen, die im Alter kaum für ein angemessenes Leben sorgen können. Aber sie sagen wenig über eine Armutsgefährdung aus, denn in Wirklichkeit verbuchen heutige Rentner ganz andere Beträge: Viele haben nur kurz einbezahlt und sind dann in andere, nicht sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse gewechselt und können eine alternative Alterssicherung erwarten. Berücksichtigt man zusätzliche Einnahmequellen von Rentnern wie Mieten, Kapitalerträge, Beamtenpensionen oder Zahlungen aus betrieblichen oder privaten Altersversicherungen, dann verdoppelt sich das mittlere Rentnereinkommen. So kam ein durchschnittliches Rentnerpaar in Westdeutschland im Jahr 2015 auf ein monatliches Nettoeinkommen von 2.572 Euro, alleinstehende Männer auf 1.593 Euro und alleinstehende Frauen auf 1.422 Euro. Im Osten, wo die Nebeneinkünfte geringer ausfallen, sind es rund 15 Prozent weniger.²⁷

Weil es sich hierbei um Durchschnittswerte handelt, ist unklar, wie viele Menschen tatsächlich von Altersarmut bedroht sind. Es sind aber sicher nicht jene, für welche die Politik die Rente mit 63 oder die Mütterrente

Haltelinien kaum zu halten

Dem aktuellen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung nach dürfte das Sicherungsniveau bei der gesetzlichen Rentenversicherung bis 2024 oberhalb der beschlossenen Haltelinie bleiben. Erst 2025 durchbricht es die Marke, um dann in den Folgejahren weiter zu sinken. Eine ähnliche Entwicklung, wenn auch in die entgegengesetzte Richtung, zeigt sich beim Beitragssatz. Zur Sicherung der Haltelinien wäre also zusätzliches Geld notwendig. Woher es kommen soll, ist bisher unbekannt.

in Prozent



Beitragssatz und Sicherungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung 2012 bis 2031 sowie beschlossene Haltelinien bis 2025

(Datengrundlage: BMAS²⁵)

erfunden hat. Im Alter armutsgefährdet sind Personen, die heute noch im Erwerbsalter sind und aufgrund niedriger Löhne, gebrochener Erwerbsbiografien oder geringfügiger Beschäftigung wenige Rentenansprüche erwerben können und über keine weiteren Einnahmequellen verfügen. Dies sind vor allem alleinstehende Frauen und gering qualifizierte sowie Menschen in Ostdeutschland, die nach der Wende ihren Job verloren haben. Für sie muss die Politik eine angemessene Versorgung bereitstellen, etwa über eine ausreichende Grundsicherung. Diese bekommen heute mehr als eine halbe Million Menschen, die keine oder zu geringe Renten beziehen. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Altersvorsorge dürfte ihr Anteil bei unveränderten Rahmenbedingungen von heute 3,7 Prozent auf etwa 5 Prozent bis 2030 steigen. Das würde dann geschehen, wenn das Rentenniveau bis 2030 auf 43 Prozent säne.²⁸

Unter diesen Bedingungen würden auch mehr Menschen unter das Grundsicherungsniveau abrutschen. Will man diesen Personen helfen, ist eine generelle Anhebung des Rentenniveaus eine sehr teure Lösung. Dies würde den besser gestellten Rentnern viel, den bedürftigen aber sehr wenig bringen. Für letztere wäre eine gesetzlich festgelegte Mindestrente sinnvoller, die jedoch aus Steuermitteln und nicht aus dem Rententopf zu finanzieren wäre. Denn das wäre ein Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip der Rentenversicherung, wonach diejenigen mehr Rente erhalten, die auch mehr einbezahlt haben. Allerdings ist bei den Rentenzahlungen für einkommensschwächere Menschen zu berücksichtigen, dass diese im Schnitt eine geringere Lebenserwartung haben, zum Teil sogar vor dem 65. Lebensjahr sterben und somit überhaupt keine Rente beziehen.

Was tun?

1 Die Alterung der Gesellschaft erhöht den finanziellen Druck auf die gesetzliche Rentenversicherung. Steigende Beiträge und/oder sinkende Renten sind unvermeidbar. Daher sollte die Politik die Faktenlage umfänglich präsentieren und deutlich machen, welche langfristigen Belastungen für welche Bevölkerungsgruppen entstehen, wenn neue Leistungen wie Mütter-, Respektrente oder die Rente mit 63 eingeführt werden. Erst dann können Bürger etwa an der Wahlurne entscheiden, welches Leistungsniveau sie bereit sind zu finanzieren.

2 Künftig sollte das Rentenalter automatisch an die fernere Lebenserwartung gekoppelt werden. Aktuell ist das Erwerbsleben rund doppelt so lang wie der Ruhestand. Stiege mit jedem zusätzlichen Lebensjahr ab 65 das gesetzliche Renteneintrittsalter um acht Monate, würde sich an diesem Verhältnis auch künftig nichts ändern. Prognosen zufolge läge der Renteneintritt 2050 dann bei 69 Jahren. Heutige und künftige Generationen würden damit gemessen an ihrer Lebenserwartung die gleiche Zeit in die Sozialsysteme einzahlen sowie Leistungen aus ihnen erhalten. Dieses System ist fair und leicht zu kommunizieren.

3 Ein späterer Renteneintritt erfordert, dass die Menschen auch länger arbeiten können. Hier müssen Politik und Wirtschaft die Rahmenbedingungen weiter verbessern: Flexible Arbeitszeit- und Arbeitsortmodelle ermöglichen einen schrittweisen Austritt aus dem Erwerbsleben und können dazu beitragen, ältere Menschen länger im Job zu halten. In altersgemischten Teams profitieren Jung und Alt voneinander, indem sie berufsspezifische Erfahrungen und „frisches“ Wissen kombinieren. Fortbildungen halten Ältere fit für die digitale Arbeitswelt.

5

Gesundheit und Pflege: die Belastungsprobe kommt

Nicht nur auf das Rentensystem auch auf die Gesundheitsversorgung und Pflege kommen deutliche Mehrausgaben zu. Auch hier ist es die bereits beschriebene demografische Entwicklung, die den Kostendruck erzeugt (siehe Kapitel Alterung und Sozialsysteme, Seite 30): Die geburtenstarken Jahrgänge wachsen in den nächsten Jahren in ein Alter hinein, in dem sie ein höheres Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, chronische Lungenerkrankungen, Diabetes oder Demenz haben. Den vom Bundesministerium für Finanzen beauftragten Berechnungen zur Tragfähigkeit der Sozialsysteme zufolge dürfte etwa der relative Kostenanstieg in der Pflegeversicherung jene bei den Renten noch um ein Vielfaches übertreffen.¹

Noch schwerer als im Rentensystem lassen sich die Belastungen in der Gesundheitsversorgung und Pflege abmildern. Kostentreiber ist hier nicht nur die alternde Bevölkerung, sondern auch der technische Fortschritt. Innovative und teure Behandlungsmethoden drängen auf den Markt und ersetzen die vorhandenen „billigeren“ Lösungen. Anders als bei Autos oder Mobiltelefonen, wo sich nicht mehr ganz aktuelle aber preisgünstige Modelle weiterhin einer hohen Nachfrage erfreuen, sollen die Menschen im Gesundheitsbereich immer mit den besten zur Verfügung stehenden Möglichkeiten versorgt werden. Dies treibt die Kosten nach oben, da beispielsweise neue Medikamente zumindest zeitweise eine Monopolstellung haben und die Unternehmen hohe Preise durchsetzen können.²

Länger krank oder länger gesund?

Im Jahr 2017 sind die Gesundheitsausgaben hierzulande erstmals auf über eine Milliarde Euro pro Tag angewachsen. Für das gesamte Jahr schlugen sie mit knapp 375 Milliarden Euro zu Buche – rund fünf Prozent mehr als noch 2016.³ Wie stark die Kosten weiter steigen, hängt nicht nur von der Alterung der Bevölkerung ab, sondern auch davon, wie sich die steigende Lebenserwartung für die Menschen auswirkt: Bleiben sie länger gesund oder haben sie ein längeres Leben mit altersbedingten Krankheiten zu erwarten? Nach der Expansionsthese führt die steigende Lebenserwartung bei älteren Menschen vor allem zu mehr Krankheitsjahren: Ärzte können dank immer besserer Therapien Infektionen und selbst chronische Leiden so behandeln, dass den Betroffenen noch viele Jahre bleiben. Sollte sich diese These bewahrheiten, dürfte angesichts der fortschreitenden Alterung die Zahl der chronisch Kranken und Multimorbiden stark zunehmen und damit auch die Kosten im Gesundheitssystem. Im Widerspruch dazu steht die Kompressionsthese, die besagt, dass sich die für das Alter typischen Erkrankungen weiterhin auf die letzten Lebensjahre konzentrieren. Es wären demnach vor allem gesunde Lebensjahre, die wir hinzugewinnen.⁴

Einige Studien deuten darauf hin, dass beide Thesen gleichzeitig zutreffen, dass wir also sowohl gesünder altern als auch mit Krankheiten länger leben. Dabei deutet sich eine Kluft zwischen Arm und Reich an. „Bei guter Gesundheit“ den Lebensabend zu genießen, darauf können vor allem jene hoffen, die besser verdienen und gut gebildet sind. In einkommensschwachen und bildungsferneren Schichten dürften aufgrund lebensbedingter Risikofaktoren wie Rauchen, Fehlernährung und Übergewicht hingegen chronische Krankheiten zunehmen. Die Betroffenen sterben nicht nur früher als Angehörige oberer Schichten, sondern sie erkranken an den alterstypischen Leiden bereits in jüngeren Jahren.⁵

Steigende Kosten im Gesundheitswesen sind programmiert und auch zu akzeptieren, wenn sie zum Wohlbefinden der Menschen beitragen. Allerdings stellt sich anders als bei der Rentenversicherung die Frage, wie effizient die finanziellen Mittel eingesetzt werden. Hier schneidet Deutschland im internationalen Vergleich schlecht ab – sofern die Lebenserwartung als Gradmesser für die Qualität der medizinischen Versorgung herangezogen wird. In Japan, Norwegen und Schweden leben die Menschen länger als in Deutschland, obwohl die Staaten gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung weniger für ihr Gesundheitssystem ausgeben.^{8,9} Allerdings

rauchen die Deutschen auch öfter, trinken mehr Alkohol und ernähren sich weniger ausgewogen, allesamt Faktoren, die zu einer geringeren Lebenserwartung beitragen.¹⁰ Hier müsste das Gesundheitswesen stärker präventiv vorgehen und mehr Anreize für ein gesundes Leben setzen. Dies spart langfristig nicht nur Kosten, sondern beschert den Menschen auch ein längeres Leben mit weniger Einschränkungen im Alter.¹¹

Mehr Pflegefälle, zu wenig Pflegende

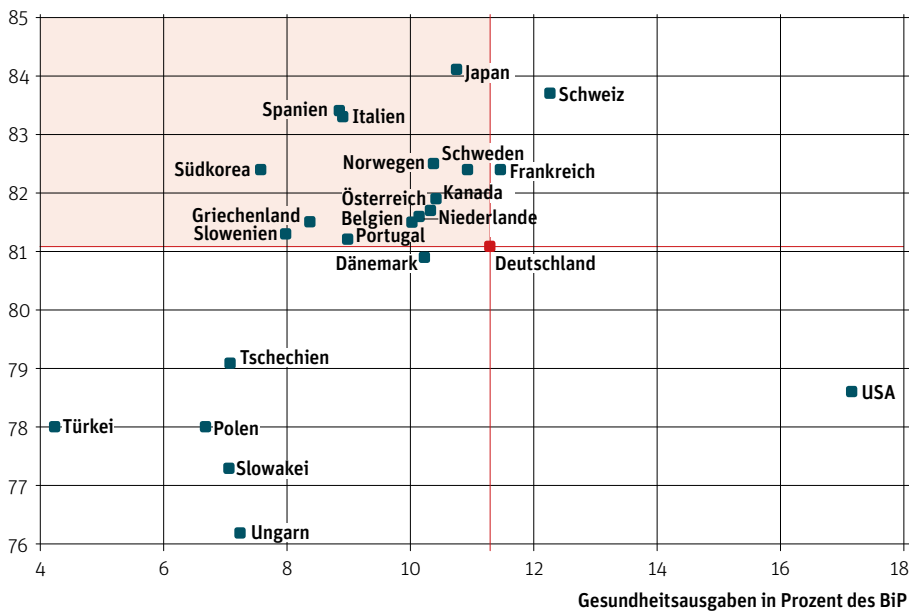
Mit der Zahl an Hochbetagten wächst auch die Zahl an Menschen, die Pflege und Unterstützung benötigen.¹² Ende 2017 waren mehr als 3,4 Millionen Menschen auf Pflege angewiesen – fast 70 Prozent mehr als zur Jahrtausendwende. Die Alterung der geburtenstarken Jahrgänge wird künftig für einen weiteren, deutlichen Anstieg sorgen.¹³

Besonders dort, wo junge Menschen ihre Heimatregion verlassen und vor allem Ältere zurückbleiben, dürfte der Anteil der Pflegebedürftigen künftig rapide steigen. 2035 könnten in Mecklenburg-Vorpommern 7,3 Prozent der Menschen auf Pflege und Unterstützung angewiesen sein, das sind fast 2 Prozentpunkte mehr als noch 2015. Kaum geringer dürfte der Anstieg in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen ausfallen, in denen dann anteilig fast 7 Prozent aller Bewohner pflegebedürftig sein werden. Zum Vergleich: Im durch den Zustrom überwachend junger Menschen wachsenden Berlin verändert sich die Quote der Pflegebedürftigen bis 2035 nicht und bleibt stabil bei rund 3,5 Prozent.¹⁵

Ein langes Leben muss nicht teuer sein

Wie lange die Menschen unterschiedlicher Länder durchschnittlich leben, hängt von vielen Faktoren ab. Neben Essgewohnheiten, Tabak- oder Alkoholkonsum spielt auch die Qualität des Gesundheitssystems eine wichtige Rolle. Aus deutscher Sicht sind dabei jene Länder interessant, die anteilig an ihrer Wirtschaftsleistung weniger für ihr Gesundheitssystem ausgeben, in denen die Menschen aber dennoch länger leben. Zu ihnen gehören neben den skandinavischen Ländern Schweden und Norwegen auch Italien und Japan.

Lebenserwartung in Jahren



Gesundheitsausgaben im Jahr 2017 in Prozent des Bruttoinlandsproduktes und die Lebenserwartung in Jahren bei der Geburt, 2016

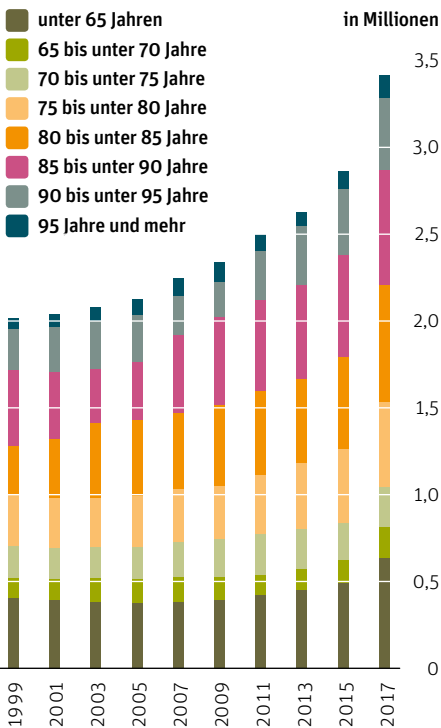
(Datengrundlage: OECD⁶, eigene Darstellung nach Richter⁷)

Doch wie lassen sich die vielen Pflegebedürftigen künftig gut versorgen? Berufliche Pflegende sind bereits heute knapp. Rund 15.000 Stellen in der Branche können deutschlandweit nicht besetzt werden.¹⁶ Es mangelt nicht nur aus demografischen Gründen an Nachwuchs, sondern auch, weil die Tätigkeit an den Kräften zehrt, mäßig entlohnt wird und kaum berufliche Aufstiegsperspektiven bietet. Die Ausstiegsrate ist daher hoch.^{17,18}

Und der Bedarf an pflegenden Fachkräften wird weiter steigen: Bislang wird mehr als die Hälfte der zu Pflegenden allein durch ihre Angehörigen versorgt, bei einem weiteren Viertel teilen sich Angehörige und ambulante Pflegedienste die Aufgaben und weniger als ein Viertel aller Pflegebedürftigen lebt bislang in einem Heim.¹⁹ Die Kinder oder Schwiegerkinder, die sich heute im Wesentlichen um die älteren Menschen kümmern, stehen aber immer seltener zur Verfügung. Denn viele Hochbetagte von morgen haben keinen eigenen Nachwuchs oder die Kinder leben an einem weit entfernten Ort.

Immer mehr Pflegefälle

Ende 2017 waren in Deutschland mehr als 3,4 Millionen Menschen pflegebedürftig. Gegenüber 1999 entspricht dies einem Anstieg von annähernd 70 Prozent. Vor allem die steigende Zahl älterer Menschen hat zu dieser Zunahme geführt. Die starke Zunahme im Jahr 2017 erklärt sich aber auch über den seither weiter gefassten Pflegebedürftigkeitsbegriff: Menschen, deren Wahrnehmung und Erinnerung etwa durch Demenz beeinträchtigt sind, erhalten nun einfacher Leistungen aus der Pflegeversicherung.



Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland, 1999 bis 2017

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt¹⁴)

Der Staat wird also künftig stärker als bislang gefordert sein, die Pflege der Älteren zu garantieren. Experten glauben allerdings nicht, dass sich die dafür nötigen Fachkräfte hierzulande anwerben lassen – auch weil das Arbeitskräftepotenzial in Deutschland insgesamt abnehmen wird. Ihr Vorschlag: Eine große Pflegefachschule in einem Land außerhalb der EU wie etwa in Vietnam könnte die dringend benötigten Pflegerinnen und Pfleger ausbilden, die dann in Deutsch-

land ältere Menschen versorgen.²⁰ Ebenso müssten die pflegenden Angehörigen stärker unterstützt werden. Denn auch künftig dürfte ein Großteil der älteren Menschen in den eigenen vier Wänden leben und dort betreut werden. Die Familienangehörigen wünschen sich dabei mehr Informationen darüber, welche Leistungsansprüche ihnen zustehen und woher sie externe Unterstützung bekommen können. Und sie hoffen auf weniger Bürokratie bei den Anträgen.²¹

Was tun?

1 Nicht rauchen, ausgewogen essen und ausreichend Bewegung beugen vielen „Zivilisationskrankheiten“ sowie manchen Formen von Krebs vor und verzögern das Auftreten von Demenz. Während in gebildeten Schichten ein gesunder Lebensstil weit verbreitet ist, erkranken Angehörige mit sozioökonomisch schlechterer Stellung früher an chronischen Leiden. Gesundheitsbildung für alle sozialen und Altersgruppen hilft somit Kosten zu senken und erhöht die Aussichten auf ein gesundes und langes Leben. Gerade Kinder und Jugendliche sollten schon in Kitas und Schulen mehr über einen gesunden Lebenswandel lernen.

2 Die überwiegende Mehrheit der Pflegebedürftigen lebt in den eigenen vier Wänden und wird dort von Angehörigen und ambulanten Pflegediensten betreut. Weniger Bürokratie bei Anträgen und mehr Informationen über Leistungsansprüche

würden Familienangehörige entlasten. Weil künftig Hochbetagte seltener auf eigenen Nachwuchs zählen können oder die Kinder an einem weit entfernten Ort leben, werden sorgende „Ersatzfamilien“ wichtiger. Kommunen sollten sich daher für generationsübergreifende und kleinräumige Unterstützungsnetzwerke einsetzen, in denen Nachbarn, bürgerschaftlich Engagierte und professionelle Dienstleister zusammenarbeiten.

3 Schon heute herrscht ein großer Mangel an Pflegekräften. Damit sich künftig mehr Menschen für diesen Beruf entscheiden, muss er attraktiver werden. Die Politik muss die kräftezehrende Tätigkeit durch bessere Entlohnung und Aufstiegsmöglichkeiten aufwerten. Dies dürfte allein aber nicht reichen, um den künftigen Bedarf an Pflegekräften zu decken. An neuen Zuwanderungsabkommen mit Ländern wie den Philippinen oder Vietnam, die seit längeren Pflegekräfte für den internationalen Markt ausbilden, führt kaum ein Weg vorbei.

6

Arbeitsmarkt und Beschäftigung: von fehlenden Jobs zu einem Mangel an Arbeitskräften

Seit einigen Jahren jagt in Deutschland ein Beschäftigungsrekord den nächsten. Im Herbst 2018 hat die Zahl der Erwerbstätigen die Marke von 45 Millionen geknackt.¹ Damit waren etwa 5 Millionen mehr Menschen in Lohn und Brot als noch zehn Jahre zuvor.² Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hat auch die Jobchancen jener verbessert, die lange als kaum vermittelbar galten. Noch in den 2000er Jahren waren zeitweise 5 Millionen Menschen vergeblich auf Stellensuche. In den ostdeutschen Ländern musste sogar jeder fünfte Arbeitswillige ohne Arbeit auskommen. Seitdem hat sich die Zahl der Arbeitslosen bundesweit auf weniger als 2,5 Millionen halbiert.³

Doch das Jobwachstum dürfte nicht mehr lange anhalten. Selbst dann nicht, wenn es bei der aktuell guten konjunkturellen Entwicklung bleibt und die Auftragsbücher der Unternehmen weiterhin gefüllt sind. Denn die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte sinkt kontinuierlich, weil die Babyboomer nach und nach in Rente gehen. Die Lücken, die sie in die Belegschaften reißen, kann die in den Arbeitsmarkt nachwachsende Generation zahlenmäßig bei weitem nicht füllen. Zum Höhepunkt der Verrentung der geburtenstarken Jahrgänge im Jahr 2030 dürften etwa doppelt so viele Menschen in den Ruhestand gehen, wie gleichzeitig jüngere von unten nachwachsen.⁴

Die stillen Reserven neigen sich dem Ende

Aktuell leben in Deutschland rund 54 Millionen Menschen im Ausbildungs- und Erwerbsalter zwischen 15 und 64 Jahren und damit bereits knapp 2 Millionen weniger als noch zur Jahrtausendwende.⁵ Dass heute trotzdem mehr Menschen arbeiten als jemals zuvor, ist vor allem Frauen und älteren Arbeitnehmern zu verdanken. Heute sind 75 Prozent der

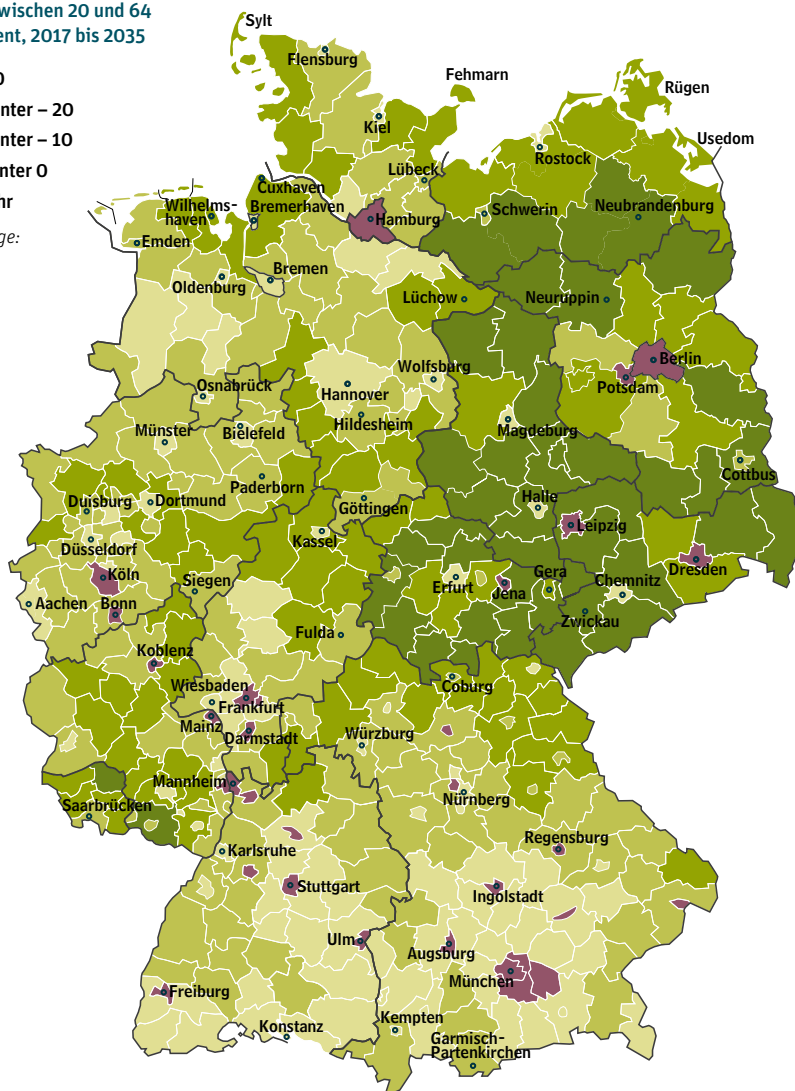
Die Erwerbsbevölkerung schwindet

In nur 31 von 401 deutschen Kreisen dürften bis 2035 ähnlich viele oder mehr Menschen im Erwerbsalter leben wie 2017. Nur wenigen Großstädte sowie einigen Münchner Umlandkreisen dürfte es noch gelingen, ihr Arbeitskräftepotenzial stabil zu halten oder gar zu vergrößern. Die ländlichen Regionen, wo heute schon die Fachkräfte knapp sind, müssen besonders große Verluste von Menschen im typischen Arbeitsalter verkraften.

Prognostizierte Veränderung der Bevölkerung zwischen 20 und 64 Jahren in Prozent, 2017 bis 2035

- unter - 30
- - 30 bis unter - 20
- - 20 bis unter - 10
- - 10 bis unter 0
- 0 und mehr

(Datengrundlage: CIMA²¹)



Frauen zwischen 20 und 64 Jahren erwerbstätig, im Jahr 2000 waren es gerade einmal 60 Prozent.^{6,7} Sicherlich ist dies ein Erfolg der Familienpolitik der letzten Jahre, die mit dem Ausbau der Kinderbetreuung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert hat. Dass Frauen inzwischen fast so häufig wie Männer einer Berufstätigkeit nachgehen, hat allerdings noch einen weiteren Grund: Junge Frauen sind inzwischen im Schnitt besser qualifiziert als ihre männlichen Altersgenossen.⁸ Alle Unterschiede im Berufsleben sind aber noch nicht ausgeräumt. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen arbeitet in Teilzeit, bei den Männern ist es nicht einmal jeder Zehnte.⁹

Noch stärker als bei den Frauen hat die Beschäftigung bei den 55- bis 64-Jährigen zugenommen. In den letzten 17 Jahren hat sich die Erwerbstätigenquote der älteren Arbeitnehmer fast verdoppelt, auf mittlerweile 70 Prozent.¹⁰ Der zentrale Grund dafür ist ein politischer Kurswechsel, mit dem viele Anreize verschwunden sind, früh in Rente zu gehen. Auch hat sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt, dass Ältere zur Wahrung von Wohlstand und sozialer Sicherung gebraucht werden und dass sie nicht notwendigerweise jüngere Arbeitskräfte aus dem Markt drängen.¹¹

Doch die Reserven sind mittlerweile weitgehend erschöpft und die Erwerbsbeteiligung lässt sich kaum noch steigern. Das Ausscheiden der Babyboomer aus dem aktiven Erwerbsleben lässt sich somit nicht mehr über die bekannten Stellschrauben auffangen. Selbst Zuwanderung in großem Umfang kann nicht verhindern, dass es künftig weniger erwerbsfähige Menschen in Deutschland geben wird. Um bis 2060 das heutige Erwerbspersonenpotenzial in etwa zu halten, müssten Jahr für Jahr im Saldo 400.000 Menschen nach Deutschland zuwandern. Bei einem Zuwanderungsplus von lediglich 200.000 Menschen pro Jahr stünden den Arbeitgebern schon 2030 rund 1,3 Millionen weniger Erwerbspersonen zur Verfügung als heute. Und das unter der optimistischen Annahme, dass die Erwerbsquoten noch weiter leicht ansteigen.¹²

Fachkräfte werden knapp

Die Konkurrenz um Arbeitskräfte, egal ob zwischen Unternehmen oder zwischen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand, dürfte in den nächsten Jahren härter werden. Dabei beklagen schon heute vielerorts Arbeitgeber, dass es zunehmend schwerer für sie ist, den benötigten Nachwuchs und die qualifizierten Fachkräfte zu finden.¹³ Dieses Gefühl spiegelt sich auch in der Statistik wider. Im dritten Quartal 2018 blieben 1,2 Millionen Arbeitsplätze unbesetzt – fast 140.000 mehr als ein Jahr zuvor.¹⁴ Durchschnittlich brauchen Unternehmen heute 107 Tage, um eine Stelle neu zu besetzen – fast doppelt so lange wie noch 2010.¹⁵ Trotz dieser wachsenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, ein flächendeckender Fachkräftemangel herrscht noch nicht. Lediglich für die Berufsgruppen Energietechniker, Klempner, Sanitär- und Heizungstechniker sowie Altenpfleger sieht die Bundesagentur für Arbeit in ihrer aktuellen Engpassanalyse einen bundesweiten Mangel.¹⁶

Auch in anderen Berufsgruppen zeigen sich Engpässe – zumindest regional. Das liegt unter anderem daran, dass sich Fachkräfte nicht immer an dem Ort befinden, an dem sie am dringendsten gebraucht werden. So kommen beispielsweise in Berlin auf eine freie Informa-

tiker-Stelle zwei arbeitssuchende Experten für elektronische Datenverarbeitung. In Baden-Württemberg und Bayern ist dieses Verhältnis umgekehrt.¹⁷ Insbesondere in den fünfzig deutschen Kreisen, in denen weniger als drei Prozent der Menschen im Erwerbsalter arbeitslos sind oder Sozialhilfe beziehen und damit praktisch Vollbeschäftigung herrscht, gestaltet sich die Mitarbeitersuche schwierig. Mit Ausnahme des rheinland-pfälzischen Eifelkreises Bitburg-Prüm liegen diese Kreise alle in Bayern und Baden-Württemberg. Gerade dort wird es für Unternehmen immer mehr zu einer existenziellen Frage, ob sie weiterhin ausreichend Fachkräfte finden. Aber auch in Regionen mit mehr Arbeitslosen ist die Fachkräftesicherung inzwischen ein bestimmendes Thema. Denn Arbeitssuchende, gerade wenn sie schon länger ohne Beschäftigung sind, haben oft nicht die gesuchten Qualifikationen.

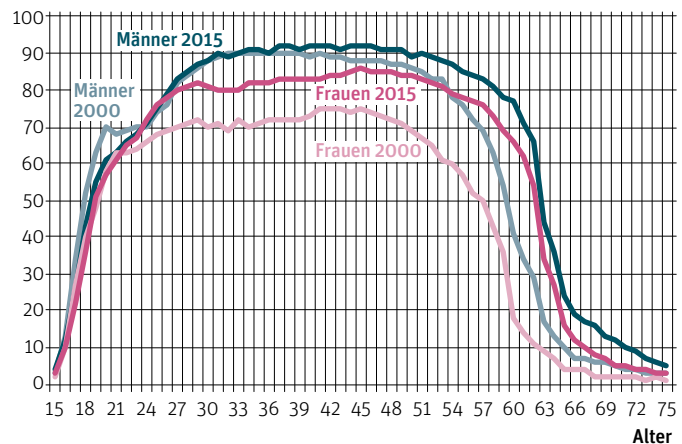
Die Peripherie verliert den Nachwuchs

Arbeitsplätze waren lange Zeit ein Garant dafür, dass Menschen in den Dörfern und auf dem Land blieben. Landflucht gab es vor allem dort, wo es an Jobmöglichkeiten mangelte. Doch heute wandern selbst aus wirtschaftsstarken Regionen wie Südwest-

Immer mehr arbeiten

Frauen sind immer noch seltener beschäftigt als Männer. Allerdings konnten sie den Abstand seit der Jahrtausendwende deutlich verringern, da ihre Erwerbstätigenquoten stärker gestiegen sind. Bei beiden Geschlechtern zeigt sich zudem, dass über 55-Jährige im Jahr 2015 deutlich häufiger als noch zur Jahrtausendwende erwerbstätig sind. Dieser Anstieg ging nicht zu Lasten der Jüngeren, auch die Mitte-20-Jährigen arbeiten heute häufiger als noch vor 15 Jahren.

in Prozent



Erwerbstätigenquoten nach Alter und Geschlecht in Deutschland, 2000 und 2015 (Datengrundlage: BIB²²)

falen, dem Emsland oder der Schwäbischen Alb junge Menschen in die Großstädte ab – trotz guter Ausbildungsplätze und Jobs vor Ort. Die junge Bildungselite versammelt sich zunehmend in den großen Ballungszentren mit ihren Universitäten und Hochschulen. Dieses Muster setzt sich auch zukünftig fort. Nur wenige urbane Zentren können Bildungswanderer anziehen und dann auch zum Berufseinstieg halten. Abgesehen von diesen Inseln dürfte in Deutschland fast flächendeckend die Zahl der 20- bis 64-Jährigen, also der Menschen im typischen Erwerbsalter, sinken. Besonders verschärft sich die Situation in vielen ostdeutschen Regionen, wo bis 2035 über ein Drittel der Bewohner im Arbeitsalter fehlen dürfte.

Dieser Trend trifft aber auch bislang wirtschaftlich erfolgreiche und strukturstarke ländliche Regionen. Die dort ansässigen mittelständischen Unternehmen, darunter zahlreiche wenig bekannte Weltmarktführer, sogenannte Hidden Champions, müssen sich Einiges einfallen lassen, um die junge Landbevölkerung zu halten oder sie nach dem Studium in der Großstadt wieder zurück zu locken. Zusammen mit den Kommunen initiieren sie beispielsweise gegenseitige Besuche von lokalen Betrieben und Schulen oder organisieren Ausbildungsbörsen und Jobmessen. Oder sie bieten, gemeinsam mit Hochschulen, duale Studiengänge an, bei denen Studierende neben ihren Vorlesungen eine Berufsausbildung in regionalen Betrieben absolvieren.¹⁸

Digitalisierung verändert Arbeitskräftebedarf

Die Nachfrage nach spezialisierten Fachkräften dürfte weiter steigen. Denn die heute so starken Mittelständler müssen sich rechtzeitig fit machen für die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung. Mit der „Industrie 4.0“ kündigt sich ein neues Zeitalter in der Arbeitswelt an. Maschinen, Anlagen und Produkte lernen selbständig miteinander zu kommunizieren, wiederkeh-

rende Arbeitsabläufe können immer häufiger von Robotern oder eigenständig agierenden Maschinen übernommen werden. Dies trifft sowohl Tätigkeiten in der Produktion, als auch im Transportwesen, der Logistik oder bei Büro- und Verwaltungsaufgaben, etwa im Versicherungs- und Bankensektor.¹⁹ Für manche Fachkraft, die heute noch händierend gesucht wird, könnte es demnächst gar nichts mehr zu tun geben.

Trotzdem: Die Angst, dass es künftig keine Arbeit mehr gibt, scheint unbegründet. Aktuelle Berechnungen des Instituts für Arbeits-

markt- und Berufsforschung und des Bundesinstituts für Berufsbildung zeigen, dass sich die Zahl der Arbeitsplätze in einer vollständig digitalisierten Arbeitswelt bis zum Jahr 2035 kaum verändern dürfte. Denn im gleichen Umfang, in dem bestimmte Arbeiten und Berufe wegfallen, entstehen gleichzeitig neue.²⁰ Für Arbeitnehmer bedeutet das eine weiter wachsende Bedeutung ihrer Qualifikation. Ob sie in Zukunft eine gut bezahlte Beschäftigung finden werden, hängt wesentlich davon ab, wie gut sie sich weiterbilden und wie flexibel sie auf neue Jobangebote reagieren können.

Was tun?

1 Schon heute kann Deutschland seinen Arbeitskräftebedarf nicht mehr allein aus dem eigenen Nachwuchs decken. Für die Fachkräftesicherung ist Zuwanderung eine entscheidende Stellschraube. Migranten aus anderen Ländern der EU zu bekommen, wird dabei immer schwieriger, denn die meisten Länder haben mit ähnlichen demografischen Herausforderungen zu kämpfen wie Deutschland. Deshalb müssen Wege in den Arbeitsmarkt für Interessenten aus Drittstaaten weiter erleichtert werden. Auch Personen, die als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind, sollten mit Anreizen ermutigt und durch die erforderlichen Qualifikationen befähigt werden, schnell einen regulären Job anzunehmen.

2 Die Digitalisierung in der Arbeitswelt bringt ständig neue Anforderungen mit sich. Damit Mitarbeiter langfristig als Fachkräfte erhalten bleiben, müssen Unternehmen sie kontinuierlich weiter qualifizieren – und dies möglichst bis zum Renteneintritt. Noch immer verlassen rund 5,7 Prozent der jungen Menschen die Schule ohne einen Abschluss in der Tasche. Sie dürften auch in Zeiten knapper werdender Nachwuchskräfte häufig ohne Job bleiben. Noch weniger als heute

kann sich Deutschland künftig leisten, einen Teil der jungen Menschen schlecht auszubilden. Bund und Länder sollten ihre Bildungsinvestitionen weiter erhöhen – angefangen bei der frühkindlichen Bildung bis hin zum Studium, um für mehr Chancengleichheit zu sorgen. Zudem sollten gerade in ländlichen Gebieten mit starkem Mittelstand die Unternehmen stärker in Schulen über ihre Ausbildungsangebote informieren und sich an dualen Studiengängen beteiligen.

3 Innerhalb Deutschlands wird der Wettbewerb um Fachkräfte immer mehr zum Wettbewerb zwischen Regionen. Gerade ländliche Gebiete, in denen mittelständische Betriebe ansässig sind, müssen sich Einiges einfallen lassen, um der Attraktivität der urbanen Zentren für junge, gut qualifizierte Menschen etwas entgegensetzen zu können. Ein gutes Gehalt allein lockt niemanden mehr aufs Dorf oder in die Kleinstadt. Genauso wichtig sind die Lebensbedingungen im Umfeld, von Schulen und Kindergärten über Versorgungsmöglichkeiten bis hin zu Freizeitangeboten. Kommunen, Verbände, Vereine und Unternehmen sollten daher eng zusammenarbeiten, um ihre Regionen und die Jobangebote zu bewerben und potenziellen Fachkräften ein attraktives Gesamtpaket anzubieten.

7

Digitalisierung: Land ohne Anschluss

„Bis 2018 soll jeder Deutsche Zugang zum schnellen Internet haben“, versprach Angela Merkel im Januar 2014 in ihrer Regierungserklärung. Selbst im letzten Winkel Deutschlands sollten die Menschen dann mit einer Geschwindigkeit von 50 Megabit pro Sekunde im Internet unterwegs sein können. Dieses Ziel schrieben sich Union und SPD auch in ihren Koalitionsvertrag.¹ Erreicht haben sie es nicht. Mitte 2018 offenbarte der Breitbandatlas, dass in ländlichen Regionen gerade einmal jedem zweiten Haushalt eine solch schnelle Internetverbindung zur Verfügung steht. Vor allem in den entlegenen und dünn besiedelten Gebieten zeigen sich weiterhin große Lücken. In Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt surft nur jeder Dritte auf dem Land mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Megabit pro Sekunde im weltweiten Netz.²

Im neuen Koalitionsvertrag findet sich der Vorsatz des flächendeckenden Ausbaus mit 50 Megabit nicht mehr, dafür aber eine neue Zielmarke: Jede Gemeinde soll bis 2025 ans leistungsstarke Glasfasernetz.³ Für abgelegene Regionen kann dies im schlimmsten Fall bedeuten, dass sie nochmal sieben Jahre länger auf einen Zugang zur Datenautobahn warten müssen – in Zeiten der rasant voranschreitenden Digitalisierung eine halbe Ewigkeit. Auch bei der mobilen Datenübertragung wird gerade darum gerungen, wie groß die Funklöcher beim kommenden 5G-Standard sein dürfen. Laut Forschungsministerin Anja Karliczek ist der neue Mobilfunkstandard „nicht an jeder Milchkanne notwendig“. In abgelegenen Regionen müsse zunächst das heutige 4G flächendeckend verfügbar sein.⁴ Neu ist diese Diskussion nicht. Denn beim Ausbau von Infrastrukturen zeigt sich immer wieder, dass vor allem der Anschluss vergleichsweise weniger Haushalte in Randlage kostspielig und eine 100-prozentige Abdeckung kaum finanzierbar ist.

Neben dem Ausbau der Netze lag auch ein weiteres Vorhaben der Regierung lange auf Eis. Mit dem Digitalpakt Schule wollen Bund und Länder Schulen mit schnellem Internet und Whiteboards versorgen. Lehrer sollen geschult werden, digitale Kompetenzen zu vermitteln. Die jungen Menschen sollen damit fit für den digitalen Arbeitsmarkt gemacht werden. Um den Pakt umzusetzen, war aber eine Grundgesetzänderung nötig. Nach langem Ringen haben sich Bund und Länder im März 2019 endlich auf diese Änderung einigen können.⁵

Jobs von morgen entstehen in Städten

Dass künftig auch Bewohner entlegener Regionen einen schnellen Zugang zum Internet erhalten, ist längst überfällig. Der Anschluss an die digitale Autobahn sollte heute so selbstverständlich sein wie der Anschluss ans Wasser- oder Stromnetz. Doch ein leistungsstarkes Kabel unter der Erde wird, wie einst der berühmte Autobahnanschluss, allein nicht reichen, um eine Region zur wirtschaftlichen Blüte zu führen. Entscheidend ist, wie die neuen technologischen Möglichkeiten vor Ort genutzt werden.⁶ Gibt es dort überhaupt genügend kreative und gut ausgebildete Köpfe, die neue Produkte und Geschäftsmodelle entwickeln? Existieren Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Start-ups, welche die digitale Entwicklung vorantreiben? Hier zeigen sich in einer aktuellen Studie große regionale Unterschiede. Grob zusammengefasst lässt sich sagen: Die Digitalisierung schreitet insbesondere dort schnell voran, wo sich viel Wissen auf engem Raum ballt. Und da schneiden vor allem die Metropolen gut ab. Gerade einmal fünf Landkreise, allesamt im Umland von Großstädten gelegen, haben es auf einen der ersten 20 von 401 Plätzen

unseres Rankings geschafft. Die restlichen Top-Platzierungen gingen an städtische Kreise. Die Hoffnung, ländliche Regionen könnten mit fortschreitender Digitalisierung wirtschaftlich zu den urbanen Zentren aufschließen, scheint sich bislang nicht zu erfüllen. Im Gegenteil: Der digitale Arbeitsmarkt konzentriert sich mehr denn je auf die Metropolen. Mehr als jedes zweite Jobangebot für einen digitalen Beruf kommt aus einer der 20 am besten bewerteten Regionen.^{7,8}

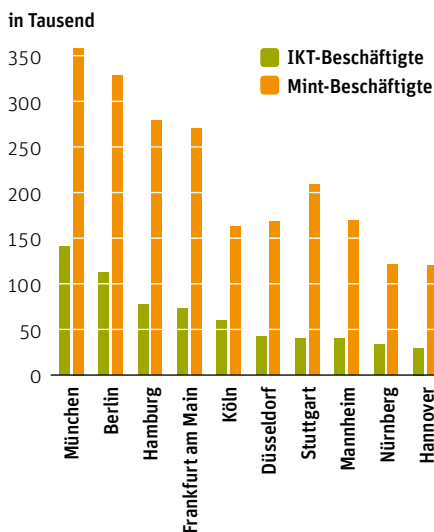
Vor allem Beschäftigte in der Informations- und Kommunikationstechnologie treiben die Digitalisierung in einer Region voran. Besonders München ist hier gut aufgestellt. Nirgendwo sonst in Deutschlands 50 größten Städten arbeiten so viele Menschen in diesem Bereich. Danach folgt das fast zweieinhalb größere Berlin. Aber nicht nur Millionenstädte sind bei der Digitalisierung vorne dabei. Darmstadt mit seinen rund 160.000 Einwohnern schneidet ebenfalls gut ab und punktet bei Forschung, Ausbildung und mit vielen anspruchsvollen Jobs. Ähnlich gut sieht es in Erlangen, Karlsruhe und Aachen aus.¹⁰

Und die erfolgreichen Regionen könnten ihren Vorsprung noch weiter ausbauen. Denn auch die begehrten Fachkräfte von morgen, die heutigen Mint*-Studenten, zieht es in diese Städte. Gute Universitäten, eine breite Forschungslandschaft und eine rege Gründerszene entwickeln eine Magnetwirkung auf sie.¹¹ Und hier entstehen auch die Jobs von morgen. Fast 16 Prozent aller neuen Start-ups in Deutschland entstanden 2018 in Berlin, weitere 11 Prozent in der Metropolregion Rhein-Ruhr. Auch Hamburg, München und die Region Stuttgart/Karlsruhe schnitten mit einem Anteil von 6 bis 7 Prozent gut ab.¹²

* Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik

Wo Fachkräfte zu finden sind

Die meisten Arbeitsplätze in der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) finden sich in München. Und auch bei den sogenannten Mint-Beschäftigten, die maßgeblich die Innovationskraft einer Region ausmachen, schneidet die Metropole an der Isar am besten ab. Dahinter folgt die Hauptstadt Berlin, wo allerdings zweieinhalbmal mehr Menschen leben. Neben den großen Zentren sind auch einige kleinere Städte gut für die Digitalisierung gerüstet. Zwar können Darmstadt und Karlsruhe bei den absoluten Zahlen nicht mit den Metropolen mithalten, mit einem Anteil von rund acht Prozent der IKT-Jobs an der Gesamtbeschäftigung rangieren sie aber gleich hinter München auf den Plätzen zwei und drei. Bei den Mint-Berufen erreicht Erlangen mit rund 30 Prozent sogar die höchste Spezialisierung.



Zahl der Beschäftigten in der IKT-Branche und in MINT-Berufen nach ausgewählten Metropolregionen, 2017

(Datengrundlage: Deloitte⁹)

In den ostdeutschen Bundesländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg aber auch im Saarland gab es nur wenige Neugründungen. Gerade einmal ein Prozent aller Start-ups entfielen 2018 auf das kleinste Flächenland.¹³ Dabei dürften gerade dort im Zuge der Digitalisierung und

Automatisierung viele Jobs wegfallen. Fast jede dritte sozialversicherungspflichtige Stelle steht im Saarland auf der Kippe und damit anteilig doppelt so viele wie in Berlin. Denn an der Saar arbeiten viele Menschen im verarbeitenden Gewerbe, vor allem in der Massenfertigung. Ihre Tätigkeit können künftig auch intelligente und vernetzte Systeme erledigen.¹⁴ Für das Saarland dürfte damit nach dem Ende von Kohle und Stahl ein weiterer, schmerzhafter Strukturwandel bevorstehen, bei dem viele Jobs verloren gehen und neue nur entstehen, wenn das kleine Bundesland bei der Digitalisierung aufschließt.

Bessere Versorgung dank Digitalisierung

Selbst für den Fall, dass die Digitalisierung nicht zur wirtschaftlichen Belebung entlegener ländlicher Regionen beiträgt, ist sie dort notwendig. Denn ohne schnelle Internetverbindung dürften die Regionen noch stärker zurückfallen, da sie für viele Menschen als Wohnort kaum in Frage kommen und sich die wirtschaftlichen Aussichten der dort ansässigen Betriebe stark eintrüben. Vor allem lässt sich mit der Digitalisierung die Lebensqualität in diesen Regionen wieder verbessern. Auch die Bundesregierung hegt die Hoffnung, der Ausbau des digitalen Zugangs für ländliche Räume könnte zu einem „echten Nachteilsausgleich“ beitragen. Unbegründet ist sie nicht. Denn viele Angebote und Dienstleistungen sind durch das Internet nicht mehr an einen Ort gebunden. Dazu zählen etwa mobile Bürgerbüros, bei denen die Bewohner auch in abgelegenen Ortsteilen Pässe verlängern, sich ummelden oder Müllmarken kaufen können. Oder neue Mobilitätsangebote, die mittels einer App den Nahverkehr verbessern. Auch im Bereich der medizinischen Versorgung ergeben sich durch schnelle Datenverbindungen neue Möglichkeiten. Kleine Krankenhäuser können spezialisierte Fachärzte in großen Kliniken dank Telediagnostik zu Rate ziehen, um in Notfällen schnell einen Befund zu bekommen. Auch die hausärztliche Überwachung von Patienten kann über Telemedizin verbessert werden, indem chronisch

Kranke Gesundheitsdaten wie Blutdruck oder EKG-Werte regelmäßig von zuhause aus an ein Krankenhaus übermitteln. Ob die Politik ihrem selbst gesteckten Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse näher kommt (siehe Kapitel Teilhabechancen und Engagement, Seite 25), hängt also auch davon ab, wie schnell sie den Netzausbau vorantreibt. Gerade für die ländlichen Regionen steht hier viel auf dem Spiel.

Was tun?

1 Der Anschluss ländlicher Regionen ans schnelle Internet ist überfällig. Wichtig ist aber nicht nur eine Datenleitung, sondern auch die Frage, wie sich mit digitalen Angeboten die Versorgungslage verbessern lässt. Und mit welchen Geschäftsideen sich kreative und gut ausgebildete Menschen aufs Land locken lassen, um dort neue Jobs zu schaffen.

2 Damit Deutschland international nicht zurückfällt, sind gut ausgebildete Fachkräfte nötig. Junge Menschen müssen schon in der Schule die heute erforderlichen digitalen Kompetenzen an die Hand bekommen. Daher sollte der Digitalpakt von Bund und Ländern schnell umgesetzt werden, damit das digitale Zeitalter auch in den Schulen beginnen kann. Großer Nachholbedarf besteht bei der Qualifizierung von Lehrkräften, die von der digitalen Welt oft weniger Ahnung haben als die Schüler.

3 Wie bei jedem Strukturwandel wird es auch bei der Digitalisierung Gewinner und Verlierer geben. In einigen Regionen werden Innovationen die Wirtschaft beflügeln, in anderen viele Jobs verloren gehen. Damit vergrößert sich die Kluft zwischen prosperierenden und strukturschwachen Landesteilen. Deshalb sollte die Politik auch Strategien und einen Ordnungsrahmen für das Schrumpfen entwickeln.

SCHLESWIG-HOLSTEIN UND HAMBURG

Steckbrief*	Hamburg	Schleswig-Holstein
Einwohnerzahl, 2017	1.830.584	2.889.821
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	2.014.503 (+ 10,05 %)	2.805.913 (- 2,90 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	41,9 Jahre	44,6 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	24.266 Euro	22.128 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 1,5 Prozent	+ 1,8 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	30,6 Prozent	15,3 Prozent

Schleswig-Holstein: Gewinner und Verlierer in enger Nachbarschaft

Am 11. März 2011 löste ein Seebeben der Stärke 9 vor der japanischen Pazifikküste einen gewaltigen Tsunami aus, der unter anderem das Atomkraftwerk Fukushima zerstörte. Die Bilder der Havarie am anderen Ende der Welt entfachten in Deutschland eine breite Diskussion über die Zukunft der Kernenergie, an deren Ende die Bundesregierung den Atomausstieg beschleunigte. Bis Ende 2022 sollen alle deutschen Meiler vom Netz gehen und der Strom bis dahin zu 35 Prozent aus regenerativen Quellen fließen.¹ Für Schleswig-Holstein war diese Wende von besonderer Bedeutung. Denn das nördlichste Bundesland erzeugte schon 2011 einen großen Anteil seiner Elektrizität aus Erneuerbaren, gleichzeitig beheimatete es ein Viertel der deutschen Atomreaktoren.²

Heute ist nur noch das AKW Brokdorf in Betrieb und auch dieses soll bis spätestens 2021 abgeschaltet werden.³ Mehr als die Hälfte des produzierten Stroms stammt indes schon aus regenerativen Quellen. Das Küstenland bietet dafür ideale Bedingungen. Zwischen Ost- und Nordsee weht häufig ein starker Wind, der rund 14 Prozent des gesamten deutschen Windstroms liefert.⁴ 2016 lieferte der so erzeugte Strom rein rechnerisch 128 Prozent des Bruttostromverbrauchs Schleswig-Holsteins. Bundesweit lag der Anteil der Erneuerbaren bei nur 32 Prozent.⁵ Bis 2025 will das windreiche Land auch das benachbarte Hamburg mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern und zahlreichen Industriebetrieben mitversorgen.⁶ Dazu sind weitere Investitionen in den Bau neuer Anlagen und den Ausbau der Stromnetze nötig. Mit Fördermitteln des Bundes wollen Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer Modellregion der Energiewende für Deutschland werden.⁷

Nur wenige Hochqualifizierte

Dass Schleswig-Holstein so viel Strom exportieren kann, liegt auch daran, dass der eigene Bedarf überschaubar ist. Die Wirtschaft des Bundeslandes ist kleinteilig, Großunternehmen gibt es kaum. 99 Prozent aller Betriebe im Land haben weniger als 250 Beschäftigte.⁸ Die Branche der erneuerbaren Energien stellt darin keine Ausnahme dar. 2016 beschäftigten die knapp 2.400 Unternehmen im Schnitt acht Mitarbeiter.⁹

Der weiter voranschreitende Umbau der deutschen Energieversorgung lässt die vielen kleinen und Kleinstproduzenten hoffnungsvoll in die Zukunft blicken. Doch damit die Branche weiter expandieren kann, sind vor allem hochqualifizierte Arbeitskräfte nötig. Die sind im Norden allerdings rar. Gerade einmal elf Prozent aller Beschäftigten im Land haben einen Hochschulabschluss – der bundesweit niedrigste Anteil. Mit Studiengängen wie einem Master in „Wind Engineering“ soll nun der Fachkräftenachwuchs direkt an den Hochschulen vor Ort ausgebildet werden.¹⁰

* Datengrundlage für alle Ländersteckbriefe: Statistisches Bundesamt; CIMA, BBSR, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Die Küste lockt Urlauber

Neben der Energiebranche ist der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftszweig zwischen den Meeren. Ostholstein mit der Insel Fehmarn und Nordfriesland mit den Inseln Sylt, Föhr und Amrum gehören bundesweit zu den sechs Kreisen mit den meisten Touristen. Nordfriesland hat pro Jahr im Schnitt 43 Übernachtungen je Einwohner und liegt damit auf Platz 2. Doch nicht alle Kreise mit Bademöglichkeiten locken so viele Gäste an. So schafft es der Landkreis Plön, trotz der vielversprechend klingenden Strandbäder namens Kalifornien und Brasilien, nur knapp ins obere Fünftel der meistbesuchten Kreise Deutschlands.

Tourismus und regenerative Energie sollen auch dem Kreis Dithmarschen auf die Erfolgsspur verhelfen. Dies wäre auch dringend nötig. Hier arbeiten noch doppelt so viele Menschen in der Landwirtschaft wie im Bundesschnitt und produzieren auf dem fetten Marschboden unter anderem 40 Prozent aller deutschen Kohlköpfe.^{11,12} In der Gesamtwertung aller Kreise kommt Dithmarschen sogar nur auf den drittletzten Platz. Und die aktuelle demografische Entwicklung verdeutlicht die schwierige Lage: Junge Menschen verlassen die Region und der Anteil der Hochbetagten wächst. Bis 2035 dürfte der Landkreis weitere fast neun Prozent seiner Bewohner verloren haben. Keine vielversprechenden Aussichten.

Besser sieht die Entwicklung im Speckgürtel Hamburgs aus. Die Attraktivität der Hansestadt strahlt ins schleswig-holsteinische Umland. Besonders der im Nordosten angrenzende Kreis Stormarn profitiert von der Nähe zur Hafenmetropole und schneidet fast so gut ab wie die Millionstadt. Vor allem junge Familien zieht es ins Umland. Da viele von ihnen Hamburg durch ihren Arbeitsplatz verbunden bleiben, hat der Kreis Stormarn ein hohes durchschnittliches Haushaltseinkommen und einen geringen Anteil Arbeitsloser und Sozialhilfeempfänger.

Große Verluste auf dem Land

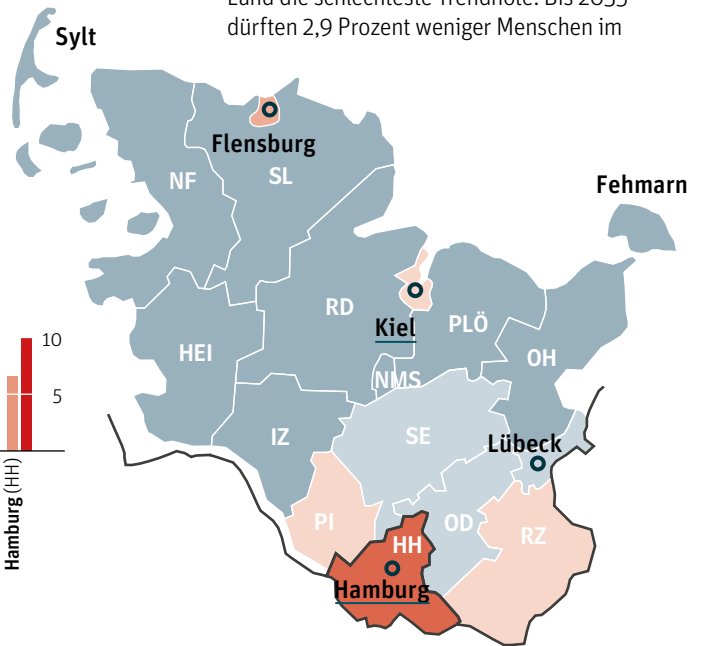
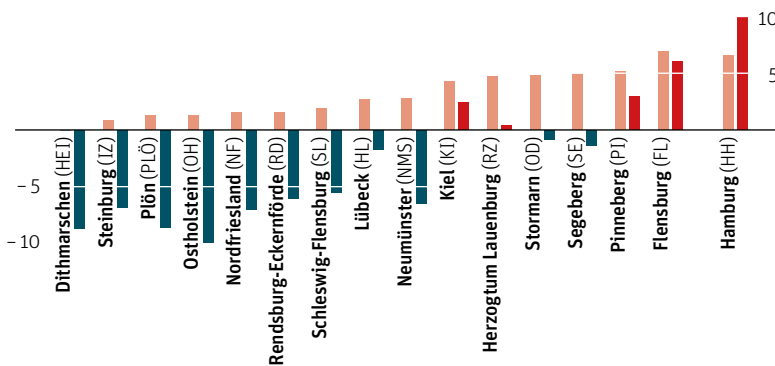
Schleswig-Holstein dürfte bis 2035 rund drei Prozent seiner Einwohner einbüßen, Hamburg aber zehn Prozent hinzugewinnen. Vor allem ländliche Gebiete im Norden müssen mit weniger Menschen rechnen, der Landkreis Ostholstein wird der Prognose zufolge ein Zehntel seiner Bewohner verlieren. Gewinner werden die Universitätsstädte Kiel und Flensburg sein.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Schleswig-Holstein und Hamburg 2017 bis 2035 in Prozent

- - 10 bis unter - 5
- - 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 und mehr



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



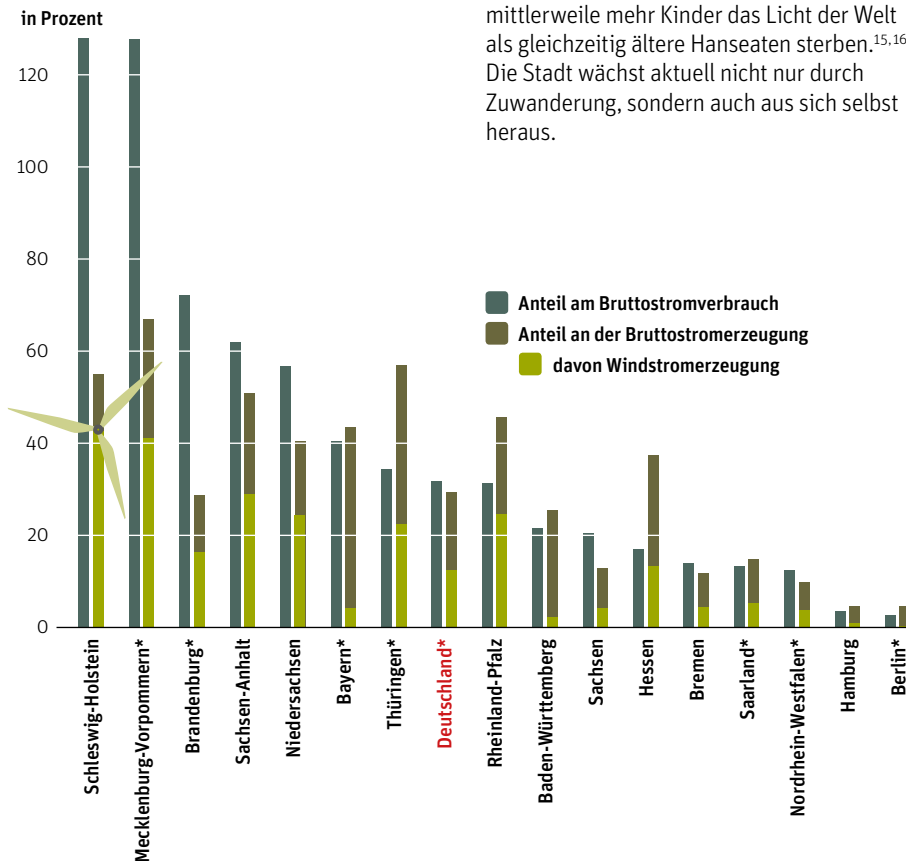
Das Bundesland fällt zurück

Trotz einzelner gut aufgestellter Kreise droht Schleswig-Holstein insgesamt den Anschluss zu verlieren. Den siebten Platz der Vorgängerstudie konnte das nördlichste Bundesland nicht halten und fällt auf Platz 12 zurück. Die ostdeutschen Bundesländer Sachsen, Thüringen und Brandenburg, aber auch Berlin und Niedersachsen haben Schleswig-Holstein überholt. Auch der Ausblick gibt keine Entwarnung: Im Bereich Demografie erhält das Land die schlechteste Trendnote. Bis 2035 dürften 2,9 Prozent weniger Menschen im

nördlichsten Bundesland leben. Das Küstenland verliert besonders die Schulabsolventen, die für Ausbildung und Studium ihre Heimat verlassen. Aber auch Berufseinsteiger kehren dem Bundesland den Rücken.¹³ Fehlender Nachwuchs und ein drohender Mangel an Fachkräften trüben die demografische und wirtschaftliche Aussichten im Norden ein.

Wo der Wind weht

In keinem anderen Bundesland kommt anteilig so viel sauberer Strom aus der Steckdose wie in Schleswig-Holstein. Seit 2015 kann das Land rechnerisch seinen Verbrauch ausschließlich mit erneuerbaren Energien decken. Gleichzeitig gehört das Land nach Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zu den drei Top-Ökostrom-Produzenten der Republik. Bis 2025 soll noch mehr Strom aus regenerativen Quellen gewonnen werden. Besonders die Windenergie soll dazu beitragen, auch Hamburg vollständig mit sauberer Elektrizität zu versorgen.



Hamburg: Wo die höchsten Einkommen zuhause sind

Die Hansestadt Hamburg sichert sich im Ländervergleich den zweiten Rang – und verbessert sich so im Vergleich zur Vorgängerstudie. Vor allem die wirtschaftliche Entwicklung trägt zu diesem Erfolg bei. Im Schnitt verdient jeder Hamburger 24.266 Euro im Jahr – damit ist der Stadtstaat Spitzenreiter im Ländervergleich. Die gute wirtschaftliche Lage lässt die Stadt Jahr für Jahr wachsen. Zwischen 2011 und 2017 hat nur Berlin mehr Einwohner hinzugewonnen. Und bis 2035 sagen Statistiker einen weiteren Bevölkerungsanstieg um ganze zehn Prozent voraus. Denn wie die meisten Großstädte wirkt auch Hamburg auf junge Menschen geradezu magnetisch. Über 40 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 35 Jahre. Viele Hamburger sind damit in einem Alter, in dem sie Familien gründen. Und so erblicken in der Hansestadt mittlerweile mehr Kinder das Licht der Welt als gleichzeitig ältere Hanseaten sterben.^{15,16} Die Stadt wächst aktuell nicht nur durch Zuwanderung, sondern auch aus sich selbst heraus.

Wie in anderen attraktiven Großstädten ist der Wohnungsmarkt hart umkämpft. Besonders Familien mit einem geringen Einkommen können sich die beliebten innerstädtischen Wohnlagen häufig nicht mehr leisten.¹⁷ Um einer Verdrängung entgegenzuwirken und die soziale Mischung in den Stadtteilen zu erhalten, baut die Stadt in einem Modellprojekt nun Wohnungen, die später acht statt den marktüblichen elf Euro Nettokaltmiete pro Quadratmeter kosten sollen.¹⁸ Davon könnten auch andere einkommensschwache Bevölkerungsschichten profitieren. Denn 6,7 Prozent der Hamburger sind trotz guter wirtschaftlicher Gesamtlage arbeitslos oder beziehen Sozialhilfe. In diesem Punkt landet Hamburg weit hinter anderen Großstädten wie München oder Stuttgart.

Hafen, IT und Flugzeuge

Der Hamburger Hafen ist weiterhin der wichtigste Arbeitgeber der Stadt, auch wenn er weltweit an Bedeutung verliert. Seit der Finanzkrise wächst der Hafen langsamer als seine europäischen Konkurrenten und verliert Marktanteile. Das liegt vor allem an den chinesischen Unternehmen, die lange den Hamburger Hafen als Brückenkopf genutzt haben. Heute engagieren sich chinesische Reedereien vermehrt im Süden Europas und transportieren ihre Ware von dort über die Schiene weiter zu den Zielen auf dem europäischen Kontinent.¹⁹

Anteil von erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch und an der Bruttostromerzeugung sowie Anteil der Windstromerzeugung an der Bruttostromerzeugung, in Prozent, 2016
(Datengrundlage: Agentur für erneuerbare Energien¹⁴)

* Anteil von erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bezieht sich auf das Jahr 2015

Dagegen wachsen die Medien- und IT-Branche, weitere zentrale Wirtschaftszweige der Hansestadt, stetig.²⁰ Rund 110.000 Menschen arbeiten für eins der 23.000 Unternehmen, die sich in der Elbmetropole angesiedelt haben.²¹ Und nach Seattle und Toulouse ist Hamburg der weltweit wichtigste Standort des Flugzeugbaus.²² Vor allem Hochqualifizierte sind in diesen Wirtschaftszweigen gefragt. Der Anteil der Beschäftigten mit einem Hochschulabschluss ist in der Hansestadt seit der Vorgängerstudie um zehn Prozentpunkte gestiegen und zählt heute zu den 25 höchsten aller deutschen Kreise.

Hohe Schulden im hohen Norden

Probleme könnte den Hamburgern künftig der hohe Schuldenstand machen. Während fast alle anderen Bundesländer seit 2015 ihre Haushalte auf einen nachhaltigeren Pfad lenken konnten, wuchs der Schuldenberg des Stadtstaates weiter.²³ Mittlerweile lasten auf

jedem Hanseaten Verbindlichkeiten in Höhe von rund 17.900 Euro. Höher sind die Schulden pro Einwohner deutschlandweit nur noch in Hamburgs kleiner Schwester Bremen.²⁴

Besonders zwei Posten haben die Schuldenlast nach oben getrieben. Für die Rettung der HSH Nordbank musste der Hamburger Senat bis 2016 rund 7,6 Milliarden Euro bereitstellen. Und die Rettung der Bank könnte die Stadt noch weitere Milliarden kosten.²⁵ Zudem sind die Kosten beim Bau von Hamburgs neuem Wahrzeichen, der Elbphilharmonie, regelrecht explodiert. Hatte der Senat bei Grundsteinlegung noch damit gerechnet, das neue Konzerthaus für rund 77 Millionen Euro zu errichten, verschlang der Bau bis zur Fertigstellung fast das Zehnfache.²⁶

Da die Einnahmen der Hansestadt dank der guten wirtschaftlichen Lage vorerst weiter sprudeln, hält sich Hamburg trotz dieser Last bislang mit dem Sparen zurück. Im Haushalt 2019/2020 wird mit 9,2 Prozent höheren Ausgaben im Vergleich zu 2018 gerechnet. Besonders in die Familienpolitik soll mehr Geld fließen. Damit will Hamburg zur familienfreundlichsten Stadt Deutschlands werden.²⁷ Ein ambitioniertes Ziel, denn zum einen müssen die 2017 noch fehlenden 5.000 Betreuungsplätze geschaffen werden.²⁸ Zum anderen gilt es den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Bisher kümmert sich eine Fachkraft im Schnitt um fünf Krippenkinder – für eine gute Betreuung sollten es aber nicht mehr als drei sein. Allein dies bedeutet einen zusätzlichen Bedarf von 3.000 Erzieherinnen und Erziehern. Der Senat müsste dafür insgesamt rund 171 Millionen Euro jährlich bereitstellen.²⁹

Bewertung Schleswig-Holstein

		Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft										Bildung			Familienfrdl.						
			Kinderzahl unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugend Arbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote
HEI	Dithmarschen	4,51	3	4	5	4	4	4	4,4	4,1	4	4	4	5	5	5	6	2	5	3,1	4,3	5	6	5	5,3	6	6	3	5,0
FL	Flensburg	3,72	4	1	6	1	3	2	3,6	2,9	5	3	4	6	6	4	5	4	2	3,1	4,2	3	6	3	4,0	4	3	5	4,0
RZ	Herzogtum Lauenburg	3,64	2	4	3	2	4	3	3,4	3,1	3	5	3	4	4	4	4	5	4,4	4,0	4	4	4	4,0	4	3	4	3,7	
KI	Kiel	3,73	6	1	4	3	2	3	4,2	3,3	5	2	5	6	6	5	4	4	4,1	4,7	4	4	2	3,3	2	2	5	3,0	
HL	Lübeck	3,87	5	3	5	2	4	3	3,8	3,7	5	3	5	5	6	4	6	2	3	3,6	4,3	4	5	3	4,0	3	2	5	3,3
NMS	Neumünster	4,24	4	3	6	2	4	4	4,0	3,9	5	3	4	5	6	5	5	2	3,6	4,4	4	6	4	4,7	6	3	4	4,3	
NF	Nordfriesland	3,86	3	4	4	4	4	4	4,0	3,9	2	3	4	4	4	3	5	1	3	3,3	3,2	4	4	5	4,3	5	5	4	4,7
OH	Ostholstein	4,17	5	5	4	3	6	5	4,6	4,7	3	5	3	4	4	3	5	1	3	2,5	3,3	5	4	5	4,7	4	5	4	4,3
PI	Pinneberg	3,47	3	4	3	2	4	3	3,8	3,3	2	4	4	3	3	3	3	5	4	4,0	3,5	4	3	3	3,3	4	4	4	4,0
PLÖ	Plön	3,95	4	5	2	4	5	4	4,0	4,0	3	6	4	4	4	4	4	2	5	2,6	3,9	5	3	4	4,0	4	5	3	4,0
RD	Rendsburg-Eckernförde	3,80	3	4	3	4	4	4	4,2	3,7	3	4	3	4	3	4	4	3	6	4,3	3,8	3	3	4	3,3	4	6	3	4,3
SL	Schleswig-Flensburg	4,12	2	4	4	4	4	4	4,4	3,8	3	5	4	5	4	4	6	3	5	3,6	4,3	4	4	5	4,3	4	6	3	4,3
SE	Segeberg	3,49	4	4	3	2	3	3	4,2	3,3	3	4	4	3	3	3	3	4	5	4,5	3,7	4	3	4	3,7	3	3	4	3,3
IZ	Steinburg	4,28	3	4	5	4	4	4	4,2	4,0	4	4	4	4	4	4	4	6	5	4,1	4,3	4	5	4	4,3	5	6	3	4,7
OD	Stormarn	3,19	3	4	2	2	4	3	4,2	3,2	2	4	2	3	2	3	3	5	6	4,0	3,4	3	2	4	3,0	3	3	3	3,0

Bewertung Hamburg

HH	Hamburg	2,87	4	2	3	3	2	1	3,0	2,6	2	1	-	4	5	4	4	3	3	2,9	3,2	3	3	1	2,3	2	3	5	3,3
----	---------	------	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	-----	---	---	---	-----

NIEDERSACHSEN UND BREMEN

Steckbrief	Niedersachsen	Bremen
Einwohnerzahl, 2017	7.962.775	681.032
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	7.815.293 (- 1,85 %)	704.978 (+ 3,52 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	43,9 Jahre	43,4 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	21.020 Euro	20.613 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 2,6 Prozent	+ 1,8 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	21,1 Prozent	32,0 Prozent



Niedersachsen: Land der demografischen Gegensätze

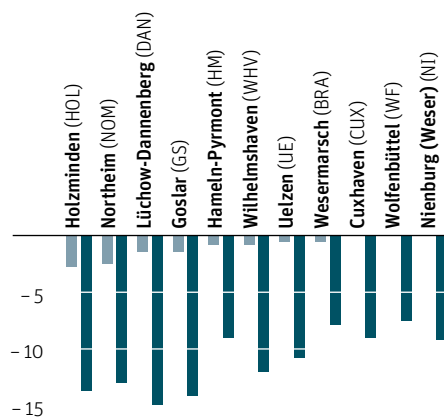
Als von 2014 an viele Menschen aus Syrien, Irak oder Afghanistan in Deutschland Zuflucht suchten, sah der Goslarer Oberbürgermeister Oliver Junk die Chance, die Fachwerkstadt wieder mit Leben zu füllen. Die Geflüchteten sollten in seiner Stadt ein neues Zuhause finden und er wollte mehr von ihnen in die Stadt holen, als vom Bundesland vorgesehen war. Seine Idee zur Wiederbelebung der Stadt stieß allerdings bei den Goslaern auf wenig Zuspruch.¹ Dabei gehört die Region am westlichen Rand des Harzes zu den demografischen Sorgenkindern Niedersachsens. Besonders junge Menschen hält es nicht im Süden des Bundeslandes, in dem einst Bergbau und Verhüttung viele Menschen mit Arbeit und Auskommen versorgten. Entsprechend weit ist die Alterung der Bevölkerung in den Landkreisen Goslar, Holzminden, Salzgitter und Northeim vorangeschritten. Die Landesregierung versucht nun seit einigen Jahren, der Region wieder auf die Beine zu helfen. Im Jahr 2015 hat sie das „Südniedersachsenprogramm“ ins Leben gerufen.²

Dass ein solches Vorhaben gelingen kann, zeigt sich bis heute am anderen Ende des Bundeslandes – im Emsland. Dort, ganz im Westen an der Grenze zu den Niederlanden, trotzten die Menschen noch vor 60 Jahren den kargen Moorböden eine spärliche Ernte ab. Das Gebiet galt lange als Armenhaus der Republik. Anfang der 1950er Jahre beschloss die junge Bundesregierung den sogenannten Emslandplan. Bis Ende der 1980er Jahre flossen über zwei Milliarden D-Mark in die Region. Die Mittel kamen in die Hände von Menschen, die mit Fleiß, Tatendrang und Erfindergeist etwas daraus machten und damit die Grundlage der emsländischen Erfolgsgeschichte legten, die bis heute überrascht.³

Das Gebiet am Mittellauf der Ems ist entlegen und dünn besiedelt, es gibt hauptsächlich kleine Dörfer und nur wenige mittelgroße Städte. Solche Landstriche kämpfen ansonsten in Deutschland und Europa mit demografischen und wirtschaftlichen Problemen. Doch die Wertschöpfung pro Kopf liegt im Emsland über dem Landes- und Bundesschnitt. Der Anteil der Arbeitslosen und 18- bis 64-jährigen Sozialhilfeempfänger ist mit 3,2 Prozent der niedrigste in ganz Niedersachsen und die Unternehmen locken viele Zuzügler an. Heute prägen überwiegend kleine und mittelständische Betriebe, oft inhabergeführt, die emsländische Wirtschaft.

Fahrzeug-, Maschinen- und Schiffbauer wie die Mayer Werft in Papenburg sind ebenso ansässig wie Energieunternehmen oder Betriebe der Agrar- und Lebensmittelindustrie. Diese breite Mischung sowie gut strukturierte Wertschöpfungsketten mit überwiegend lokalen Wirtschaftspartnern sind die wirtschaftlichen Erfolgsrezepte an der Ems.⁴

Auch im benachbarten Oldenburger Münsterland, das aus den Landkreisen Vechta und Cloppenburg besteht, ist die dörfliche Welt demografisch und wirtschaftlich noch in Ordnung. In Cloppenburg ist die Zahl der Geburten mit 1,9 Kindern pro Frau deutschlandweit eine der höchsten und obwohl



der Weg zur nächsten Großstadt weit ist, wandern im Saldo Menschen zu. Das hält die Bewohnerschaft jung. 43 Prozent von ihnen sind noch keine 35 Jahre alt. Mehr junge Menschen leben sonst nur in Universitätsstädten wie Freiburg oder Münster. Hier wächst die Bevölkerung auch noch ohne Zuwanderung von außen, deutschlandweit ist das seit 1972 nicht mehr der Fall.^{5,6}

Zwischen Hochseehäfen und Autobauern

Der Nordseeküste um Wilhelmshaven sollte Deutschlands einziger Hochseehafen zum wirtschaftlichen Aufschwung verhelfen. Fast eine Milliarde Euro flossen in den Jade-Weser-Port, der bald als Geisterhafen von sich reden machte.⁷ Denn der Containerumschlag lag 2014, drei Jahre nach Eröffnung, nur bei 2,5 Prozent der Hafenskapazitäten. Seitdem

Der Westen gewinnt weiter

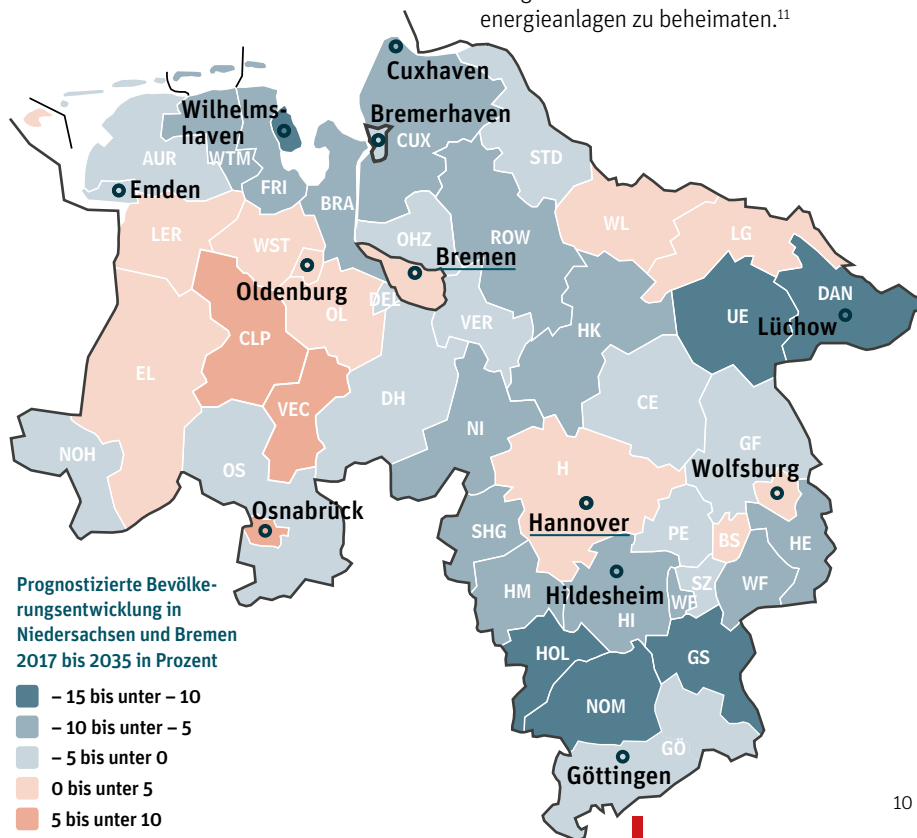
In Niedersachsen dürften sich die demografischen Gegensätze weiter verschärfen. Die erfolgreichen ländlichen Regionen im Westen des Bundeslandes dürften bis 2035 weiter an Einwohnern gewinnen, der größte Zuwachs ist mit fast neun Prozent im Landkreis Vechta zu erwarten. Der Süden, aber auch die östlichen Landkreise verlieren dagegen stark, ebenso wie die kreisfreie Stadt Wilhelmshaven, die mit einem Verlust von über zwölf Prozent seiner Bewohnerschaft rechnen muss.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)

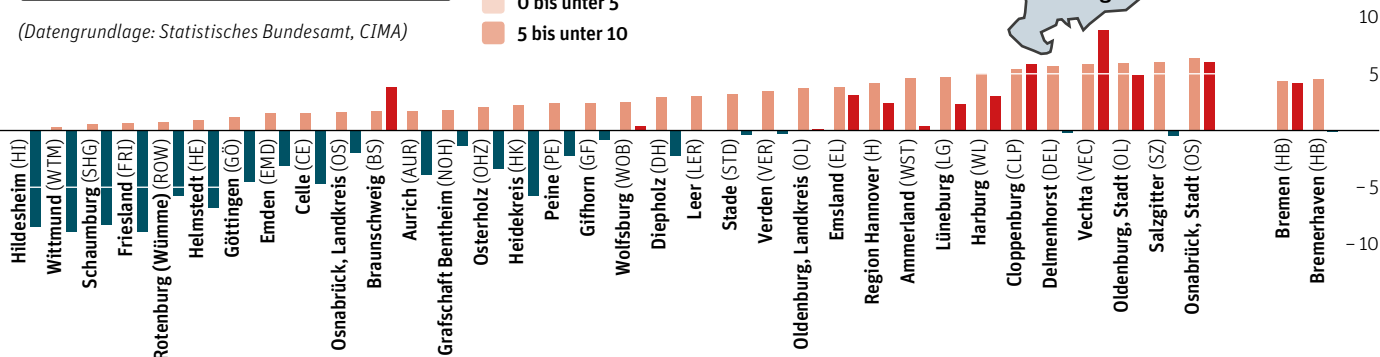
hat sich der Umschlag allerdings mehr als verzehnfacht.^{8,9} Einen weiteren Schub dürfte der niedersächsische Autobauer Volkswagen bringen, der ab 2019 ein neues Verpackungszentrum in Wilhelmshaven einrichtet.¹⁰ Somit schaut die Stadt weiterhin hoffnungsvoll auf den Port. Denn in der ehemaligen Marinestadt ist die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch und nirgendwo sonst im Bundesland verdienen die Menschen weniger. Das jährliche Haushaltseinkommen liegt gerade einmal bei 18.000 Euro pro Kopf – Platz 383 unter allen 401 Kreisen.

Wirtschaftliche Prosperität will sich auch in den Landkreisen um Wilhelmshaven nicht einstellen. Abseits der Hafenindustrie ist die Küstenregion vor allem durch Tourismus geprägt. Dank der vielen Nordseeurlauber erreicht etwa der Landkreis Wittmund gemessen an der Einwohnerzahl bundesweit die meisten Übernachtungen. Doch der Tourismus ist ein Saisongeschäft und reicht allein als wirtschaftliches Standbein nicht aus. Die ostfriesische Mittelstadt Aurich kann sich daher glücklich schätzen, mit Enercon den größten deutschen Hersteller von Windenergieanlagen zu beheimaten.¹¹



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen und Bremen 2017 bis 2035 in Prozent

- - 15 bis unter - 10
- - 10 bis unter - 5
- - 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10



Fern der Küste, im Osten von Niedersachsen, lässt sich ein ungleich größerer Arbeitgeber finden: Der Automobilkonzern VW dominiert die Stadt Wolfsburg und ihr Umland. Die unrühmliche VW-Abgasaffäre hat der Region bisher noch nicht geschadet. Aktuell beschäftigt der Autobauer in Wolfsburg mehr als 62.000 Mitarbeiter – mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftig-

ten der Stadt.^{12,13} Wolfsburg erwirtschaftet mit fast 180.000 Euro das deutschlandweit höchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Doch ob Wolfsburg auch künftig so gut da steht, hängt davon ab, wie Volkswagen den Abgasskandal meistert und ob sich das deutsche Traditionsunternehmen in der schnell wandelnden Branche auch künftig behaupten kann.

Im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern fehlt Niedersachsen eine Metropole. Die Landeshauptstadt Hannover kann diese Lücke nur teilweise schließen. Trotz ihrer rund 500.000 Einwohner ist die Stadt kein eigener Kreis, sondern ist zusammengefasst mit 20 weiteren Städten und Gemeinden der Region – auch ein Grund, weshalb Hannover in unserem Ranking nur im Mittelfeld landet.¹⁴

Bremen: Bildung hui oder pfui?

Das Thema Schulbildung beschäftigt Bremen seit Jahren. Der Stadtstaat an der Weser, der aus der Hansestadt Bremen und der Hafenstadt Bremerhaven besteht, belegt seit Jahren letzte Plätze bei Vergleichsstudien wie Pisa, Timss oder Iglu. Im aktuellen Report des Instituts für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen, der die Sprach- und Mathematikkompetenzen von Viertklässlern testet, erreichten nur etwa 65 Prozent der Bremer Schüler die gewünschten Mindeststandards im Fach Mathematik. In Bayern und Sachsen, den Bildungsspitzenreitern, verfügen rund 92 Prozent der Kinder über die notwendigen Kenntnisse. Im Fach Deutsch schneiden die Bremer Grundschüler kaum besser ab.¹⁵

Im Bereich der Hochschulbildung belegt das Bundesland hingegen Spitzenplätze. Im Jahr 2016 erwarben fast 6.700 Studenten dort einen Hochschulabschluss. Sie stammen zwar längst nicht alle aus dem Stadtstaat, aber mit über sieben Prozent erreicht Bremen unter allen Bundesländern die höchste Ersatzrate, die sich aus dem Verhältnis der Absolventen an der akademischen Bevölkerung im Erwerbsalter berechnet.¹⁶ Viele der Jungakademiker finden auch vor Ort einen Job: Fast 18 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Stadt Bremen haben einen Hochschulabschluss. Damit kann sich die Hansestadt bundesweit im oberen Mittelfeld platzieren.

Dank der vielen gut qualifizierten Arbeitskräfte hat sich das Bundesland als wichtiger Forschungsstandort etabliert. Gemessen

an der Einwohnerzahl belegen Bremen und Bremerhaven Spitzenplätze bei der Zahl der Forschungseinrichtungen.¹⁷ Daneben ist die Hansestadt auch die sechstgrößte Industriestadt Deutschlands.¹⁸ Fast 13.000 Mitarbeiter sorgen im Mercedes-Werk dafür, dass jährlich rund 420.000 Autos vom Band laufen. Fast ebenso viele Beschäftigte arbeiten in der Luft- und Raumfahrt.¹⁹ Und derzeit läuft es wirtschaftlich rund an der Weser. Das Bruttoinlandsprodukt des Stadtstaates legte 2017 um 3,3 Prozent zu – bundesweit waren es nur 2,2 Prozent.²⁰

Armut hält sich hartnäckig

Mit einem Bruttoinlandsprodukt von knapp 50.000 Euro pro Einwohner schafft es die Stadt Bremen unter die Top 50 der wirtschaftsstärksten deutschen Städte und Kreise – unter den 16 Bundesländern sogar auf Platz 2. Doch trotz des wirtschaftlichen Erfolgs lastet ein riesiger Schuldenberg von rund 21 Milliarden Euro auf dem Bundesland.²¹ Pro Einwohner steht der Stadtstaat mit knapp 31.000 Euro in der Kreide, der Durchschnittswert aller Bundesländer beträgt nicht einmal 9.000 Euro.²²

Ein Grund dafür sind die hohen Sozialleistungen, die auch künftig den Haushalt des Landes belasten werden: Fast jeder vierte Bewohner des Bundeslandes galt 2015 als armutsgefährdet, so viele wie in keinem anderen Land der Republik.²³ Vor allem in Bremerhaven sind die sozialen Probleme

groß. Die Kinderarmut liegt bei über 37 Prozent, nur Gelsenkirchen steht noch schlechter da.²⁴ Und von den Bremerhavenern sind 13 Prozent ohne Arbeit oder leben von Sozialhilfe, mehr als in allen anderen deutschen Kreisen.

Die soziale Misere kann man besonders in Bremerhaven-Lehe spüren. Auf der einen Seite ist die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum hoch, auf der anderen Seite stehen viele Häuser leer, weil sich jahrelang niemand darum gekümmert hat. Für viele Eigentümer rechnet es sich nicht, in der armen Stadt die Häuser zu sanieren. Und auch die Stadt hat kein Geld, um etwa den sozialen Wohnungsbau auszuweiten. Die öffentlichen Schulden der Stadt, die gerade einmal 114.000 Einwohner zählt, beliefen sich im Jahr 2016 auf über 1,5 Milliarden Euro.²⁵

Bremerhaven lässt allerdings nichts unversucht, das Blatt zum Besseren zu wenden. Im Alten und Neuen Hafen, wo schon lange keine Schiffe mehr anlegen und viele Jahre Industriebrachen den Meerblick versperrten, sind die „Havenwelten“ entstanden. Das groß angelegte Stadtentwicklungsprojekt soll Menschen von außerhalb anlocken und die Wirtschaft ankurbeln. Das neue Hafenviertel hat einiges zu bieten, vom „Deutschen Auswandererhaus“ bis hin zum „Klimahaus“, der wichtigsten Touristenattraktion Bremerhavens.²⁶ Fast eine halbe Million Menschen besuchten 2017 das interaktive

Wissenschaftsmuseum. Von diesen gaben 60 Prozent an, das „Klimahaus“ sei der Hauptgrund ihres Stadtbesuchs.²⁷ Bisher kommen die meisten aber nur für einen Tag. Die Wirtschaft könnte deutlich mehr von Übernachtungsgästen profitieren.

Bewertung Niedersachsen

		Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft							Bildung			Familienfrdl.									
			Kinderzahl unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+ Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote
WST	Ammerland	3,35	2	4	3	2	4	3	4,4	3,2	4	4	3	3	2	4	4	3	5	3,1	3,5	2	2	5	3,0	3	6	2	3,7
AUR	Aurich	4,13	3	4	5	3	3	4	3,8	3,7	5	5	4	4	4	5	6	1	4	2,4	4,0	5	5	4	4,7	6	6	2	4,7
BS	Braunschweig	2,97	5	2	4	3	3	2	4,0	3,3	4	2	1	4	4	4	3	4	3	2,4	3,1	3	2	1	2,0	2	3	4	3,0
CE	Celle	3,91	3	4	4	4	4	4	3,2	3,7	4	4	5	4	5	4	4	4	4	3,5	4,2	3	5	3	3,7	5	4	3	4,0
CLP	Cloppenburg	3,33	1	1	4	3	1	2	3,8	2,3	5	4	3	4	3	5	4	2	3,3	3,7	2	3	6	3,7	6	6	1	4,3	
CUX	Cuxhaven	3,93	3	4	4	4	4	4	4,0	3,9	4	5	4	4	3	4	5	2	4	2,8	3,8	4	4	5	4,3	5	5	2	4,0
DEL	Delmenhorst	3,89	1	3	4	2	3	3	2,4	2,6	5	5	4	5	6	5	4	6	4	4,8	4,9	3	6	4	4,3	4	5	3	4,0
DH	Diepholz	3,46	2	4	4	3	4	3	3,6	3,4	3	4	3	3	3	3	3	5	5	3,0	3,5	2	3	5	3,3	4	6	1	3,7
EMD	Emden	4,32	3	2	6	4	3	4	3,8	3,7	5	1	4	5	6	6	4	3	2,6	4,3	5	6	5	5,3	6	5	3	4,7	
EL	Emsland	3,25	2	2	4	3	2	3	4,0	2,9	4	3	2	4	2	5	3	3	2,9	3,4	4	2	4	3,3	4	6	1	3,7	
FRI	Friesland	3,66	2	5	4	4	5	4	4,2	4,0	4	4	3	4	3	4	5	1	6	2,1	3,6	2	2	4	2,7	5	6	1	4,0
GF	Gifhorn	3,11	1	3	3	4	2	3	3,0	2,7	3	5	3	2	3	4	3	4	5	2,4	3,4	3	3	3	3,0	3	5	2	3,3
GS	Goslar	4,15	5	5	4	6	5	3,2	4,7	4	4	3	5	5	4	5	1	3	3,1	3,7	3	4	4	3,7	5	4	4	4,3	
GÖ	Göttingen	3,55	5	3	4	4	4	4	3,0	3,9	4	3	4	5	4	4	4	3	3	2,1	3,6	3	3	2	2,7	3	3	5	3,7
NOH	Grafschaft Bentheim	3,58	3	3	3	4	2	3	4,0	3,1	5	4	4	4	2	5	5	3	5	2,3	3,9	3	2	5	3,3	5	6	1	4,0
HM	Hamel-Pyrmont	3,78	2	4	5	4	5	4	3,4	3,9	4	4	4	3	5	3	4	2	5	3,6	3,8	2	5	4	3,7	5	4	2	3,7
WL	Harburg	2,95	2	4	2	2	3	3	3,8	2,8	2	5	3	3	2	3	3	4	4	3,0	3,2	1	3	4	2,7	3	3	3	3,0
HK	Heidekreis	3,84	3	3	4	3	4	4	3,2	3,5	4	4	4	4	4	4	4	1	3	3,5	3,5	4	4	5	4,3	6	5	3	4,7
HE	Helmstedt	3,66	4	4	6	3	4	4	2,4	3,9	3	5	5	3	4	3	4	5	4	3,0	3,9	3	4	4	3,7	4	3	1	2,7
HI	Hildesheim	3,82	5	4	4	4	4	4	3,2	4,0	4	4	4	4	4	4	3	4	5	3,9	3,9	4	4	3	3,7	4	3	3	3,3
HOL	Holzminden	4,29	3	4	5	5	6	5	3,6	4,5	4	4	4	4	5	4	4	4	5	3,9	4,2	2	5	4	3,7	6	6	2	4,7
LER	Leer	3,92	2	3	5	3	2	3	4,0	3,1	5	4	4	5	3	6	6	2	5	2,8	4,3	5	4	5	4,7	5	6	1	4,0
DAN	Lüchow-Dannenberg	4,35	4	5	5	3	6	5	3,4	4,5	5	5	4	6	5	5	6	3	2	2,9	4,4	4	5	5	4,7	3	6	2	3,7
LG	Lüneburg	3,55	4	3	4	3	2	3	3,8	3,3	4	4	5	5	4	4	4	5	3,1	4,2	2	3	3	2,7	3	4	4	3,7	
NI	Nienburg (Weser)	3,78	2	4	4	4	4	4	3,0	3,6	4	4	4	3	3	4	3	4	4	3,0	3,6	3	4	5	4,0	6	6	1	4,3
NOM	Northeim	3,85	3	5	4	5	5	5	3,2	4,3	4	4	4	3	4	3	3	4	5	3,4	3,7	2	4	4	3,3	4	5	2	3,7
OL	Oldenburg, Stadt	3,35	6	2	3	2	2	3	3,8	3,0	5	2	2	5	5	4	4	4	4	3,1	3,9	3	5	2	3,3	2	3	4	3,0
OL	Oldenburg, Landkreis	3,24	2	4	4	3	3	3	4,0	3,3	3	5	2	2	2	3	3	4	3	2,3	2,9	3	2	5	3,3	4	6	1	3,7
OS	Osnabrück, Stadt	3,19	6	1	3	1	2	2	2,6	2,5	4	2	4	5	5	5	3	4	4	3,0	3,9	3	4	2	3,0	3	2	5	3,3
OS	Osnabrück, Landkreis	3,21	2	3	3	4	3	3	3,8	3,1	3	4	3	2	2	4	2	3	4	3,3	3,0	3	2	5	3,3	3	6	2	3,7
OHZ	Osterholz	3,66	2	4	4	3	4	4	4,0	3,6	3	6	5	3	2	4	3	5	6	3,6	4,1	2	3	5	3,3	3	6	1	3,3
PE	Peine	3,57	2	4	4	3	3	3	3,2	3,2	4	5	4	3	3	4	3	6	6	4,0	4,2	2	4	5	3,7	4	4	1	3,0
H	Region Hannover	3,44	4	3	3	3	3	3	3,2	3,2	4	2	5	4	5	4	4	4	4	3,9	4,0	3	5	2	3,3	3	2	4	3,0
ROW	Rotenburg (Wümme)	3,69	3	3	4	4	3	4	4,2	3,6	4	4	3	3	3	3	4	6	3,3	3,6	3	3	5	3,7	4	6	2	4,0	
SZ	Salzgitter	3,63	1	3	6	2	4	3	2,0	3,0	5	2	5	4	6	5	3	5	4	3,4	4,2	3	6	4	4,3	4	3	2	3,0
SHG	Schaumburg	3,96	3	4	4	4	5	4	3,6	3,9	4	5	4	4	4	4	4	3	6	3,1	4,1	2	5	5	4,0	4	5	2	3,7
STD	Stade	3,55	2	3	4	3	3	3	3,8	3,1	3	4	3	3	3	4	4	4	4	3,3	3,5	4	4	4	4,0	4	5	3	4,0
UE	Uelzen	4,05	4	5	5	4	5	5	3,8	4,5	4	4	3	4	4	4	5	2	3	3,0	3,6	3	4	4	3,7	5	5	3	4,3
VEC	Vechta	3,07	2	1	2	3	1	2	3,4	2,1	4	3	2	2	2	3	1	4	6	3,0	3,0	4	3	5	4,0	5	6	2	4,3
VER	Verden	3,22	2	3	3	3	3	3	3,4	2,9	3	4	3	3	3	3	3	4	6	3,8	3,6	2	3	4	3,0	3	5	2	3,3
BRA	Wesermarsch	3,99	2	4	5	4	4	4	3,8	3,8	4	3	5	4	5	5	4	2	4	3,8	4,0	2	5	4	3,7	6	6	2	4,7
WHV	Wilhelmshaven	4,37	4	3	6	4	6	5	4,8	4,7	5	3	2	6	6	5	5	3	3	3,0	4,1	2	6	4	4,0	6	5	3	4,7
WTM	Wittmund	4,11	4	4	5	4	4	4	4,4	4,2	4	5	3	4	4	4	6	1	3	2,4	3,6	3	4	6	4,3	6	6	2	4,7
WF	Wolfenbüttel	3,65	3	4	4	4	4	4	3,6	3,8	4	6	4	4	4	4	4	5	5	3,3	4,3	2	3	3	2,7	3	4	2	3,0
WOB	Wolfsburg	2,74	2	3	3	3	4	3	3,2	3,0	2	1	1	2	3	4	2	3	5	2,3	2,5	2	4	1	2,3	4	2	3	3,0

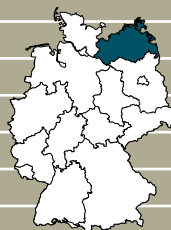
Bewertung Bremen

HB	Bremen	3,57	4	2	4	3	3	2	2,8	3,0	4	2	-	5	6	5	4	4	3	3,7	4,1	4	5	2	3,7	3	3	5	3,7
HB	Bremerhaven	4,08	1	3	6	2	3	3	2,4	2,9	6	3	-	6	6	6	5	4	2	3,9	4,7	4	6	4	4,7	6	3	5	4,7

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	1.611.119
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	1.433.144 (- 11,05 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	46,2 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	18.308 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 1,2 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	6,9 Prozent



Schon immer dünn besiedelt

An heißen Sommertagen lässt sich die Attraktivität der Mecklenburgisch-Vorpommerschen Küste bereits 230 Kilometer entfernt an den Berliner Bahnhöfen beobachten. Viele Regionalzüge, die Richtung Norden starten, sind so voll, dass einem Teil der Fahrgäste oft nur ein Stehplatz im Gang bleibt. Die Strandbäder an der Ostsee ziehen seit Jahren immer mehr Besucher an. Schon zu DDR-Zeiten war ein Urlaubsort in einem der Ferienheime des „Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes“ oder auf einem Campingplatz der Inseln Usedom und Rügen oder auf dem Darß heiß begehrt. Obwohl nicht jeder, der wollte, seinen Urlaub an der Küste verbringen konnte, waren in den Sommermonaten die Strände gut besucht.

In den 1990er Jahren mussten die Urlaubsorte an der Ostsee allerdings eine Durststrecke überstehen. Von einem Jahr auf das andere gingen die Gästezahlen stark zurück. Denn mit dem Fall der Mauer zog es die ehemaligen DDR-Bürger zunächst in die Ferne, an die bis dahin unerreichbaren Strände an der Nordsee und im Süden.¹ Erst als sie die

Küste vor der eigenen Haustür wiederentdeckten und gleichzeitig neue Liebhaber die Seebäder zwischen Wismar und Ahlbeck eroberten, stiegen die Übernachtungszahlen wieder. Seit Anfang der 1990er Jahre haben sie sich in Mecklenburg-Vorpommern verdreifacht. Heute verbuchen die modernisierten und neu entstandenen Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen sowie unzählige Campingplätze rund 30 Millionen Übernachtungen pro Jahr.² Das sind 18 Übernachtungsgäste pro Einwohner und damit mehr als in jedem anderen Bundesland. Mit Abstand die meisten Erholungssuchenden zieht es dabei in den Landkreis Vorpommern-Rügen. Mit 42 Übernachtungen pro Einwohner steht der Küstenkreis bundesweit allerdings nur an dritter Stelle, gleich hinter den beiden Nordseekreisen Nordfriesland und dem ostfriesischen Wittmund.

Auch die beiden anderen Küstenkreise, Vorpommern-Greifswald und der Landkreis Rostock, ziehen überdurchschnittlich viele Urlauber an. Doch das Wachstum stößt allmählich an seine Grenzen. Die Verkehrsinfrastruktur ist vielerorts für den sommerlichen Ansturm nicht ausgelegt. Besonders die Inseln Usedom und Rügen können in der Hochsaison das hohe Verkehrsaufkommen kaum bewältigen.³ So stehen die Erholungssuchenden häufig erst einmal stundenlang im Stau, bevor sie ihren Urlaubsort erreichen. Und auch an den Stränden wird es eng. Hier stehen die Strandkörbe der Urlauber dicht an dicht. Einsamkeit und Ruhe sucht man vielerorts vergebens.⁴

Viel Arbeit, wenig Geld

Der Tourismus ist für viele Regionen Mecklenburg-Vorpommerns ein wesentliches wirtschaftliches Standbein und versorgt viele Küstenbewohner mit Jobs und Auskommen. Doch zu großem Wohlstand verhilft das Saisongeschäft nur den Wenigsten. Knapp 18.000 Euro verdient ein Bewohner Mecklenburg-Vorpommerns durchschnittlich im Jahr. In keinem anderen Bundesland sind die Einkommen niedriger. Im östlichsten Landkreis Vorpommern-Greifswald, zu dem auch die Insel Usedom gehört, hat ein Bewohner nicht einmal 17.300 Euro pro Jahr zur Verfügung. Damit ist er der viertärmste Kreis Deutschlands.

Der wirtschaftlich erfolgreichste Kreis des Küstenlandes ist Ludwigslust-Parchim. Landschaftlich nicht so attraktiv wie der Rest des Landes und ohne eigenen Küstenstreifen, profitiert der ganz im Westen des Bundeslandes gelegene Kreis von seiner Nähe zu Hamburg, wohin viele Mecklenburger zur Arbeit pendeln.⁵ Ein höherer Anteil an sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lebt in keinem anderen Kreis des Bundeslandes. Mit über 72 Prozent sind im Landes- und Bundes-

vergleich besonders viele Frauen zwischen 25 und 50 Jahren berufstätig. Entsprechend sind die durchschnittlichen Einkommen mit knapp 19.200 Euro zwar auch hier nicht top, jedoch im Landesvergleich die höchsten.

Abwanderung gestoppt?

Drängen sich im Sommer die Gäste am Strand, kann es außerhalb der Hauptsaison und fernab der Küsten in dem norddeutschen Bundesland mit seinen insgesamt rund 1,6 Millionen Einwohnern sehr einsam sein. Gerade einmal 69 Menschen leben in Mecklenburg-Vorpommern auf einem Quadratkilometer, kein anderes Bundesland ist dünner besiedelt.⁶ Schon immer wohnten in Mecklenburg und Vorpommern vergleichsweise wenige Menschen, doch zwischen 1990 und 2013 verlor das Bundesland noch einmal 17 Prozent seiner Bevölkerung.⁷

Aktuell erlebt Mecklenburg-Vorpommern jedoch ein demografisches Zwischenhoch. Seit 2014 haben sich die Einwohnerzahlen zwischen Seenplatte und Ostsee stabilisiert, Dank sei der Zuwanderung. Dazu beigetragen

haben zum einen die vielen Geflüchteten aus Syrien, Irak oder Afghanistan, die auch in Mecklenburg-Vorpommern unterkamen. Zum anderen hat sich die jahrelange Abwanderung Richtung Westen mittlerweile umgekehrt: Seit 2014 erzielt das Bundesland wieder jährliche Wanderungsgewinne auch von Menschen mit deutschem Pass.⁸

Doch nicht alle Kreise profitieren gleichermaßen von dieser Trendwende. Die beiden Landkreise ohne eigenen Küstenzugang – Mecklenburgische Seenplatte und Ludwigslust-Parchim – sowie der ganz im Osten gelegene Kreis Vorpommern-Greifswald mussten trotz gestiegener Zuwanderung weitere Einwohnerverluste verkraften, denn dort sterben deutlich mehr Menschen als Neugeborene hinzukommen.⁹ Gewachsen sind dagegen die

Entleerung setzt sich fort

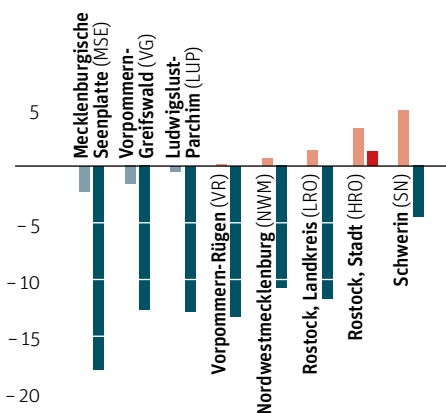
Nach einem kleinen demografischen Zwischenhoch, bei dem zumindest die Landhauptstadt Schwerin und Rostock mit seinem Umland an der Küste leicht gewachsen sind, setzt sich künftig der Bevölkerungsverlust des Ostseelandes fort. In der weitläufigen Mecklenburgischen Seenplatte könnten 2035 fast 18 Prozent weniger Menschen leben.

kreisfreien Städte. Die Hafenstadt Rostock, die größte Stadt des Bundeslandes und neben Greifswald einer der beiden Universitätsstandorte, ist schon länger zurück auf dem Wachstumspfad. Aus Schwerin dagegen zogen bis 2009 die Menschen unterm Strich noch weg. Erst seither hat sich die mit nicht einmal 100.000 Einwohnern kleinste deutsche Landeshauptstadt ebenfalls zu einem Magneten entwickelt. Zwischen 2011 und 2016 sind jährlich pro 1.000 Einwohner 11 Menschen mehr zu- als weggezogen, im Bundesland das größte Wanderungsplus. Das idyllisch an mehreren Seen gelegene Schwerin, das seit 2017 zur Metropolregion Hamburg gehört, hat keine Universität, die Menschen für ein Studium anlocken könnte. Vielmehr zieht die Stadt aktuell alle Altersgruppen an, vom Berufseinsteiger über Familien bis hin zu Rentnern.¹⁰

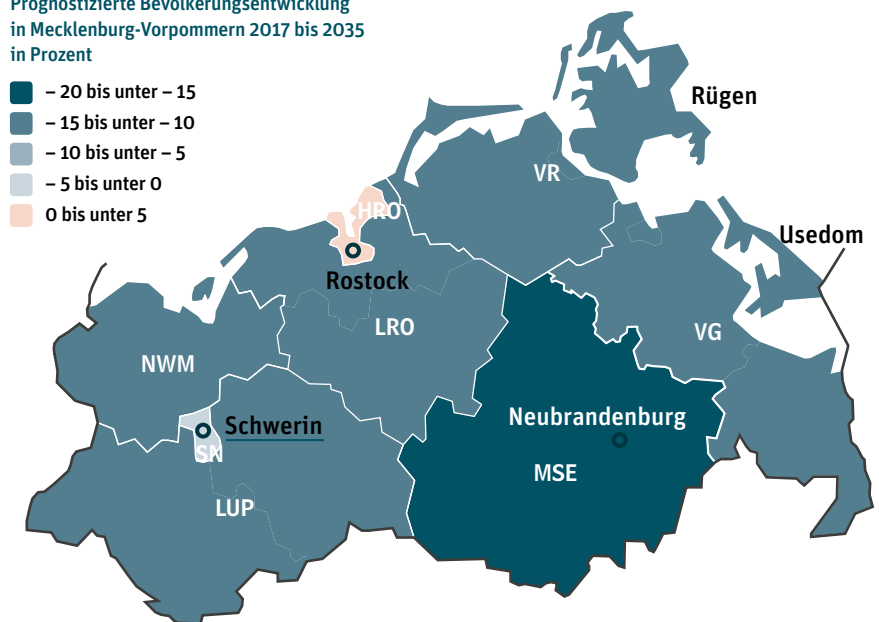
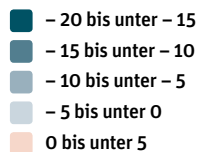
Zur steigenden Attraktivität Schwerins hat der wirtschaftliche Aufschwung beigetragen. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von mehr als 37.000 Euro pro Kopf erzielt die Stadt mittlerweile eine ähnlich hohe Wertschöpfung wie die ostdeutsche Spitzenmetropole Dresden. Und Schwerin hat noch einen weiteren Vorteil: Hier ist städtisches Wohnen



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern 2017 bis 2035 in Prozent



noch günstig. Gerade einmal 5,80 Euro pro Quadratmeter betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete im Jahr 2017. Mieter im gut 100 Kilometer entfernten Hamburg zahlen im Durchschnitt fast 8,40 Euro.¹¹ „Vorgarten Hamburgs“ hat Angelika Gramkow, die einstige Bürgermeisterin Schwerins, ihre Stadt einmal genannt.¹² Jeder zehnte Auspendler fährt für seinen Job in die Hafenstadt an der Elbe, die sich mit dem IC in weniger als einer Stunde erreichen lässt.¹³ Doch dieses neue Wachstum könnte schon bald wieder der Vergangenheit angehören. Bis 2035 wird der Landeshauptstadt ein Einwohnerverlust von 4,5 Prozent vorausgesagt.

Große Kreise, leeres Land

Lange Wege sind die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern gewöhnt: Hier sind mit der letzten Kreisgebietsreform im Jahr 2011 die flächenmäßig größten Landkreise der Republik entstanden. Den Rekord hält der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, der sich über eine Fläche doppelt so groß wie das Saarland erstreckt.¹⁴ Wer dort einen Termin bei der Kreisverwaltung hat, kann gut und gerne mehrere Stunden unterwegs sein.

Auch in anderen Bundesländern und Regionen, wo vor allem auf dem Land immer weniger Menschen wohnen, stehen solche administrativen Gebietszusammenschlüsse immer wieder auf der politischen Agenda. Denn weniger Menschen bedeuten steigende Verwaltungskosten pro Kopf. Indem mehrere Kreisverwaltungen zusammengelegt werden, erhoffen sich die politisch Verantwortlichen, Gelder zu sparen. Doch ob sich die meist umstrittene Fusion von Kreisen wirklich positiv in den Büchern niederschlägt, ist fraglich. Eine Untersuchung der Universität Greifswald zeigt, dass in Mecklenburg-Vorpommern heute bundeslandweit mehr Menschen in den Gemeindeverwaltungen arbeiten als 2011. Zudem machen die Wissenschaftler die Kreisgebietsreform dafür verantwortlich, dass der östliche Teil des Küstenlandes Wachstumsverluste von über vier Milliarden Euro verkraften musste. Denn mit der Reform gingen dringend nötige Bauinvestitionen zurück.¹⁵

Hinzu kommt, dass mit solchen Reformen den Menschen die lokalen Ansprechpartner abhandenkommen und Entscheidungen über ihre Dörfer in weit entfernten Kreisverwaltungen getroffen werden. Das erschwert es tatkräftigen Bürgern, die Dinge in ihrem Ort selbst in die Hand zu nehmen. Gerade für ländliche Regionen ist dies fatal, denn eine aktive Dorfgemeinschaft und ein Gefühl der Selbstwirksamkeit bestimmen wesentlich über die Entwicklung auf dem Land. Die

engagierten Menschen sind der Grund dafür, dass einzelne Orte oder ganze Regionen trotz Landflucht und gegen alle Prognosen demografisch stabil bleiben können.^{16,17}

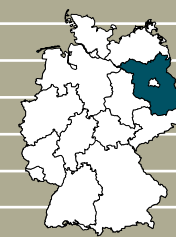
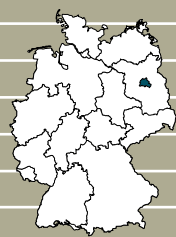
Vor allem im östlichen Teil des Bundeslandes fernab der Küste oder der prosperierenden Metropolregion Hamburg haben es die Gemeinden schwer. In den Dörfern und Kleinstädten kommen kaum Touristen vorbei. Leerstehende Ladenlokale, baufällige Wohnhäuser und geschlossene Gaststätten zeugen vom Einwohnerschwund, die Versorgung ist vielerorts lückenhaft. Zudem ist dort die Arbeitslosigkeit besonders hoch und die Beschäftigungsraten gerade der älteren Menschen sind niedriger als in den anderen Regionen. Der Landkreis Vorpommern-Greifswald schafft es daher nur auf Platz 384 der 401 deutschen Kreise, die Landkreise Vorpommern-Rügen und Mecklenburgische Seenplatte stehen mit den Plätzen 376 und 369 nicht viel besser da. Ihren Unmut darüber haben die Menschen dort auch zur Wahlurne getragen. Vielerorts gab bei der letzten Landtagswahl 2016 jeder vierte Wähler seine Stimme der rechtspopulistischen AfD. Bundeslandweit war es jeder fünfte.¹⁸

Bewertung Mecklenburg-Vorpommern

	Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft							Bildung				Familienfrdl.								
		Kinderzahl unter 35-Jährige	Lebenserwartung	Wanderung über 74-Jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+ Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote		
LUP Ludwigslust-Parchim	3,79	2	5	5	5	4	5	3,4	4,2	5	5	3	2	4	1	2	3	1	4,0	3,0	5	6	5	5,3	4	1	4	3,0
MSE Mecklenburgische Seenplatte	4,16	3	5	4	5	5	6	3,8	4,5	5	5	4	4	6	2	4	1	3	3,6	3,8	6	6	3	5,0	5	1	4	3,3
NWM Nordwestmecklenburg	4,00	4	5	4	5	4	5	3,8	4,4	5	5	4	3	5	2	3	1	3	3,3	3,4	6	6	3	5,0	4	1	5	3,3
LRO Rostock, Landkreis	3,70	1	5	4	4	4	5	3,2	3,7	5	5	3	3	5	2	3	1	3	3,5	3,3	5	6	4	5,0	4	1	4	3,0
HRO Rostock, Stadt	3,73	6	2	3	3	5	3	4,4	3,8	6	3	3	4	6	3	3	2	3	3,0	3,6	6	6	2	4,7	2	1	6	3,0
SN Schwerin	4,02	4	4	5	2	5	4	3,2	3,9	5	3	4	4	6	3	3	3	5	4,0	4,0	6	6	2	4,7	4	1	6	3,7
VG Vorpommern-Greifswald	4,30	5	5	5	5	5	5	4,0	4,9	6	5	4	5	6	3	4	1	1	3,9	3,9	6	6	3	5,0	4	1	5	3,3
VR Vorpommern-Rügen	4,24	4	6	5	4	5	5	3,8	4,7	5	5	4	4	6	2	4	1	2	4,1	3,7	5	6	4	5,0	5	1	5	3,7

BRANDENBURG UND BERLIN

Steckbrief	Berlin	Brandenburg
Einwohnerzahl, 2017	3.613.495	2.504.040
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	4.006.807 (+ 10,9 %)	2.261.792 (- 9,7 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	42,3 Jahre	46,4 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	19.568 Euro	19.393 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 3,0 Prozent	+ 1,7 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	29,4 Prozent	6,9 Prozent



Berlin: Die Hauptstadt ist erwacht

Ende 2016 kündigte Google an, im Berliner Stadtteil Kreuzberg einen Campus für Start-ups eröffnen zu wollen. In der Nachbarschaft, die seit Jahren mit steigenden Mieten zu kämpfen hat, formierte sich schnell Widerstand. Die Kiezbewohner befürchteten, dass der Zuzug des Großkonzerns die Gentrifizierung weiter anheizt. Die Proteste waren erfolgreich: Google lenkte 2018 ein und stellt die Räume im alten Umspannwerk nun gemeinnützigen Initiativen zur Verfügung.¹

An der allgemeinen Entwicklung Berlins dürfte dies nur wenig ändern: Die Stadt ist für Menschen und innovative Unternehmen attraktiv, der Wohnraum ist knapp und selbst ehemalige Schmutzedecken verwandeln sich zu begehrten Wohnvierteln. Und der nächste Großinvestor steht schon bereit: Das Berliner Traditionsunternehmen Siemens kündigte an, bis zu 600 Millionen Euro in den Aufbau eines „Innovationscampus“ im Bezirk Spandau zu stecken. Am Geburtsort des Technologiekonzerns sollen Forschungszentren und Start-ups für Elektromobilität, autonomes Fahren, künstliche Intelligenz oder das Internet der Dinge entstehen.²

Berlin boomt. Die Wirtschaftskraft der Hauptstadt legt seit einigen Jahren überdurchschnittlich zu. Das Bruttoinlandsprodukt

wuchs zwischen 2013 und 2017 im jährlichen Mittel um drei Prozent, einen Prozentpunkt mehr als im bundesweiten Mittel.³ Und der Aufschwung erfasst auch den Arbeitsmarkt. Allein zwischen 2017 und 2018 wuchs die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um knapp 51.000. Das Plus von 3,5 Prozent übertrifft alle übrigen Bundesländer. Jeder fünfte neue Job entstand dabei in der Informations- und Kommunikationsbranche.⁴ Berlin hat sich zur digitalen Hauptstadt entwickelt, in der alle 20 Stunden ein neues Unternehmen in diesem Bereich gegründet wird.^{5,6} Einige von ihnen, wie der Onlinehändler Zalando, sind mittlerweile zu Marktführern herangewachsen. An der Spree baut das 2008 gegründete Unternehmen gerade eine neue Zentrale und stellt jeden Monat über hundert neue Mitarbeiter ein.⁷

Trotzdem gibt es Befürchtungen, dass der wirtschaftliche Aufschwung nur von kurzer Dauer sein könnte. Initiativen wie jene gegen den Google-Campus und eine Landespolitik, die selten klare, wirtschaftsfreundliche Positionen bezieht, könnten Berlin als Standort schaden. Eine vielerorts marode Verkehrsinfrastruktur und ein Flughafen, der bislang nur als Milliardengrab von sich reden macht, entsprechen nicht den Ansprüchen einer internationalen Metropole. Auch deshalb bleibt Berlin trotz des jüngsten Aufwärtstrends eine

europäische Besonderheit: Während in den anderen Ländern des Kontinents die Hauptstadtregionen die ökonomischen Zugpferde sind, drückt die deutsche Hauptstadt den durchschnittlichen nationalen Wohlstand. Ohne Berlin fiel das deutsche Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner um 0,2 Prozent höher aus. Die Griechen dagegen müssten ohne Athen auf fast 20 Prozent, die Franzosen ohne Paris auf 15 Prozent ihrer Wirtschaftskraft pro Kopf verzichten.⁸

Wirtschaftliches Erbe hält sich zäh

Die wiedervereinigte Stadt hatte lange mit den wirtschaftlichen Folgen ihrer Teilung zu kämpfen. In den 1990er Jahren hinkten die Wachstumsraten trotz aller Euphorie des neuen Deutschlands lange hinter dem bundesweiten Trend hinterher.⁹ Die Wirtschaft erlebte einen tiefgreifenden Strukturwandel und musste sich mit Auslaufen der Berlinförderung neu aufstellen. West-Berlin war bis dahin eine Insel, deren Unternehmen am Tropf staatlicher Subventionen hingen. Dort befanden sich die verlängerten Werkbänke großer Unternehmen wie Siemens oder AEG. Hatten sie Anfang des 20. Jahrhunderts die Hauptstadt zum größten deutschen Industriezentrum wachsen lassen, verlagerten sie

nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Hauptverwaltungen sowie ihre Forschungs- und Entwicklungsabteilungen ins Bundesgebiet. Übrig blieben nur einige Produktionsstandorte.¹⁰ Im Osten der Stadt hinterließ das Ende der Planwirtschaft marode, kaum wettbewerbsfähige Betriebe. Von über 110.000 Industriearbeitsplätzen waren zehn Jahre nach der Wende in den Altbetrieben nur noch 7.900 übrig.¹¹ Bis Berlin langsam zum Aufholprozess ansetzen konnte, mussten zunächst die beiden Teile wieder zusammenwachsen. Zudem zwang ein enormer Schuldenberg,

der sich in den 1990er Jahren angehäuft hatte, die Landesregierung bis zum Ende der 2000er Jahre zu harten Sparmaßnahmen. Geld für Investitionen war knapp.¹²

eine Folge des Strukturwandels. Der Wegfall vieler Industriearbeitsplätze traf vor allem Geringqualifizierte. Neue Jobs entstehen eher für Hochqualifizierte.¹³ Einen höheren Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern gibt es nur in Bremen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Hauptstadt und ihr Speckgürtel

Berlin bleibt Bevölkerungsmagnet und davon profitiert auch sein Umland. Während Potsdam zu den bundesweit am stärksten wachsenden Städten zählt und der Rest des Hauptstadt-Speckgürtels etwas vom Boom an der Spree abbekommt, verlieren die Ränder Brandenburgs ungebremst an Einwohnern. In den Landkreisen Elbe-Elster und Spree-Neiße dürften bis 2035 fast ein Viertel weniger Menschen leben, bundesweit der stärkste Verlust.

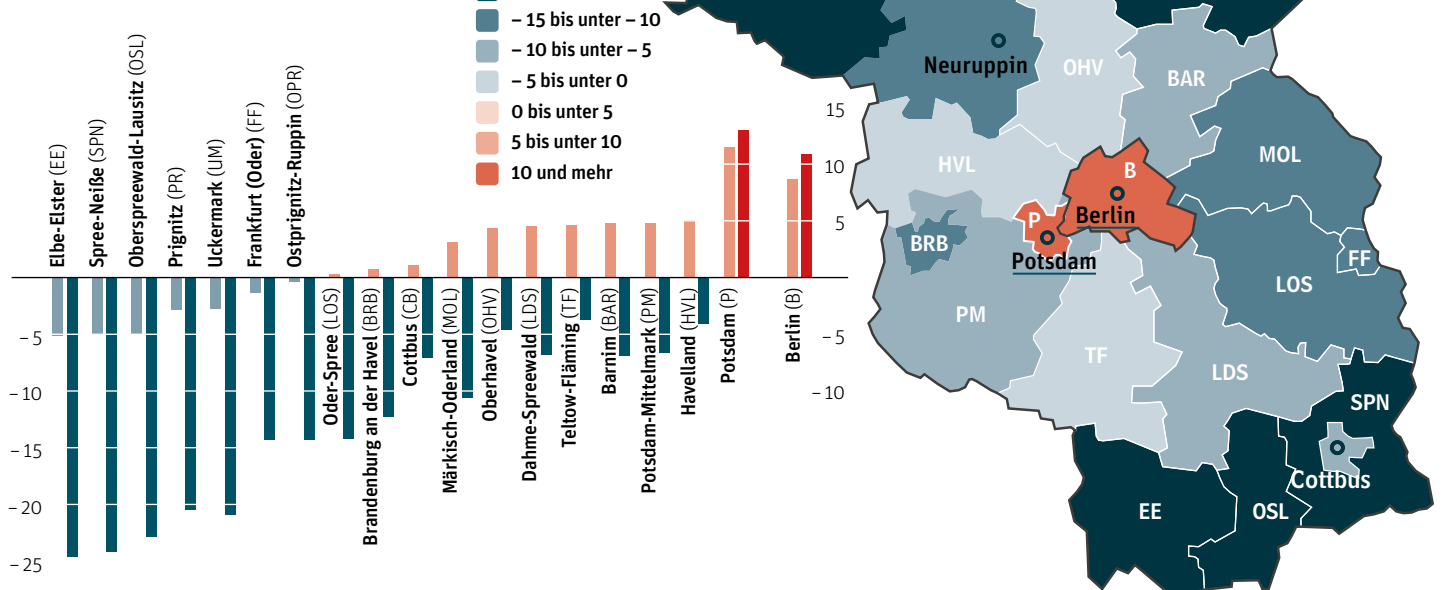
So stand die deutsche Hauptstadt viele Jahre weit hinten in allen Rankings. In der Vorgängerstudie belegte die Spreemetropole gerade einmal Platz 14. Zwar nimmt die Bundeshauptstadt auch heute noch keine Spitzenposition ein, aber sie hat den weitaus größten Sprung nach oben gemacht und belegt nun Platz 5.

Dass es für mehr nicht reicht, liegt unter anderem am Arbeitsmarkt: Trotz Jobwachstum geht in der Hauptstadt nur rund die Hälfte der 20- bis 64-Jährigen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, der niedrigste Anteil unter allen Bundesländern. Ein Grund ist, dass viele Bewohner studieren. Doch der schwache Arbeitsmarkt ist auch

Und auch viele, die arbeiten, profitieren nicht vom Aufschwung. Mit einem jährlichen Haushaltseinkommen pro Kopf von rund 20.000 Euro hat ein Berliner im Schnitt kaum mehr in der Tasche als ein Bewohner der ostdeutschen Flächenländer. So lange das Leben in der Hauptstadt günstig war, ermöglichte der geringe Verdienst trotzdem ein gutes Auskommen. Doch jetzt kommt das Attribut „teuer“ hinzu – und das gilt vor allem für das Wohnen. Bezahlen die Berliner Ende 2010 im Mittel knapp über sechs Euro Kaltmiete für jeden Quadratmeter, waren es sieben Jahre später fast elf Euro.¹⁴ Die Einkommen können mit den rasant ansteigenden Lebenshaltungskosten längst nicht mehr schritthalten.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



Mehr Menschen, höhere Preise

Ein Grund für die schnell steigenden Miet- und Immobilienpreise ist, dass der Wohnraum knapp und die Nachfrage groß ist. Denn die Stadt wächst. Zum einen erblicken seit 2007 an der Spree mehr Kinder das Licht der Welt, als gleichzeitig Menschen versterben. Das liegt weniger daran, dass die Frauen in Berlin besonders viele Kinder bekommen – die Geburtenziffer in der Hauptstadt liegt mit 1,55 unter dem bundesweiten Schnitt –, als daran, dass viele junge Menschen im Familiengründungsalter nach Berlin ziehen.^{15,16} Allein 5.800 neue Bewohner gewann Berlin im Jahr 2017 durch einen Geburtenüberschuss.¹⁷ Zum anderen hat sich die deutsche Hauptstadt zum Magneten für Menschen aus aller Welt entwickelt. Viele bleiben nur für einige Tage, wodurch Berlin nach Mecklenburg-Vorpommern die meisten touristischen Übernachtungen pro Einwohner zählt. Manche verlegen ihren Lebensmittelpunkt komplett an die Spree und verhalfen Berlin zwischen 2011 und 2017 zu einem Bevölkerungsplus von fast neun Prozent – schneller wächst kein anderes Bundesland.¹⁸

Mehr Geburten und der starke Zuzug vor allem junger Menschen machen den Stadtstaat nach Hamburg zum zweitjüngsten Bundesland. Über 40 Prozent der Bewohner sind jünger als 35 Jahre. Die Attraktivität hat Berlin zu einer demografischen Spitzenposition verholfen. Es ist neben Hamburg das Bundesland mit der besten Demografienote.

Bis 2035 wird der Bundeshauptstadt ein weiteres Einwohnerplus von fast 11 Prozent vorausgesagt. Und das obwohl die Wanderungsgewinne und die Geburtenzahlen nach den aktuellsten Zahlen ihren Zenit überschritten haben. Sie waren 2017 erstmals seit Beginn der 2010er Jahre wieder leicht rückläufig.¹⁹ Unter Deutschen hat Berlin sogar an Attraktivität verloren. Seit 2015 kehren mehr deutsche Bewohner der Spreemetropole den Rücken, als neue zuziehen.²⁰ Das Wanderungsplus speist sich allein aus dem Zuzug von Ausländern.

Brandenburg: Im Zentrum Top, am Rande Flop

Viele, denen es in Berlin zu eng und zu teuer wird, zieht es nur über die Stadtgrenze. Sie suchen sich im brandenburgischen Umland ein neues Zuhause. Seit 2014 hat Berlin jährlich um die 10.000 Menschen an seinen Nachbarn verloren.²¹ Der größte Gewinner ist die Landeshauptstadt Potsdam. Zwischen 2011 und 2016 zogen pro Einwohner mehr Menschen in die ehemalige Residenzstadt als in die Bundeshauptstadt. Mit Platz 34 im Gesamtranking schafft es Potsdam neben der sächsischen Landeshauptstadt Dresden und den ebenfalls an Berlin grenzenden Brandenburger Landkreis Dahme-Spreewald als einer von nur drei ostdeutschen Kreisen in die Top 50. Ebenfalls weit vorn ist mit Platz 62 der Landkreis Potsdam-Mittelmark.

Allerdings reicht die Strahlkraft Berlins nur rund 40 Kilometer ins Umland. Dahinter haben die ländlichen Regionen mit dem typischen Problem aus Landflucht, Alterung, Leerstand und schwindender Versorgung zu kämpfen. Die drei südlichen Brandenburger Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße gehören zu den zehn deutschen Kreisen mit der stärksten Abwanderung zwischen 2011 und 2016. Dies prägt auch die demografische Zukunft. Fast jeden vierten Einwohner dürften Elbe-Elster und Spree-Neiße bis 2035 verlieren, die beiden Negativrekorde Deutschlands. Aktuell schafft es dagegen Frankfurt/Oder ein Wanderungsplus zu erzielen. Bis vor kurzem kehrten die Menschen der Grenzstadt trotz der Europauniversität Viadrina im Saldo noch den Rücken. Doch für die Studenten, die bislang lieber im angesagten Berlin wohnten und nur zu ihren Vorlesungen an die Oder pendelten, wird das Leben in der Hauptstadt mittlerweile zu teuer. Lang dürfte diese Lichtblick jedoch nicht währen, bis 2035 wird der Oderstadt ein Einwohnerverlust von 14 Prozent prognostiziert.

Die jahrzehntelange Abwanderung aus den berlinfernen Regionen hat die Bewohnerschaft des gesamten Bundeslandes stark

altern lassen. Mit über 46 Jahren haben die Brandenburger im Durchschnitt bereits vier Jahre mehr auf dem Buckel als die Berliner. Nicht einmal mehr jeder dritte Einwohner zwischen Oderbruch und Elbauen ist heute noch jünger als 35 Jahre, der niedrigste Anteil in allen Bundesländern.

Angst vor weiteren Jobverlusten

Der weit vorgeschrittene demografische Wandel in den Randgebieten spiegelt sich auch in der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung wider. In der landschaftlich schönen Uckermark ist jeder achte Bewohner im Erwerbsalter arbeitslos oder bezieht Sozialhilfe. Von allen deutschen Kreisen der zweitschlechteste Wert. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in dem Landkreis mit fast acht Prozent sogar bundesweit die höchste. Je weiter entfernt von Berlin, desto weiter hinten finden sich die brandenburgischen Kreise im Gesamtranking. Der Landkreis Uckermark erreicht gerade einmal Platz 396 von 401. Der Landkreis Prignitz kommt auf Platz 372.

An den Rändern sind die Ängste daher groß, dass weitere Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft verloren gehen. Zumal ein prägender Wirtschaftszweig der Lausitz im südlichen Brandenburg bald Geschichte ist. Das Ende der Braunkohleförderung bis 2038 ist beschlossene Sache.²² Heute sind in der gesamten Region, die sich auch ins benachbarte Sachsen erstreckt, noch 8.600 Menschen im Braunkohlebergbau und -kraftwerken beschäftigt – eine vergleichsweise geringe Zahl angesichts von insgesamt 2,4 Millionen sozialversicherungspflichtigen Jobs in den beiden Bundesländern.^{23,24} Die von der Bundesregierung eingesetzte Kohle-Kommission hat Anfang 2019 Ideen vorgelegt, wie der Ausstieg aus der klimaschädlichsten Form der Stromerzeugung sozialverträglich gelingen kann.²⁵

Ausgleich zwischen Wachstum und Schrumpfen

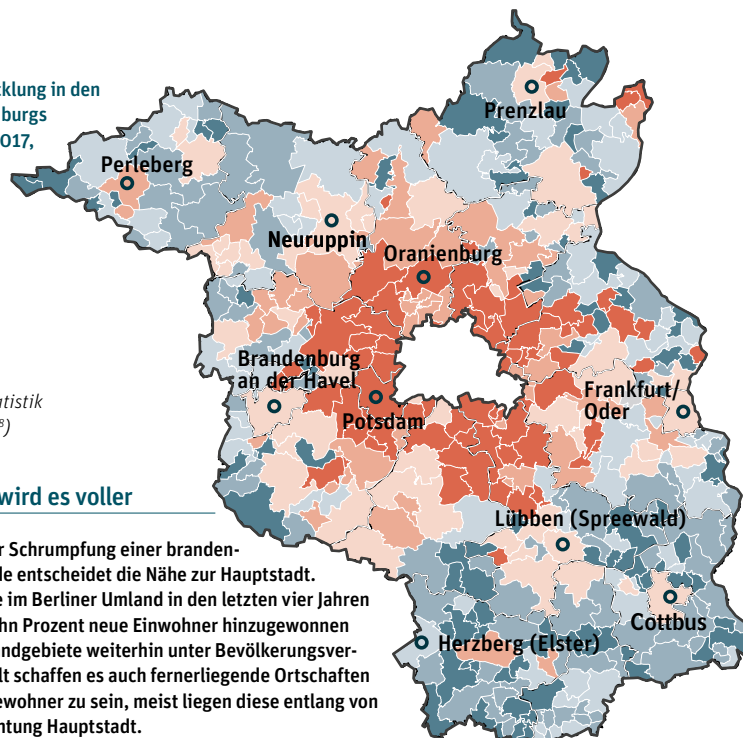
Für Brandenburg besteht die große Herausforderung darin, gleichzeitig starkes Wachstum im Kern und Schrumpfung an den Rändern gestalten zu müssen. Die Speckgürtelgemeinden verspüren dabei ähnliche Wachstumsschmerzen wie die größeren Städte. Sie müssen neuen Wohnraum schaffen oder ausreichend Kita- und Schulplätze für Familien. Und sie müssen sich neue Verkehrskonzepte überlegen, um die wachsenden Pendlerströme in den Griff zu kriegen.

Doch auch in den Landstrichen fernab der Hauptstadt sind Anpassungen nötig. Dort fehlt bisher ein Ordnungsrahmen für das „Weniger-werden“. Nötig wären Konzepte, wie sich ein guter öffentlicher Nahverkehr bei sinkenden Einwohnerzahlen organisieren lässt, wie Grundschulen erhalten werden können, wenn weniger Abc-Schützen heranwachsen oder wie sich die alternde Bevölkerung trotz fehlender Landärzte versorgen lässt. Mit diesen Fragen beschäftigt sich seit 2015 eine Enquete-Kommission der Landesregierung.²⁶ Seither hat das periphere Brandenburg weitere 5.000 Einwohner verloren.²⁷

Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden Brandenburgs zwischen 2013 bis 2017, in Prozent

- unter - 4
- - 4 bis unter - 2
- - 2 bis unter 0
- 0 bis unter 2
- 2 bis unter 4
- 4 und mehr

(Datengrundlage: Statistik Berlin-Brandenburg²⁸)



Rund um Berlin wird es voller

Über Wachstum oder Schrumpfung einer brandenburgischen Gemeinde entscheidet die Nähe zur Hauptstadt. Während einige Orte im Berliner Umland in den letzten vier Jahren zum Teil mehr als zehn Prozent neue Einwohner hinzugewonnen haben, leiden die Randgebiete weiterhin unter Bevölkerungsverlusten. Nur vereinzelt schaffen es auch fernerliegende Ortschaften attraktiv für neue Bewohner zu sein, meist liegen diese entlang von Bahnstrecken in Richtung Hauptstadt.

Bewertung Brandenburg

Bewertung Brandenburg		Gesamtnote	Demografie				Wirtschaft							Bildung			Familienfrdl.													
			Kinderzahl	unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote
BAR	Barnim	3,41	2	5	4	2	4	4	3,6	3,5	5	5	1	3	5	1	3	3	3	3	3,1	3,2	4	6	4	4,7	2	1	4	2,3
BRB	Brandenburg an der Havel	4,06	3	5	5	4	6	5	3,8	4,5	6	4	5	3	6	2	3	4	3	3,6	4,0	5	6	3	4,7	3	1	4	2,7	
CB	Cottbus	3,88	5	4	4	4	5	4	4,6	4,4	4	4	5	4	6	3	3	4	3	3,4	3,9	5	3	2	3,3	4	1	5	3,3	
LDS	Dahme-Spreewald	2,84	2	5	3	2	5	4	3,2	3,5	4	4	2	2	3	1	2	2	2	3,6	2,6	3	1	3	2,3	3	1	4	2,7	
EE	Elbe-Elster	3,83	2	6	5	6	6	6	4,0	5,0	5	5	2	3	6	2	4	4	3	2,5	3,7	3	4	4	3,7	3	1	2	2,0	
FF	Frankfurt (Oder)	3,99	4	4	5	5	5	5	4,0	4,6	6	3	5	4	6	3	3	4	2	4,6	4,1	3	4	2	3,0	5	1	5	3,7	
HVL	Havelland	3,57	3	5	4	2	4	4	3,2	3,6	5	6	2	3	5	2	3	5	2	3,1	3,6	3	5	4	4,0	3	2	4	3,0	
MOL	Märkisch-Oderland	3,68	3	6	3	3	4	5	3,4	3,9	5	6	2	3	5	2	3	3	2	3,6	3,5	5	5	4	4,7	3	1	4	2,7	
OHV	Oberhavel	3,27	3	5	4	2	4	4	3,8	3,7	4	4	1	3	4	1	3	4	3	2,6	3,0	4	4	3	3,7	3	1	4	2,7	
OSL	Oberspreewald-Lausitz	3,91	2	6	5	6	6	6	3,6	4,9	5	5	2	3	6	2	3	3	2	2,0	3,3	6	4	3	4,3	3	2	3	2,7	
LOS	Oder-Spree	3,96	2	6	4	4	6	5	3,2	4,3	5	5	3	3	5	2	3	3	5	3,4	3,7	5	6	4	5,0	3	1	4	2,7	
OPR	Ostprignitz-Ruppin	4,08	2	6	5	4	5	5	3,0	4,3	6	5	3	3	6	2	4	2	2	3,1	3,6	6	6	4	5,3	3	2	5	3,3	
P	Potsdam	2,79	5	2	2	1	3	1	3,8	2,5	5	3	2	3	4	3	2	3	4	4,3	3,3	2	3	1	2,0	2	1	6	3,0	
PM	Potsdam-Mittelmark	2,94	2	5	2	2	3	4	3,4	3,1	4	5	2	3	3	1	2	3	3	3,4	2,9	3	4	3	3,3	2	1	4	2,3	
PR	Prignitz	4,20	1	6	5	5	6	6	2,6	4,5	5	5	2	3	6	2	4	4	2	2,9	3,6	6	6	5	5,7	4	2	4	3,3	
SPN	Spree-Neiße	4,04	3	6	5	6	6	6	3,4	5,1	5	4	4	3	6	2	3	3	4	3,3	3,7	4	4	4	4,0	3	1	4	2,7	
TF	Teltow-Fläming	3,41	3	5	4	3	4	4	3,2	3,7	5	4	3	2	4	1	2	3	2	3,9	3,0	5	5	3	4,3	3	1	4	2,7	
UM	Uckermark	4,47	3	6	5	5	6	6	3,0	4,9	6	4	3	4	6	3	5	2	3	2,8	3,9	6	6	4	5,3	4	2	6	4,0	

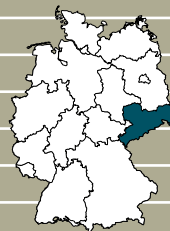
Bewertung Berlin

B	Berlin	3,35	4	2	3	1	2	1	3,2	2,3	5	3	-	6	6	5	5	2	2	2,6	4,1	5	6	1	4,0	2	2	6	3,3
---	--------	------	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	---	---	---	---	---	---	-----	-----	---	---	---	-----	---	---	---	-----

SACHSEN

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	4.081.308
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	3.714.580 (- 9,0%)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	46,2 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2017	19.198 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 2,3 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	7,2 Prozent



Erfolgreich und unzufrieden

Die Bilder gingen um die Welt: Wöchentlich versammelten sich mehrere tausend Menschen – zu Spitzenzeiten bis zu 20.000 – vor der malerischen Kulisse der Dresdner Semperoper und protestierten lautstark gegen die „Islamisierung des Abendlandes“ und die Zuwanderung nach Deutschland. Zwar ist die Zahl der Demonstranten inzwischen deutlich geschrumpft, doch der Namen der sächsischen Landeshauptstadt ist seither eng mit den ausländerfeindlichen Pegida-Demonstrationen verbunden. Gleichzeitig erzielte die rechtspopulistische AfD bei der letzten Bundestagswahl in Sachsen ihre besten Ergebnisse. Mancherorts gingen die meisten Stimmen an diese Partei.¹

Ein häufig zitiertes Erklärungsmuster für dieses Verhalten lautet, dass die Menschen verunsichert seien, weil sie nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren und nicht mehr an das Versprechen vom wachsenden Wohlstand für alle glauben. Frust und das Gefühl „abgehängt zu sein“, treibe sie daher zu den wöchentlichen Kundgebungen und in die Arme jener, die mit einfachen Antworten eine vermeintlich bessere Zukunft versprechen.

Aber zählt Sachsen tatsächlich zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemregionen Deutschlands, wo die Menschen nicht mehr ausreichend am gesellschaftlichen Fortschritt teilhaben können? Der Datenlage nach ist eher das Gegenteil der Fall. Der Freistaat ganz im Osten ist in vielerlei Hinsicht auf der Überholspur und der eigentliche Gewinner seit der Wiedervereinigung: Wirtschaftlich geht es seit Jahren voran. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist das höchste unter den ostdeutschen Flächenländern. Zwischen 2013 und 2017 betrug das jährliche Wirtschaftswachstum im Schnitt 2,3 Prozent, Platz 3 unter allen Bundesländern. Nur in Berlin ist die Arbeitslosigkeit zwischen 2011 und 2015 stärker zurückgegangen.² Außerdem konnte Sachsen im Jahr 2015 pro 1.000 junge Bewohner zwischen 18 und 25 Jahren einen Wanderungsgewinn von 16,4 Personen erzielen. Kein anderes deutsches Flächenland ist attraktiver für die sogenannten Bildungswanderer, die für Ausbildung und Studium umziehen.³ So verwundert es nicht, dass der Freistaat im Vergleich zur Vorgängerstudie aus dem Jahr 2011 neben Berlin zu den größten Aufsteigern gehört. Sachsen hat sich unter allen Bundesländern um vier Plätze verbessert und rangiert nun auf Platz acht – vor zahlreichen westdeutschen Ländern wie Schleswig-Holstein oder Nordrhein-Westfalen und knapp hinter seinem Nachbarn Thüringen.

Zu verdanken hat Sachsen seinen Erfolg vor allem seinen größeren Städten, denn sie profitieren am meisten von der Entwicklungstendenz. Dresden nimmt in unserem Ranking unter allen 401 deutschen Kreisen und kreisfreien Städten Platz 15 ein. Besser stehen nur Kreise in Bayern und Baden-Württemberg da. Auf das ganze Bundesland Sachsen strahlt der Erfolg der Städte jedoch nicht aus: Der Landkreis Görlitz, ganz im Osten an der Grenze zu Polen gelegen, schneidet innerhalb Sachsens am schlechtesten ab und erreicht auch bundesweit gerade einmal Platz 355. Dort leben mit 16 Prozent der Bewohner schon besonders viele Hochbetagte, einen höheren Anteil erreicht sonst nur das sachsen-anhaltinische Dessau-Roßlau. Außerdem sind in dem peripher gelegenen Kreis mit mehr als neun Prozent überdurchschnittlich viele Menschen im Erwerbsalter ohne Arbeit oder beziehen Sozialhilfe.

Wirtschaftlich bald ganz vorn dabei?

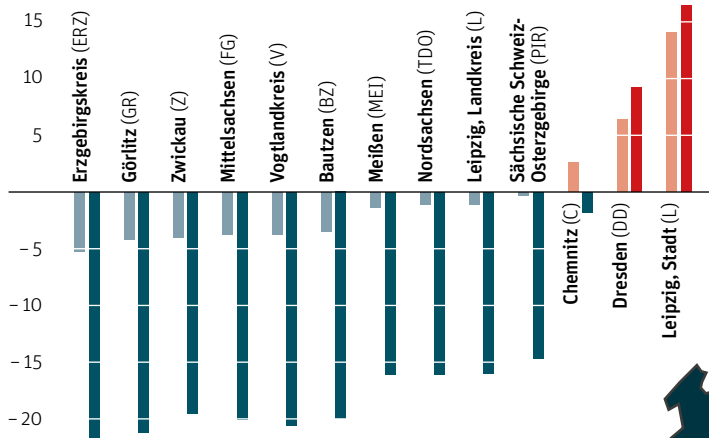
Sachsen gehört zu den wirtschaftlich dynamischsten Bundesländern der Republik. Nach Berlin belegt es den zweiten Platz beim Wirtschaftstrend. Der Freistaat hat es geschafft, an seine wirtschaftliche Vorrangstellung anzuknüpfen, die es vor über 200 Jahren aufgebaut hat. Damals war, im Umfeld von Erz- und Braunkohleabbau, im Erzgebirgsvorland, im Vogtland und in der Lausitz eine frühe Montan-Industrie entstanden. Später machten vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau die Region zum industriellen Herz und zu einer der wohlhabendsten Regionen Deutschlands. Doch der Zweite Weltkrieg und die Planwirtschaft stoppten diese erfolgreiche Entwicklung. Nach dem Ende der DDR mussten in Sachsen wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern viele Betriebe aufgrund veralteter und wenig wettbewerbsfähiger Produktionsanlagen schließen.⁴ Aber tausende von Menschen verloren ihre Arbeit, allein zwischen 1991 und 1993 sank die Zahl der Erwerbstätigen um 350.000.⁵

Doch eines konnte sich die Region über alle Systemwechsel hinweg bewahren: die exzellente Ausbildung ihrer Fachkräfte. Zu DDR-Zeiten galt Sachsen als Ingenieursschmiede. Bis heute entfallen über vierzig Prozent aller Hochschulabschlüsse auf mathematische, ingenieur- und naturwissenschaftliche Fächer.⁶ Ein über dem Bundesdurchschnitt qualifiziertes Fachkräftepotenzial sowie eine gezielte Standortpolitik des Freistaates helfen, nach und nach an den früheren wirtschaftlichen Erfolg anzuschließen.⁷

Und so sind unter den überdurchschnittlich vielen Beschäftigten – Sachsen teilt sich mit Thüringen den Spitzenplatz bei der Beschäftigtenquote – besonders viele Hochqualifizierte. In Dresden beispielsweise hat mehr als ein Viertel der Angestellten einen Hochschulabschluss. Viele verdienen ihr Auskommen in den zahlreichen Mikroelektronik-Unternehmen des „Silicon Saxony“ in und um Dresden. Im größten Mikroelektronik-Cluster Europas wird jeder zweite Chip des Kontinents produziert.⁸ Rund um Chemnitz und Zwickau bildet die Automobilindustrie wieder das zentrale wirtschaftliche Standbein.⁹



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



Ein guter Ort für Familien

Nicht nur wirtschaftlich, auch demografisch läuft es für Sachsen derzeit rund. Zum einen verbuchte der Freistaat zwischen 2011 und 2016 einen leichten Wanderungsgewinn. Zum anderen bekommen die Frauen mit 1,69 Kindern nach den Brandenburgerinnen deutschlandweit die meisten Kinder, bundesweit sind es nur 1,59.* Heraus sticht der Landkreis Bautzen östlich von Dresden, wo die allgemeine Geburtenziffer bei 1,98 liegt, der höchste Wert aller deutschen Kreise. Sachsen erlebt aktuell einen kleinen Babyboom: Zum Höhepunkt im Jahr 2016 erblickten fast 38.000 Kinder das Licht der Welt, so viele wie seit 1990 nicht mehr.¹⁰

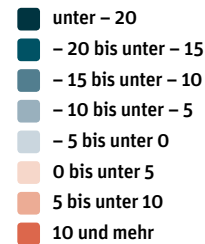
Ein Grund für die hohen Kinderzahlen ist sicherlich, dass in Sachsen das Leben für Familien einige Vorteile bietet. Wie in allen ostdeutschen Bundesländern schlägt auch dort das (positive) Erbe der DDR noch stark zu Buche. Die Kinderbetreuung ist flächendeckend gut ausgebaut und über 60 Prozent der unter Sechsjährigen besuchen ganztägig

einen Kindergarten oder werden bei einer Tagesmutter betreut. Nach Berlin ist Sachsen außerdem das Bundesland, wo Väter besonders häufig Familienaufgaben übernehmen und in Elternzeit gehen. Dies gibt auch Müttern die Möglichkeit, beruflich aktiv zu sein. In keinem anderen Bundesland sind mehr Frauen zwischen 25 und 50 Jahren erwerbstätig.

Junge, wachsende Städte versus gealterte, schrumpfende Dörfer

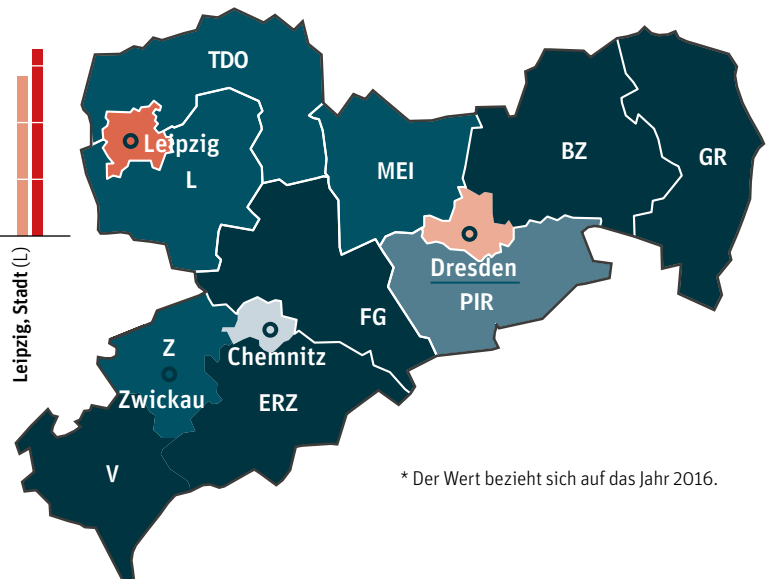
Dennoch warten einige demografische Herausforderungen auf den Freistaat. Obwohl inzwischen wieder mehr Kinder geboren werden, haben der „Geburtenknick“ in den 1990er Jahren und die Abwanderung gen Westen nach der Wende Sachsen zum Pionier in Sachen Alterung gemacht. Im Freistaat leben bundesweit die meisten Hochbetagten. Jeder siebte Einwohner ist heute bereits 75

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Sachsen 2017 bis 2035 in Prozent



Blühende Städte, verwelkendes Land

Nirgendwo zeigt sich die Sogwirkung in die Städte deutlicher. Während Leipzig bis 2035 der deutschlandweit größte prozentuale Einwohnergewinner sein dürfte, werden der Erzgebirgskreis und der Landkreis Görlitz wohl mehr als jeden fünften Bewohner verlieren.



* Der Wert bezieht sich auf das Jahr 2016.

Jahre oder älter. In Deutschland insgesamt gilt dies nur für jeden neunten Bewohner. Doch dies trifft nicht gleichermaßen auf die Städte und das Land zu. Besonders viele ältere Menschen leben auf dem Land wie im östlichsten Landkreis Görlitz, im Landkreis Zwickau sowie im angrenzenden Vogtlandkreis ganz im Westen des Bundeslandes. Hier hat die jahrzehntelange Abwanderung vor allem junger Menschen besonders deutliche Spuren hinterlassen. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land dürften sich künftig noch weiter verstärken. Während die Universitäts- und Handelsstadt Leipzig zwischen 2011 und 2016 bundesweit den größten Wanderungsgewinn aus In- und Ausland pro 1.000 Einwohner erzielen konnte, musste der Erzgebirgskreis südlich von Chemnitz von allen Kreisen die zweitgrößten Wanderungsverluste verkraften. Dies setzt sich fort: Leipzig dürfte bis 2035 mit mehr als 16 Prozent anteilig bundesweit die meisten Einwohner hinzugewinnen, der Erzgebirgskreis ein Fünftel seiner Einwohner verlieren.

Fehlende Arbeitsplätze sind heute kaum mehr der Grund, warum die Menschen den Dörfern den Rücken kehren. Mit Ausnahme der Landkreise Görlitz und Nordsachsen liegen Arbeitslosen- und Sozialhilfequote in den ländlichen sächsischen Kreisen nicht über jener der Städte. Der ländliche Erzgebirgskreis verzeichnet im Bundesland sogar den niedrigsten Anteil an Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Hier dürfte sich künftig eher die Frage stellen, woher die Unternehmen die dringend benötigten Fachkräfte bekommen

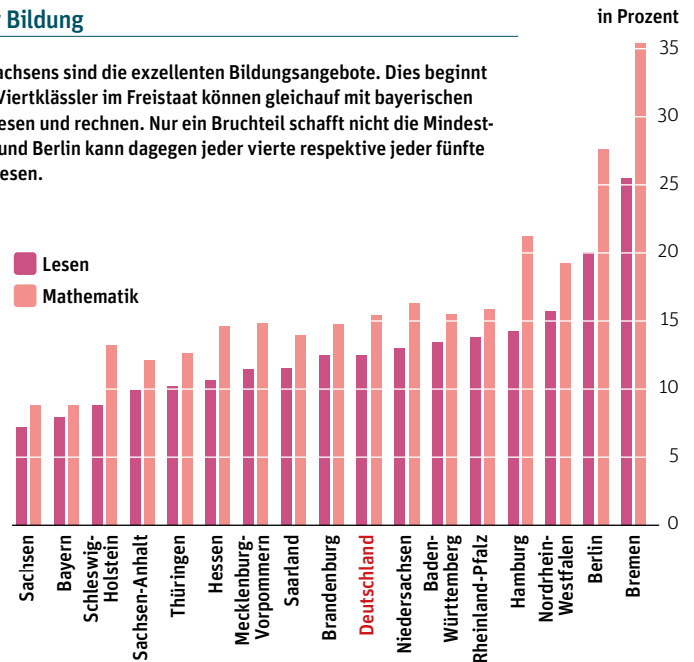
Bewertung Sachsen

	Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft						Bildung			Familienfrdl.											
		Kinderzahl unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugenddarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote	
BZ Bautzen	3,60	1	6	3	6	6	6	3,6	4,5	5	5	2	2	5	1	2	4	4	2,8	3,3	5	4	3	4,0	2	1	3	2,0
C Chemnitz	3,58	4	4	3	3	6	3	3,0	3,7	5	3	3	4	5	2	2	4	4	3,1	3,5	6	5	1	4,0	2	1	6	3,0
DD Dresden	2,63	4	1	1	2	4	2	4,0	2,6	5	3	1	3	4	2	1	2	4	3,1	2,8	3	4	1	2,7	1	1	5	2,3
ERZ Erzgebirgskreis	3,72	1	6	4	6	6	6	3,4	4,6	5	5	3	2	4	1	2	3	6	2,5	3,3	5	4	4	4,3	2	1	3	2,0
GR Görlitz	4,08	2	6	4	6	6	6	3,8	4,8	5	5	3	6	2	3	3	3	2,8	3,6	6	6	3	5,0	3	1	4	2,7	
L Leipzig, Landkreis	3,51	2	6	3	5	5	5	3,4	4,2	4	5	3	2	4	1	2	4	4	2,8	3,2	4	4	3	3,7	3	1	4	2,7
L Leipzig, Stadt	3,05	5	1	4	1	3	1	2,2	2,5	6	3	3	4	5	3	2	3	4	2,3	3,5	6	5	1	4,0	1	1	5	2,3
MEI Meißen	3,45	1	6	3	5	6	5	3,4	4,2	4	4	3	2	5	1	1	4	3	2,8	3,0	5	4	3	4,0	2	1	4	2,3
FG Mittelsachsen	3,62	2	5	3	6	6	6	3,4	4,5	5	4	2	2	4	1	1	4	4	3,4	3,0	5	5	3	4,3	2	1	4	2,3
TDO Nordsachsen	3,78	2	6	4	5	5	5	2,8	4,3	5	5	4	2	6	1	2	3	3	3,1	3,4	6	6	3	5,0	3	1	3	2,3
PIR Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3,50	2	5	3	4	6	5	4,2	4,2	5	5	2	2	4	1	1	2	5	2,9	3,0	5	5	3	4,3	2	1	4	2,3
V Vogtlandkreis	3,72	2	6	4	5	6	6	3,6	4,7	5	5	3	2	4	1	2	3	5	3,4	3,3	4	5	3	4,0	2	1	4	2,3
Z Zwickau	3,68	3	6	4	6	6	6	3,8	5,0	4	4	2	1	4	1	2	5	4	2,1	2,9	4	4	3	3,7	2	1	5	2,7

Musterschüler bei der Bildung

Ein Grund für die Erfolge Sachsens sind die exzellenten Bildungsangebote. Dies beginnt schon in der Grundschule. Viertklässler im Freistaat können gleichauf mit bayerischen Grundschulkindern am besten lesen und rechnen. Nur ein Bruchteil schafft nicht die Mindestanforderungen, in Bremen und Berlin kann dagegen jeder vierte respektive jeder fünfte Schüler nicht ausreichend lesen.

Anteile Schüler der 4. Klasse, die in den Kompetenzbereichen Lesen und Mathematik den Mindeststandard nicht erreichen, in Prozent, 2015
(Datengrundlage: IQB-Bildungstrend¹¹)



können, wenn wie bisher die jungen, potenziellen Nachwuchskräfte in die Städte ziehen und die gealterten Belegschaften nach und nach in Rente gehen. Eine Möglichkeit wäre, die in den letzten Jahren zugewanderten Migranten fit für die regionalen Jobangebote

zu machen. Denn bislang sind die in Sachsen lebenden Ausländer nicht besonders gut in den Arbeitsmarkt integriert. Beim Verhältnis der Arbeitslosigkeit der Ausländer zu der der Deutschen landet der Freistaat nur auf einem hinteren Platz.

THÜRINGEN

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	2.151.205
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	1.859.237 (- 13,6 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	46,4 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	19.006 Euro
ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 2,0 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	6,3 Prozent



Hightech-Schmiede im Land der Mitte

Der erste Kindergarten Deutschlands eröffnete 1840 im thüringischen Städtchen Bad Blankenburg. Der Pädagoge Friedrich Fröbel schuf einen Ort, an dem Kinder nicht nur beaufsichtigt, sondern bereits im frühen Alter gezielt gefördert wurden. Diese Pionierarbeit hat Schule gemacht: Bis heute besuchen in Thüringen mehr Vorschulkinder eine Kita als in jedem anderen Bundesland. Unter den 15 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands mit den höchsten Betreuungsquoten liegen 14 in Thüringen. In Weimar und Jena, den Spitzenreitern, sind 74 Prozent aller unter Sechsjährigen ganztägig in außerhäuslichen Betreuungseinrichtungen oder bei Tagesmüttern untergebracht. In zahlreichen anderen Thüringer Landkreisen sind es über 70 Prozent.

Eine gute und flächendeckende Kinderbetreuung erleichtert es vor allem Müttern, berufsstätig zu sein. Und so überrascht es nicht, dass sich in Thüringen die sieben Landkreise mit den höchsten Beschäftigungsquoten von Frauen finden. Im südlich des Thüringer Waldes gelegenen Kreis Hildburghausen sind fast achtzig Prozent aller 25- bis 50-jährigen Frauen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, mehr als in allen anderen deutschen Kreisen und kreisfreien Städten.

Viel beschäftigt, aber nicht unbedingt vor Ort

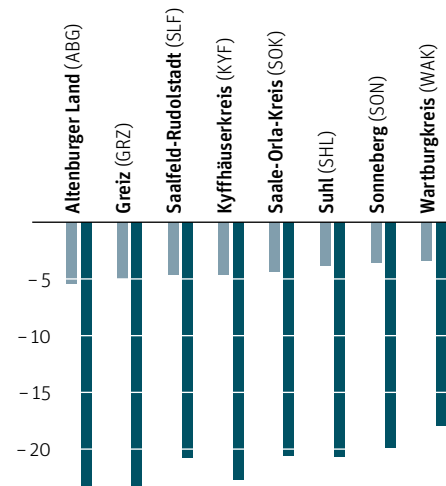
Nirgendwo in Deutschland gehen die Menschen häufiger einer Beschäftigung nach als in Thüringen und Sachsen. Zwischen Harz und Thüringer Wald gilt dies für knapp 64 Prozent aller 20- bis 64-Jährigen. Die Beschäftigungshochburgen sind allerdings nicht die Städte Eisenach, Erfurt, Weimar, Jena und Gera, die sich wie Perlen an einer Schnur von Ost nach West aneinanderreihen, sondern ländliche Regionen wie die Kreise Hildburghausen, Sonneberg und der Wartburgkreis. An die 70 Prozent der 20- bis 64-Jährigen sind dort sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Doch deren Arbeitsplätze liegen nicht zwangsläufig vor Ort. Thüringen ist ein Land der Pendler. Aus dem Kreis Hildburghausen verließen 2017 pro 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 41 den Landkreis für ihre Arbeit – das ist Rekord für Thüringen.¹ Viele von ihnen überqueren auf ihrem Weg zum Job gleich noch die Grenze in ein anderes Bundesland. Ihr tägliches Ziel liegt dabei häufig in Bayern.²

Pendelten in den 1990er Jahren die Thüringer vor allem aufgrund fehlender Jobs in die angrenzenden westdeutschen Bundesländer, ist dies heute kaum mehr der Grund. Eher im Gegenteil. Auch in Thüringen suchen die Unternehmen mittlerweile nach Fachkräften. Die landeseigene Agentur für Fachkräftegewinnung veranstaltet Pendlertage, an denen sie ihren Landsleuten eine berufliche Rückkehr in die Heimat schmackhaft machen möchte.³ Ein nicht ganz einfaches Unterfangen, denn die Löhne jenseits der Grenze im Süden sind weiterhin deutlich höher. So liegt das durchschnittliche jährliche Haushaltseinkommen pro Einwohner im bayerischen Landkreis Coburg bei 25.000 Euro – Platz 26 im bundesweiten Vergleich. In den angrenzenden Thüringer Kreisen Sonneberg und Hildburghausen verdienen die Menschen im Schnitt rund 5.000 Euro weniger pro Jahr.

Zwischen Forschung und Produktion

Dabei geht es mit Thüringens Wirtschaft weiter bergauf. Der Freistaat klettert im Ländervergleich in der Wirtschaftswertung auf Platz 4 und ordnet sich noch vor Sachsen ein. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von jeweils über 40.000 Euro pro Einwohner sind die beiden Städte Eisenach und Jena mit Abstand die wirtschaftsstärksten Regionen Ostdeutschlands. Ähnlich wie sein östlicher Nachbar hat es Thüringen geschafft, an alte wirtschaftliche Stärken anzuknüpfen.



In der Wartburgstadt Eisenach lief zu DDR-Zeiten das nach der Festung benannte Auto vom Band. Die Fahrzeugindustrie, die schon seit Ende des 19. Jahrhunderts hier zu Hause ist, bildet auch heute noch das wirtschaftliche Standbein der Region. Automobilhersteller und -zulieferer wie Opel, Mitec Automotive und Bosch sind die wichtigsten Arbeitgeber vor Ort.⁴

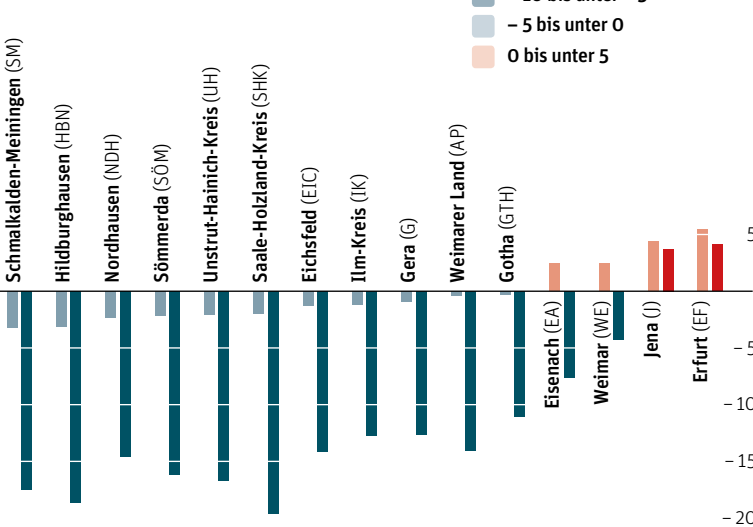
Die Universitätsstadt Jena steht dagegen für Optik und Feinmechanik. Unternehmensnamen wie Carl Zeiss und Schott sind eng mit der Stadt verbunden. Zwar spaltete die deutsche Teilung auch die Unternehmen. Das Wissen und die Geschäftsführung des Traditionsunternehmens Carl Zeiss kamen

Schrumpfende Wachstumsinseln

Bislang wachsen die Städte entlang der Kette Erfurt-Weimar-Jena. Bis 2035 können nur noch die erste und dritte mit weiterem Zuwachs rechnen. Randgebiete des Bundeslandes, vor allem an der südöstlichen Grenze zu Sachsen, haben mit großen Einwohnerverlusten zu rechnen.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



mit Ende des Zweiten Weltkriegs nach Westdeutschland. In Jena aber entstand der Volkseigene Betrieb Carl Zeiss Jena und führte den optisch-feinmechanischen Industriezweig fort. Heute ist nicht nur die Nation wiedervereint, sondern auch das Unternehmen, das an seinem Gründungsort mehr als 2.000 Menschen beschäftigt.⁵

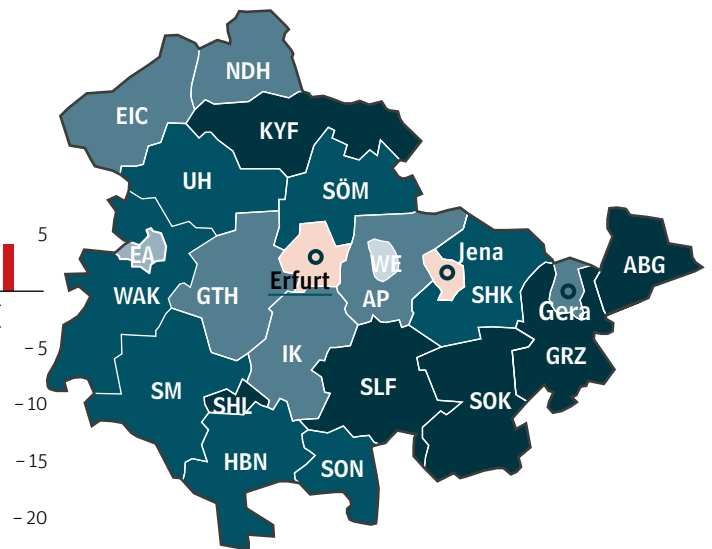
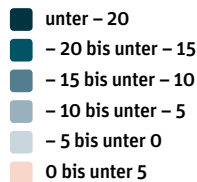
Die Saalestadt ist zudem die Thüringer Wissens- und Forschungsschmiede. Hier steht nicht nur die größte Universität des Freistaates, sondern es finden sich auch zahlreiche außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, wie drei Max-Planck- und vier Leibniz-Institute sowie ein Fraunhofer- und ein Helmholtz-Institut.⁶ Daher überrascht es kaum, dass in Jena fast jeder dritte Beschäftigte einen Hochschulabschluss hat. Das ist deutschlandweit Platz 3. Mehr Hochqualifizierte arbeiten nur in den bayerischen Städten Erlangen und München.

Anhaltender Bevölkerungsschwund

Jena ist daher ein attraktiver Wohnort. Die kreisfreie Stadt ist thüringenweit die einzige, die seit der Wiedervereinigung insgesamt gewachsen ist. In allen anderen Kreisen und kreisfreien Städte leben heute weniger Menschen als 1990. Thüringen insgesamt hat seither 17 Prozent seiner Einwohner verloren.⁷ Selbst die seit 2011 gestiegene Zuwanderung aus dem Ausland hat daran nichts geändert. Thüringen gehört neben Sachsen-Anhalt und dem Saarland zu den drei Bundesländern, die auch zwischen 2011 und 2017 an Bevölkerung verloren haben.⁸

Den Schwund kann auch die vierthöchste Geburtenziffer der Bundesrepublik nicht verhindern. Im Schnitt bekommen Thüringer Frauen 1,66 Kinder. In den Landkreisen Saalfeld-Rudolstadt und Sömmerda sind es sogar 1,92. Trotzdem bleibt die absolute Zahl der Geburten hinter jener der Sterbefälle zurück.⁹ Der minimal positive Wanderungssaldo der letzten Jahre reicht nicht aus, um diese Lücke zu schließen. Ohne Zuwanderung ist ein weiterer Bevölkerungsrückgang programmiert, zumal sich der Sterbeüberschuss über die Jahre deutlich vergrößern wird. Unsere Prognose rechnet mit fast 14 Prozent weniger Thüringer im Jahr 2035 als heute.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Thüringen 2017 bis 2035 in Prozent



Erfolgreiche Städtekette

Neben dem Bevölkerungsmagnet Jena gewinnen aktuell auch die kreisfreien Städte Eisenach, Weimar und Erfurt wieder an Einwohnern hinzu. Die Städtekette, allen voran die Landeshauptstadt Erfurt, zieht junge Menschen an. Den peripher gelegenen und eher dünn besiedelten Landkreisen kehrt diese Altersgruppe dagegen nach wie vor in großen Zahlen den Rücken.¹⁰

Andere Städte haben eine lange Durststrecke hinter sich und die Zukunft sieht nicht besser aus. So ist Suhl allein seit der Jahrtausendwende um fast ein Viertel geschrumpft. Unter allen Kreisen und kreisfreien Städten ist das bundesweit der größte Bevölkerungsverlust. Bis 2035 dürften weitere 20 Prozent der

Bevölkerung verloren gehen. Das im Osten des Bundeslandes gelegene Gera verlor seit 2000 knapp 15 Prozent seiner Einwohner, bis 2035 dürften es weitere 13 Prozent sein.¹¹ Städte in Thüringen sind gegenüber ländlichen Regionen nicht unbedingt im Vorteil. Jena hält in unserer Wertung zwar weiterhin den Spitzenplatz innerhalb des Bundeslandes, danach folgen aber schon der Saale-Holzland-Kreis und das Weimarer Land, die von der Strahlkraft der nahen Städte Weimar und Jena profitieren. Auch das eher abgelegene Eichsfeld ist gut aufgestellt und wird mit einer ähnlichen Note wie die Landeshauptstadt Erfurt bewertet.

Im bundesweiten Vergleich fällt auf, dass Jena trotz seiner weiterhin zentralen Stellung in Thüringen auch einen Rückschlag einstecken musste. In der Vorgängerstudie 2011 war die Stadt noch der einzige ostdeutsche Kreis, der es unter die Top 20 geschafft hatte. Nun belegt die Großstadt an der Saale Platz 88 und muss einige Umlandkreise von Berlin sowie die sächsische Landeshauptstadt Dresden an sich vorbeiziehen lassen. In der Gesamtwertung der Bundesländer ist Thüringen aber das beste aller ostdeutschen Flächenländer. Knapp vor Sachsen belegt es Platz 7, eine Verbesserung um 3 Plätze seit der Studie 2011.

Bewertung Thüringen

	Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft							Bildung			Familienfrdl.										
		Kinderzahl	unter 35-Jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-Jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote
ABG	Altenburger Land	4,12	3	6	4	6	6	6	3,6	4,9	5	5	2	3	6	2	3	5	4	2,6	3,8	3	6	4	4,3	4	1	4	3,0
EIC	Eichsfeld	3,25	1	4	3	6	4	5	3,8	3,8	5	5	3	1	3	1	1	4	5	2,9	3,1	3	3	5	3,7	3	1	2	2,0
EA	Eisenach	3,66	4	4	6	3	6	4	3,4	4,3	5	3	2	2	5	2	1	2	2	2,4	2,6	5	6	4	5,0	4	1	4	3,0
EF	Erfurt	3,21	5	3	3	2	3	2	3,8	3,1	5	3	2	4	5	3	2	3	3	3,4	3,3	5	3	2	3,3	3	1	5	3,0
G	Gera	4,11	3	5	4	4	6	5	3,6	4,4	5	4	4	4	6	3	3	4	5	3,4	4,1	5	6	3	4,7	3	1	5	3,0
GTH	Gotha	3,47	2	5	4	4	4	5	3,4	3,9	5	4	3	2	4	1	1	3	2	3,3	2,8	4	5	4	4,3	4	1	4	3,0
GRZ	Greiz	3,84	3	6	4	6	6	6	3,6	4,9	5	5	3	2	4	1	3	5	3	3,1	3,4	5	4	4	4,3	2	1	3	2,0
HBN	Hildburghausen	3,43	4	5	5	6	4	6	3,6	4,8	5	5	1	1	3	1	1	3	5	3,3	2,8	3	3	4	3,3	3	1	2	2,0
IK	Ilm-Kreis	3,59	4	5	4	5	5	5	3,6	4,5	5	4	3	3	4	2	2	4	1	2,8	3,1	4	4	3	3,7	3	1	4	2,7
J	Jena	3,04	6	1	2	4	3	2	4,6	3,2	6	3	1	5	3	3	1	4	4	3,9	3,4	3	3	1	2,3	1	1	6	2,7
KYF	Kyffhäuserkreis	4,26	2	6	6	6	5	6	3,8	5,0	6	5	4	3	6	3	4	3	2	2,1	3,8	6	6	4	5,3	4	1	3	2,7
NDH	Nordhausen	4,13	3	5	5	5	5	5	3,6	4,5	6	5	3	3	5	2	2	4	3	2,4	3,5	6	5	4	5,0	5	1	5	3,7
SHK	Saale-Holzland-Kreis	3,14	3	6	2	5	4	6	3,2	4,2	5	5	3	2	3	1	1	3	1	3,5	2,8	2	3	4	3,0	2	1	3	2,0
SOK	Saale-Orla-Kreis	3,69	2	6	5	6	5	6	3,6	4,8	5	4	3	1	4	1	1	3	3	2,8	2,8	5	4	5	4,7	3	1	3	2,3
SLF	Saalfeld-Rudolstadt	3,70	1	6	4	6	6	6	3,4	4,6	5	4	3	2	5	1	2	3	4	2,4	3,1	5	5	3	4,3	2	1	4	2,3
SM	Schmalkalden-Meiningen	3,73	3	6	5	6	5	6	4,0	5,0	4	4	2	2	3	1	2	3	5	2,6	2,9	6	4	4	4,7	3	1	2	2,0
SÖM	Sömmerda	3,96	1	5	6	6	3	6	3,8	4,4	5	5	4	2	5	1	2	6	2	2,8	3,5	6	6	5	5,7	3	1	3	2,3
SON	Sonneberg	3,85	3	6	6	6	6	6	3,8	5,3	4	4	3	1	2	1	1	4	3	3,1	2,6	6	3	5	4,7	4	1	3	2,7
SHL	Suhl	3,63	1	6	5	6	6	6	2,8	4,7	4	4	2	3	4	1	2	2	1	2,4	2,5	6	5	3	4,7	3	1	4	2,7
UH	Unstrut-Hainich-Kreis	4,09	2	5	5	5	5	6	3,8	4,5	5	5	4	2	6	2	2	4	3	2,8	3,6	6	6	4	5,3	4	1	4	3,0
WAK	Wartburgkreis	3,42	3	5	4	6	5	6	3,6	4,7	4	5	2	1	3	1	1	3	3	3,0	2,6	4	4	4	4,0	3	1	2	2,0
WE	Weimar	3,43	5	3	4	4	4	4	4,4	4,1	5	4	4	5	4	4	3	2	2	2,8	3,6	4	3	1	2,7	2	1	5	2,7
AP	Weimarer Land	3,17	1	5	4	5	3	5	3,4	3,8	5	5	3	2	3	1	2	2	2	2,5	2,8	4	3	4	3,7	3	1	3	2,3

SACHSEN-ANHALT

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	2.223.081
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	1.876.756 (- 15,6 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	47,1 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	18.687 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 1,0 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	6,5 Prozent



Schlecht gerüstet für die Wissensgesellschaft

Sachsen-Anhalt ist ein reiches Land. Reich an historisch bedeutsamen Orten und Bauten, die zum Unesco-Weltkulturerbe zählen, wie der Gestaltungs- und Architekturschule Bauhaus in Dessau oder den Wirkungsstätten des Reformators Martin Luther in Wittenberg und Eisleben. Im Sommer 2018 kam noch der Naumburger Dom hinzu. Seitdem kann sich das Land mit 5 der insgesamt 44 deutschen Kulturerbe-Stätten schmücken. Nur das deutlich größere Baden-Württemberg zählt einen kulturhistorischen Ort mehr auf der Welterbe-Liste.¹

Ansonsten schafft es Sachsen-Anhalt im Vergleich mit anderen Bundesländern auf keinen Spitzenplatz, eher im Gegenteil. Wie in der Vorgängerstudie 2011 bildet das ostdeutsche Bundesland in der Gesamtbewertung das Schlusslicht.

Mangel an neuen Ideen

Warum kommt das Land nicht vom Fleck? Einst entstanden zwischen Saale-Unstrut und der Altmark Ideen, welche die Welt veränderten. Das Dessauer Bauhaus setzte neue Maßstäbe für Gestaltung und Architektur und

der Naturwissenschaftler Otto von Guericke zeigte im 17. Jahrhundert, welche Kraft ein luftleerer Raum entfalten kann. Bis zu 16 Pferde konnten zwei metallene Halbkugeln unter Vakuum nicht voneinander trennen. Guericke's Experimente bildeten die Grundlage für zahlreiche spätere physikalische Entdeckungen.²

Heute stammen nur noch wenige Erfindungen und Neuerungen aus Sachsen-Anhalt. Letzteres verdeutlicht die Zahl der angemeldeten Patente – ein häufig genutzter Indikator für die Erneuerungskraft und Zukunftsfähigkeit regionaler Wirtschaftsstrukturen. Mit gerade einmal 8 Patenten je 100.000 Einwohner war Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 das am wenigsten innovative Bundesland – und das obwohl es in Halle und Magdeburg zwei Universitäten, zahlreiche Hochschulen, mehrere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen der Max-Planck- und Fraunhofer-Gesellschaften sowie der Helmholtz- und Leibniz-Gemeinschaften unterhält. Das „Land der Moderne“, wie sich Sachsen-Anhalt im Hinblick auf das 100-jährige Bauhaus-Jubiläum im Jahr 2019 nennt, schafft es bislang nicht, mit den innovativen Regionen etwa im benachbarten Thüringen mithalten. Dort werden mit knapp 25 Patenten pro 100.000 Einwohner mehr als zweieinhalbmal so viele Erfindungen angemeldet.³

Ein Grund für das schlechte Abschneiden findet sich in den geringen Mitteln, die Unternehmen in Sachsen-Anhalt in Forschung und Entwicklung investieren – gerade einmal 0,37 Prozent der jährlichen Wirtschaftskraft. Bundesweit sind es immerhin 2 Prozent, beim Spitzenreiter Baden-Württemberg sogar über 4 Prozent.⁴ Doch während im Südwesten der Republik die forschungsstarken Industriezweige, allen voran die Automobilindustrie ansässig sind, fehlen in Sachsen-Anhalt sowohl die Großunternehmen, die viel Geld für Forschung und Entwicklung aufwenden, als auch die zukunftsträchtigen Branchen.⁵

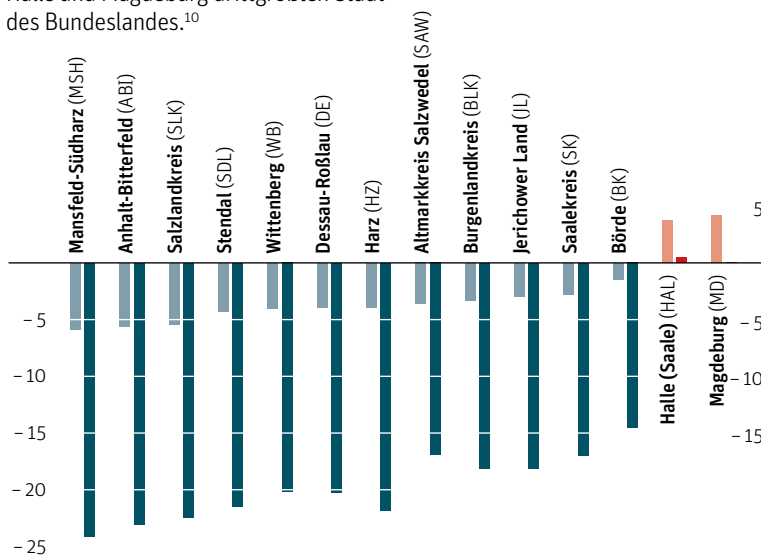
Manche Hoffnung ist geplatzt

Dabei gab es in den 2000er Jahren Erwartungen, dass sich Sachsen-Anhalt zu einem international wichtigen Standort in einer neuen Schlüsselindustrie entwickeln könnte. In Bitterfeld-Wolfen, Teil des sogenannten mitteldeutschen Chemiedreiecks, hatten sich zahlreiche Solarunternehmen angesiedelt. Darunter war der Weltmarktführer Q-Cells, zeitweilig mit fast 2.600 Mitarbeitern der drittgrößte Arbeitgeber der Region.⁶ Wo zu DDR-Zeiten die Schloten rauchten und Abwässer die Flüsse und Seen der Umgebung vergifteten, entstand das „Solar Valley“. Doch trotz großzügiger Förderung durch die Europäische Union und im deutschen Vergleich günstiger Lohnkosten waren die Sonnenkollektoren aus Sachsen-Anhalt auf dem Weltmarkt zu teuer. Die Produktion verlagerte sich in das deutlich billigere China. Für Q-Cells bedeutete dies das Aus. Das Unternehmen meldete 2012 Insolvenz an und ließ die Hoffnung der strukturschwachen Region auf den großen Aufschwung platzen.⁷ Der neue koreanische Besitzer Hanwha-Q-Cells betreibt aktuell zwar immer noch einen Standort mit 400 Mitarbeitern in der Bitterfelder Sonnenallee, doch ansonsten ist vom einstigen Sonnental kaum noch etwas übrig. Heute erwirtschaftet den höchsten Umsatz des Landes der Mineralölkonzern Total in Leuna, ein Unternehmen des ausgehenden fossilen Zeitalters.⁸

Ohne Innovation kein Wachstum

Mangels zukunftsfruchtiger Neuerungen ist es kaum verwunderlich, dass es nicht vorangeht mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von jährlich rund 26.000 Euro pro Einwohner erwirtschaftet Sachsen-Anhalt nach Mecklenburg-Vorpommern am wenigsten. Und das Bundesland fällt weiter zurück. Zwar wächst das Bruttoinlandsprodukt Jahr für Jahr, doch langsamer als im bundesweiten Schnitt. Das mittlere jährliche Wachstum der Jahre 2013 bis 2017 betrug gerade einmal 1 Prozent. Deutschlands Wirtschaftskraft dagegen ist jährlich um 2 Prozent gewachsen, die der ostdeutschen Flächenländer immerhin um 1,8 Prozent.⁹

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Von den Beschäftigungsrekorden, die Jahr für Jahr in Deutschland aufgestellt werden, ist zwischen Naumburg und Salzwedel kaum etwas zu spüren. In Sachsen-Anhalt betrug der Zuwachs an neuen Stellen zwischen 2008 und 2015 gerade einmal 2,8 Prozent – bundesweit waren es 11 Prozent. In einigen Regionen Sachsens-Anhalts sank sogar die Zahl der Arbeitsplätze. Besonders hoch waren die Jobverluste mit mehr als drei Prozent in Dessau-Roßlau – der nach Halle und Magdeburg drittgrößten Stadt des Bundeslandes.¹⁰



Städte mit geringen Wachstumsimpulsen

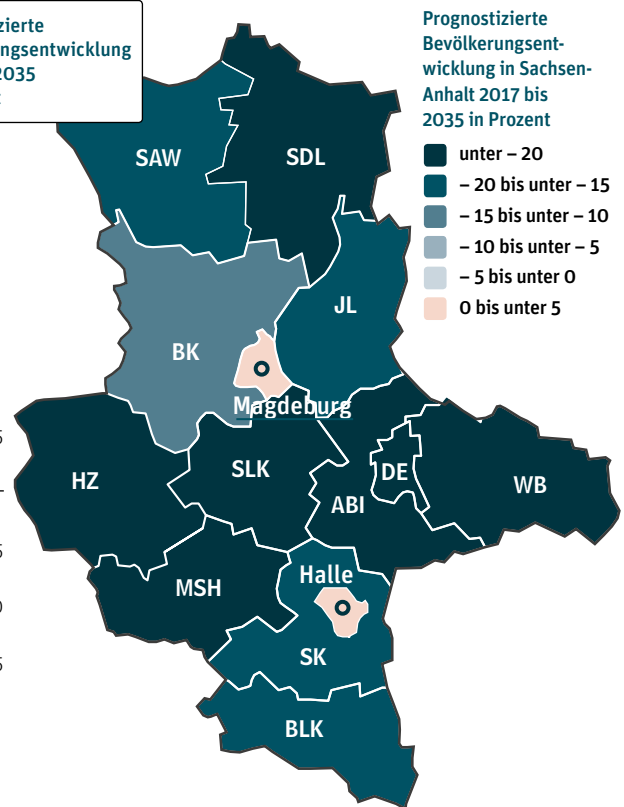
Die fehlende wirtschaftliche Dynamik spiegelt sich in der demografischen Entwicklung Sachsens-Anhalts wider. Junge, gut ausgebildete Nachwuchskräfte sind inzwischen rar im Bundesland. Denn seit der Wende hat Sachsen-Anhalt fast jeden vierten Einwohner verloren, in den ostdeutschen Flächenländern war es „nur“ jeder siebte.¹¹ Wie überall sind es vor allem die jungen Menschen, die weggehen. Und so ist Sachsen-Anhalt heute mit einem Durchschnittsalter von mehr als 47 Jahren das älteste Bundesland der Republik.

Demografischer Wandel extrem

Kein anderes Bundesland hat seit der Wende mehr Einwohner verloren. Dieser Trend setzt sich fort, allein die beiden Großstädte Halle und Magdeburg stabilisieren sich. In sechs Landkreisen und der kreisfreien Stadt Dessau-Roßlau dürfte bald schon mehr als jeder fünfte der heutigen Einwohner fehlen.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



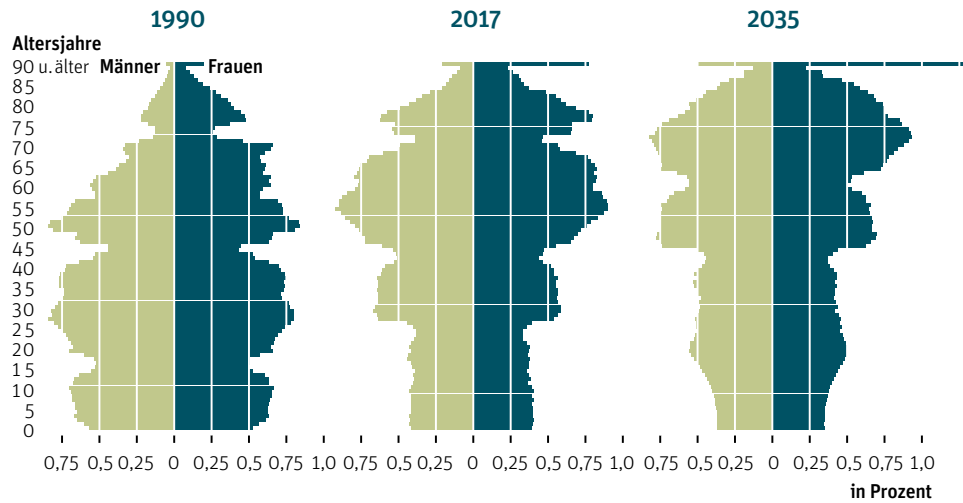
Daran können auch die Universitätsstädte Halle und Magdeburg nicht viel ändern. Sie schaffen es zwar, einen Wanderungsgewinn zu erzielen. Im Schnitt wanderten zwischen 2011 und 2016 pro 1.000 Einwohner Jahr für Jahr um die neun Menschen zu. Doch dies ist unter Großstädten ein vergleichsweise niedriger Wert. Dessau-Roßlau fällt als Wachstumsmotor ganz aus. Einst eine Großstadt mit über 100.000 Einwohnern gibt sie heute nur noch 82.000 Menschen ein Zuhause, bis 2035 dürften es nur noch 65.500 sein.¹² Dabei hatte die Bundesregierung einst aus Gründen der Strukturförderung das Umweltbundesamt mit 800 Beschäftigten in die Provinz verlegt.¹³ Jahrzehntelange Einwohnerverluste haben aus der Stadt an der Elbe mittlerweile den zweitältesten Kreis in Deutschland gemacht. Mit 50 Jahren sind im Schnitt nur die Bewohner im thüringischen Suhl ein knappes halbes Jahr älter.¹⁴

Das große Schrumpfen steht noch bevor

Seit der Wiedervereinigung hat Sachsen-Anhalt fast ein Viertel seiner Einwohner verloren. Von ehemals 2,9 Millionen sind heute nur noch 2,2 Millionen Sachsen-Anhaltiner übrig. Vor allem die Abwanderung in den 1990er Jahren und die dadurch fehlende Elterngeneration hat die Zahl des Nachwuchses in den letzten bald 30 Jahren halbiert. Lebten 1990 beispielsweise noch 34.000 18-jährige im Bundesland, waren es 2017 nur noch halb so viele. Dies dürfte sich auch auf die zukünftigen Einwohnerzahlen auswirken. Die Älteren werden dagegen immer mehr, 2035 dürften 33.000 Sachsen-Anhaltiner schon 90 und älter sein.

Anteil der jeweiligen Altersjahre in Prozent der Gesamtbevölkerung in Sachsen-Anhalt, 1990, 2017 und 2035

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA¹⁶)



Vergleichsweise gut steht dagegen der Bördekreis da. Der beste sachsen-anhaltische Kreis schafft es bundesweit zwar nur auf Platz 244, rangiert damit aber immer noch vor der Landeshauptstadt Magdeburg. Die besonders ertragreichen Böden der Magdeburger Börde, die einen Großteil des Landkreises ausmachen, sind dafür aber kaum der Grund. Vielmehr verhilft die räumliche Nähe zu den Automobilherstellern in Wolfsburg und Braunschweig den Menschen zu mehr Beschäftigung und höheren Einkommen.¹⁵

Ein Teil der Misere ist hausgemacht

Damit Sachsen-Anhalt nicht weiter den Anschluss verliert, damit sich neue Unternehmen ansiedeln und gut bezahlte Arbeitsplätze für qualifizierte Fachkräfte schaffen, braucht das Land gut ausgebildete junge Menschen. Doch in Sachsen-Anhalt verlässt fast jeder zehnte Heranwachsende

die Schule ohne Abschluss, der bundesweit schlechteste Wert. Entsprechend gering sind hier die Einkommen und fast jeder Zehnte im erwerbsfähigen Alter lebt von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. In den Landkreisen Mansfeld-Südharz und Stendal zeigt sich dieser Zusammenhang besonders stark. In der Gesamtbewertung gehören sie zu den sieben schlechtesten Kreisen Deutschlands.

Bewertung Sachsen-Anhalt

	Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft						Bildung			Familienfrdl.											
		Kinderzahl	unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum
SAW Altmarkkreis Salzwedel	3,88	2	5	6	6	4	6	3,2	4,6	5	5	3	1	6	1	1	3	2	3,4	3,0	6	6	4	5,3	4	1	3	2,7
ABI Anhalt-Bitterfeld	4,28	3	6	5	6	6	6	3,4	5,1	5	4	4	3	6	2	3	5	1	3,3	3,6	6	6	4	5,3	4	1	4	3,0
BK Börde	3,66	3	5	5	5	4	5	3,2	4,3	5	4	2	1	5	1	4	3	3,9	3,0	5	6	4	5,0	3	1	3	2,3	
BLK Burgenlandkreis	4,04	2	6	5	5	6	6	2,6	4,7	5	5	3	3	6	2	3	4	1	2,8	3,5	5	6	4	5,0	4	1	4	3,0
DE Dessau-Roßlau	4,05	3	6	4	6	6	6	4,4	5,1	5	4	1	3	6	2	2	4	4	3,1	3,4	6	6	2	4,7	3	1	4	2,7
HAL Halle (Saale)	3,96	6	2	5	3	4	3	3,6	3,8	6	4	4	5	6	4	3	5	5	3,9	4,6	6	5	1	4,0	2	1	6	3,0
HZ Harz	4,02	4	6	6	5	6	6	3,6	5,2	5	5	4	2	5	2	2	2	1	3,6	3,2	4	4	4	4,0	5	1	4	3,3
JL Jerichower Land	4,10	1	6	5	5	5	6	3,0	4,4	5	5	3	3	6	1	2	5	3	4,0	3,7	6	6	5	5,7	4	1	3	2,7
MD Magdeburg	3,68	4	3	4	2	5	3	3,2	3,5	5	4	2	4	6	3	2	4	4	3,5	3,8	6	6	2	4,7	3	1	5	3,0
MSH Mansfeld-Südharz	4,44	2	6	5	6	6	6	3,4	4,9	5	6	4	6	3	4	4	3	3,5	4,3	6	6	4	5,3	5	1	3	3,0	
SK Saalekreis	3,89	2	6	5	6	4	6	3,4	4,6	5	4	3	2	6	1	2	4	4	2,9	3,4	5	6	4	5,0	3	1	3	2,3
SLK Salzlandkreis	4,36	3	6	6	6	6	6	3,8	5,3	5	5	4	3	6	3	3	4	2	3,3	3,8	6	4	4	4,7	5	1	4	3,3
SDL Stendal	4,50	3	5	6	6	5	6	3,6	4,9	5	5	4	4	6	3	3	4	4	4,1	4,2	6	6	4	5,3	5	1	4	3,3
WB Wittenberg	4,06	3	6	5	6	6	6	3,8	5,1	5	5	4	2	6	1	2	3	3	2,9	3,4	5	6	4	5,0	3	1	3	2,3

NORDRHEIN- WESTFALEN

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	17.912.134
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	17.637.060 (- 1,5 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	43,5 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	21.559 Euro
ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 1,5 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	28,4 Prozent



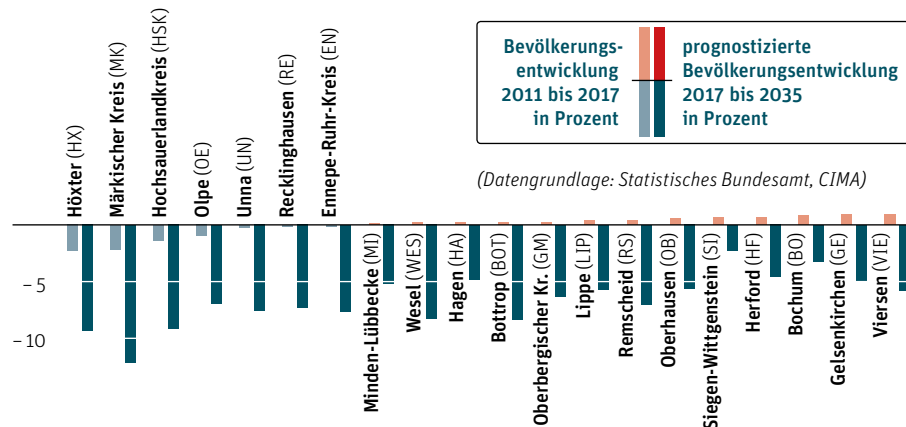
Der lange Weg aus dem fossilen Zeitalter

Die Tage des Steinkohle-Abbaus in Nordrhein-Westfalen sind Geschichte. Das Auslaufen der staatlichen Beihilfen 2018 besiegelte das Aus für die letzten Zechen: Prosper-Haniel in der Ruhrgebietsstadt Bottrop und das Bergwerk Anthrazit im Münsterländer Ibbenbüren.¹ Über zwei Jahrhunderte deutsche Steinkohle-Geschichte im Ruhrgebiet gingen zu Ende.²

Während die Kohlekumpel gefasst ihre letzten Schichten in die Schächte fuhren, kämpften ihre Kollegen im hundert Kilometer entfernten Tagebau noch gegen das baldige Ende der Braunkohle. Gigantische Maschinen kratzen dort jährlich über 90 Millionen Tonnen Brennstoff aus dem Boden.³ Inzwischen ist der Ausstieg aus dem fossilen Energieträger beschlossene Sache. Doch die Verhandlungen der Kohlekommission der Bundesregierung über das genaue Enddatum im Herbst 2018 entfachten noch einmal hitzige Debatten.

Die Landesregierung und Kohleunternehmen argumentieren gegen einen zu schnellen Ausstieg, der eine sichere Energieversorgung gefährden könnte. Auch bräuchte die Region Zeit, um sich wirtschaftlich neu aufzustellen.⁴ Denn in den drei rheinischen Abbaubereichen Hambach, Inden und Garzweiler sowie den

angeschlossenen Kraftwerken arbeiten noch knapp 10.000 Menschen.⁵ Klimawissenschaftler halten dagegen, dass ein zu langes Festhalten an der Braunkohle es nahezu unmöglich macht, die Kohlendioxid-Einsparziele bis 2030 zu erreichen. Proteste im gerade einmal 200 Hektar großen Hambacher Forst machten landesweit Schlagzeilen. An Bäume gekettet, hinderten Umweltschützer das Energieunternehmen RWE daran, den Wald für die darunterliegende Kohle zu roden. Anfang 2019 präsentierte die Kohlekommission ihre Ergebnisse und empfahl, den Forst zu erhalten. Bis spätestens 2038 soll Deutschland aus der Kohle aussteigen.⁶



Vom Schatten der Montanindustrie ...

Dabei hat das bräunlich-schwarze Sedimentgestein seine wirtschaftliche Bedeutung für NRW längst verloren. Gerade einmal 0,15 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze des Bundeslandes hängen heute noch an der Braunkohle.^{7,8} Als Deutschland in der Nachkriegszeit sein Wirtschaftswunder entfachte, arbeiteten in NRW fast eine halbe Million Kumpel allein in der Steinkohleindustrie.⁹

Im ehemaligen Zentrum der Montanindustrie, dem Ruhrgebiet, erzielen Unternehmen heute drei Viertel der Wertschöpfung mit Dienstleistungen. Höher ist dieser Anteil nur in der Landeshauptstadt Düsseldorf sowie in der Region Köln/Bonn.¹⁰ Doch während die Rheinmetropolen bundesweit zu den wirtschaftsstärksten Kreisen gehören, stecken die meisten Ruhrgebietsstädte noch mitten im Strukturwandel. Ökonomisches Schlusslicht ist dabei Bottrop mit einem jährlichen Bruttoinlandsprodukt je Einwohner von gerade einmal 21.000 Euro. Geringer ist die Wertschöpfung in keiner anderen kreisfreien Stadt in Deutschland.

Noch keine Trendwende

Während die Rheinschiene weiterhin attraktiv bleibt, sinkt im restlichen Nordrhein-Westfalen die Zahl der Kreise, die künftig noch wachsen werden. Im Westen des Bundeslandes und im Ruhrgebiet stehen die Zeichen auf Schwund, nur Essen und Dortmund ziehen wieder neue Einwohner an – vor allem weil sie mit ihrer Hochschullandschaft junge Menschen anlocken.

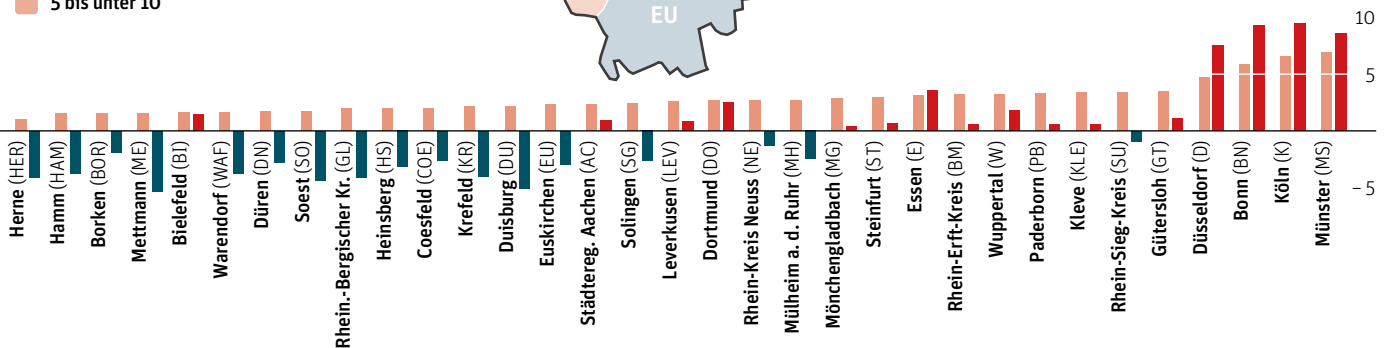
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)

Statt aufzuholen, fallen große Teile des Ruhrgebiets weiter zurück. Während sich seit der Jahrtausendwende die meisten nordrhein-westfälischen Kreise am Wachstum von Arbeitsplätzen erfreuen, verschwinden in vielen Ruhrgebietsstädten noch immer Jobs. Den größten Beschäftigungsabbau musste Herne verkraften, wo es 2016 fast 14 Prozent weniger Erwerbstätige gab als noch im Jahr 2000.¹¹ Und so bleibt die Arbeitslosigkeit zwischen Emscher und Ruhr hoch. Von den 17 deutschen Kreisen, in denen 2016 mehr als jeder zehnte Bewohner im Erwerbsalter arbeitslos war oder von Sozialhilfe lebte, liegen 6 im Pott.

Das spiegelt sich auch in den Einkommen wider. In Gelsenkirchen und Duisburg haben die Menschen im Jahr im Schnitt nicht einmal 17.000 Euro in der Tasche und damit deutschlandweit am wenigsten. Und so verwundert es nicht, dass vor allem die Jungen in den letzten Jahrzehnten ihre Heimat verlassen haben. Allein Duisburg schrumpfte zwischen 1962 und 2014 um ein Viertel.¹² Zurück blieben vielerorts die Älteren. Die demografische und wirtschaftliche Misere sorgt dafür, dass viele Kreise an Ruhr und Emscher auf den hinteren Plätzen unserer Wertung zu finden sind: Von den 25 schlechtesten Kreisen liegen 7 im Ruhrgebiet – mit Gelsenkirchen auch das Schlusslicht.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2017 bis 2035 in Prozent

- 15 bis unter - 10
- 10 bis unter - 5
- 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10



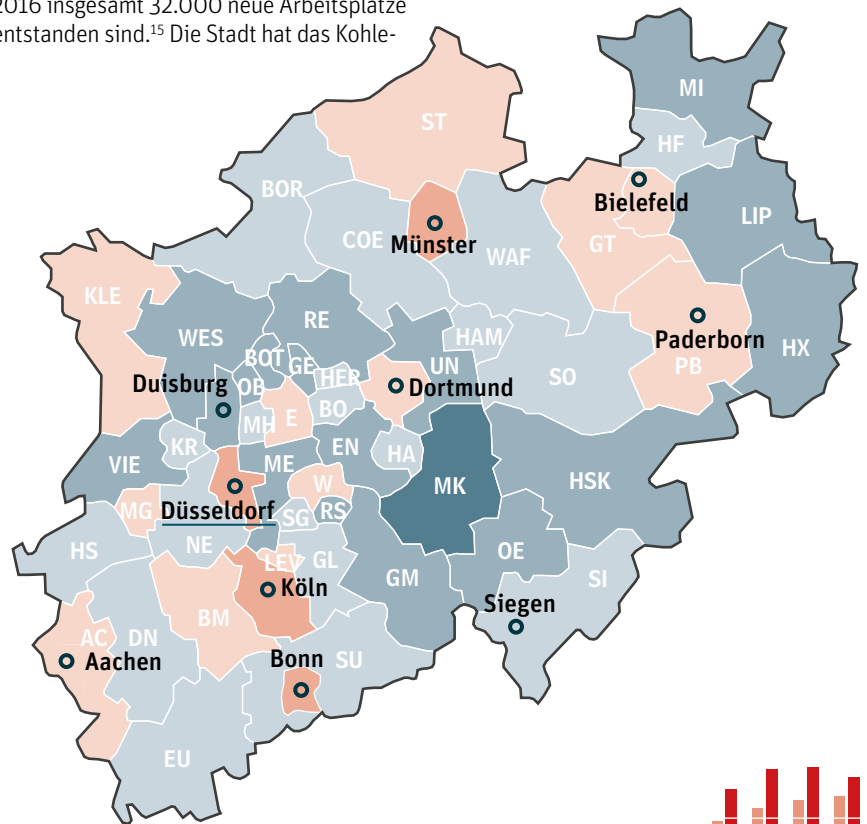
... zu einigen Hoffnungsschimmern

Doch zaghaft erreicht das bundesweite Städtewachstum auch den Pott. Essen und Dortmund beispielsweise verzeichnen seit Beginn der 2010er Jahre wieder ein Einwohnerplus.¹³ Allmählich zahlt sich der Ausbau der Hochschul- und Forschungslandschaft im Ruhrgebiet auch demografisch aus. Zwischen Emscher und Ruhr liegt eines der dichtesten Hochschulnetze Europas.¹⁴ Das zieht junge Menschen an. Und die bleiben auch nach Ausbildung und Studium, sofern sie einen attraktiven Job finden. Dies zeigt sich in Dortmund, wo zwischen 2000 und 2016 insgesamt 32.000 neue Arbeitsplätze entstanden sind.¹⁵ Die Stadt hat das Kohle-

Image hinter sich gelassen und bietet inzwischen zahlreichen neuen Unternehmen einen Standort, von der Logistikbranche bis hin zu IT-Dienstleistern.¹⁶ Die Einwohnerzahlen haben jüngst kräftig zugelegt und dürften bis 2035 um weitere 2,5 Prozent wachsen.

Das Rheinland wächst weiter

Noch schneller vollzieht sich das Wachstum entlang der Rheinschiene. Köln, die einzige Millionenstadt des bevölkerungsreichsten Bundeslandes, sowie Bonn sind seit der Jahrtausendwende um mehr als zehn Prozent



gewachsen. Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat um acht Prozent zugelegt, bis 2035 dürfen es für Köln und Bonn weitere 9 und für Düsseldorf 7,5 Prozent sein.¹⁷

Hier konzentriert sich nicht nur die wirtschaftliche Stärke des Bundeslandes, auch bundesweit spielt die Region weit oben mit. Mit einem Bruttoinlandsprodukt von 80.000 respektive 71.000 Euro pro Einwohner gehören Düsseldorf und Bonn zu den 16 wirtschaftsstärksten Kreisen Deutschlands. Allein Köln erwirtschaftet fast ein Zehntel des nordrhein-westfälischen Bruttoinlandsproduktes.¹⁸ Eigentlich kein Wunder, denn jedes fünfte DAX-Unternehmen hat seine Konzernzentrale links und rechts des Rheins – von Deutscher Post und Telekom in Bonn, Lufthansa in Köln, Henkel in Düsseldorf bis zu den Chemieunternehmen Covestro und Bayer im rechtsrheinischen Leverkusen.

Auch politisch konnte das Rheinland seine Bedeutung behalten. Die ehemalige Bundeshauptstadt Bonn hat den Umzug der Bundesregierung nach Berlin gut gemeistert. Heute ist die Stadt ein Zentrum der internationalen Zusammenarbeit. Im „Langen Eugen“, dem einstigen Bürohochhaus der Bundestagsabgeordneten, sitzen nun Mitarbeiter der Vereinten Nationen. Im Schatten der 18 UN-Organisationen haben sich rund 150 internationale NGOs angesiedelt.¹⁹

Jenseits der großen Städte geht langsam das Personal aus

Die Großstädte entlang des Rheins gehören dennoch nicht zu den nordrhein-westfälischen Spitzenreitern unseres Rankings. Diese finden sich im Münsterland. Die Universitätsstadt Münster sticht als Wandergewinner deutlich heraus. Zwischen 2011 und 2016 erzielten deutschlandweit nur vier Städte ein höheres Wanderungsplus. Im Münsterland kommen außerdem immer noch vergleichsweise viele Kinder zur Welt. Es ist das einzige nordrhein-westfälische Gebiet, das seit der Jahrtausendwende einen Geburtenüberschuss vermelden konnte.²⁰

In der Region sind zwischen 2008 und 2017 anteilig die meisten Arbeitsplätze des Bundeslandes entstanden, auch ohne DAX-Konzerne. Heute arbeiten in den dortigen klein- und mittelständischen Betrieben fast 20 Prozent mehr Beschäftigte als noch vor zehn Jahren.²¹ Doch langsam werden die Arbeitskräfte knapp. In Coesfeld, mit Platz 73 im Gesamtranking der beste nordrhein-westfälische Landkreis, herrscht fast Vollbeschäftigung. Gerade einmal drei Prozent der Bewohner im Erwerbsalter sind ohne Arbeit oder beziehen Sozialhilfe. Eine Autostunde entfernt, in Gelsenkirchen, sind es fast zwölf Prozent.

Doch die Zugkraft der urbanen Zentren erschwert es dem ländlichen Mittelstand zunehmend, Nachwuchs zu finden. Denn nicht überall bedeutet der wirtschaftliche Aufschwung automatisch auch einen demografischen. Eine Region spürt das besonders: Südwestfalen, wo das industrielle Herz des Bundeslandes liegt. In den Landkreisen Olpe und Märkischer Kreis stammt noch immer über die Hälfte der Bruttowertschöpfung aus dem produzierenden Gewerbe. Und in den Mittelgebirgstälern zwischen Sauer- und Siegerland entstehen neue Produktionshallen und Jobs. Die klein- und mittelständischen Unternehmen – unter ihnen über hundert sogenannte Hidden Champions – verhelfen den Menschen zu einigem Wohlstand.²² Die Bewohner des Kreises Olpe verdienen mit mehr als 27.000 Euro pro Jahr NRW-weit im Schnitt am meisten und damit ähnlich viel, wie im bayrischen München oder im hessischen Main-Taunus-Kreis.

Doch allein Job und Geld locken oder halten junge Menschen nicht mehr in der Mittelgebirgsregion. Südwestfalen verliert seit der Jahrtausendwende Einwohner. Der dort liegende Märkische Kreis gehört neben dem Kreis Höxter ganz im Osten des Bundeslandes zu den einzigen zwei Landkreisen Nordrhein-Westfalens, die zwischen 2011 und 2016 einen Wanderungsverlust verkraften muss-

ten. Selbst die zu dieser Zeit große Zahl Geflüchteter konnte zahlenmäßig nicht die Lücke schließen, die junge Sauer- und Siegerländer mit ihrem Wegzug hinterlassen haben.

Innovationen und Traditionen

Den Gemeinden rund um Gütersloh und Paderborn sowie der Stadt Bielefeld in der Region Ostwestfalen-Lippe (OWL) gelang es bislang besser, sich als attraktiver Wohn- und Arbeitsort zu profilieren. Die beiden Landkreise wuchsen zwischen 2000 und 2016 um über fünf Prozent.²³ Viele der dort ansässigen, weltweit agierenden Unternehmen haben bekannte Namen. Der Medienkonzern Bertelsmann, der Hausgerätehersteller Miele, der Lebensmittelkonzern Dr. Oetker oder der Landmaschinenhersteller Claas gehören zu den umsatzstärksten deutschen Familienunternehmen.²⁴ Doch neben Traditionen setzt OWL auch auf die Zukunft und erforscht Entwicklungen für die Industrie 4.0. Das regionale Technologienetzwerk „it's OWL“ gehört laut einem Bundeswettbewerb zu den fünf innovativsten Regionen Deutschlands.²⁵ Das zahlt sich aus. Der Kreis Gütersloh nimmt im Gesamtranking Platz 76 ein und belegt damit die viertbeste nordrhein-westfälische Position.

Rückstand bleibt

Doch die positive Entwicklung einzelner Städte und Landkreise reicht bislang nicht aus, die demografischen und wirtschaftlichen Probleme in anderen Teilen des Bundeslandes auszugleichen. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent zwischen 2013 und 2017 bleibt Nordrhein-Westfalen deutlich hinter dem bundesweiten Durchschnitt von 2 Prozent zurück.²⁶ Inzwischen haben selbst einige Ostländer NRW hinter sich gelassen. Fünf Plätze hat das Bundesland seit unserem letzten Ranking eingebüßt und belegt nur noch Platz 11 unter den 16 deutschen Bundesländern.

Bewertung Nordrhein-Westfalen

		Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft							Bildung			Familienfrdl.									
			Kinderzahl	unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum
BI	Bielefeld	3,73	5	2	3	4	3	3	4,0	3,4	3	3	4	5	6	5	3	5	4	4,8	4,3	3	5	2	3,3	3	3	5	3,7
BO	Bochum	4,10	6	3	4	4	4	4	2,8	4,0	5	4	6	6	6	5	5	4	3,9	5,0	3	5	2	3,3	2	3	5	3,3	
BN	Bonn	2,92	5	1	1	3	2	2	4,0	2,6	3	1	6	6	4	5	5	3	2	3,6	3,9	2	2	1	1,7	1	2	6	3,0
BOR	Borken	3,50	3	2	3	5	2	3	4,4	3,2	4	3	3	4	2	5	5	6	2,8	4,0	3	2	5	3,3	3	4	3	3,3	
BOT	Bottrop	4,30	4	4	5	4	3	4	3,2	3,9	5	5	5	5	5	6	6	4	4,3	5,0	2	5	5	4,0	4	4	4	4,0	
COE	Coesfeld	2,97	2	3	3	4	3	3	3,8	3,1	3	4	2	3	2	3	4	6	3,0	3,3	2	2	4	2,7	2	3	2	2,3	
DO	Dortmund	3,99	4	2	5	3	3	3	2,8	3,3	3	5	6	6	6	6	5	3	3,9	4,9	4	6	2	4,0	3	3	5	3,7	
DU	Duisburg	4,44	3	2	6	3	3	4	2,8	3,4	6	4	5	6	6	6	6	3	4,6	5,3	3	6	3	4,0	5	5	6	5,3	
DN	Düren	3,84	3	3	4	4	3	3	3,4	3,3	4	4	5	5	5	5	5	4	3,3	4,5	3	5	3	3,7	5	3	3	3,7	
D	Düsseldorf	3,07	5	2	3	3	2	3	3,4	2,9	2	1	3	5	5	4	5	2	3	4,5	3,5	4	3	1	2,7	2	1	6	3,0
EN	Ennepe-Ruhr-Kreis	3,76	4	4	4	4	4	4	3,6	3,9	2	4	5	4	4	4	4	5	4	4,0	4,0	3	3	3	3,0	4	3	4	3,7
E	Essen	3,90	4	3	5	2	3	2	2,2	3,0	4	3	6	6	6	6	6	4	5,0	5,0	4	6	2	4,0	2	3	5	3,3	
EU	Euskirchen	3,68	3	4	4	3	3	3	3,6	3,4	4	4	4	5	4	5	3	4	3,6	4,2	3	3	4	3,3	4	4	3	3,7	
GE	Gelsenkirchen	4,71	3	3	6	3	3	4	2,4	3,5	6	4	6	6	6	6	6	3	5,1	5,3	6	6	4	5,3	6	5	5	5,3	
GT	Gütersloh	2,99	2	3	2	3	3	3	3,8	2,8	2	2	2	2	3	4	2	5	4	3,6	3,0	3	3	4	3,3	4	3	2	3,0
HA	Hagen	4,24	2	3	6	4	4	4	2,6	3,7	5	4	6	5	6	6	4	5	3	5,0	4,9	3	6	3	4,0	5	4	4	4,3
HAM	Hamm	4,26	3	3	5	4	3	4	3,4	3,6	5	4	5	6	6	6	6	4	3,6	5,2	4	5	4	4,3	5	3	3	3,7	
HS	Heinsberg	3,99	4	3	4	4	3	4	3,8	3,7	5	5	3	5	4	5	6	6	3	2,4	4,4	4	5	4	3	3	3	3,3	
HF	Herford	3,52	3	3	3	4	4	4	3,4	3,5	3	4	4	3	4	4	2	5	5,0	3,9	2	4	4	3,3	4	3	2	3,0	
HER	Herne	4,50	5	3	6	3	3	4	3,2	3,9	6	5	6	6	6	6	6	3	4,5	5,4	4	6	4	4,7	4	3	4	3,7	
HSK	Hochsauerlandkreis	3,67	3	4	4	5	4	4	3,6	3,9	3	3	4	3	3	4	3	1	5	3,3	3,2	4	3	5	4,0	4	3	3	3,7
HX	Höxter	3,76	2	4	4	6	4	4	4,0	4,0	4	4	2	4	3	4	4	2	6	3,1	3,6	4	4	5	4,3	4	3	2	3,0
KLE	Kleve	3,90	4	3	4	3	2	3	3,4	3,2	4	4	3	5	4	5	6	4	3	3,8	4,2	5	4	5	4,7	5	4	3	4,0
K	Köln	3,15	6	2	3	2	1	2	3,4	2,8	4	1	5	5	5	5	3	3	4,1	4,0	3	3	1	2,3	2	1	6	3,0	
KR	Krefeld	3,99	3	3	4	3	4	4	3,6	3,5	4	3	5	5	6	5	6	2	3,5	4,4	4	5	3	4,0	4	3	5	4,0	
LEV	Leverkusen	3,56	4	3	3	3	4	3	3,4	3,3	4	2	5	4	6	5	3	5	3	4,6	4,2	2	6	2	3,3	3	2	4	3,0
LIP	Lippe	3,67	2	3	3	5	4	4	3,6	3,5	3	4	5	4	5	4	3	3	6	4,6	4,2	3	5	3	3,7	3	3	3	3,0
MK	MärkischerKreis	4,11	3	4	4	6	4	5	4,2	4,3	2	3	5	3	4	5	3	6	3	4,4	3,8	3	4	4	3,7	6	4	4	4,7
ME	Mettmann	3,45	3	4	3	4	5	4	3,6	3,8	2	3	4	3	4	4	3	5	4	3,6	3,6	2	3	2	2,3	3	3	5	3,7
MI	Minden-Lübbecke	3,43	1	3	3	5	4	4	3,2	3,3	3	3	4	3	3	4	2	3	6	3,9	3,5	3	4	4	3,7	3	4	3	3,3
MG	Mönchengladbach	4,17	4	3	5	3	3	3	3,0	3,4	4	3	6	5	6	6	5	6	2	4,4	4,7	4	6	3	4,3	4	4	5	4,3
MH	Mülheim an der Ruhr	3,83	2	4	4	3	5	3	2,8	3,4	3	4	6	5	5	5	6	5	5,3	4,9	3	2	2	2,3	3	4	4	5,0	
MS	Münster	2,87	6	1	1	1	1	2	3,4	2,2	3	1	5	6	3	5	4	3	4	5,1	3,9	3	2	1	2,0	1	2	6	3,0
GM	Oberbergischer Kreis	3,46	2	3	4	5	3	4	4,0	3,6	3	5	5	3	4	4	3	4	3	4	3,6	2	3	3	2,7	4	4	3	3,7
OB	Oberhausen	4,42	4	3	6	4	3	4	3,4	3,9	5	4	6	6	6	6	4	3	4,0	5,0	3	6	4	4,3	4	5	4	4,3	
OE	Olpe	3,55	4	3	4	6	3	4	4,0	4,0	1	3	3	3	2	5	3	3	5	3,6	3,2	3	3	5	3,7	5	3	2	3,3
PB	Paderborn	3,34	4	2	2	4	2	3	3,6	2,9	4	3	3	4	3	5	3	4	5	3,4	3,7	4	3	3	3,3	3	3	4	3,3
RE	Recklinghausen	4,31	3	4	4	4	3	4	3,2	3,6	4	5	6	5	6	5	6	5	4	3,9	5,0	4	6	4	4,7	4	4	4	4,0
RS	Remscheid	4,05	2	4	5	5	4	4	3,0	3,9	3	3	6	4	6	5	4	6	3	4,6	4,5	3	6	3	4,0	5	2	4	3,7
BM	Rhein-Erft-Kreis	3,45	3	3	3	3	3	3	3,8	3,1	3	3	4	4	5	4	4	3	3,4	3,7	3	4	3	3,3	4	3	4	3	3,7
GL	Rheinisch-Bergischer Kreis	3,61	3	4	2	4	4	4	4,2	3,6	2	5	4	4	4	4	4	5	4	4,8	4,1	3	3	3	3,0	3	3	4	3,3
NE	Rhein-Kreis Neuss	3,29	3	4	3	4	3	3	4,2	3,5	2	3	4	4	3	4	4	3	3,3	3,4	2	2	3	2,3	3	3	4	3,7	
SU	Rhein-Sieg-Kreis	3,33	3	3	2	3	3	3	3,8	3,0	3	4	5	4	3	4	4	4	4	3,6	3,9	2	4	3	3,0	3	3	4	3,3
SI	Siegen-Wittgenstein	3,65	4	3	4	4	3	3	3,2	3,5	3	3	4	4	3	5	3	4	5	4,1	3,8	3	4	3	3,3	6	3	3	4,0
SO	Soest	3,42	3	3	4	4	3	4	3,6	3,5	3	3	4	3	4	4	3	3	4	3,1	3,4	3	4	3	3,3	4	3	3	3,3
SG	Solingen	3,96	4	3	4	3	4	3	2,8	3,4	3	4	6	4	6	4	3	6	3	4,1	4,3	2	6	4	4,0	5	3	5	4,3
AC	Städteregion Aachen	3,52	5	2	3	4	3	3	3,2	3,3	5	3	5	6	5	5	4	3	3,1	4,4	3	3	1	2,3	3	2	5	3,3	
ST	Steinfurt	3,43	2	3	3	4	2	3	3,8	3,0	4	4	3	3	3	4	3	5	6	3,3	3,8	3	4	4	3,7	3	4	3	3,3
UN	Unna	4,14	4	4	4	5	4	4	3,0	4,0	4	4	5	5	6	5	5	6	3	2,9	4,6	3	4	4	3,7	4	4	4	4,0
VIE	Viersen	3,82	4	4	4	4	3	4	4,0	3,9	3	4	4	4	4	4	5	3	4,4	3,9	3	4	4	3,7	4	3	4	3,7	
WAF	Warendorf	3,45	3	3	2	4	3	4	3,4	3,2	3	4	3	4	4	4	3	5	6	3,3	3,8	2	4	4	3,3	3	5	2	3,3
WES	Wesel	4,05	4	4	3	4	4	4	3,8	3,8	4	4	5	5	5	5	6	5	4	3,6	4,7	3	4	4	3,7	4	4	3	3,7
W	Wuppertal	3,94	4	2	4	3	3	3	2,8	3,1	4	3	6	5	6	6	4	5	4	4,1	4,7	3	6	3	4,0	3	4	5	4,0

RHEINLAND-PFALZ UND SAARLAND

Steckbrief	Rheinland-Pfalz	Saarland
Einwohnerzahl, 2017	4.073.679	994.187
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	3.984.520 (- 2,2 %)	909.336 (- 8,5 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	44,1 Jahre	45,7 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	22.204 Euro	20.526 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 1,9 Prozent	+ 0,8 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	23,3 Prozent	20,6 Prozent



Saarland: Randlage mit Problemen

Als Elon Musk, der umtriebige Chef des Elektroautoherstellers Tesla, im Juni 2018 twitterte, ein neuer Produktionsstandort in Deutschland nahe der französischen Grenze könne für ihn „erste Wahl“ sein, war die Aufregung in Rheinland-Pfalz und dem Saarland groß. Beide Bundesländer wollten die skizzierte, neue „Giga-Fabrik“ mit Auto- und Batteriewerk unter einem Dach zu sich holen. Ob Tesla überhaupt ein Werk in Deutschland eröffnet und wenn ja, wie groß der neue Produktionsstandort werden soll, weiß bisher zwar keiner. Die beiden Länder hoffen aber auf Arbeitsplätze in einer zukunftsträchtigen Schlüsselindustrie.¹

Für beide Bundesländer stehen die Chancen nicht schlecht. Im Saarland arbeiten mehr als 44.000 Menschen in der Automobilindustrie, viele von ihnen bei namhaften Unternehmen wie Ford oder Bosch. Im Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und am Max-Planck-Institut für Informatik tüfteln die Experten an den notwendigen Automatisierungstechniken.^{2,3} In Rheinland-Pfalz, wo Mercedes und Opel Werke betreiben, ist Tesla ohnehin schon aktiv: 2016 hat

der Autohersteller im Eifelstädtchen Prüm ein Unternehmen gekauft, das automatisierte Anlagen für die Fahrzeugproduktion baut.⁴

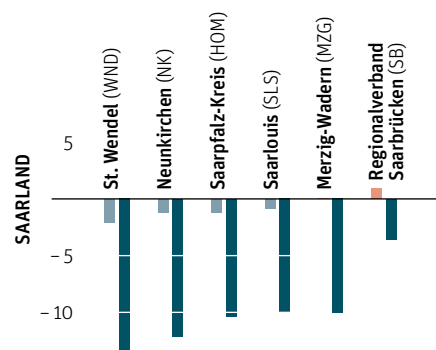
Neue Perspektiven für das verschuldete Bergbaugebiet

Die „Giga-Fabrik“ könnte ein Lichtblick für das Saarland sein. Das kleinste deutsche Flächenland kämpft noch immer mit den Folgen des Strukturwandels, der das weitgehende Ende von Kohle und Stahl brachte. In den 1960er Jahren war der Kohleabbau noch der wichtigste Wirtschaftszweig, 2012 schloss die letzte Zeche. Die meisten Arbeitsplätze unter Tage gingen aber schon vorher verloren. Auch die Stahlindustrie erlebte in den 1970er Jahren ihre schwersten Zeiten und überlebte – stark geschrumpft – nur, weil das kleine und klamme Bundesland viel Geld zu deren Rettung in die Hand nahm.⁵ Unterstützt durch Strukturhilfen arbeiten heute noch knapp drei Prozent der Erwerbstätigen in der Stahlindustrie.^{6,7}

Heute hat die Fahrzeugbranche die Montanindustrie als wichtigsten Wirtschaftszweig abgelöst.⁸ Aber auch die Automobilindustrie

steht an einem Wendepunkt. Ford hat angekündigt, sein Europageschäft umzustrukturieren. Die Werke in England und Belgien sind bereits geschlossen. Im zweitgrößten Ford-Werk in Deutschland in Saarlouis bangen die 6.400 Beschäftigten nun auch um ihre Arbeitsplätze.^{9,10}

Die hohen Subventionen haben ihre Spuren im saarländischen Haushalt hinterlassen. Mittlerweile belastet ein Schuldenberg von 14,1 Milliarden Euro die Landeskasse.¹¹ Wegen der vereinbarten Schuldenbremse sieht



der Haushalt 2019/2020 allerdings keine Neuverschuldung vor und die Altlasten sollen erstmals reduziert werden.¹² Gleichzeitig tragen die saarländischen Gemeinden die bundesweit höchste kommunale Schuldenlast. Im Schnitt stehen sie mit fast 3.600 Euro pro Einwohner in der Kreide. In der Vorgängerstudie aus dem Jahr 2011 lagen die kommunalen Schulden mit fast 950 Euro pro Kopf noch im bundesweiten Durchschnitt.

Ein Grund für diesen immer weiter wachsenden Schuldenberg liegt in den hohen Sozialleistungen wie dem Arbeitslosen- oder Wohngeld – eine Spätfolge des Strukturwandels, der Abertausenden von Saarländern

den Job gekostet hat. Für die rund 20.000 Sozialhilfeempfänger musste das Bundesland 2017 rund 354 Millionen Euro aufwenden. Umgelegt auf jeden Einwohner gaben nur Berlin, Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen mehr aus.¹³

Wie in anderen Regionen, in denen früher die Montanindustrie die Menschen mit Arbeit versorgte, fehlen auch im Saarland vor allem Jobs für Geringqualifizierte. Besonders hoch ist die Erwerbslosigkeit bei Menschen ohne Berufsabschluss – 46 Prozent von ihnen gehen keiner Beschäftigung nach.¹⁵ Überhaupt sind nur 56 Prozent der Erwerbsbevölkerung

sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bei den 50- bis 64-Jährigen liegt der Anteil sogar unter 50 Prozent.

Unterschiede in der Bildung

Wie die wirtschaftliche Zukunft des kleinsten Flächenlandes aussieht, hängt maßgeblich davon ab, ob es genügend junge, gut qualifizierte Menschen an der Saar hält oder Neuzugezogene dazu kommen. Dem Saarland fehlen Hochqualifizierte. Gerade einmal elf Prozent der Beschäftigten haben einen Hochschulabschluss – unter dem Bundesdurchschnitt von 15,6 Prozent. Bei den Schulabbrecherquoten zeigt sich ein gemischtes Bild: Im Landkreis St. Wendel brechen nur rund vier Prozent die Schule vorzeitig ab, in Neunkirchen rund neun Prozent. So landet das Saarland auch hier im unteren Mittelfeld.

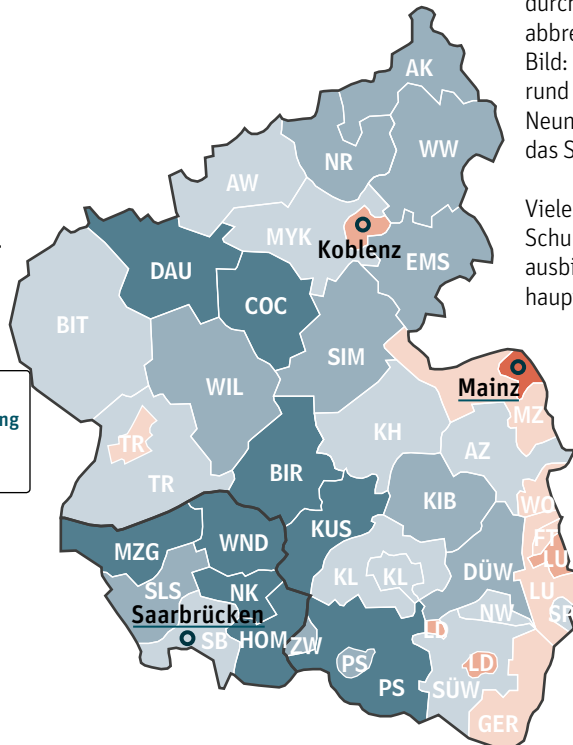
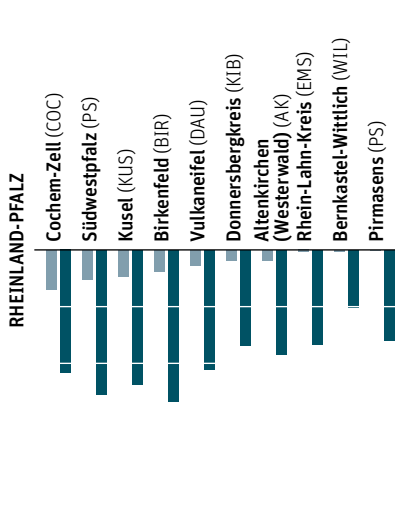
Viele junge Saarländer verlassen nach der Schule ihre Heimat für Studium und Berufsausbildung. Es zieht sie oft in die Landeshauptstadt Saarbrücken, in der die einzige

Weiteres Wachstum am Rhein

Das Saarland ist das am stärksten schrumpfende westdeutsche Bundesland, und das seit Jahrzehnten. Selbst die Landeshauptstadt Saarbrücken muss perspektivisch mit weniger Einwohnern rechnen. Im benachbarten Rheinland-Pfalz gewinnen zukünftig fast nur noch die an Südhessen und Baden-Württemberg grenzenden Regionen entlang des Rheins.

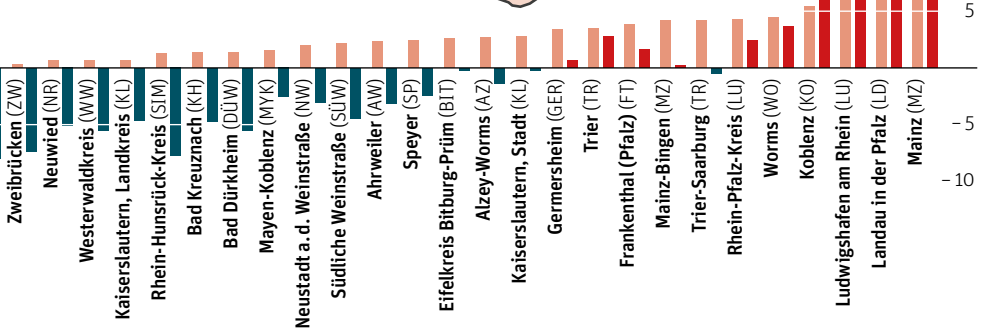


(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz und im Saarland 2017 bis 2035 in Prozent

- - 15 bis unter - 10
- - 10 bis unter - 5
- - 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 und mehr



RHEINLAND-PFALZ/SAARLAND

Universität des Landes beheimatet ist. Berufseinsteiger entscheiden sich selten dafür, aus anderen Bundesländern ins Saarland zu ziehen.¹⁶ Da die Wirtschaft durch das produzierende Gewerbe geprägt ist, gibt es nur wenige Möglichkeiten für Hochqualifizierte. Viele Unternehmen produzieren ihre Güter zwar im Saarland, ihre Firmenzentralen befinden sich aber außerhalb der Landesgrenzen.¹⁷

Rheinland-Pfalz: Pendler und Grenzgänger

In der grenzüberschreitenden Großregion „Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie“, zu der auch Teile von Luxemburg, Frankreichs und Belgiens gehören, pendeln mehr als 220.000 Menschen über die Landesgrenzen zur Arbeit.¹⁹ Aber auch innerhalb der Bundesländer Saarland und Rheinland-Pfalz sind die Pendlerquoten hoch. In letzterem verlässt rund die Hälfte aller Arbeitnehmer tagsüber ihren Heimatkreis.²⁰ Viele fahren Richtung Rhein, denn entlang Deutschlands größter Wasserstraße, in Ludwigshafen, Germersheim, Mainz und Ingelheim finden sich die großen Arbeitgeber des Bundeslandes wie BASF, Mercedes, ZDF und Böhlinger-Ingelheim.²¹

Durch das hohe Pendleraufkommen fallen das durchschnittliche Haushaltseinkommen und die Bruttowertschöpfung pro Kopf der Kreise weit auseinander. Nach Ludwigshafen pendeln täglich rund 70.000 Beschäftigte, viele von ihnen arbeiten beim Chemieriesen BASF.²² Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner liegt dort mit über 81.000 Euro bundesweit auf Platz 10 von allen Kreisen und kreisfreien Städten. Bei einem Haushaltseinkommen von etwas mehr als 19.000 Euro pro Einwohner erreicht die Stadt am Rhein aber gerade einmal Platz 337. Der scheinbare Widerspruch erklärt sich dadurch, dass gerade Besserverdiener das wenig ansehnliche Ludwigshafen verlassen haben und in den Umlandkreisen wohnen. Deshalb zeigt sich im Rhein-Pfalz-Kreis, der die Industriestadt umschließt, das gegensätzliche Bild: Hier gibt es rund 50.000 Pendler, die ihr überdurchschnittlich hohes Einkommen von mehr

Weil das Saarland weder bei den wandlungsfreudigen Bildungs- noch bei den Berufswanderern punkten kann, ist es das einzige westdeutsche Bundesland, dessen Bevölkerung zwischen 2011 und 2017 geschrumpft ist – trotz bundesweit hoher Zuwanderung aus dem Ausland.¹⁸ Das Saarland hat zudem die niedrigste Geburtenziffer in Deutschland. 2016 lag sie bei nur 1,49

als 25.000 Euro anderenorts verdienen.²³ Unternehmen gibt es dort kaum, so dass die Wirtschaftskraft pro Kopf die drittniedrigste unter allen deutschen Kreisen ist. Nur die beiden weiter westlich gelegenen Landkreise Südwestpfalz und Kusel weisen ein noch niedrigeres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf.

Branchenmix zwischen Rhein und Mosel

Insgesamt sind das Bruttoinlandsprodukt und das Haushaltseinkommen pro Kopf in Rheinland-Pfalz durchschnittlich. Neben Chemie-, Automobil- und Medienindustrie hat der Weinbau in Rheinland-Pfalz eine – deutlich längere – Tradition. An den Hängen entlang Weinstraße wachsen neben Riesling, weißem Burgunder, Scheurebe und Gewürztraminer über hundert weitere Rebsorten. Rheinland-Pfalz ist das größte Weinanbaugebiet in Deutschland. Mehr als die Hälfte des deutschen Weins stammt von hier.^{24,25} Zur Wertschöpfung trägt der Weinbau jedoch weniger als ein Prozent bei und über die Hälfte der Beschäftigten sind Saisonarbeitskräfte.²⁶ Mehr Menschen leben indirekt von Wein und beschaulicher Natur und finden in Tourismus und Gastronomie Beschäftigung.

Strukturwandel trifft Südwesten

Während die Wirtschaft entlang des Rheins prosperiert, kämpft der Südwesten des Landes mit großen demografischen und

Kindern pro Frau. Und so schrumpft die Bevölkerung weiter, bis 2035 voraussichtlich um weitere 8,5 Prozent. Durch den fehlenden Nachwuchs altert die Bevölkerung außerdem schneller als in anderen Bundesländern. Mit reichlich zwölf Prozent hat das Saarland unter den westdeutschen Bundesländern den höchsten Anteil an Hochbetagten.

wirtschaftlichen Herausforderungen. Besonders deutlich zeigt sich dies in Pirmasens. In der Stadt am Westrand des Pfälzerwaldes war früher das Schuhhandwerk zu Hause. Doch durch Konkurrenz aus Asien, Süd- und Osteuropa sind heute nur noch wenige der einst 27.000 Arbeitsplätze übrig geblieben.²⁷ Bislang konnte nichts den Wegfall der Schuhindustrie kompensieren. Die Stadt Pirmasens liegt in der Gesamtwertung nur auf dem vorletzten Platz, die angrenzenden Kreise Zweibrücken, Kusel und Birkenfeld befinden sich ebenfalls im hinteren Zehntel unseres Rankings. Dort gab es bis zum Ende des Kalten Krieges große Truppenstandorte der westlichen Allianz.

Erfolgsgeschichte im Westerwald

Während Pirmasens noch tief im Strukturwandel steckt, zeigt ein Ort im rechtsrheinisch gelegenen Westerwald, wie es aufwärts geht – allerdings nicht ganz ohne Hilfe von außen. Seit 2002 hält in der kleinen Kreisstadt Montabaur 33 Mal am Tag der zwischen Köln und Frankfurt verkehrende ICE, was zahlreiche Unternehmen angelockt hat. Auf dem Gelände einer ehemaligen Bundeswehrkaserne ist ein weitläufiges Gewerbegebiet entstanden, auf dem große Kommunikationsdienstleister wie 1&1, gmx.de und web.de ihre Firmensitze haben. Seither pendeln viele hoch qualifizierte Mitarbeiter selbst aus Köln oder Frankfurt in die deutschlandweit „kleinste Stadt mit ICE-Bahnhof“ – und das innerhalb von rund 40 Minuten. Die Bruttowertschöpfung im Landkreis ist nach

Ansicht von Experten durch den besseren Anschluss an die beiden Großstädte am Rhein und Main um rund 8,5 Prozent gestiegen.²⁸

In die Fläche tragen lässt sich das Erfolgsmodell aus Montabaur allerdings nicht. Denn der Schnellzug würde zur Bummelbahn, hielte er in jeder Kleinstadt auf dem Land. Für die anderen strukturschwachen und ländlichen

Regionen muss sich das Bundesland andere Lösungen einfallen lassen. Besonders jene ländlichen Kreise, die noch im Strukturwandel stecken, scheinen den Anschluss an die erfolgreichen Städte am Rhein zu verlieren.

Und das obwohl seit 25 Jahren Experten und Politiker im Rahmen der Zukunftsperspektive Rheinland-Pfalz e.V. Strategien und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung des Landes erarbeiten.²⁹

Bewertung Rheinland-Pfalz

	Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft										Bildung			Familienfrdl.								
		Kinderzahl	unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote
AW	Ahrweiler	3,43	4	4	2	3	5	4	3,2	3,6	3	5	4	4	2	3	5	2	5	4,0	3,7	1	2	4	2,3	5	3	3	3,7
AK	Altenkirchen (Westerwald)	3,99	4	4	4	5	3	4	3,6	3,9	4	4	5	4	3	5	5	5	3	4,0	4,2	4	3	5	4,0	6	3	2	3,7
AZ	Alzey-Worms	3,53	3	4	3	4	2	3	3,0	3,1	3	5	5	3	2	4	4	6	3	4,4	3,9	4	3	4	3,7	5	3	2	3,3
DÜW	Bad Dürkheim	3,47	3	5	3	3	4	4	4,0	3,7	1	5	5	3	2	3	4	3	2	4,0	3,2	6	2	4	4,0	4	2	3	3,0
KH	Bad Kreuznach	3,82	3	4	4	4	4	4	3,8	3,8	4	4	5	4	4	4	3	3	4,6	4,0	3	5	4	4,0	5	2	3	3,3	
WIL	Berncastel-Wittlich	3,43	2	4	3	4	4	4	2,8	3,4	3	4	5	4	2	3	4	1	3	4,9	3,4	4	3	5	4,0	5	2	2	3,0
BIR	Birkenfeld	4,25	3	4	5	5	5	5	3,6	4,4	4	4	6	4	4	4	3	3	4,5	4,1	3	5	5	4,3	6	4	3	4,3	
COC	Cochem-Zell	3,71	5	4	4	5	4	5	4,2	4,5	3	4	5	4	2	3	4	1	3	4,3	3,3	3	2	6	3	5	2	3,0	
KIB	Donnersbergkreis	3,80	4	4	5	5	3	4	3,8	4,1	4	4	6	3	3	4	3	5	3	4,4	3,9	3	4	4	3,7	4	3	2	3,0
BIT	Eifelkreis Bitburg-Prüm	3,63	3	3	4	3	3	3	3,0	3,1	4	4	5	6	1	6	6	3	4	5,1	4,4	3	2	5	3,3	6	3	1	3,3
FT	Frankenthal (Pfalz)	3,75	2	3	4	2	4	3	3,0	3,0	4	4	6	5	4	6	4	5	2	4,3	4,4	2	4	3	3,0	6	4	4	4,7
GER	Germersheim	3,29	4	3	3	2	3	2	3,6	3,1	3	3	5	2	2	4	2	6	3	4,4	3,4	3	3	4	3,3	4	3	3	3,3
KL	Kaiserslautern, Stadt	3,92	5	1	5	3	3	3	3,8	3,4	5	2	6	6	6	5	4	4	2	3,8	4,4	4	5	3	4,0	4	3	5	4,0
KL	Kaiserslautern, Landkreis	3,68	1	4	3	5	3	4	2,8	3,3	4	5	6	4	3	4	4	4	4	4,9	4,3	3	4	6	4,3	4	3	1	2,7
KO	Koblenz	3,54	6	2	3	2	4	2	3,6	3,2	4	1	5	6	4	5	5	3	3	4,6	4,1	2	3	3	2,7	4	3	5	4,0
KUS	Kusel	4,21	5	5	5	5	4	5	3,6	4,7	4	6	6	4	3	4	4	5	4	4,8	4,5	4	3	6	4,3	4	3	1	2,7
LD	Landau in der Pfalz	3,40	5	1	4	1	2	2	3,0	2,6	4	3	4	5	3	4	4	5	3	4,6	4,0	5	3	3	3,7	4	2	5	3,7
LU	Ludwigshafen am Rhein	3,86	2	2	4	3	2	2	3,2	2,6	5	1	6	4	6	6	3	6	2	4,1	4,3	6	6	2	4,7	6	3	5	4,7
MZ	Mainz	3,05	6	1	2	2	2	1	3,2	2,5	4	2	6	5	4	5	4	3	4	5,0	4,2	1	3	1	1,7	2	2	6	3,3
MZ	Mainz-Bingen	3,03	4	4	2	3	2	3	3,6	3,1	1	3	3	3	2	3	3	5	4	4,6	3,2	4	3	2	3,0	2	2	4	2,7
MYK	Mayen-Koblenz	3,60	3	4	3	4	3	3	3,6	3,4	3	4	5	4	2	4	4	4	4	3,8	3,8	3	3	5	3,7	5	3	3	3,7
NW	Neustadt an der Weinstraße	3,33	1	4	3	3	5	3	2,8	3,1	2	4	4	4	4	4	4	4	2	3,5	3,5	1	4	4	3,0	4	3	4	3,7
NR	Neuwied	3,93	3	4	4	4	3	4	3,4	3,6	3	4	5	4	3	4	4	5	5	4,8	4,2	5	3	4	4,0	6	3	3	4,0
PS	Pirmasens	4,54	4	4	6	4	6	4	3,2	4,5	5	3	6	5	6	5	5	5	2	4,6	4,7	4	6	4	4,7	6	3	4	4,3
SIM	Rhein-Hunsrück-Kreis	3,39	3	4	3	5	3	4	3,0	3,6	3	3	4	3	2	3	4	2	3	4,1	3,1	3	3	5	3,7	5	3	2	3,3
EMS	Rhein-Lahn-Kreis	3,58	3	4	4	4	4	4	3,2	3,7	3	5	5	4	2	4	4	3	4	4,3	3,8	4	1	5	3,3	5	2	2	3,0
LU	Rhein-Pfalz-Kreis	2,95	2	4	2	2	4	3	3,0	2,9	2	6	4	2	2	3	2	6	2	4,1	3,3	2	2	4	2,7	3	2	3	2,7
SP	Speyer	3,29	3	4	4	3	3	3	4,4	3,5	2	2	5	4	3	4	3	3	2	4,3	3,2	2	4	3	3,0	4	2	4	3,3
SÜW	Südliche Weinstraße	3,28	4	4	2	3	3	4	3,0	3,3	3	5	4	3	2	3	4	2	4	3,9	3,4	3	3	4	3,3	3	3	3	3,0
PS	Südwestpfalz	3,88	5	5	3	5	5	5	3,6	4,5	3	6	4	3	2	3	4	4	6	4,5	4,0	2	4	6	4,0	4	2	1	2,3
TR	Trier	3,68	6	1	4	3	2	3	3,4	3,2	4	2	6	6	3	6	6	2	2	4,8	4,2	3	3	2	2,7	6	2	6	4,7
TR	Trier-Saarburg	3,82	4	4	2	3	3	3	3,8	3,3	3	6	5	6	1	6	6	2	4	4,8	4,4	6	2	5	4,3	6	2	2	3,3
DAU	Vulkaneifel	3,76	4	4	3	5	4	5	3,6	4,1	4	4	5	4	2	4	5	1	4	3,9	3,7	4	3	5	4,0	4	3	2	3,0
WW	Westerwaldkreis	3,49	3	4	4	4	3	4	3,8	3,7	2	3	3	4	2	4	4	4	3	3,9	3,3	4	2	5	3,7	5	3	2	3,3
WO	Worms	3,74	2	2	4	3	3	2	2,2	2,6	4	3	6	3	5	5	3	5	2	3,6	4,0	4	6	4	4,7	6	4	4	4,7
ZW	Zweibrücken	4,13	5	3	5	4	4	4	3,4	4,1	5	2	6	4	4	4	4	5	3	4,6	4,2	5	4	4	4,3	6	3	3	4,0

Bewertung Saarland

MZG	Merzig-Wadern	4,36	5	4	5	4	4	5	4,4	4,5	5	5	5	6	3	6	6	3	4	4,8	4,8	5	4	4	4,3	6	2	2	3,3
NK	Neunkirchen	4,39	4	5	5	4	4	5	3,2	4,3	4	5	5	4	6	4	5	5	5	4,0	4,7	5	6	4	5,0	5	3	2	3,3
SB	Saarbrücken	4,33	5	3	5	4	4	4	3,4	4,1	5	3	6	5	6	5	6	5	3	3,6	4,8	5	6	2	4,3	5	3	4	4,0
SLS	Saarlouis	3,82	5	4	4	4	4	5	3,6	4,2	4	3	5	4	3	4	5	5	4	3,6	4,1	4	1	5	3,3	5	2	2	3,0
HOM	Saarpfalz-Kreis	3,80	5	5	3	4	5	5	3,6	4,4	3	3	5	3	3	3	4	4	5	3,9	3,7	3	4	3	3,3	5	2	3	3,3
WND	St. Wendel	3,72	6	5	4	5	4	5	3,8	4,7	4	5	5	4	2	3	5	2	6	3,9	4,0	2	1	4	2,3	4	3	1	2,7

HESSSEN

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	6.243.262
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	6.348.743 (+ 1,7 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	43,3 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	22.387 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 1,6 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	31,1 Prozent



Nord-Süd-Gefälle

„Hessens gute Zukunft liegt auf dem Land“ erklärte Ministerpräsident Volker Bouffier, als er im ein rund 1,8 Milliarden Euro schweres Programm zur Förderung der ländlichen Gebiete präsentierte. Die Landesregierung in Wiesbaden will sich in den kommenden zwei Jahren intensiv um eine gleichwertige Entwicklung der sich seit langem unterschiedlich geprägten Landesteile kümmern.¹ Während Nord- und Mittelhessen in weiten Teilen aus Dörfern und kleinen Städten besteht und vielerorts bereits Bevölkerung verloren hat, gehört der wirtschaftsstarke und dicht besiedelte Süden zu den demografischen Boomregionen der Republik.

Ob sich die ländlichen Räume mit Zukunftsprogrammen wieder voranbringen lassen, wird sich unter anderem an dem kleinen, idyllisch am Zusammenfluss von Diemel und Weser gelegenen Bad Karlshafen zeigen. Die Hugenottenstadt mit ihrem weitgehend erhalten gebliebenen, barocken Kern ist ein typisches Beispiel für den demografischen Niedergang: Verwaiste Schaufenster, leerstehende Wohnhäuser und aufgegebene Restaurants säumen das denkmalgeschützte Straßenbild. Das historische Hafenbecken

inmitten im Zentrum wurde seit 90 Jahren nicht mehr genutzt, war trockengefallen und bot einen tristen Anblick. Mit 9,5 Millionen Euro aus verschiedenen Fördertöpfen wurde die Anlage jetzt saniert und neu geflutet, so dass ab 2019 wieder Freizeitkapitäne anlegen können. Der Bürgermeister der hochverschuldeten Kurstadt hofft auf eine Wiedergeburt des Ortes, auf mehr Touristen und neue Anwohner. Der Steuerzahlerbund kritisiert das Projekt als Geldverschwendung.^{2,3,4}

Wie Bad Karlshafen geht es zahlreichen Dörfern und beschaulichen Städtchen der Region. Viele Gemeinden können die Entwicklung kaum aus eigener Kraft zum Besseren wenden. Denn auf den hessischen Kommunen lastet ein hoher Schuldenberg, der nur von den beiden westlich gelegenen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Saarland noch übertroffen wird. Zusätzlich zum hessischen kommunalen Schutzschirm soll nun die im Jahr 2017 ins Leben gerufene „Hessenkasse“ die finanzielle Notlage der Kommunen lindern. Das Land übernimmt dabei angehäufte Kassenkredite. Allerdings müssen sich die Kommunen weiterhin mit 25 Euro pro Einwohner an der Zins- und Schuldentilgung beteiligen. Im Schnitt entspricht dies einem Drittel der Urschuld. Sollte nach 30 Jahren immer noch eine Restschuld bestehen, übernimmt die Hessenkasse die Tilgung gänzlich.⁵

Dem Norden droht der Fachkräftemangel

Während andernorts fehlende Jobs für die Landflucht vor allem junger Menschen verantwortlich gemacht werden, will der Arbeitsmarkt in Nordhessen nicht in dieses Bild passen. Zwischen 2008 und 2015 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Regierungsbezirk Kassel, dem nördlichsten der drei Verwaltungseinheiten Hessens, um über zwölf Prozent gestiegen – und damit stärker als in der Mitte (Regierungsbezirk Gießen) oder im Süden (Regierungsbezirk Darmstadt) mit neun respektive zehn Prozent.⁶ Das Jobwachstum sorgt dafür, dass in den beiden nördlichen Landkreisen Waldeck-Frankenberg und Kassel 63 respektive 62 Prozent der 20- bis 64-jährigen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen – hessenweit wird diese Quote nur noch im wohlhabenden Main-Taunus-Kreis übertroffen.

Zu der guten Arbeitsmarktlage in Nordhessen trägt die seit langem dort ansässige Mobilitätswirtschaft bei. In Baunatal findet sich das nach Wolfsburg zweitgrößte Volkswagenwerk mit über 16.500 Beschäftigten.⁷ Hinzu kommen Daimler und Bombardier in Kassel, Continental in Korbach und zahlreiche kleine und mittelständische Firmen im Umfeld der großen Werke.⁸ Daneben haben sich zahlreiche Logistik- und Speditionsunternehmen entlang der A7 angesiedelt, die das Bundesland in Nord-Süd-Richtung durchschneidet. Sie nutzen die günstige Lage, denn mit Ende der deutschen und europäischen Teilung rückte das Bundesland wieder in die Mitte der Republik und des Kontinents.

Was diesen Unternehmen künftig fehlen könnte, sind die Arbeitskräfte. Denn während die Zahl der Jobs in den Regierungsbezirken Kassel und Gießen weiter steigt, zieht es viele junge Menschen von dort weg. Schon im Jahr 2014 lebten zwei von drei hessischen Erwerbspersonen im Regierungsbezirk Darmstadt. Bis 2030 dürfte sich das Arbeitskräfteangebot noch stärker in den Süden verlagern. Denn während hier die Zahl der Erwerbspersonen bis 2030 im Vergleich zu 2014 um fast

100.000 zunehmen dürfte, sinkt sie im Rest des Bundeslandes um rund 60.000, was eine gleichwertige Entwicklung aller Landesteile weiter erschwert.⁹

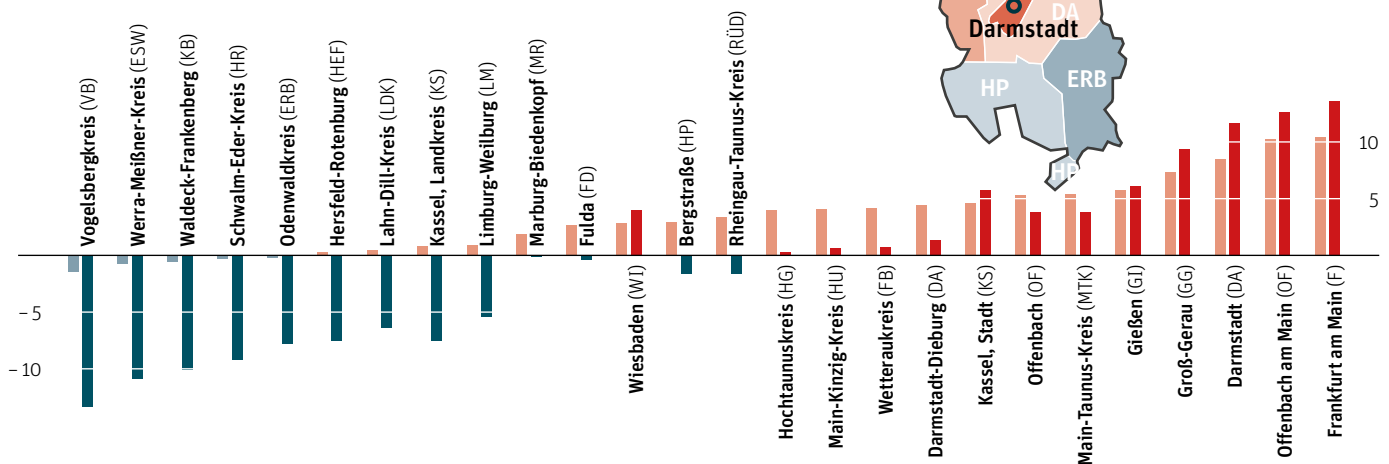
Das demografische Wachstum findet somit im Süden des Landes statt – im Metropolendreieck Wiesbaden-Frankfurt-Darmstadt. Frankfurt hofft im Zuge des Brexits auf einen zusätzlichen Schub. Denn als einer der bedeutendsten Bankenplätze auf dem europäischen Festland buhlt die Stadt am Main um die Gunst in London ansässiger Geldhäuser. Als einer der ersten Banken kündigte die Schweizer UBS an, im ersten Schritt rund 150 Arbeitsplätze von der Themse an den Main zu verlegen.¹⁰ Weitere Banken könnten dem Vorbild der Schweizer folgen und bis Ende 2020 für rund 2.000 neue Jobs in der Mainmetropole sorgen.¹¹

Die Zweiteilung bleibt

Die Metropolregion rund um die Bankenstadt Frankfurt am Main, von Wiesbaden bis Darmstadt, wächst und wird auch weiterwachsen. In den abgelegenen Regionen Nord- und Mittel Hessens sieht es anders aus. Dort ist auch zukünftig mit zum Teil großen Einwohnerverlust zu rechnen.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



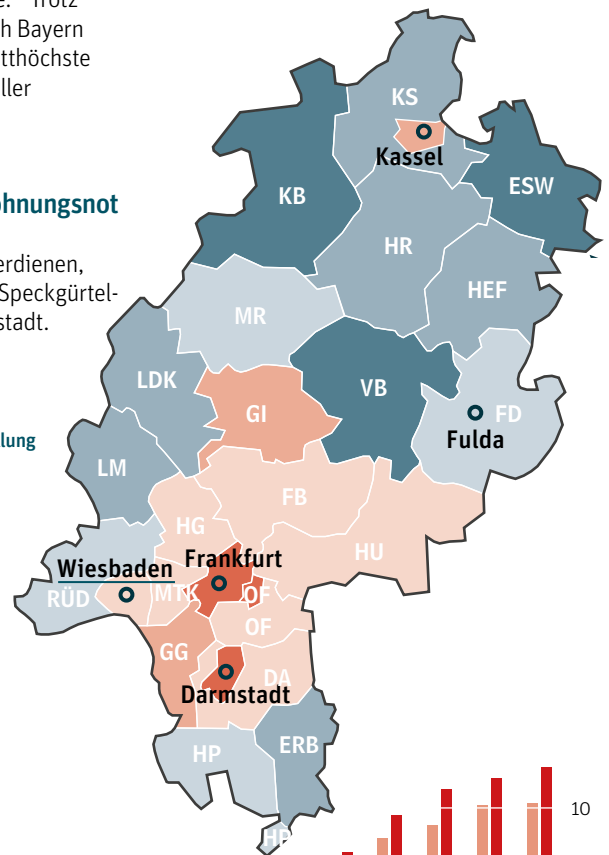
Schon heute arbeiten rund 63.000 Menschen in der Finanzbranche und tragen dazu bei, dass Frankfurt über 90.000 Euro pro Einwohner erwirtschaftet – der fünfthöchste Wert unter allen Kreisen.¹² Dabei erholt sich die Region gerade von einer längeren Durststrecke. Hessen litt stärker als andere Bundesländer unter der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise. Bis heute konnte das Bundesland den Wachstumsrückstand nicht wettmachen. So wuchs die Wirtschaft Hessens zwischen 2008 und 2017 um weniger als fünf Prozent, während sie deutschlandweit über elf Prozent zulegte.¹³ Trotz allem erwirtschaftet Hessen nach Bayern und Baden-Württemberg das dritthöchste Bruttoinlandsprodukt pro Kopf aller Flächenländer.

Zwischen Leerstand und Wohnungsnot

Viele, die in Frankfurt ihr Geld verdienen, wohnen in einer der attraktiven Speckgürtelgemeinden rund um die Bankenstadt.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Hessen 2017 bis 2035 in Prozent

- - 15 bis unter - 10
- - 10 bis unter - 5
- - 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 und mehr



So verwundert es nicht, dass die Haushaltseinkommen im Main-Taunus-Kreis oder im Hochtaunuskreis zu den bundesweit höchsten zählen. Und die wirtschaftliche Stärke lockt weit mehr Menschen an, als Prognosen vorhergesehen haben. In Frankfurt leben schon heute rund 100.000 Menschen mehr, als Statistiker noch 2006 für das Jahr 2020 vorausgeschätzt hatten.¹⁴ Bis 2035 dürfte die Bankenstadt nochmal um 13,6 Prozent wachsen und Mieten sowie Immobilienpreise weiter anheizen.

Während sich im Norden des Bundeslandes der Leerstand breit macht, muss Frankfurt bis 2040 rund 67.000 neue Wohnungen bauen.¹⁵ Doch für eine Nachverdichtung im Stadtkern gibt es kaum freie Flächen und die Bebauung des Stadtwaldes oder von Teilen des Grüngürtels ist konfliktrichtig. So bleibt nur die Entwicklung von Außenflächen und im Nordwesten könnte am Rande der Stadt ein neues Wohnviertel für 25.000 Menschen entstehen. Doch auch gegen diese Pläne formiert sich Widerstand. Die benachbarten Gemeinden befürchten eine neue Trabantenstadt.¹⁶

Etwas mainaufwärts von Frankfurt liegt die 130.000-Einwohner-Stadt Offenbach, lange Zeit ein hessisches Sorgenkind. Sie war ein Zentrum der Leder- und Elektroindustrie und ein Standort des Chemiekonzerns Hoechst. Mit dem Rückzug dieser Unternehmen gingen in den 1970er und -80er Jahren viele Arbeitsplätze verloren, vor allem für gering qualifizierte Industriearbeiter mit Migrationshintergrund. Noch heute sind in Offenbach die Einkommen hessenweit im Schnitt die nied-

rigsten und der Anteil der Arbeitslosen und Sozialhilfebezieher ist am höchsten. Zudem kämpft die Stadt mit der höchsten Pro-Kopf-Verschuldung des Bundeslandes.

Doch Offenbach hat im wahrsten Sinn des Wortes den Anschluss an Frankfurt gefunden. Die Nahverkehrsanbindung ist ausgebaut, im ehemaligen Hafengebiet sind neue Wohnviertel für frankfurtmüde Bewohner entstanden, der Einwohnerschwund ist gestoppt und die Stadt im demografischen Aufwind. Bis 2035 wird die Bevölkerung nur in acht deutschen Kreisen anteilig stärker zulegen. Fast 43 Prozent der Offenbacher sind jünger als 35 Jahre – eine Folge des Zuzugs und der vergleichsweise hohen Kinderzahl pro Frau. Damit landet die Stadt auf dem sagenhaften 1. Platz von allen 401 deutschen Kreisen in der Zwischenwertung Demografie.

Fit für die digitale Zukunft

Doch die Stadt der Zukunft findet sich laut aktuellen Studien noch etwas südlicher. Danach ist Darmstadt unter den deutschen Großstädten mit am besten für das anstehende digitale Zeitalter gerüstet.^{17,18} Die ehemalige Residenzstadt hat schon 2017 den Wettbewerb „digitale Stadt“ des Verbands Bitcom und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes für sich entscheiden können und soll nun zur „digitalen Modellstadt mit internationaler Strahlkraft“ werden.¹⁹ Technische Universität, Hochschule und 25 weitere wissenschaftliche Einrichtungen bilden das Fundament eines weltweit bedeutenden IT-Clusters.²⁰ Und den zahlreichen Start-ups und Hightech-Ausgründungen stehen viele junge und kluge Köpfe zur Verfügung.

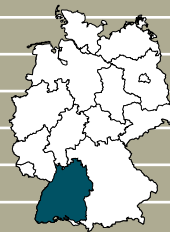
Bewertung Hessen

		Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft						Bildung			Familienfrdl.											
			Kinderzahl unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugend Arbeitslosigkeit	Hoch qualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum	Zwischennote	
HP	Bergstraße	3,23	4	4	4	3	3	3	3,6	3,5	3	4	5	4	2	4	4	4	3	3,9	3,7	2	1	3	2,0	3	3	3	3,0
DA	Darmstadt	2,85	5	1	3	1	1	1	3,8	2,3	3	1	5	5	4	4	4	3	3	4,3	3,6	2	3	1	2,0	2	2	6	3,3
DA	Darmstadt-Dieburg	2,96	3	3	2	3	2	3	3,2	2,7	2	4	4	3	2	3	4	4	4,1	3,3	3	2	3	2,7	3	3	3	3,0	
F	Frankfurt am Main	2,89	5	1	2	1	1	1	3,4	2,1	4	1	4	5	4	5	2	2	4,1	3,6	4	3	1	2,7	3	1	6	3,3	
FD	Fulda	3,09	3	3	2	4	3	3	3,2	3,0	3	3	4	4	2	4	4	2	5	3,0	3,4	3	1	4	2,7	3	3	3	3,0
GI	Gießen	3,32	5	2	3	2	2	2	2,6	2,7	4	3	5	5	4	5	4	5	4	4,0	4,3	3	3	2	2,7	3	4	4	3,3
GG	Groß-Gerau	3,21	3	3	3	2	2	2	3,0	2,6	4	2	5	3	4	4	3	3	3	4,6	3,6	3	4	2	3,0	4	4	4	4,0
HEF	Hersfeld-Rotenburg	3,48	2	4	4	4	4	4	3,2	3,6	4	3	5	4	2	4	5	2	6	3,5	3,8	3	2	5	3,3	3	2	2	2,7
HG	Hochtaunuskreis	2,90	3	4	1	3	4	3	3,6	3,1	1	2	6	4	2	4	4	3	4	4,5	3,5	2	1	1	1,3	3	2	4	3,0
KS	Kassel, Stadt	3,57	5	1	4	3	2	2	3,2	2,9	5	2	5	6	6	5	5	3	3	3,1	4,3	4	5	2	3,7	3	2	5	3,3
KS	Kassel, Landkreis	3,53	3	5	3	3	4	4	3,2	3,6	3	4	5	3	2	3	3	4	6	3,5	3,7	2	3	4	3,0	4	5	2	3,7
LDK	Lahn-Dill-Kreis	3,67	4	3	3	4	3	4	3,8	3,5	3	4	5	4	3	4	4	5	5	4,4	4,1	4	3	4	3,7	4	3	2	3,0
LM	Limburg-Weilburg	3,67	4	3	4	4	3	4	3,6	3,7	4	4	4	5	3	5	5	4	4	4,0	4,2	2	3	4	3,0	4	4	2	3,3
HU	Main-Kinzig-Kreis	3,25	3	3	3	3	3	3	2,8	3,0	3	4	5	3	3	4	4	4	4	3,9	3,8	2	3	3	2,7	4	3	3	3,3
MTK	Main-Taunus-Kreis	2,68	3	4	1	3	3	2	3,4	2,8	1	2	5	2	2	2	3	4	4	4,4	2,9	2	2	1	1,7	3	2	4	3,0
MR	Marburg-Biedenkopf	3,27	6	2	3	4	2	3	3,8	3,4	4	3	4	5	2	4	3	4	4	2,8	3,6	3	2	3	2,7	3	2	4	3,0
ERB	Odenwaldkreis	3,85	4	4	3	4	4	4	4,2	3,9	4	4	5	4	3	4	4	3	3	4,3	3,8	4	4	4	4,0	4	4	3	3,7
OF	Offenbach am Main	3,41	3	1	3	2	1	1	2,8	2,0	6	3	6	4	6	5	4	4	2	4,3	4,4	5	4	2	3,7	5	2	5	4,0
OF	Offenbach	3,10	3	3	1	3	3	2	3,4	2,6	3	3	5	3	3	4	3	4	3	4,1	3,5	3	3	2	2,7	4	3	4	3,7
RÜD	Rheingau-Taunus-Kreis	3,17	4	4	2	3	3	3	3,2	3,2	2	5	6	4	2	3	4	3	5	4,3	3,8	3	2	2	2,3	3	2	3	2,7
HR	Schwalm-Eder-Kreis	3,75	4	4	4	4	4	4	3,6	3,9	4	4	5	3	3	3	4	4	6	3,6	4,0	4	3	4	3,7	4	4	1	3,0
VB	Vogelsbergkreis	3,85	4	5	4	5	4	5	3,2	4,3	4	5	5	3	3	3	4	3	6	3,1	3,9	3	3	5	3,7	4	3	2	3,0
KB	Waldeck-Frankenberg	3,54	2	4	4	4	4	5	3,2	3,7	4	3	5	3	3	3	3	1	5	3,6	3,4	3	3	4	3,3	4	4	3	3,7
ESW	Werra-Meißner-Kreis	4,04	5	5	5	4	5	5	3,6	4,7	5	5	5	4	4	4	5	2	4	3,3	4,1	3	4	5	4,0	4	2	2	2,7
FB	Wetteraukreis	3,31	5	3	3	3	3	3	3,4	3,3	3	4	5	4	3	3	4	3	3	3,9	3,6	3	3	3	3,0	3	3	3	3,0
WI	Wiesbaden	3,25	3	2	3	4	3	2	3,6	2,9	3	1	4	4	5	4	4	3	3	3,8	3,5	4	6	1	3,7	3	1	5	3,0

BADEN- WÜRTTEMBERG

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	11.023.425
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	11.492.518 (+ 4,2 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	42,9 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	23.868 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+ 2,2 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	30,9 Prozent



Dunkle Wolken am Wirtschaftshimmel?

Noch schwimmt Deutschland auf der Welle der Konjunktur. Hohe Löhne, Rekordbeschäftigung und ein stabiles Wirtschaftswachstum sorgen für Überschüsse der Steuer- und Sozialkassen – trotz anstehendem Brexit, einer aggressiven Handelspolitik der USA und zahlreicher Krisen auf der Welt. Ausgerechnet für das erfolgsverwöhnte Baden-Württemberg könnten daraus Probleme erwachsen: Rund 41 Prozent der dort produzierten Waren und Dienstleistungen gehen ins Ausland – damit führt der Südwesten beim Export.^{1,2} Für einen aufkommenden Protektionismus ist das Bundesland schlecht gerüstet. Neue Handelschranken treffen bereits heute viele Unternehmen zwischen Ostalb und Bodensee.

Zwar hat sich der Südwesten vorbildhaft von der zehn Jahre zurückliegenden Finanz- und Wirtschaftskrise erholt, die dem Bundesland den tiefsten wirtschaftlichen Einbruch seit seiner Gründung 1952 bescherte.³ Aber in den letzten Jahren hat sich das Wachstum etwas verlangsamt. Teilte sich Baden-Württemberg viele Jahre das Siegertreppchen in der wirtschaftlichen Dynamik mit seinem bayerischen Nachbarn, stehen heute Bundesländer im Nor-

den und Osten der Republik ganz oben. Während Baden-Württemberg zwischen 2013 und 2017 ein jährliches Wachstum von 2,2 Prozent erreichte, entwickelten sich Berlin mit 3,0 aber auch Sachsen mit 2,3 Prozent dynamischer.⁴

Baden-Württemberg schwächelt – aber auf höchstem Niveau: Noch steht das Auto- und Maschinenbaurand in Deutschland an der Spitze, vor allem wegen seiner starken Wirtschaft. Fast überall herrscht annähernd Vollbeschäftigung. Jeder einzelne hat im Schnitt 24.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Die Steuereinnahmen sind hoch, in keinem Bundesland lasten mit 581 Euro pro Einwohner weniger Schulden auf den Kommunen.

Innovativste Forschungslandschaft

Punkten kann Baden-Württemberg nach wie vor mit seiner exzellenten Forschungslandschaft: Die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft stecken zusammen 5,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung.⁵ Baden-Württemberg verfügt über mehr Hochschulen als jedes andere Bundesland, darunter sieben Universitäten,

die das Exzellenzsiegel der Bundesregierung tragen.^{6,7} Der Anteil der Erwerbstätigen in forschungsintensiven Industriezweigen ist in Baden-Württemberg am höchsten.⁸ Und wo viel geforscht wird, fallen auch viele Patente an – 2017 waren es 132 pro 100.000 Einwohner. An diese Zahl nähert sich nur Bayern an mit insgesamt 120 Patenten. In Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt waren es nur 8.⁹

Die meisten Patente stammen aus der KFZ-Branche, und das hat historische Gründe: Ende des 19. Jahrhunderts ließ sich der Ingenieur Carl Benz im badischen Mannheim als erster einen „Motorwagen“ patentieren. Heute sitzen in Baden-Württemberg die Autobauer Daimler und Porsche, um die sich Zuliefererfirmen wie Bosch, ZF Friedrichshafen, Mahle oder Voith ranken. Doch nicht nur die Trickereien an Abgaswerten und Korruptionsvorwürfe machen der Branche derzeit zu schaffen: Verbrennungsmotoren verlieren zunehmend an Bedeutung und die Frage ist, ob die deutschen Autobauer den Anschluss bei neuartigen Hybrid- und Elektro-Antrieben aus Japan, China und den USA bereits verloren haben. Knapp 30 Prozent ihrer Patente drehen sich immer noch um den konventionellen Antrieb. Nur jedes fünfte Patent hat mit Elektrik zu tun, etwa mit Batterietechnik und Hybridantrieben.¹⁰

Vielleicht ist das mit ein Grund, warum die Bundesregierung alles daran setzt, den bevorstehenden Umbruch zu verzögern und seine Autobauer zu schützen. China hat eine Quote für E-Autos eingeführt, die schon ab 2019 gilt.¹¹ Dort hat der US-amerikanische Hersteller Tesla gerade den Grundstein für eine Fabrik gelegt, wo schon bald jährlich eine halbe Million Elektroautos vom Band gehen sollen.¹² Deutschland versuchte im Unterschied zu anderen EU-Mitgliedsländern im Oktober 2018, die Senkung von Kohlendioxid-Grenzwerten für Neuwagen ab 2030 entgegen allen Klimazielen so gering wie möglich zu halten.¹³

Autoindustrie ist verunsichert

Besonders deutlich wird die Verunsicherung einer ganzen Branche in der Autostadt Heilbronn. Dort laufen Audis vom Band, Autos mit Verbrennungsmotoren und vielen PS. Statistisch gesehen ist die Stadt ein Paradies: Das verfügbare Haushaltseinkommen je Einwohner liegt bei über 32.000 Euro – nur im bayerischen Starnberg haben die Menschen mehr Geld zu Verfügung. Die Zahl der Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger ist mit einer Quote von fünf Prozent gering und die Kriminalitätsrate in Heilbronn liegt mit nicht einmal 4.000 Straftaten pro 100.000 Einwohnern weit unter dem Durchschnitt des sichersten deutschen Bundeslandes Baden-Württemberg.¹⁴ Eigentlich dürften Rechtspopulisten hier keine Chance haben. Trotzdem stimmten 2017 insgesamt 16,4 Prozent der Bürger für die AfD.¹⁵

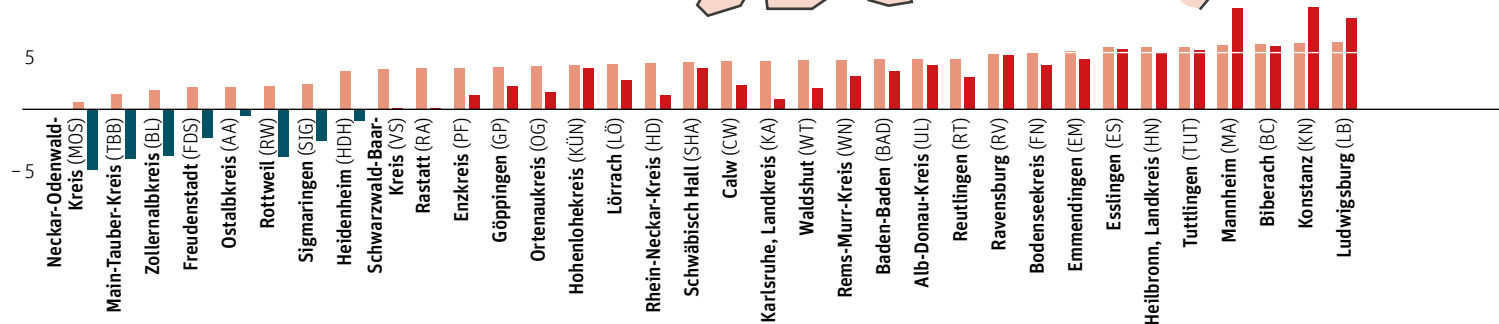
Nicht nur auf die Automobilbranche, auch auf den Mittelstand, darunter zahlreiche Weltmarktführer, kommen große Veränderungen

Anhaltender Erfolg

Das Flächenland mit dem stärksten prozentualen Bevölkerungswachstum bis 2035 kennt bislang kaum Regionen, die sich mit Bevölkerungsverlusten beschäftigen müssen. Selbst dort, wo die Zahl der Menschen schwindet, im Hochschwarzwald und im Norden an der Grenze zu Hessen sind die Verluste mit bis gerade einmal fünf Prozent im bundesweiten Vergleich gering



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



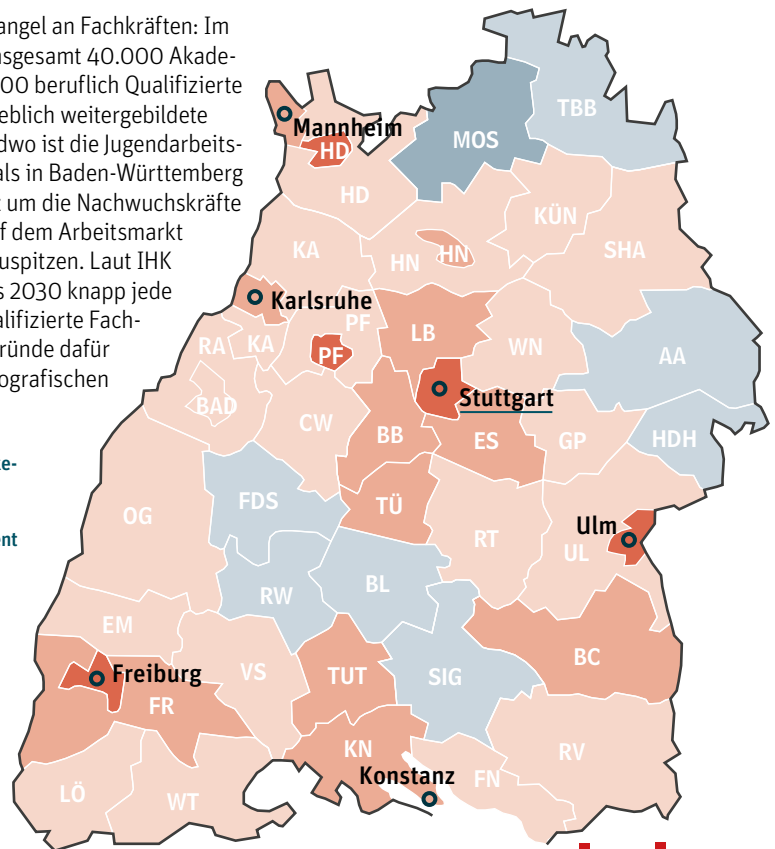
zu: Während die kleineren und mittleren Unternehmen in Rheinland-Pfalz von 2012 bis 2016 das größte Beschäftigungsplus verzeichneten, Unternehmen aus Hamburg am stärksten im Ausland präsent waren und Mittelständler aus Brandenburg am meisten je Vollzeit-Beschäftigten investierten, führte Baden-Württemberg beim Anteil der über 60-Jährigen unter den Inhabern. Der beträgt dort 27 Prozent.¹⁶ Viele Unternehmen stehen damit vor Übergabe oder Übernahme – oder vor ihrem Ende.

Zudem droht ein Mangel an Fachkräften: Im Jahr 2018 fehlten insgesamt 40.000 Akademiker, knapp 170.000 beruflich qualifizierte und 100.000 betrieblich weitergebildete Fachleute.¹⁷ Nirgendwo ist die Jugendarbeitslosigkeit niedriger als in Baden-Württemberg und die Konkurrenz um die Nachwuchskräfte größer. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich weiter zuspitzen. Laut IHK Stuttgart könnte bis 2030 knapp jede fünfte beruflich qualifizierte Fachkraft wegfallen.¹⁸ Gründe dafür finden sich im demografischen

Wandel, weil weniger Nachwuchskräfte in den Arbeitsmarkt hineinwachsen, als sich gleichzeitig ältere Erwerbsfähige in den Ruhestand verabschieden. Die baden-württembergische Bewohnerschaft zwischen 18 und 64 Jahren dürfte sich bis 2035 um knapp sieben Prozent verringern. Schuld ist aber auch die bessere Bildung, denn mit einem Abitur in der Tasche wollen junge Menschen eher studieren als eine berufliche Ausbildung absolvieren. Wenn Baden-Württemberg nicht mehr Arbeitskräfte

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg 2017 bis 2035 in Prozent

- - 10 bis unter - 5
- - 5 bis unter 0
- 0 bis unter 5
- 5 bis unter 10
- 10 bis unter 15

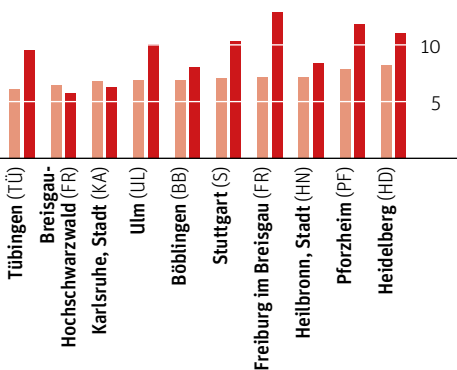


aus anderen (Bundes-)Ländern hinzugewinnt, dürfte der leergefegte Arbeitsmarkt zur größten Herausforderung für die heimische Wirtschaft werden.

Neue Zuwanderungsrekorde

Die Zahl der ausländischen Einwohner nahm von 2015 bis 2016 um knapp acht Prozent auf mehr als 1,6 Millionen zu – der vierte Rekord in Folge. Das liegt vor allem an der Zuwanderung durch Geflüchtete, die im Jahr 2016 ihren Höhepunkt erreichte, allen voran von Migranten aus Syrien (knapp 30.000), Afghanistan (15.000) und dem Irak (12.000).¹⁹ Weil ihnen Mitarbeiter fehlen, haben viele Unternehmer Zeit, Geld und Mühe investiert, um Geflüchtete weiterzubilden und in ihre Betriebe zu integrieren – auch wenn die Asylverfahren noch nicht beendet waren. Wie wertvoll Geflüchtete inzwischen für die Betriebe sind, zeigt sich jetzt, nachdem zahlreiche Asylbescheide von Personen, die längst in Lohn und Brot stehen, abgelehnt werden. Rund 80 Unternehmen haben sich im April 2018 in einer Initiative an Innenminister Thomas Strobil gewandt. Sie fordern ein Bleiberecht für arbeitende Flüchtlinge.²⁰

Innerhalb Deutschlands wächst die Konkurrenz um Fachkräfte. Und einer der größten Mitstreiter ist der östliche Nachbar Bayern. Der Freistaat schafft es dabei aktuell, etwas mehr Menschen anzuziehen. In Bayern wanderten zwischen 2011 und 2016 jährlich 8,1 Menschen aus dem In- und Ausland pro 100.000 Einwohner zu, in Baden-Württemberg waren es 8,0.



Ganztagsbetreuung schlecht ausgebaut

Arbeitsplätze allein reichen heute nicht mehr aus, um Fachkräfte und Familien anzulocken. Ein familienfreundliches Umfeld mit guten Kitas und Grundschulen spielt bei den Umzugsentscheidungen ebenfalls eine Rolle. Baden-Württemberg belegt bei der Familienfreundlichkeit nur den zwölften Platz. Das liegt vor allem daran, dass der Anteil der Kinder bis zu sechs Jahren, die ganztägig betreut werden, mit 16,1 Prozent deutschlandweit am niedrigsten ist. Das Bundesmittel ist fast doppelt so hoch. Insbesondere bei der Kleinkindbetreuung mangelt es in Baden-Württemberg an Möglichkeiten: 42 Prozent der Eltern würden ihr Kind gern betreuen lassen, doch nur 29 Prozent der unter Dreijährigen finden einen Platz.²¹

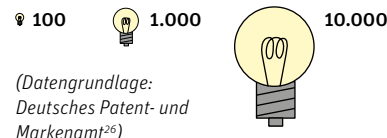
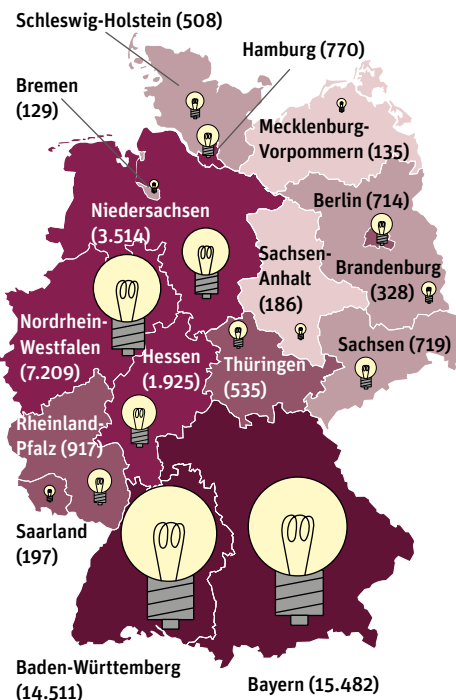
Bei den Betreuungsplätzen und -zeiten bleiben in Baden-Württemberg zwar viele Wünsche offen. Dafür hat sich dort die persönliche Situation in den Kitas und Kindergärten in den letzten Jahren deutlich verbessert. Betreute ein Erzieher 2012 noch im Schnitt 8,6 Kindergartenkinder, waren es 2017 nur noch 7,1. In den Krippen verbesserte sich der Personalschlüssel von 3,5 Kindern auf 3,1. Damit steht Baden-Württemberg bundesweit am besten da. In den Kindergärten in Mecklenburg-Vorpommern ist ein Erzieher derzeit für 13,4 Kinder verantwortlich.²²

Höchste Lebenserwartung

Außergewöhnlich gut schlägt sich Baden-Württemberg in der Demografie-Wertung. Die Menschen in Baden-Württemberg haben die höchste Lebenserwartung in ganz Deutschland. Wer heute im „Ländle“ zur Welt kommt, lebt im Schnitt 82 Jahre, in den Kreisen Breisgau-Hochschwarzwald und Tübingen sogar über 83 Jahre. Zugleich wohnen nur in den Stadtstaaten noch mehr junge Leute: In den Unistädten Heidelberg und Freiburg ist fast jeder zweite unter 35 Jahre alt. Das liegt an der hohen Anzahl der Studenten – und daran, dass sie gerne bleiben. Daher leben hier besonders viele Hochqualifizierte: Jeder

Innovationsfreudiger Süden

2017 wurden 67.700 Patente in Deutschland angemeldet – fast zwei Drittel davon kamen aus Bayern und Baden-Württemberg. Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt bilden das Schlusslicht im Ranking. Seit 2013 ist die Zahl der angemeldeten Ideen dort sogar noch gefallen. Aufholen konnte besonders Niedersachsen – seit 2013 wurden 20 Prozent mehr Innovationen eingereicht.



vierte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hat einen Hochschulabschluss oder eine höhere Ausbildung absolviert, in Stuttgart sogar fast jeder Dritte.

Nicht nur die Universitätsstädte, alle Kreise Baden-Württembergs ziehen mehr Menschen an als sie durch Abwanderung verlieren. Die Bevölkerung im Südwesten wächst – und zwar fast überall.²³ Der Grund: Im Gegensatz zu Bayern war Baden-Württemberg nie Standort für krisengeschüttelte Branchen und musste keinen Strukturwandel bewältigen. Zudem greift die Landesregierung ein und investiert, sobald ein Kreis zurückfällt. In der Ostalb zum Beispiel hat sie ein Pop-up-Labor

finanziert, um Mitarbeiter von klein- und mittelständischen Unternehmen fortzubilden und sie für künftige Herausforderungen zu rüsten.²⁴ Im Nordschwarzwald, wo sich bislang nur wenige Firmen am Innovationsgeschehen beteiligen, hat die Landesregierung

im Oktober ein Digital-Hub für Start-ups eröffnet. Dort sollen Programmierer technische Lösungen für die Probleme der umliegenden Firmen finden und sie dadurch unterstützen.²⁵ Selbst wenn der Musterschüler gerade müde wird – bundesweit bleibt er ein Vorbild.

Bewertung Baden-Württemberg

		Gesamtnote	Demografie						Wirtschaft										Bildung			Familienfrdl.							
			Kinderzahl	unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugend Arbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum
UL	Alb-Donau-Kreis	2,91	2	3	2	3	2	2	3,2	2,5	3	4	1	2	1	3	2	4	4	3,6	2,8	3	2	5	3,3	2	6	3	3,7
BAD	Baden-Baden	3,23	4	5	4	1	6	3	2,4	3,6	1	2	2	4	3	4	3	1	2	3,5	2,5	5	2	2	3,0	4	4	4	4,0
BC	Biberach	2,70	3	2	2	3	2	2	3,4	2,5	3	2	1	2	1	3	2	3	6	3,3	2,6	3	1	3	2,3	2	6	3	3,7
BB	Böblingen	2,58	3	3	1	2	3	2	3,0	2,4	2	1	2	2	1	3	2	4	3	3,1	2,3	3	1	1	1,7	4	5	4	4,3
FN	Bodenseekreis	2,61	4	3	1	3	4	2	4,2	3,0	1	2	2	2	1	3	2	1	3	2,6	2,0	4	1	1	2,0	2	5	4	3,7
FR	Breisgau-Hochschwarzwald	2,70	3	3	1	2	3	2	3,2	2,5	2	4	3	4	1	3	3	1	2	3,4	2,6	2	1	3	2,0	2	6	4	4,0
CW	Calw	3,03	3	3	2	3	3	3	2,8	2,8	3	4	3	2	2	4	2	2	3,6	2,8	3	1	4	2,7	3	6	4	4,3	
EM	Emmendingen	2,97	3	3	2	3	3	2	3,6	2,8	3	4	2	2	1	3	2	3	4	3,6	2,8	4	1	4	3,0	2	6	3	3,7
PF	Enzkreis	3,04	4	3	1	3	3	3	3,6	2,9	2	4	2	2	1	3	2	5	4	3,4	2,8	3	1	4	2,7	3	6	3	4,0
ES	Esslingen	2,72	4	3	1	3	3	2	3,6	2,8	2	3	2	2	2	3	1	4	3	3,1	2,5	2	2	2	2,0	2	5	4	3,7
FR	Freiburg im Breisgau	2,90	6	1	2	2	1	1	3,6	2,4	4	2	3	6	3	6	5	3	2	2,5	3,7	4	1	1	2,0	1	3	6	3,3
FDS	Freudenstadt	3,14	3	3	3	5	3	3	3,0	3,3	2	3	2	2	2	3	2	1	3	3,0	2,3	4	2	4	3,3	3	6	4	4,3
GP	Göppingen	2,97	3	3	2	3	3	3	3,0	2,9	2	3	2	3	2	4	3	4	3	2,9	2,9	3	2	3	2,7	2	6	3	3,7
HD	Heidelberg	2,49	6	1	1	1	1	1	2,8	2,0	3	2	3	6	2	6	6	2	2	3,1	3,5	1	1	1	1,0	1	2	6	3,0
HDH	Heidenheim	3,44	5	3	2	3	4	3	2,8	3,3	3	3	3	3	3	4	2	5	2	4,4	3,2	4	3	3	3,3	4	6	3	4,3
HN	Heilbronn, Landkreis	2,75	3	3	2	3	2	2	3,0	2,6	2	2	2	2	2	4	2	4	2	3,1	2,5	3	2	2	2,3	3	6	3	4,0
HN	Heilbronn, Stadt	2,72	3	2	3	1	3	2	3,0	2,4	1	2	1	3	3	4	2	4	3	2,6	2,6	2	3	3	2,7	3	4	4	3,7
KÜN	Hohenlohekreis	2,83	3	3	3	3	2	2	3,8	2,8	3	2	2	1	1	3	1	4	3	3,3	2,3	3	2	4	3,0	2	6	3	3,7
KA	Karlsruhe, Landkreis	2,95	4	3	2	3	3	3	3,6	3,1	2	3	3	2	1	3	3	4	3	3,8	2,8	2	2	2	2,0	3	6	3	4,0
KA	Karlsruhe, Stadt	2,68	6	1	2	1	2	2	2,8	2,4	3	1	2	5	2	5	4	4	1	4,4	3,1	3	1	1	1,7	2	3	5	3,3
KN	Konstanz	2,83	4	2	2	3	2	3	2,2	2,6	2	4	1	2	5	4	4	2	2	2,9	2,9	2	1	2	1,7	3	5	5	4,3
LÖ	Lörrach	3,29	3	3	2	3	3	3	3,6	2,9	1	4	2	6	2	6	6	3	1	3,4	3,4	3	1	3	2,3	5	5	4	4,7
LB	Ludwigsburg	2,68	3	3	1	3	2	2	3,8	2,5	2	2	1	2	1	3	1	5	3	3,3	2,3	2	2	2	2,0	4	5	4	4,3
TBB	Main-Tauber-Kreis	3,13	4	4	2	4	4	4	2,8	3,5	3	3	3	2	1	3	2	2	4	3,9	2,7	2	2	4	2,7	2	6	3	3,7
MA	Mannheim	2,97	5	1	4	2	2	2	2,8	2,7	4	1	4	4	3	5	4	3	2	2,4	3,2	4	1	1	2,0	3	6	4	4,0
MOS	Neckar-Odenwald-Kreis	3,45	3	3	3	4	3	4	3,2	3,3	3	4	3	3	2	4	3	4	3	3,0	3,2	4	2	5	3,7	4	6	2	4,0
OG	Ortenaukreis	2,84	3	3	2	3	3	3	3,8	3,0	3	3	1	2	2	3	2	2	4	3,4	2,5	2	1	4	2,3	3	5	3	3,7
AA	Ostalbkreis	3,08	4	3	2	4	3	3	3,6	3,2	2	3	3	3	2	4	3	4	3	3,0	3,0	3	1	3	2,3	2	6	3	3,7
PF	Pforzheim	3,22	3	2	3	1	3	1	2,4	2,2	3	3	3	3	4	5	2	4	2	3,9	3,3	4	4	3	3,7	3	6	5	4,7
RA	Rastatt	3,06	4	4	2	3	3	3	3,2	3,2	3	3	3	2	2	3	1	4	2	3,6	2,7	3	2	3	2,7	3	6	3	4,0
RV	Ravensburg	2,88	4	2	2	3	2	2	3,6	2,7	3	3	2	3	1	4	2	3	4	3,1	2,8	3	1	3	2,3	2	6	4	4,0
WN	Rems-Murr-Kreis	2,93	3	3	1	3	3	3	3,4	2,8	2	3	2	2	2	4	2	5	3	3,5	2,8	3	1	3	2,3	2	6	4	4,0
RT	Reutlingen	2,89	3	3	1	3	3	3	3,6	2,8	2	3	3	2	3	2	3	4	3	3,1	2,7	2	2	2	2,0	3	6	4	4,3
HD	Rhein-Neckar-Kreis	3,00	4	3	2	3	3	3	3,6	3,1	2	4	3	3	2	3	3	4	3	3,8	3,1	3	2	1	2,0	3	4	4	3,7
RW	Rottweil	3,01	2	3	2	4	3	4	3,4	3,1	2	3	1	2	1	3	2	4	4	2,8	2,5	3	2	4	3,0	4	6	2	4,0
SHA	Schwäbisch Hall	2,86	3	3	2	3	2	2	3,0	2,6	3	3	3	2	2	4	2	4	2	3,5	2,8	2	2	4	2,7	2	6	3	3,7
VS	Schwarzwald-Baar-Kreis	3,13	4	3	2	3	4	3	3,0	3,1	2	3	2	3	2	3	2	3	3,8	2,6	3	2	4	3,0	3	6	4	4,3	
SIG	Sigmaringen	3,21	4	3	3	4	3	3	3,6	3,4	3	3	1	3	2	4	2	3	2	2,9	2,6	4	2	4	3,3	3	6	3	4,0
S	Stuttgart	2,66	6	1	1	2	2	1	3,6	2,4	2	1	1	5	3	5	4	3	2	3,4	2,9	4	2	1	2,3	2	2	5	3,0
TÜ	Tübingen	2,77	5	1	1	3	1	2	3,4	2,3	3	4	2	5	1	5	3	5	4	2,6	3,5	2	1	1	1,3	2	4	5	3,7
TUT	Tuttlingen	2,83	2	2	2	3	3	2	3,0	2,4	2	2	2	2	1	3	1	5	3	3,0	2,4	4	1	4	3,0	4	6	3	4,3
UL	Ülm	2,58	5	1	2	2	2	1	3,4	2,3	1	1	3	4	2	4	2	3	3	2,6	2,6	3	2	1	2,0	2	4	5	3,7
WT	Waldshut	3,54	3	3	2	3	3	3	3,6	2,9	2	4	2	6	1	6	6	2	3	3,0	3,5	3	2	4	3,0	6	6	4	5,3
BL	Zollernalbkreis	3,31	4	3	2	4	4	4	3,6	3,5	2	3	2	3	2	3	2	5	2	3,6	2,8	3	2	4	3,0	4	6	3	4,3

BAYERN

Steckbrief

Einwohnerzahl, 2017	12.997.204
Einwohnerzahl, 2035 (Prognose)	13.477.571 (+ 3,7 %)
Durchschnittsalter der Bevölkerung, 2015	43,2 Jahre
Haushaltseinkommen pro Einwohner, 2016	23.945 Euro
Ø jährliches Wirtschaftswachstum, 2013 bis 2017	+2,2 Prozent
Anteil Menschen mit Migrationshintergrund, 2017	23,8 Prozent



Kraftzentrum Oberbayern

Deutschlandweit erwirtschaftet nur die Volkswagenstadt Wolfsburg mehr Geld als Ingolstadt, Sitz des Autoherstellers Audi und der Unternehmensgruppe Media-Saturn.² Nirgendwo gibt es so viele im Dax notierte Unternehmen wie in München und seinem Umland, darunter die Versicherungsfirmer Allianz und Munich Re, die Automarke BMW oder die Technologiekonzerne Siemens und Infineon.³ Hinzu kommen eine florierende Medien- und Filmindustrie und zahlreiche Universitäten und Hochschulen. Sie alle ziehen junge Menschen aus dem In- und

Anhaltender Erfolg mit Problemzone

Zum 100-jährigen Jubiläum des Freistaates feierte sich Bayern mehr denn je. Die Landesausstellung 2018 im Kloster Ettal ergründete nicht weniger als den „Mythos Bayern“. Sie war eine Inszenierung vor Alpenkulisse, die alle Klischees zusammenbrachte: König Ludwig II. und seine fantastischen, abgehobenen Schlösser. Das reine Leben auf dem Land. Sennerinnen, Jäger, historische Bierkrüge und hinterwäldlerische Dörfer, in denen man mit einem gewissen Stolz lebt. Und den erfolgreichen Umbau Bayerns – vom Agrarland hin zu einem High-Tech-Standort, Stichwort „Laptop und Lederhosen“.¹

„Mythos“ ist vielleicht ein großes Wort. Aber der Erfolg Bayerns beruht auch auf einem grenzenlosen Selbstvertrauen, das Außenstehende gelegentlich an Größenwahn erinnert. Immerhin verteidigt Bayern in unserem Ranking seit Jahren seinen Platz auf dem Siegereppchen. In der Gesamtwertung auf Platz 3 zurückgefallen ist Bayern nur, weil Hamburg vorbeigezogen ist.

Im Vergleich aller deutschen Kreise sind die drei vordersten Plätze von bayerischen Kreisen besetzt. Die Landeshauptstadt München steht ganz oben in unserem Ranking, gefolgt von den Landkreisen München und Ebersberg. Unter den Top-50-Kreisen finden sich mit wenigen Ausnahmen überwiegend bayerische und baden-württembergische Kandidaten.

Das Wachstum bleibt im Süden

Unter den zehn bundesweit am stärksten wachsenden deutschen Kreisen werden der Prognose zufolge fünf in Bayern zu finden sein. Sie liegen vor allem in der Mitte und im Süden des Freistaates, dort wo die attraktiven Unternehmen zuhause sind. Oberfranken und die Oberpfalz müssen sich hingegen auf weitere, zum Teil deutliche Einwohnerverluste einstellen.



(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, CIMA)



Ausland an, die im Großraum München wohnen und Steuern zahlen: Im Landkreis Freising im Speckgürtel von München, ist der Anteil der über 74-Jährigen deutschlandweit nach Frankfurt am Main der zweitniedrigste. Die Landeshauptstadt München dürfte den Prognosen zufolge bis 2035 rund 15 Prozent an Einwohnern hinzugewinnen – nach Leipzig das zweitstärkste Wachstum aller deutschen Kreise.

Doch schon jetzt platzt die Landeshauptstadt aus allen Nähten: In den letzten zehn Jahren sind die Mietpreise in München um fast 60 Prozent gestiegen, auf durchschnittlich 17,7 Euro pro Quadratmeter.⁴ Wohnen ist dort deutschlandweit mit Abstand am teuersten.⁵ Zwar ist Mieten in anderen bayerischen Städten noch deutlich günstiger, trotzdem gehen die Preise auch andernorts rasant in die Höhe. Wer heute eine Wohnung in Ingolstadt, Würzburg oder Landshut mieten will, zahlt über 60 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren.⁶ Deshalb hat die Landesregierung angekündigt, dass bis 2025 im Freistaat 500.000 neue Wohnungen entstehen sollen, was sie unter anderem mit einem Wohnungspakt mit den Kommunen unterstützen will.⁷ Doch gerade in den Ballungsräumen blieben die Neubauzahlen in den letzten Jahren stets hinter den Zielen zurück, auch wegen der hohen Grundstückspreise.⁸

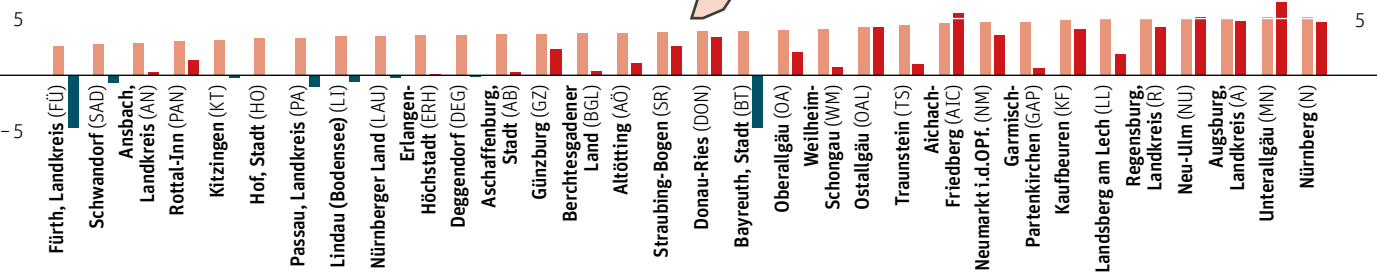
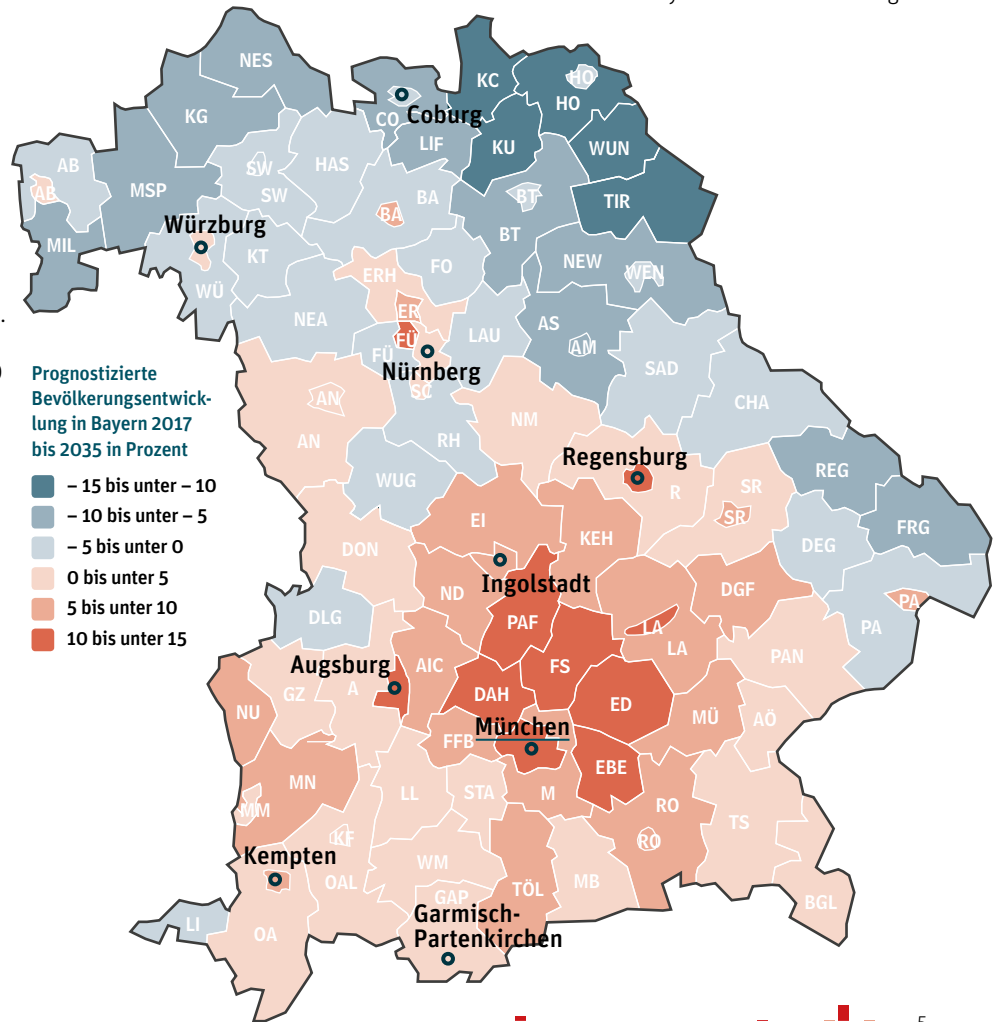
Viele Frauen arbeiten

Interessanterweise ist die Beschäftigungsquote der 25- bis 50-Jährigen Frauen mit 64 Prozent im konservativen Bayern höher als in allen anderen westdeutschen Bundesländern – in der Stadt wie auf dem Land. Werte von über 70 Prozent wie in den Landkreisen

Coburg, Kulmbach, Kronach und Lichtenfels sind sonst nur in den östlichen Bundesländern zu finden. Erklärbar ist das dadurch, dass in dem süddeutschen Bundesland insgesamt eine hohe Beschäftigung herrscht und entsprechend auch mehr Frauen einer eigenen Berufstätigkeit nachgehen. Dennoch liegt die Beschäftigungsquote der Frauen mehr als sie-

ben Prozentpunkte unter jener der Männer, was wiederum vergleichbar mit der Situation in anderen westdeutschen Ländern ist.⁹

Obwohl in Bayern viele Frauen arbeiten, werden ihre Kinder im Vorschulalter nur selten ganztägig betreut. Hier besetzt Bayern mit 22 Prozent den drittletzten Platz unter den Bundesländern. Im Bayerischen Wald verbringen



gar nur 3 bis 6 Prozent aller Kinder unter sechs Jahren den ganzen Tag bei einer Tagesmutter oder in einem Kindergarten. Vielleicht ist das ein Grund, weshalb Frauen in Bayern im Schnitt nur 1,56 Kinder zur Welt bringen – weniger als im Bundesmittel. In Bayreuth ist die Geburtenziffer mit 1,18 Kindern je Frau deutschlandweit am niedrigsten. Unter den zehn deutschen Kreisen mit den wenigsten Kindern je Frau finden sich mit Würzburg, Regensburg, Passau und Bamberg noch vier weitere bayerische Städte.

Lösen soll dieses Problem nun das sogenannte Familiengeld: Seit dem 1. September 2018 bekommen Eltern in Bayern zusätzlich zum Elterngeld zwei Jahre lang pro Monat 250 Euro, egal, ob ihr Kind eine Kita besucht oder zu Hause bleibt.¹⁰ Doch womöglich wäre das Geld besser in den Ausbau des Betreuungssystems investiert, denn dann müssten sich viele berufstätige Frauen nicht mehr zwischen Job und Familie entscheiden. Bei der Familienfreundlichkeit landet Bayern im Bundesländervergleich nur auf Platz 12.

Fast überall Vollbeschäftigung

In punkto Beschäftigung hingegen liegt Bayern an der Spitze: Der Anteil der Arbeitslosen sowie Sozialhilfeempfänger zwischen 18 und 64 Jahren ist in den letzten Jahren auf 3,4 Prozent gesunken. In 16 Kreisen beträgt er sogar weniger als 2,5 Prozent. Das ist Rekord und bringt mit sich, dass der Arbeitsmarkt vielerorts wie leergefegt ist. Laut Engpassanalyse der bayerischen IHK klaffte 2018 zwischen Angebot und Nachfrage eine Lücke von 260.000 qualifizierten Arbeitskräften. Die Nachfrage nach neuen Mitarbeitern

übersteigt das Angebot um fast fünf Prozent. In Firmen bleiben Aufträge liegen oder werden gar nicht erst angenommen. Bei Hochqualifizierten beträgt diese Lücke sogar 8,7 Prozent.¹¹ Doch die Beschäftigten mit Hochschulabschluss finden sich nicht gleichermaßen in den Städten und auf dem Land: Während Erlangen sowie Stadt und Landkreis München mit einem Anteil über 30 Prozent deutschlandweit an der Spitze stehen, haben in vielen Landkreisen des Bayerischen Waldes weniger als 7 Prozent aller Beschäftigten einen höheren Abschluss. Die Landkreise Dingolfing-Landau und Regen stehen deutschlandweit nach dem Landkreis Südwestpfalz am schlechtesten da.

Dass Bayern gemessen an der Einwohnerzahl nach den Stadtstaaten Hamburg und Bremen am meisten Menschen anzieht, liegt auch an den hohen Löhnen: Bei fast 24.000 Euro liegt das durchschnittliche Haushaltseinkommen pro Kopf in Bayern, nur in Hamburg haben die Menschen mehr Geld zur Verfügung. In Starnberg, dem Landkreis mit der höchsten Millionärsdichte Bayerns, verdient jeder im Schnitt knapp 35.000 Euro, im Landkreis und der Stadt München, Platz 4 und 5 deutschlandweit, sind es jeweils fast 30.000 Euro.¹²

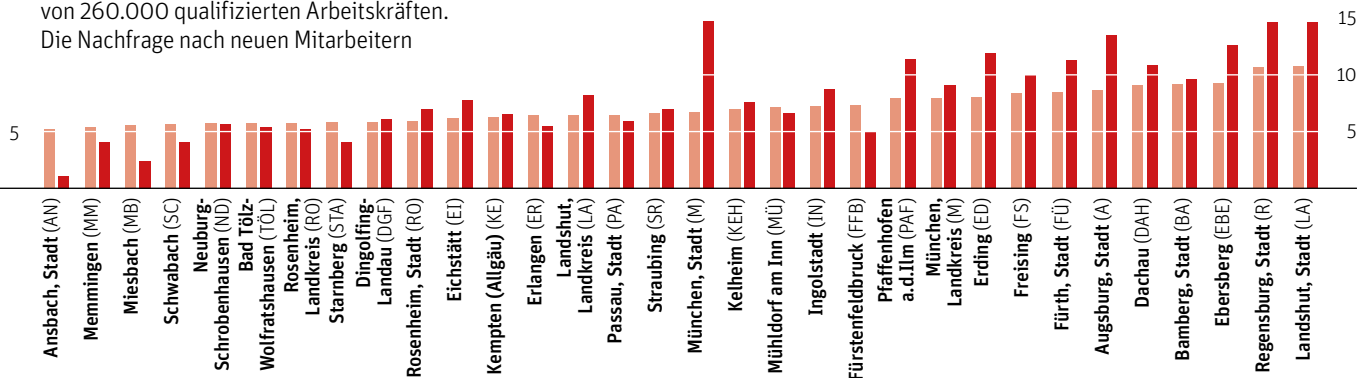
Krisenzentrum Nordbayern

Aber nicht überall in Bayern sieht es so gut aus. Zum Beispiel im Landkreis Wunsiedel an der tschechischen Grenze, wo knapp 15 Prozent der Menschen über 74 Jahre alt sind und wo die Bevölkerung bis 2035 um weitere

12,5 Prozent schrumpfen dürfte. Seit vielen Jahrzehnten konzentrieren sich die Probleme Bayerns auf den Nordosten des Landes, auf Oberfranken und die nördliche Oberpfalz. Denn die Region hat einen harten Strukturwandel durchlaufen.

Einst bildete das Gebiet mit Thüringen und Sachsen den mitteldeutschen Industrie- raum – vor der Teilung Deutschlands das größte deutsche Wirtschaftszentrum neben dem Ruhrgebiet. Ganze Dörfer lebten fast ausschließlich von der Porzellan- und Keramikproduktion. Die Handelsverbindungen erstreckten sich weit in den Norden und Osten. Nach dem Mauerbau lag die Region dann plötzlich am Rande der westlichen Welt. Den Firmen brachen die Kunden weg – und die Investitionen. Nach der Wiedervereinigung stieg zwar kurzfristig die Nachfrage. Doch bald darauf verlegten einige Unternehmen ihre Produktion in die neuen Bundesländer und nach Tschechien – dort war das Lohnniveau noch deutlich niedriger. Viele gaben sich der Konkurrenz aus China geschlagen.¹³

Die Menschen verloren ihre Beschäftigung. Noch Mitte der 2000er Jahre lag die Arbeitslosigkeit in Weiden in der Oberpfalz oder auch in Hof und Coburg um die 15 Prozent, mehr als zehn Prozentpunkte über anderen bayerischen Landkreisen wie Freising oder Erding.¹⁴ Die Jugend sah keine Perspektive vor Ort und verließ die Heimatregion. Einige Landkreise, wie Tirschenreuth, Hof oder Kronach haben seit der Jahrtausendwende jeden zehnten Bewohner verloren.¹⁵ Wo einst Fabriken Menschen in die Dörfer lockten,



machen sich noch immer Industriebranchen breit. Vielerorts zeigt sich das gleiche Bild wie in anderen Gebieten, die lange Zeit Einwohner verloren haben. Es gibt nur noch wenige öffentliche Verkehrsmittel, Häuser stehen leer oder sind in schlechtem Zustand und die Wege zum nächsten Laden sind weit.

Wirtschaftlich hat die Region inzwischen die Talsohle durchschritten. In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Beschäftigten in Oberfranken und der Oberpfalz um 13 respektive 21 Prozent zugelegt.¹⁶ Die Arbeitslosigkeit ist ähnlich niedrig wie in den anderen bayerischen Regionen.¹⁷ Beispielhaft hat Coburg den Strukturwandel bewältigt: In und um die 40.000-Einwohner-Stadt haben Betriebe aus unterschiedlichen Branchen die Wende überlebt, beziehungsweise sind neu entstanden, darunter der Versicherungskonzern HUK-Coburg, der Automobilzulieferer Brose oder der Kompressoren-Hersteller Kaeser.¹⁸

Sorgen bereitet, dass Oberfranken 2017 bayernweit die einzige Region war, in der mehr Firmen aufgegeben als gegründet wurden.¹⁹ Ein Grund dafür kann sein, dass mit der jahrzehntelangen Abwanderung auch die Fachkräfte und Firmennachfolger gegangen sind. Die kleinen und mittelständischen Betriebe sind auf wachsenden Zuzug angewiesen, doch die Landkreise im Norden des Freistaates erzielten zwischen 2011 und 2016 die niedrigsten Wanderungsgewinne Bayerns.

Aufsteiger Bayerischer Wald

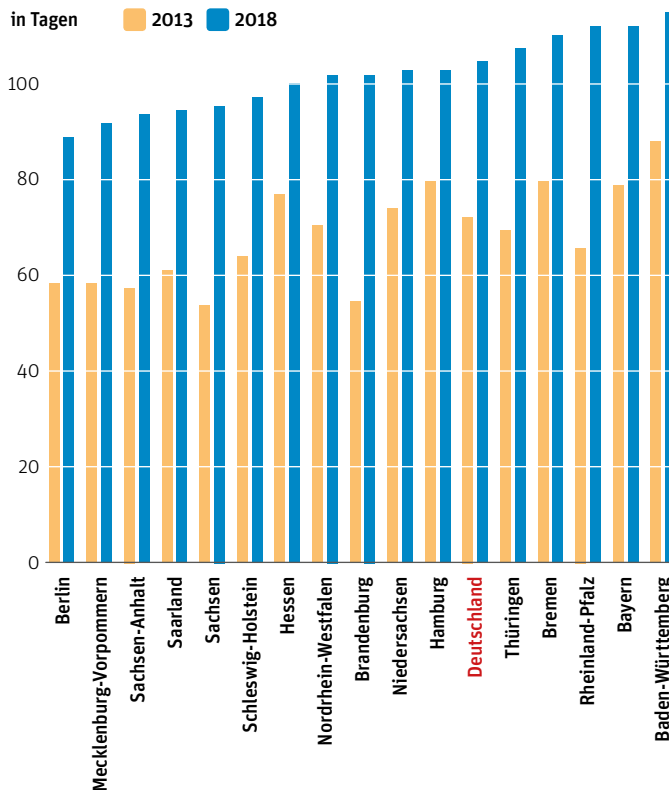
Der Bayerische Wald hingegen, bis vor kurzem noch das zweite Krisenzentrum des Bundeslandes, gilt heute als „Vorbild für Europa“.²⁰ Noch in den 1950er Jahren riefen Zeitungen zu Spenden für die von harter Arbeit auf den Bauernhöfen geprägte Region auf. Der Boden im Bayerischen Wald ist nicht so fruchtbar wie in anderen Regionen Bayerns, deshalb mussten sich die Waldler schon immer besonders anstrengen. Ende der 1970er Jahre war dort die Arbeitslosigkeit mehr als doppelt so hoch wie im Rest

des Freistaates.²¹ Heute besteht in fast allen Kreisen Vollbeschäftigung, die Wirtshäuser und Supermärkte in den Dörfern brummen und vielerorts entstehen Konzerthäuser und Kulturzentren. In den letzten Jahren zogen im Schnitt mehr Menschen zu als weg.

Das liegt an Unternehmen wie der Zollner AG, die Bauteile für die Luft- und Raumfahrt und Firmen wie Siemens produziert. Vor 50 Jahren gestartet als ein Ein-Mann-Betrieb, beschäftigt Zollner heute weltweit über 11.000 Mitarbeiter.²² Dazu kommen kleinere Familienbetriebe, überwiegend im Bereich Elektrotechnik und Maschinenbau, und IT-Start-ups in den Städten: In Passau, am südlichen Ende des Bayerischen Waldes, hat der 2007 gegründete Online-Müsli-Versand MyMuesli seinen Sitz, der auch in die Schweiz und nach Österreich exportiert.²³ Deggendorf schneidet mit seiner Wirtschafts-Trendnote von 2,0 deutschlandweit am besten ab.

Die 35.000-Einwohner-Stadt ist Sitz einer Technischen Hochschule, die in drei weiteren Kleinstädten im Bayerischen Wald Technologiezentren errichtet hat. Dort lernen und forschen junge Talente aus fast 70 Ländern, in Zusammenarbeit mit lokalen Unternehmen.²⁴

Doch die meisten Menschen zieht es eher im Urlaub in den „Wald“: Nur die Nord- und Ostsee und die Alpen sind als Tourismusziel beliebter. Der Bayerische Wald wartet auf mit dem ältesten Nationalpark Deutschlands, mit Wanderwegen, Skigebieten und zahlreichen 4-Sterne-Wellness-Hotels.²⁵ Der Vizepräsident der Deggendorfer Technischen Hochschule Peter Sperber sieht im Freizeitwert der Region allerdings eher ein „Imageproblem“ – deswegen kämen zu wenig Ingenieure.²⁶ Er versucht, den Bayerischen Wald auch als wissenschaftlichen Hotspot und Innovationsregion bekannt zu machen.



Immer länger auf der Suche

2018 brauchten deutsche Arbeitgeber im Schnitt 113 Tage, um eine offene Stelle (neu) zu besetzen, mehr als einen Monat länger als noch fünf Jahre zuvor. In allen Bundesländern ist es schwieriger geworden, Arbeitskräfte zu finden. Am längsten aber dauert die Suche im wirtschaftsstarken Süden. In Berlin dagegen ist eine Stelle nach „nur“ drei Monaten wieder besetzt.

Durchschnittlich abgeschlossene Vakanzzeit in Tagen in Deutschland und den Bundesländern, 2013 und 2018

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit²⁸)

Der Umbau Bayerns vom Agrarland über den Tourismus-Standort hin zu einer High-tech-Schmiede, der in den 1950er Jahren begann, – im Bayerischen Wald ist er noch voll im Gang. Aber er wirft auch Fragen auf: Heute ist Bayern mehr denn je auf Zuzug an-

gewiesen, um seine Unternehmen weiter mit Erfolg arbeiten zu lassen. Das Bundesland wird zunehmend vielfältig, ein gesellschaftlicher Umbruch steht bevor – mit neuen Herausforderungen, auf welche die bayerische Politik noch keine schlüssige Antwort hat.

Das Ergebnis dieser Ungewissheit lässt sich an dem Absturz der beiden Volksparteien CSU und SPD und dem Aufstieg der Freien Wähler und der AfD, aber auch der Grünen bei der Landtagswahl 2018 in Bayern ablesen.²⁷

Bewertung Bayern	Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft										Bildung			Familienfrdl.						
		Kinderzahl	unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl.+ Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum
AIC Aichach-Friedberg	2,89	2	3	2	3	2	2	3,6	2,5	2	4	2	3	1	3	3	5	4	3,0	3	1	5	3,0	2	5	3	3,3	
AÖ Altötting	3,26	3	3	4	3	3	3	3,6	3,2	3	2	3	3	2	4	3	4	3	3,6	3,1	3	2	4	3,0	3	6	3	4,0
AM Amberg	3,87	5	3	6	3	4	4	3,6	4,1	4	2	3	4	4	3	4	5	4	2,4	3,5	3	5	3	3,7	4	4	5	4,3
AS Amberg-Weizsach	3,68	6	4	3	5	3	4	4,0	4,1	4	5	4	3	2	3	3	4	5	2,8	3,6	2	2	5	3,0	3	6	2	3,7
AN Ansbach, Stadt	3,20	4	3	5	2	3	3	2,0	3,1	4	1	2	3	4	3	3	4	3	4,3	3,1	2	3	3	2,7	4	4	4	4,0
AN Ansbach, Landkreis	3,10	3	3	3	4	3	3	3,2	3,2	3	4	3	2	2	3	2	3	4	3,8	3,0	3	2	6	3,7	2	4	2	2,7
AB Aschaffenburg, Stadt	3,59	4	3	4	3	3	3	3,6	3,4	2	1	3	4	4	4	4	4	4	3,9	3,4	5	5	3	4,3	3	3	5	3,7
AB Aschaffenburg, Landkreis	3,36	5	4	2	5	3	3	4,0	3,7	2	4	3	3	1	3	4	4	4	4,0	3,2	3	3	4	3,3	3	4	2	3,0
A Augsburg, Stadt	3,15	6	2	3	1	3	1	2,8	2,7	5	2	3	4	3	5	4	4	2	4,1	3,6	3	3	2	2,7	3	3	5	3,7
A Augsburg, Landkreis	3,03	3	3	2	3	2	2	3,6	2,7	2	4	3	3	1	3	3	5	3	4,0	3,1	3	2	5	3,3	2	5	3	3,3
KG Bad Kissingen	3,36	4	4	3	4	5	4	3,6	3,9	3	4	3	3	2	3	4	1	5	3,3	3,1	2	2	5	3,0	3	4	2	3,0
TÖL Bad Tölz-Wolfratshausen	2,91	3	3	2	2	3	2	3,6	2,7	1	4	3	3	1	3	4	2	3	3,5	2,8	2	2	3	2,3	3	5	5	4,3
BA Bamberg, Stadt	2,96	6	1	4	1	3	2	2,6	2,8	4	1	1	6	2	5	4	2	4	3,5	3,3	3	2	2	2,3	2	3	5	3,3
BA Bamberg, Landkreis	3,04	3	3	4	4	2	3	4,0	3,3	3	5	2	2	1	3	3	4	4	3,0	3,0	3	2	5	3,3	2	4	1	2,3
BT Bayreuth, Stadt	3,44	6	1	4	2	3	4	4,0	3,4	4	1	4	6	3	4	4	3	2	3,0	3,4	4	1	3	2,7	3	4	6	4,3
BT Bayreuth, Landkreis	3,59	5	4	4	5	3	4	4,6	4,2	4	6	4	2	2	3	3	4	3,8	3,4	2	2	6	3,3	2	5	2	3,0	
BGL Berchtesgadener Land	3,55	6	3	2	2	4	3	4,0	3,4	3	4	3	6	2	5	6	1	2	3,5	3,5	2	1	4	2,3	4	6	5	5,0
CHA Cham	3,47	4	4	4	4	3	4	3,6	3,8	4	3	4	3	2	4	5	1	4	2,6	3,3	2	2	6	3,3	2	6	2	3,3
CO Coburg, Stadt	3,36	6	3	5	4	4	3	4,0	4,1	2	1	2	3	3	2	2	4	2	3,5	2,5	4	4	3	3,7	3	2	5	3,3
CO Coburg, Landkreis	3,30	3	4	4	5	4	4	3,4	3,9	2	5	3	1	2	1	1	4	3	3,0	2,5	4	2	6	4,0	3	3	3	3,0
DAH Dachau	2,54	4	3	2	1	2	1	3,8	2,4	2	4	2	2	1	2	2	4	3	3,5	2,5	2	2	3	2,3	2	3	4	3,0
DEG Deggendorf	3,47	5	3	5	3	2	3	4,0	3,6	3	3	3	3	2	4	4	4	2	2,0	3,0	4	2	4	3,3	3	6	4	4,3
DLG Dillingen a.d. Donau	3,13	3	3	3	4	2	3	3,6	3,1	3	4	3	2	1	3	2	4	4	3,8	3,0	3	1	5	3,0	3	6	2	3,7
DGF Dingolfing-Landau	2,96	4	3	4	2	2	2	3,0	2,9	3	1	2	1	1	3	3	5	2	2,5	2,3	2	3	6	3,7	3	6	2	3,7
DON Donau-Ries	2,61	3	3	2	3	2	3	3,6	2,8	2	2	2	2	1	3	2	4	2	3,5	2,3	2	1	4	2,3	2	5	2	3,0
EBE Ebersberg	2,38	3	3	1	1	2	1	3,8	2,1	1	4	3	2	1	2	3	4	2	3,4	2,5	2	1	3	2,0	2	3	4	3,0
EI Eichstätt	2,55	2	2	2	3	1	2	3,2	2,2	2	4	1	2	1	4	3	3	5	3,0	2,8	2	1	3	2,0	2	5	3	3,3
ED Erding	2,55	4	2	2	2	1	1	4,0	2,3	2	4	2	2	1	2	3	2	3	2,6	2,4	2	1	4	2,3	3	4	4	3,7
ER Erlangen	2,53	5	1	2	2	2	2	3,2	2,5	3	1	4	3	2	3	1	3	2	4,3	2,6	3	1	1	1,7	2	2	6	3,3
ERH Erlangen-Höchststadt	2,64	3	3	2	4	2	3	4,0	3,0	2	3	3	2	1	2	2	4	3	3,9	2,6	3	1	2	2,0	2	3	3	2,7
FO Forchheim	2,88	4	3	3	4	2	3	4,2	3,3	3	4	3	2	1	2	2	4	4	3,4	2,8	2	2	3	2,3	2	4	2	2,7
FS Freising	2,59	5	2	2	2	1	1	3,8	2,4	3	2	3	2	1	2	2	3	2	3,6	2,4	3	1	2	2,0	3	4	5	4,0
FRG Freyung-Grafenau	3,75	5	4	4	4	3	4	3,2	3,9	4	4	4	4	2	4	6	1	4	2,3	3,5	3	2	6	3,7	4	6	2	4,0
FFB Fürstenfeldbruck	2,70	3	3	1	1	3	2	3,8	2,4	2	5	3	2	1	3	3	5	3	3,4	3,0	3	1	2	2,0	3	3	4	3,3
FÜ Fürth, Stadt	3,16	4	3	4	1	1	1	3,2	2,5	3	4	4	3	4	3	2	4	2	4,5	3,3	4	4	3	3,7	3	3	5	3,7
FÜ Fürth, Landkreis	3,01	3	4	3	3	3	4	4,6	3,5	2	5	3	2	1	2	2	5	3	3,6	2,9	2	1	4	2,3	3	3	3	3,0
GAP Garmisch-Partenkirchen	3,31	3	4	2	2	5	3	3,4	3,2	2	4	3	4	2	3	5	1	3	3,6	3,1	2	2	4	2,7	3	6	5	4,7
GZ Günzburg	3,10	4	3	3	4	2	3	4,3	3,2	3	3	2	2	1	3	2	3	3	4,0	2,6	4	1	5	3,3	3	5	3	3,7
HAS Haßberge	3,41	3	4	4	5	2	4	4,0	3,7	4	4	3	3	2	3	4	4	5	3,3	3,5	4	2	5	3,7	2	4	1	2,3
HO Hof, Stadt	4,07	5	3	6	3	4	3	2,6	3,8	4	3	4	4	4	4	4	4	5	3,1	3,9	6	4	4	4,7	5	3	5	4,3
HO Hof, Landkreis	3,74	5	5	4	5	5	5	3,4	4,6	4	4	3	3	2	2	4	3	6	3,1	3,4	4	2	4	3,3	3	4	2	3,0
IN Ingolstadt	2,54	4	2	2	2	2	2	3,8	2,5	3	1	1	2	2	4	2	3	2	2,5	2,3	2	2	1	1,7	3	3	6	4,0
KF Kaufbeuren	3,55	2	3	4	2	4	2	3,2	2,9	3	3	2	3	4	4	3	4	1	3,9	3,1	5	4	4	4,3	6	4	5	5,0

		Gesamtnote	Demografie							Wirtschaft							Bildung			Familienfrdl.									
			Kinderzahl	unter 35-jährige	Lebenserwartung	Wanderung	über 74-jährige	Prognose 2035	Trend	Zwischennote	verf. Haushaltseink.	Bruttoinlandsprodukt	kommunale Schulden	Beschäftigung	Arbeitsl. + Sozialhilfe	Frauenbeschäftigung	Altersbeschäftigung	Fremdenverkehr	Arbeitsmarkt	Ausländer	Trend	Zwischennote	ohne Abschluss	Jugendarbeitslosigkeit	Hochqualifizierte	Zwischennote	Elterngeldbezieher	Kinderbetreuung	Wohnraum
KEH	Kelheim	2,99	3	3	3	2	2	2	2,8	2,5	3	4	2	3	1	4	3	2	4	3,4	2,9	3	2	5	3,3	2	6	3	3,7
KE	Kempten (Allgäu)	3,13	2	2	3	2	4	2	2,8	2,5	4	2	1	3	3	4	3	4	2	4,3	3,0	4	3	3	3,3	4	3	6	4,3
KT	Kitzingen	2,90	4	3	3	3	3	3	3,0	3,1	2	4	2	3	1	3	3	2	4	3,3	2,7	2	2	4	2,7	3	4	2	3,0
KC	Kronach	3,66	6	5	5	6	4	5	4,6	5,1	3	4	4	2	2	2	4	4	3	4,3	3,2	2	2	5	3,0	3	3	1	2,3
KU	Kulmbach	3,85	5	5	4	5	4	5	4,6	4,7	3	4	3	2	3	2	3	4	5	3,1	3,2	5	3	5	4,3	3	3	3	3,0
LL	Landsberg am Lech	3,16	3	3	1	3	2	3	4,0	2,7	2	4	4	2	1	4	4	4	4	3,4	3,4	4	2	3	3,0	2	5	4	3,7
LA	Landshut, Stadt	3,27	5	3	4	1	3	1	3,4	2,9	2	2	4	4	3	4	4	4	3	3,9	3,4	3	3	3	3,0	3	4	5	4,0
LA	Landshut, Landkreis	2,92	3	3	3	2	1	2	3,6	2,5	3	3	2	3	1	3	3	5	4	3,9	3,1	3	2	4	3,0	3	5	2	3,3
LIF	Lichtenfels	3,38	4	4	5	5	4	4	4,6	4,4	4	3	4	2	2	3	2	2	3,6	2,8	2	3	5	3,3	2	4	2	2,7	
LI	Lindau (Bodensee)	3,13	4	4	2	3	4	3	3,8	3,4	2	3	3	3	1	4	4	1	3	2,5	2,7	4	1	2	2,3	3	5	5	4,3
MSP	Main-Spessart	3,05	3	4	3	5	4	4	4,0	3,9	3	3	3	2	1	2	3	3	4	3,9	2,8	2	1	4	2,3	2	4	2	2,7
MM	Memmingen	3,14	2	3	3	2	3	2	3,4	2,6	1	1	2	2	2	4	3	4	2	3,5	2,5	4	3	4	3,7	4	5	6	5,0
MB	Miesbach	2,75	3	4	2	2	4	3	3,6	3,1	1	4	4	3	1	3	4	1	1	2,9	2,5	2	1	2	1,7	2	4	5	3,7
MIL	Miltenberg	3,48	4	4	3	5	3	4	4,0	3,9	3	4	3	3	1	4	3	4	4	3,5	3,3	3	2	5	3,3	3	5	2	3,3
MÜ	Mühl Dorf am Inn	3,27	3	3	4	2	2	2	2,8	2,7	3	4	3	3	2	4	4	5	3	3,5	3,5	3	2	5	3,3	3	6	3	4,0
M	München, Stadt	2,32	5	1	1	2	1	1	3,6	2,1	1	1	2	3	2	3	4	2	2	3,8	2,4	3	1	1	1,7	2	2	6	3,3
M	München, Landkreis	2,35	4	3	1	1	3	2	4,4	2,6	1	1	2	3	1	2	3	3	2	4,5	2,3	2	1	1	1,3	2	2	5	3,0
ND	Neuburg-Schrobenhausen	2,95	3	3	3	2	2	2	3,6	2,7	3	3	3	2	1	4	3	5	4	3,9	3,2	2	1	4	2,3	3	5	3	3,7
NM	Neumarkt i.d.OPf.	2,82	4	3	3	3	2	2	3,4	2,9	3	3	1	3	1	4	4	4	3	2,8	2,9	1	1	4	2,0	2	6	2	3,3
NEA	Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	3,03	4	3	3	4	3	3	2,8	3,3	3	4	3	2	1	2	3	3	4	3,4	2,8	3	2	6	3,7	2	4	1	2,3
NEW	Neustadt a.d.Waldnaab	3,80	6	4	4	6	3	4	4,8	4,5	4	4	2	3	2	3	4	4	5	2,6	3,4	3	2	6	3,7	3	6	1	3,3
NU	Neu-Ulm	2,92	4	3	2	3	3	2	4,4	3,1	3	3	2	2	1	3	2	4	2	3,4	2,5	4	1	4	3,0	3	3	4	3,3
N	Nürnberg	3,22	5	2	4	3	3	2	3,4	3,2	3	2	5	3	4	3	3	3	2	3,1	3,1	4	4	2	3,3	3	2	5	3,3
LAU	Nürnberger Land	3,20	4	4	3	3	3	3	3,2	3,3	2	4	3	2	1	2	3	4	4	4,5	3,0	6	1	4	3,7	3	3	3	3,0
OA	Oberallgäu	2,91	3	4	1	3	3	3	3,4	2,9	3	4	4	3	1	3	4	1	2	3,3	2,8	2	1	4	2,3	2	5	4	3,7
OAL	Ostallgäu	2,99	2	3	2	3	3	2	3,4	2,6	3	4	4	3	1	4	4	1	3	3,1	3,0	2	2	5	3,0	2	6	3	3,7
PA	Passau, Stadt	3,43	6	1	5	1	3	2	2,8	3,0	4	1	5	6	3	5	5	2	3	2,5	3,7	4	2	3	3,0	3	4	6	4,3
PA	Passau, Landkreis	3,66	5	4	4	3	3	4,4	3,8	4	4	3	4	2	4	5	1	4	2,9	3,4	3	2	6	3,7	3	6	3	4,0	
PAF	Pfaffenhofen a.d.Ilm	2,65	4	3	2	2	1	1	3,2	2,3	2	3	2	3	1	3	3	5	3	3,1	2,8	3	1	3	2,3	2	5	3	3,3
REG	Regen	3,99	4	4	5	4	3	4	3,2	3,9	4	4	4	4	2	4	6	1	6	2,4	3,7	3	4	6	4,3	4	6	3	4,3
R	Regensburg, Stadt	2,70	6	1	3	1	1	1	2,6	2,2	4	1	3	4	2	4	4	3	2	3,3	3,0	3	1	1	1,7	2	4	6	4,0
R	Regensburg, Landkreis	2,87	4	3	2	3	2	2	3,6	2,8	3	5	2	3	1	3	3	4	3	2,8	3,0	2	1	4	2,3	2	6	2	3,3
NES	Rhön-Grabfeld	3,21	3	4	4	5	3	4	3,8	3,8	4	3	3	2	1	3	3	2	6	2,6	3,0	3	2	4	3,0	3	3	2	2,7
RO	Rosenheim, Stadt	3,22	5	2	3	3	2	2	3,6	2,9	3	2	4	4	3	3	4	4	2	3,3	3,2	3	3	2	2,7	3	4	6	4,3
RO	Rosenheim, Landkreis	3,07	4	3	2	2	3	2	4,2	2,9	2	4	3	4	1	4	5	2	2	3,0	3,0	2	1	4	2,3	3	6	4	4,3
RO	Roth	3,23	3	4	3	4	3	3	3,6	3,4	2	4	2	2	2	3	3	4	4	3,8	3,0	5	1	5	3,7	3	4	2	3,0
PAN	Rottal-Inn	3,59	4	3	4	3	3	3	3,8	3,4	3	4	4	4	2	4	5	2	4	3,5	3,5	3	3	5	3,7	3	6	3	4,0
SC	Schwabach	3,24	4	3	5	2	3	2	3,6	3,2	2	3	4	3	2	3	3	4	4	3,6	3,2	4	2	4	3,3	3	4	3	3,3
SAD	Schwandorf	3,33	4	3	4	3	3	3	3,6	3,4	4	3	3	2	3	4	4	4	2,9	3,3	2	2	5	3,0	3	6	2	3,7	
SW	Schweinfurt, Stadt	3,45	4	3	5	3	5	3	3,6	3,8	4	1	1	3	4	5	3	3	3	3,5	3,0	3	3	3	3,0	4	4	4	4,0
SW	Schweinfurt, Landkreis	3,34	4	4	2	4	3	3	3,4	3,3	3	5	2	2	1	3	2	6	5	4,4	3,3	6	2	5	4,3	2	4	1	2,3
STA	Starnberg	2,74	3	4	1	2	4	2	4,0	2,9	1	3	2	5	1	4	5	3	2	4,3	3,0	1	1	1	1,0	3	3	5	3,7
SR	Straubing	3,93	6	3	6	1	3	2	3,2	3,5	4	2	4	4	4	4	4	1	4,0	3,5	4	5	4	4,3	5	6	5	6	5,3
SR	Straubing-Bogen	3,19	4	3	3	3	2	3	3,6	3,1	3	4	2	3	1	4	4	3	3	2,8	3,0	3	2	6	3,7	3	6	1	3,3
TIR	Tirschenreuth	3,89	3	4	5	5	4	5	3,6	4,2	4	3	4	3	2	4	5	3	6	3,6	3,8	3	3	5	3,7	3	6	2	3,7
TS	Traunstein	3,01	4	3	2	2	4	3	3,4	3,1	2	3	3	4	1	4	4	1	3	3,0	2,8	2	1	4	2,3	2	6	4	4,0
MN	Unterallgäu	2,72	2	3	2	3	3	2	3,2	2,6	2	3	3	3	1	4	3	2	3	3,3	2,7	1	1	4	2,0	2	6	3	3,7
WEN	Weiden i.d.OPf.	3,89	5	3	5	3	4	4	3,8	4,0	4	2	4	4	4	3	4	5	3	3,9	3,7	1	5	5	3,7	5	4	4	4,3
WM	Weilheim-Schongau	2,88	3	3	2	3	3	3	3,6	2,9	2	3	2	3	1	3	4	3	4	3,8	2,9	2	1	3	2,0	2	5	4	3,7
WUG	Weißenburg-Gunzenhausen	3,04	3	3	4	3	3	3	3,4	3,2	3	4	2	3	2	3	3	2	4	3,3	2,9	3	2	5	3,3	2	4	2	2,7
WUN	Wunsiedel i.Fichtelgebirge	4,02	3	5	5	6	5	3,2	4,6	3	4	5	3	3	3	4	3	5	3,3	3,6	5	4	5	4,7	4	3	2	3,0	
WÜ	Würzburg, Stadt	2,96	6	1	2	4	3	3	3,4	3,2	3	1	4	5	2	3	3	2	3	2,4	2,8	3	1	2	2,0	2	3	6	3,7
WÜ	Würzburg, Landkreis	3,09	4	4	1	4	3	3	4,0	3,3	3	4	2	3	1	3	3	4	5	3,5	3,2	4	1	3	2,7	2	4	3	3,0

WIE AUS DATEN BEWERTUNGEN WERDEN

Das Indikatorensystem des Berlin-Instituts

Statistiker erheben zu allen möglichen Kenngrößen Daten. Etwa zur Einwohnerzahl, zur Wirtschaftskraft oder zum Wohnungsangebot. Diese Zahlen sind notwendig, um Veränderungen in der Gesellschaft wahrnehmen und vernünftig planen zu können. Mittels Indikatoren, die Angaben zur demografischen, wirtschaftlichen oder sozialen Entwicklung auf eine Grundgröße beziehen, wie Einwohner je Quadratkilometer oder Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, entsteht ein regional abgestuftes Bild, das sich in Karten oder Tabellen darstellen lässt und einen Vergleich der Regionen ermöglicht.

Das Berlin-Institut hat im April 2004 mit der Studie „Deutschland 2020 – die demografische Zukunft der Nation“ erstmals eine auf statistische Indikatoren gestützte Bewertung aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte vorgelegt. Zwei Jahre später wurde mit der Studie „Die demografische Lage der Nation – Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?“ die Reihe fortgesetzt. 2011 folgte die dritte Auflage mit einem besonderen Fokus auf dem freiwilligen Engagement in den Regionen.

Das Berlin-Institut stützt sich bei seiner Einschätzung der Zukunftsfähigkeit der deutschen Regionen auf ein breites Spektrum demografischer, ökonomischer und sozialer Indikatoren. Die Wechselwirkungen

zwischen Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung sind komplex. So schafft eine günstige Wirtschaftslage Arbeitsplätze und lockt Zuwanderer an. Wo sich viele Menschen niederlassen, entstehen weitere Jobs im Dienstleistungsbereich. Umgekehrt geraten jene Regionen, die in einer wirtschaftlichen Schwächephase oder aufgrund unattraktiver Lebensbedingungen gut ausgebildete Einwohner durch Abwanderung verlieren, leicht in einen Abwärtsstrudel.

Indikatoren, Benotung und ihre Kriterien

Um die „Zukunftsfähigkeit“ der 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte sowie der 16 Bundesländer zu bewerten, hat das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 21 Indikatoren ausgewählt: aus den Bereichen Demografie, Wirtschaft, Bildung und Familienfreundlichkeit. Hierfür wurden die Rohdaten aus den aktuellsten, auf Kreisebene verfügbaren amtlichen Statistiken ermittelt und benotet. Die Notengebung entspricht jener des Schulsystems, mit einer 1 als bester und einer 6 als schlechtester Wertung.

Welche Note ein Kreis oder ein Bundesland bekommt, hängt davon ab, wie stark er bei einem bestimmten Indikator gemessen in Standardabweichungen vom Durchschnitt aller 401 Kreise beziehungsweise 16 Bundesländer abweicht. Für die meisten Indikatoren betragen die Bewertungsschritte beziehungsweise die Notensprünge 0,75

Standardabweichungen. In einzelnen, besonders konzentrierten Verteilungen, reduzieren sich die Bewertungsschritte auf 0,5 Standardabweichungen. Bei nicht normalverteilten Daten wurden die Werte zunächst durch eine Log-Transformation in eine annähernde Normalverteilung gebracht.

Die einzelnen Bewertungen der Indikatoren wurden für die vier verschiedenen Bereiche in Zwischennoten zusammengefasst. Aus den vier Zwischennoten und den Trendnoten wurde dann die Gesamtnote berechnet. Mit folgender Gewichtung: Demografie und Wirtschaft zu je einem Drittel, Bildung und Familienfreundlichkeit zu je einem Sechstel.* Die Gesamtnoten der Kreise sind in einer Deutschlandkarte dargestellt (Seite 7). Die Benotung der Kreise in den einzelnen Indikatoren finden sich in einer Übersichtstabelle am Ende jedes Länderkapitels, die der Bundesländer in der Gesamtbewertung (Seite 13).

Die Kreise und kreisfreien Städte, die bereits in der Studie „Die demografische Lage der Nation“ aus dem Jahr 2011 den Maximal- oder Minimalwert bei den einzelnen Indikatoren erzielt haben, sind im Folgenden **fett gedruckt**.

* Änderung im Vergleich zur Vorgängerstudie: 2011 wurde die Gesamtnote aus dem Durchschnitt aller Indikatoren gebildet. Das heißt, dass alle Indikatoren zu je 1/24 eingeflossen sind.

Bereich Demografie

Demografische Daten ermöglichen Aussagen über die Zukunft. Wo heute wenige Kinder geboren werden, wo ein Mangel an jungen Menschen, insbesondere an potenziellen Müttern herrscht, muss die nächste Generation schrumpfen. Dafür fallen die Älteren mehr ins Gewicht. Diese Entwicklung wird dort verstärkt, wo mehr junge Menschen ab- als zuwandern.

1. Kinderzahl

Bei gleichbleibender Lebenserwartung bleibt eine Gesellschaft zahlenmäßig stabil, wenn jede Frau im Mittel 2,1 Kinder bekommt. Unterhalb dieses Wertes würde eine Bevölkerung schrumpfen, es sei denn die Lebenserwartung steigt oder Menschen aus dem Ausland wandern zu. Die zusammengefasste Geburtenziffer für ein bestimmtes Jahr bezeichnet die Zahl der Kinder, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn die Geburtenraten aller Altersgruppen zwischen 15 und 44 Jahren so blieben wie zum Zeitpunkt der Erhebung. Die zusammengefasste Geburtenziffer wird vereinfachend mit der Kinderzahl je Frau gleichgesetzt.

Maßeinheit: Zusammengefasste Geburtenziffer, 2016
Die Spanne reicht von 1,18 Kindern pro Frau im bayrischen Bayreuth bis zu 1,98 Kindern pro Frau im Kreis Bautzen in Sachsen.
(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
1,85 und mehr	1,69 und mehr	1
1,75 bis unter 1,85	1,65 bis unter 1,69	2
1,65 bis unter 1,75	1,61 bis unter 1,65	3
1,55 bis unter 1,65	1,57 bis unter 1,61	4
1,44 bis unter 1,55	1,52 bis unter 1,57	5
weniger als 1,44	weniger als 1,52	6

2. Unter 35-Jährige

Ein hoher Anteil unter 35-Jähriger an der Bevölkerung ist ein Zeichen dafür, dass in den entsprechenden Regionen auf längere Sicht ausreichend Erwerbsfähige wie auch potenzielle Familiengründer leben.

Maßeinheit: Anteil der unter 35-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Prozent, 2017

Die Spanne reicht von 26,41 Prozent im brandenburgischen Landkreis Spree-Neiße bis 47,77 Prozent im baden-württembergischen Heidelberg.
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
41,63 und mehr	40,74 und mehr	1
38,70 bis unter 41,63	38,28 bis unter 40,74	2
35,77 bis unter 38,70	35,82 bis unter 38,28	3
32,85 bis unter 35,77	33,37 bis unter 35,82	4
29,92 bis unter 32,85	30,91 bis unter 33,37	5
weniger als 29,92	weniger als 30,91	6

3. Durchschnittliche Lebenserwartung

Die Gesundheit und damit die Lebenserwartung werden durch zwei wesentliche Faktoren bestimmt: dem Sozialstatus und dem Bildungsgrad. In Regionen, in denen die Bewohner weniger privilegiert sind, erkranken die Menschen häufiger und sterben früher.

Maßeinheit: Durchschnittliche Lebenserwartung eines Neugeborenen in Jahren 2013 bis 2015

Die Spanne reicht von 77,35 Jahren in Pirmasens in Rheinland-Pfalz bis 83,39 Jahren im Landkreis Starnberg, Bayern.
(Datengrundlage: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
82,19 und mehr	81,59 und mehr	1
81,41 bis unter 82,19	81,10 bis unter 81,59	2
80,63 bis unter 81,41	80,61 bis unter 81,10	3
79,85 bis unter 80,63	80,12 bis unter 80,61	4
79,07 bis unter 79,85	79,63 bis unter 80,12	5
weniger als 79,07	weniger als 79,63	6

4. Wanderung

Wie viele Menschen in eine Region einwandern beziehungsweise sie verlassen, ist ein Zeichen für deren Attraktivität. Je höher der Wanderungssaldo, desto beliebter die Region. Da vor allem 20- bis 39-Jährige wandern, verjüngen Wanderungsgewinne die Bevölkerung, bei Verlusten bleiben insbesondere Ältere zurück. Zudem sind Qualifizierte mobiler, weshalb Wanderungsbewegungen auch Auswirkungen auf die Wirtschaft haben.

Maßeinheit: durchschnittlicher jährlicher Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner zwischen 2011 bis 2016

Die Spanne reicht von 21,07 Zuwanderern im Saldo pro 1.000 Einwohner in die sächsische Stadt Leipzig bis zu 3,01 Abwanderern im Saldo aus dem Kreis Greiz in Thüringen.

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
11,87 und mehr	10,62 und mehr	1
8,93 bis unter 11,87	8,49 bis unter 10,62	2
5,98 bis unter 8,93	6,37 bis unter 8,49	3
3,04 bis unter 5,98	4,24 bis unter 6,37	4
0,09 bis unter 3,04	2,12 bis unter 4,24	5
weniger als 0,09	weniger als 2,12	6

5. Hochbetagte

Oberhalb eines Alters von 74 Jahren steigt die Wahrscheinlichkeit, pflegebedürftig zu werden. Dies belastet kommunale Haushalte und Sozialkassen.

Maßeinheit: Anteil der über 74-Jährigen an der Gesamtbevölkerung in Prozent, 2017

Die Spanne reicht von 7,84 Prozent im hessischen Frankfurt am Main bis 17,13 Prozent in Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt.

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
weniger als 9,29	weniger als 9,72	1
9,29 bis u. 10,50	9,72 bis u. 10,76	2
10,50 bis u. 11,72	10,76 bis u. 11,80	3
11,72 bis u. 12,93	11,80 bis u. 12,84	4
12,93 bis u. 14,14	12,84 bis u. 13,88	5
14,14 und mehr	13,88 und mehr	6

6. Bevölkerungsprognose 2017 bis 2035

Die Prognose berücksichtigt die Entwicklung der Fertilität, der Lebenserwartung sowie die Zu- und Abwanderungen innerhalb Deutschlands und über die Grenzen.

Maßeinheit: Prognostizierter Gewinn oder Verlust an Einwohnern im Zeitraum 2017 bis 2035 in Prozent

Die Spanne reicht von -24,67 Prozent im brandenburgischen Kreis Elbe-Elster bis 16,47 Prozent im sächsischen Leipzig.

(Datengrundlage: Cima)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
9,92 und mehr	9,97 und mehr	1
3,40 bis u. 9,92	3,43 bis 9,47	2
-3,12 bis u. 3,40	-2,61 bis u. 3,43	3
-9,63 bis u. -3,12	-8,65 bis u. 2,61	4
-16,15 bis u. -9,63	-14,69 bis u. -8,65	5
weniger als -16,15	weniger als -14,69	6

Bereich Wirtschaft

Wirtschaftlich erfolgreiche Regionen ziehen Menschen an, strukturschwache Gebiete, in denen ganze Branchen sterben und Arbeitsplätze abgebaut werden, fallen demografisch zurück. Da die kommunalen Haushalte von Bevölkerungszahl und Steueraufkommen abhängen, erlauben Wirtschaftsdaten wie verfügbares Einkommen und Bruttoinlandsprodukt Aussagen über die zukünftige Attraktivität von Kreisen und Städten.

7. Verfügbares Haushaltseinkommen

Die Lebensqualität einer Region hängt auch vom Einkommen der privaten Haushalte ab. Das verfügbare Einkommen gibt an, wie viel Geld einer Person pro Jahr im Mittel zur Verfügung steht, nachdem sie alle Steuern und Sozialabgaben gezahlt und alle monetären Sozialleistungen erhalten hat.

Maßeinheit: Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in Euro pro Einwohner, 2016

Die Spanne reicht von 16.136 Euro in der nordrhein-westfälischen Stadt Gelsenkirchen bis 34.843 Euro im bayerischen Starnberg.

(Datengrundlage: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnung)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
25.380 und mehr	23.978 und mehr	1
23.531 bis u. 25.380	22.511 bis u. 23.978	2
21.683 bis u. 23.531	21.045 bis u. 22.511	3
19.834 bis u. 21.683	19.578 bis u. 21.045	4
17.985 bis u. 19.834	18.111 bis u. 19.579	5
weniger als 17.985	weniger als 18.111	6

8. Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt beschreibt die Wirtschaftskraft eines Landkreises oder einer Stadt. Dazu zählen alle im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen.

Maßeinheit: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro, 2016

Die Spanne reicht von 15.964 Euro im Kreis Südwestpfalz in Rheinland-Pfalz bis 178.804 Euro in Wolfsburg in Niedersachsen.

(Datengrundlage: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnung)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
55.207 und mehr	51.464 und mehr	1
42.920 bis u. 55.207	42.702 bis u. 51.464	2
33.367 bis u. 42.920	35.431 bis u. 42.702	3
25.940 bis u. 33.367	29.399 bis u. 35.431	4
20.167 bis u. 25.940	24.394 bis u. 29.399	5
weniger als 20.167	weniger als 24.394	6

9. Kommunale Schulden je Einwohner

Eine hohe Verschuldung hindert Kommunen daran, in die Zukunft zu investieren. Verschuldete Kommunen müssen an „freiwilligen Leistungen“ sparen, wozu viele Angebote im Jugend-, Sport- und Kulturbereich sowie für die Integration von Migranten gehören.

Maßeinheit: Schuldenstand der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbänden je Einwohner zum 30.06.2016

Die Spanne reicht von 0 Euro in Wolfsburg in Niedersachsen sowie im sächsischen Dresden bis 9.908 Euro im rheinland-pfälzischen Pirmasens.

Für die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen sind die Informationen nicht ausweisbar. Daher wurde für diesen Indikator für die Stadtstaaten keine Benotung vorgenommen.

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
weniger als 350	weniger als 559	1
350 bis u. 654	559 bis u. 897	2
654 bis u. 1.222	897 bis u. 1.442	3
1.222 bis u. 2.283	1.442 bis u. 2.317	4
2.283 bis u. 4.266	2.317 bis u. 3.722	5
4.266 und mehr	3.722 und mehr	6

10. Beschäftigung

Der Indikator gibt an, welcher Anteil der Bewohner zwischen 20 und 64 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Sie zahlen Steuern und Sozialabgaben, was die öffentlichen Kassen füllt.

Maßeinheit: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 20 und 64 Jahren am Wohnort an allen Bewohnern zwischen 20 und 64 Jahren in Prozent, 2015

Die Spanne reicht von 41,21 Prozent im rheinland-pfälzischen Trier bis 70,47 Prozent im thüringischen Hildburghausen.

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
66,75 und mehr	64,17 und mehr	1
63,55 bis u. 66,75	61,77 bis u. 64,17	2
60,35 bis u. 63,55	59,36 bis u. 61,77	3
57,16 bis u. 60,35	56,95 bis u. 59,36	4
53,96 bis u. 57,16	54,55 bis u. 56,95	5
weniger als 53,96	weniger als 54,55	6

11. Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger

Wo wenige Menschen Arbeit finden und viele Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger leben, belastet das die Kommunen doppelt. Zum einen fehlen wichtige Einnahmen aus Steuerzahlungen, zum anderen müssen Kommunen für mehr Sozialleistungen an ihre Bewohner aufkommen.

Maßeinheit: Arbeitslose (insgesamt) und Sozialhilfeempfänger (18 bis 64 Jahre) je 100 Einwohner zwischen 18 und 64 Jahren, 2016

Die Spanne reicht von 1,26 Prozent im bayerischen Eichstätt bis 13,25 Prozent in Bremerhaven. (Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
weniger als 3,16	weniger als 4,77	1
3,16 bis u. 4,30	4,77 bis u. 5,66	2
4,30 bis u. 5,43	5,66 bis u. 6,56	3
5,43 bis u. 6,57	6,56 bis u. 7,46	4
6,57 bis u. 7,70	7,46 bis u. 8,36	5
7,70 und mehr	mehr als 8,36	6

12. Frauenbeschäftigung

Angesichts des demografischen Wandels ist es wichtig, dass möglichst viele Erwerbsfähige auch einer Arbeit nachgehen. Eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen ist daher zukunftsfähig.

Maßeinheit: Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen zwischen 25 und 49 Jahren am Wohnort an allen Frauen der Altersgruppe in Prozent, 2015

Die Spanne reicht von 45,05 Prozent im rheinland-pfälzischen Trier bis 79,65 Prozent im thüringischen Hildburghausen.

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
71,30 und mehr	71,16 und mehr	1
67,06 bis u. 71,30	67,12 bis u. 71,16	2
62,82 bis u. 67,06	63,08 bis u. 67,12	3
58,59 bis u. 62,82	59,05 bis u. 63,08	4
54,35 bis u. 58,59	55,01 bis u. 59,05	5
weniger als 54,35	weniger als 55,01	6

13. Altersbeschäftigung

Weniger Nachwuchs führt dazu, dass die Deutschen künftig länger arbeiten müssen, um die Sozialsysteme zu finanzieren. Die Beschäftigungsquote der über 50-Jährigen zeigt deshalb an, wie gut eine Region darauf schon vorbereitet ist.

Maßeinheit: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Alter von 50 bis 64 Jahren am Wohnort an allen Bewohnern der Altersgruppe in Prozent, 2015

Die Spanne reicht von 40,91 Prozent im rheinland-pfälzischen Eifelkreis Bitburg-Prüm bis 61,42 Prozent im thüringischen Kreis Hildburghausen.

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
58,46 und mehr	57,00 und mehr	1
55,76 bis u. 58,46	54,83 bis u. 57,00	2
53,06 bis u. 55,76	52,67 bis u. 54,83	3
50,36 bis u. 53,06	50,50 bis u. 52,67	4
47,67 bis u. 50,36	48,33 bis u. 50,50	5
weniger als 47,67	weniger als 48,33	6

14. Fremdenverkehr

Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftszweig. Auch strukturschwache, dünn besiedelte Regionen können von ihrer Menschenleere und der Natur profitieren – sofern sie touristisch attraktiv sind. Weil die Übernachtungszahlen je Einwohner gemessen werden, schneiden dünn besiedelte Regionen gut ab, große Städte wie Berlin aber schlecht, weil sich dort die Tourismuseinnahmen auf eine große Bevölkerung verteilen.

Maßeinheit: Übernachtungszahlen im Fremdenverkehr je Einwohner pro Jahr, Mittelwert der Jahre 2012 bis 2016

Die Spanne reicht von 0,36 Übernachtungen im rheinland-pfälzischen Rhein-Pfalz-Kreis bis 43,33 Übernachtungen im Kreis Wittmund in Niedersachsen.

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
12,67 und mehr	10,52 und mehr	1
6,81 bis unter 12,67	7,36 bis unter 10,52	2
3,66 bis unter 6,81	5,15 bis unter 7,36	3
1,96 bis unter 3,66	3,60 bis unter 5,15	4
1,05 bis unter 1,96	2,52 bis unter 3,60	5
weniger als 1,05	weniger als 2,52	6

15. Arbeitsmarktchancen von Migranten

Menschen mit einem ausländischen Pass sind meist häufiger arbeitslos als die deutschen Bewohner. Je kleiner der Abstand zwischen der Arbeitslosenquote von Ausländern und Deutschen ist, umso größer ist die Chancengleichheit in einer Region.

Maßeinheit: Verhältnis der durchschnittlichen Arbeitslosenquote von Ausländern zu jener von deutschen Staatsbürgern, 2017.

Bei perfekter Integration sollten sie sich nicht unterscheiden, was einem Wert von 1 entspricht. Ein Wert von 2 bedeutet, dass doppelt so viele Ausländer keine Arbeit finden wie Deutsche.

Die Spanne reicht von 1,27 im Landkreis Harz in Sachsen-Anhalt bis 5,66 im niedersächsischen Verden.

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
weniger als 1,87	weniger als 2,24	1
1,87 bis unter 2,41	2,24 bis unter 2,51	2
2,41 bis unter 2,94	2,51 bis unter 2,79	3
2,94 bis unter 3,47	2,79 bis unter 3,06	4
3,47 bis unter 4,00	3,06 bis unter 3,33	5
4,00 und mehr	3,33 und mehr	6

Bereich Bildung

Das wichtigste Kapital eines rohstoffarmen Hochindustrialandes ist die intellektuelle Leistungsfähigkeit seiner Bürger und die Verfügbarkeit von Fachkräften. Ohne ausreichenden Bildungsstand kann ein Land im internationalen Wettbewerb nicht bestehen.

16. Schulabgänger ohne Abschluss

Wer die Schule ohne jeglichen Abschluss verlässt, hat geringe Chancen auf Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Im Bundesdurchschnitt trifft dies etwa sechs Prozent aller Schulabgänger.

Maßeinheit: Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss an allen Schulabgängern in Prozent, 2016

Die Spanne reicht von 1,20 Prozent im rheinland-pfälzischen Mainz bis 14,19 Prozent in der Prignitz in Brandenburg.

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
weniger als 2,84	weniger als 4,46	1
2,84 bis unter 4,40	4,46 bis unter 5,61	2
4,40 bis unter 5,97	5,61 bis unter 6,77	3
5,97 bis unter 7,54	6,77 bis unter 7,93	4
7,54 bis unter 9,11	7,93 bis unter 9,09	5
9,11 und mehr	9,09 und mehr	6

17. Jugendarbeitslosigkeit

Ein hoher Anteil jugendlicher Arbeitsloser deutet auf deren niedrige Qualifikation und/oder einen geringen Bedarf an Nachwuchs im Berufsleben hin. Regionen, in denen Jugendliche geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz haben, sind künftig kaum mehr wettbewerbsfähig und von Abwanderung bedroht.

Maßeinheit: Anteil Arbeitsloser zwischen 15 und 24 Jahren an der Bevölkerung der Altersgruppe in Prozent, 2016

Die Spanne reicht von 0,89 Prozent im bayerischen Neumarkt in der Oberpfalz bis 7,71 Prozent in der brandenburgischen Uckermark.

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
weniger als 1,58	weniger als 2,30	1
1,58 bis unter 2,19	2,30 bis unter 2,80	2
2,19 bis unter 2,81	2,80 bis unter 3,30	3
2,81 bis unter 3,42	3,30 bis unter 3,80	4
3,42 bis unter 4,03	3,80 bis unter 4,30	5
4,03 und mehr	4,30 und mehr	6

18. Hochqualifizierte

Viele Arbeitskräfte mit einem akademischen Berufsabschluss sind ein Maß für das Vorhandensein von Arbeitsplätzen in zukunftsfähigen Wirtschaftsbereichen.

Maßeinheit: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einem akademischen Abschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort in Prozent, 2017

Die Spanne reicht von 4,83 Prozent im Kreis Südwestpfalz in Rheinland-Pfalz bis 33,16 Prozent im bayerischen Erlangen.

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
19,46 und mehr	21,45 und mehr	1
14,69 bis u. 19,46	17,80 bis u. 21,45	2
11,09 bis u. 14,69	14,78 bis u. 17,80	3
8,37 bis u. 11,09	12,27 bis u. 14,78	4
6,32 bis u. 8,37	10,18 bis u. 12,27	5
weniger als 6,32	weniger als 10,18	6

Bereich Familienfreundlichkeit

Eine stabile Gesellschaft braucht Nachwuchs. Und dieser benötigt ein familienfreundliches Umfeld mit einer ausgewogenen Aufgabenverteilung in den Familien, einem ausreichenden Angebot an Kinderbetreuung sowie genügend Platz zum Wohnen.

19. Elterngeldbezieher: Verhältnis von Müttern und Vätern

Je mehr Väter Elterngeld beziehen, desto gleichwertiger beteiligen sie sich vermutlich an der Familienarbeit. Der Indikator steht für das Maß der Geschlechtergleichheit in einer Region.

Maßeinheit: Zahl der Mütter mit Elterngeldbezug je Vater mit Elterngeldbezug, Mittelwert der Quartale im Jahr 2017

Die Spanne reicht von 3,68 Mütter je Vater mit Elterngeldbezug im baden-württembergischen Heidelberg bis 12,59 Mütter je Vater in Wilhelmshaven in Niedersachsen.

(Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
weniger als 4,25	weniger als 4,59	1
4,25 bis unter 5,38	4,59 bis unter 5,35	2
5,38 bis unter 6,51	5,35 bis unter 6,12	3
6,51 bis unter 7,63	6,12 bis unter 6,89	4
7,63 bis unter 8,76	6,89 bis unter 7,65	5
8,76 und mehr	7,65 und mehr	6

20. Ganztagsbetreuung

Ein hoher Anteil an unter Sechsjährigen, die ganztätig eine Kindertagesstätte besuchen können, erleichtert es Eltern, Berufs- und Familienleben miteinander zu verbinden.

Maßeinheit: Anteil der Kinder unter sechs Jahren in Ganztagsbetreuung an allen Kindern der Altersgruppe in Prozent, 2016

Die Spanne reicht von 3,23 Prozent im bayerischen Regensburg bis 73,68 Prozent im thüringischen Weimar. (Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
46,36 und mehr	54,48 und mehr	1
33,35 bis u. 46,36	46,08 bis u. 54,48	2
23,99 bis u. 33,35	37,68 bis u. 46,08	3
17,26 bis u. 23,99	29,28 bis u. 37,68	4
12,41 bis u. 17,26	20,87 bis u. 29,28	5
weniger als 12,41	weniger als 20,87	6

21. Wohnraum: Anteil der Wohnungen mit 3 und mehr Räumen

In vielen Städten wird durch Zuzug der Wohnraum knapp. Gerade Familien fällt es schwer, Wohnungen mit ausreichend Platz zu finden. Ein hoher Anteil von größeren Wohnungen spricht für Familienfreundlichkeit.

Maßeinheit: Anteil der Wohnungen mit drei und mehr Räumen am gesamten Wohnungsbestand in Prozent, 2016

Die Spanne reicht von 68,44 Prozent in der bayerischen Landeshauptstadt München bis 96,86 Prozent in der rheinland-pfälzischen Südwestpfalz.

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen)

Benotungsschlüssel		
Kreise	Bundesländer	Note
95,10 und mehr	91,83 und mehr	1
93,47 bis u. 95,10	90,53 bis u. 91,83	2
90,90 bis u. 93,47	88,29 bis u. 90,53	3
86,82 bis u. 90,90	84,42 bis u. 88,29	4
80,35 bis u. 86,82	77,74 bis u. 84,42	5
weniger als 80,35	weniger als 77,74	6

Trendnoten

Für die Bewertung der Zukunftsfähigkeit einer Region ist nicht nur der gegenwärtige Zustand relevant, sondern auch die Entwicklung in den vergangenen Jahren. Für die Bereiche Demografie und Wirtschaft wurde deshalb jeweils eine Trendnote berechnet. Die Trendnote bewertet, wie sich die Indikatoren in den Bereichen Demografie und Wirtschaft zwischen zwei Zeiträumen entwickelt hat. Die Benotung des Entwicklungstrends folgt der gleichen Methodik wie die Bewertung der anderen Indikatoren. Für die Trendnoten wurden die Rohdaten auf den aktuellen Gebietsstand angepasst, sodass die Trendnoten auch für jene Kreise berechnet werden konnten, in denen zwischenzeitlich Gebietsreformen durchgeführt wurden.*

23. Trendnote Demografie

Für die Trendnote Demografie wurden die Indikatoren Kinderzahl je Frau und Wanderung jeweils für die Zeiträume 2009 bis 2012 sowie 2013 bis 2016 errechnet. Indikator Lebenserwartung vergleicht die Zeiträume zwischen 1993/94/95 und 2013/14/15. Die Indikatoren Anteil unter 35-Jähriger und Hochbetagte wurden jeweils für die Zeiträume 2010 bis 2013 und 2014 bis 2017 berechnet.

24. Trendnote Wirtschaft

Zur Ermittlung der Trendnote Wirtschaft wurden die Indikatoren verfügbares Haushaltseinkommen, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger und Fremdenverkehr jeweils für die Zeiträume 2009 bis 2012 sowie 2013 bis 2016 errechnet. Für den Indikator kommunale Schulden wurden die Zeiträume 2011 bis 2013 sowie 2014 bis 2016 herangezogen. Die Indikatoren Beschäftigung, Frauenbeschäftigung und Altersbeschäftigung vergleichen die Zeiträume 2008 bis 2011 und 2012 bis 2015.

* Änderung im Vergleich zur Vorgängerstudie: 2011 wurden keine Trendnoten für jene Kreise berechnet, bei denen Gebietsreformen im betreffenden Zeitraum durchgeführt wurden.

Bevölkerungsprognose

Prognose auf der Basis der Komponentenmethode

Das Modell der Bevölkerungsprognose basiert auf einer jahrgangsweisen Fortschreibung der nach Altersjahren und Geschlecht aufgliederten Bevölkerung in den Landkreisen und kreisfreien Städten (Komponentenmethode). Dabei bildet das Jahr 2017 (31.12.) die Ausgangsbasis der Prognose.

Schätzung der Geborenen

Die Schätzung eines neuen Geborenenjahrgangs erfolgt auf der Basis von (im Drei-Jahres-Durchschnitt geglätteten) altersspezifischen Geborenenraten der Frauen (im Alter von 15 bis unter 50 Jahren) auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte. Auf diese Weise gehen regionsspezifische Unterschiede im generativen Verhalten in die Prognose ein. Darüber hinaus werden mit Hilfe längerer Zeitreihen Trends in das Modell integriert, sodass beispielsweise Angleichungstendenzen des generativen Verhaltens zwischen den Regionen berücksichtigt werden.

Schätzung der Sterbefälle

Die Zahlen der Sterbefälle nach Alter und Geschlecht werden über regions-, alters- und geschlechtsspezifische Sterberaten bzw. Überlebenswahrscheinlichkeiten ermittelt. Sie werden ebenfalls aus geglätteten Werten (Drei-Jahres-Durchschnitt) der Sterbefälle für die einzelnen Stadt- und Landkreise berechnet. Darüber hinaus wird ein regionsspezifischer Trend zur Verlängerung der Lebenserwartung auf Basis der letzten zehn Jahre berücksichtigt.

Vorausberechnung von Wanderungen

Die Abschätzung der zukünftigen Wanderungen (Zu- und Fortzüge) geht mit größeren Unsicherheiten bei der Vorausberechnung einher. Als Ausgangsbasis werden die Zu- und Fortzüge über regions-, geschlechts- und altersspezifische Zu- und Fortzugsraten ermittelt, die aus den entsprechenden Werten der letzten sechs Jahre bestimmt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Mobilität junger Menschen im Alter von 18 bis 35 Jahren zukünftig in Relation zu den übrigen Altersjahrgängen noch weiter steigt. Aufgrund der stark überdurchschnittlichen Zuwanderung Geflüchteter und ihrer ungleichen Verteilung auf die einzelnen Kreise werden die Jahre 2015 und 2016 nicht einbezogen. Sofern einzelne Jahre an bestimmten Standorten durch Sonderereignisse ebenfalls verzerrt sind, wurden diese Jahre auch aus der Betrachtung ausgeblendet. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die Zuwanderung nach Deutschland in den ersten Jahren der Prognose höher ausfallen wird als gegen Ende des Prognosezeitraumes. Diese Überlegung leitet sich aus der Annahme einer Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den aktuellen Herkunftsgebieten (vor allem Osteuropa, Südosteuropa und auch Südeuropa) und einem zugleich rückläufigen Potenzial mobiler Bevölkerung ab. Auch für den Zuzug aus Drittstaaten wird eine rückläufige Entwicklung angenommen. Insgesamt wird über den Zeitraum 2018 bis 2035 von einem durchschnittlichen jährlichen Wanderungssaldo für Deutschland von rund 260.000 Personen ausgegangen.

QUELLEN

Gesamtbewertung

- 1 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de; Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- 2 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Deutschland wächst – aber nicht überall. Bonn. <https://bit.ly/2HmoaU1> (03.09.18).
- 3 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Innovationsindex 2018 für die Kreise und Regionen in Baden-Württemberg. Stuttgart. <https://bit.ly/2UysAtz> (13.03.2019).

Bevölkerungsprognose

- 1 Statistisches Bundesamt (2018). Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991-2017. Bevölkerung. Wiesbaden.
- 2 siehe Endnote 1
- 3 Cima (2019). Cima Deutschlandprognose. Hannover.
- 4 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- 5 siehe Endnote 3
- 6 siehe Endnote 3
- 7 Bogumil, J. et al. (2018). Die Zukunft des Ruhrgebiets – Was kommt nach dem Strukturwandel? Thesen. Bochum.
- 8 Damm, T., Dähler, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2017). Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- 9 siehe Endnote 4
- 10 Statistisches Bundesamt (2018). Geburtenziffer 2017 leicht gesunken. Wiesbaden. <https://bit.ly/2F8p2c3> (16.11.18).
- 11 siehe Endnote 4
- 12 Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2019). Vereintes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale).
- 13 siehe Endnote 4
- 14 siehe Endnote 3

Die wichtigsten Ergebnisse

1. Zuwanderung und Integration

- 1 United Nations (2017). International Migration Report 2017. Highlights. New York.
- 2 Statistisches Bundesamt (2018). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2017. Wiesbaden.
- 3 Slupina, M. (2018). Einflussfaktoren des demographischen Wandels. Expertise. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- 4 Hartmann, M. (2016). Auswirkungen der Migration auf den deutschen Arbeitsmarkt. WISTA – Wirtschaft und Statistik, Sonderheft Arbeitsmarkt und Migration. Wiesbaden.

5 Sievert, S. (2016). Internationale Arbeitskräfte einstellen. Der rechtliche Rahmen und die Spielräume der Arbeitgeber. Berlin.

6 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.

7 siehe Endnote 6

8 Statistisches Bundesamt (2018). Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 1991-2017. Bevölkerung. Wiesbaden.

9 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2019). Aktuelle Zahlen zu Asyl. Januar 2019. Nürnberg.

10 siehe Endnote 2

11 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2018). Zuwanderungsmonitor. Aktuelle Daten und Indikatoren. November 2018. Nürnberg.

12 Bundesagentur für Arbeit (2018). Flucht-migration. Arbeitsmarkt kompakt November 2018. Nürnberg.

13 Bundesagentur für Arbeit (2017). Arbeitslosigkeit auf Stadt- und Landkreisebene. Nürnberg. <https://bit.ly/1XOFLSI>.

14 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). Das Bundesamt in Zahlen 2015. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.

15 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018). Das Bundesamt in Zahlen 2017. Asyl, Migration und Integration. Nürnberg.

16 siehe Endnote 15

2. Teilhabechancen und Engagement

1 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018). Auftaktsitzung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Berlin.

2 Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (ohne Jahr). Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Art 72. <https://bit.ly/2u96FgF> (13.12.18).

3 Der Bundeswahlleiter (2018). Bundestagswahl 2017. Wahlatlas. <https://bit.ly/2jhEVBg> (13.12.18).

4 Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018). Auftaktsitzung der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Berlin.

5 Slupina, M., Damm, T. & Klingholz, R. (2016). Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändert. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

6 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.

7 siehe Endnote 6

8 Bundesministerium für Familie, Senioren & Frauen und Jugend (2016). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys. Berlin.

9 Kröhnert, S., Kuhn, E., Karsch, M. & Klingholz, R. (2011). Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

10 ZiviZ im Stiftungsverband (2018). Vereinssterben in ländlichen Regionen - Digitalisierung als Chance. Berlin.

11 Damm, T., Dähler, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2017). Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

12 ZiviZ gGmbH (2016). ZiviZ-Vereinsliste 2016. Stand August 2016. Berlin.

3. Familienpolitik und Kinderzahlen

1 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.

2 siehe Endnote 1

3 siehe Endnote 1

4 Statistisches Bundesamt (2018). Geburtenanstieg setzte sich 2016 fort. Wiesbaden. <https://bit.ly/2XSVR45> (09.01.19).

5 siehe Endnote 1

6 siehe Endnote 1

7 Statistisches Bundesamt (2016). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungsergebnisse - Übersichtstabellen. Wiesbaden.

8 siehe Endnote 1

9 Milewski, N. (2010). Fertility of Immigrants. A Two-generational Approach in Germany. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag Berlin Heidelberg.

10 siehe Endnote 1

11 DIW Berlin (2018). Elterngeld: Ein Gewinn für die Gleichstellung der Geschlechter. IW-Kurzbericht. Berlin.

12 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018). Väterreport. Vater sein in Deutschland heute. Berlin.

13 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018). Familienreport 2017. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin.

14 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2018). Kindertagesbetreuung Kompakt. Ausbaustand und Bedarf 2017. Berlin.

15 Bertelsmann Stiftung (2018). Personal und Einrichtungen: Bildung fördern – Qualität sichern. Personalschlüssel. <https://bit.ly/2Ci7gB8> (28.08.18).

16 Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V., Maget, K., Müller, R., Rösler, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

17 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2015). Gewollt oder ungewollt? Der Forschungsstand zu Kinderlosigkeit. BIB Working Paper 2/2015. Wiesbaden.

18 Statistisches Bundesamt (2019). Staat & Gesellschaft - Eltern- und Betreuungsgeld. Beendete Leistungsbezüge 2015. Wiesbaden.

4. Alterung und Sozialsysteme

1 Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2018). Staatseinnahmen und Staatsausgaben: Deutschland dick im Plus. Dank der guten Konjunktur und der sinkenden Arbeitslosigkeit wächst der Überschuss im deutschen Staatshaushalt. Köln. <https://bit.ly/2T2sx7J> (11.01.19).

2 Bundesministerium der Finanzen (2016). Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Berlin.

3 Klingholz, R. (2016). Deutschlands Demografische Herausforderungen. Wie sich unser Land langsam aber sicher wandelt. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

4 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.

5 Statistisches Bundesamt (2015). 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Bevölkerung Deutschlands bis 2060. Wiesbaden.

6 siehe Endnote 5

7 Deutsche Rentenversicherung (2018). Statistische Analysen zu den Versicherten der Deutschen Rentenversicherung Versichertenbericht 2018. Statistische Analysen zu den Versicherten der Deutschen Rentenversicherung. Berlin.

8 siehe Endnote 2

9 Statistisches Bundesamt (2018). Bruttoinlandsprodukt 2017 für Deutschland. Begleitmaterial zur Pressekonferenz. Berlin.

10 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2018). Sozialbudget 2017. Berlin.

11 Statistisches Bundesamt (2018). Deutschland hat die zweithöchste Erwerbstätigenquote der EU. Wiesbaden. <https://bit.ly/2J8YFXB> (11.01.18).

12 siehe Endnote 11

13 Sütterlin, S. (2017). Hohes Alter, aber nicht für alle. Wie sich die soziale Spaltung auf die Lebenserwartung auswirkt. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

14 Deutsche Rentenversicherung (2018). Rentenversicherung in Zeitreihen. DRV-Schriften Band 22. Berlin.

15 Deutsche Rentenversicherung (2018). Rentenatlas 2018. Berlin.

16 siehe Endnote 14

17 Halle Institute for Economic Research (2018). Zu den rentenpolitischen Plänen im Koalitionsvertrag 2018 von CDU, CSU und SPD: Konsequenzen, Finanzierungsoptionen und Reformbedarf. IWH Discussion Papers. Halle (Saale).

18 siehe Endnote 17

19 siehe Endnote 14

- 20 Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2017). Kosten der schwarz-roten Rentenpolitik – eine Heuristik. Was kosten die zusätzliche Mütterrente und die abschlagfreie Rente mit 63? Reicht die Rente künftig noch über das Grundversicherungsniveau? IW Policy Paper. Köln.
- 21 Bundesregierung (2018). Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin.
- 22 Munich Center for the Economics of Aging (2018). Die Kosten der doppelten Haltelinie. Mea Discussion Papers. München.
- 23 Bundesministerium der Finanzen (2019). Bundeshaushalt. Jahresvergleich. Rentenversicherung und Grundversicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit. Berlin.
- 24 siehe Endnote 14
- 25 Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2017). Rentenversicherungsbericht 2017. Bericht der Bundesregierung. Berlin.
- 26 siehe Endnote 25
- 27 siehe Endnote 25
- 28 Deutsches Institut für Altersvorsorge GmbH (2017). Altersarmut - heute und in der Zukunft. Berlin.
- 5. Gesundheit und Pflege**
- 1 Bundesministerium der Finanzen (2016). Vierter Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen. Berlin.
- 2 Paque, K.-H. (2010). Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus. München: Carl Hanser Verlag.
- 3 Statistisches Bundesamt (2018). Gesundheitsausgaben pro Tag überschreiten Milliardengrenze. Wiesbaden. <https://bit.ly/2VUSvG> (18.01.19).
- 4 Sütterlin, S. (2017). Hohes Alter, aber nicht für alle. Wie sich die soziale Spaltung auf die Lebenserwartung auswirkt. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- 5 siehe Endnote 4
- 6 OECD (2018). OECD Health Statistics 2018. <https://bit.ly/1mXOYmV> (18.01.19).
- 7 Richter, W.F. (2010). Finanzierung des Krankenversicherungsschutzes: Entgleiste Reformdebatte wieder auf Spur. IZA Standpunkte Nr. 29. Bonn.
- 8 Dicker, D. et al. (2018). Global, regional, and national age-sex-specific mortality and life expectancy, 1950–2017. A systematic analysis for the Global Burden of Disease Study 2017. The Lancet. Amsterdam.
- 9 Eurostat (2018). Online-Datenbank. Luxemburg. <https://bit.ly/2Tx9YOk>.
- 10 siehe Endnote 6
- 11 siehe Endnote 4
- 12 Bertelsmann Stiftung (2016). Pflege in Deutschland im Jahr 2030 – regionale Verteilung und Herausforderungen. LebensWerteKommune. Gütersloh.
- 13 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- 14 siehe Endnote 13
- 15 Kochskämper, S. (2018). Die Entwicklung der Pflegefallzahlen in den Bundesländern: Eine Simulation bis 2035. IW-Report No. 33. Köln.
- 16 Dpa (25.04.18). Mehr als 25.000 Pflegekräfte fehlen. Immer wieder wird darüber diskutiert, dass es in Deutschland an Pflegekräften mangelt. Doch wie viele fehlen genau? Die Bundesregierung nennt nun Zahlen. Ärzte Zeitung. <https://bit.ly/2O1RLSB> (18.01.19).
- 17 Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (2014). Arbeit in der Pflege – Arbeit am Limit? Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche. Factsheet 10. Dortmund.
- 18 Institut DGB-Index Gute Arbeit (2018). Arbeitsbedingungen in der Alten- und Krankenpflege. So beurteilen die Beschäftigten die Lage. Ergebnisse einer Sonderauswertung der Repräsentativumfragen zum DGB-Index Gute Arbeit. Berlin. <https://bit.ly/2VP5PBM> (21.01.19).
- 19 Statistisches Bundesamt (2018). 3,4 Millionen Pflegebedürftige zum Jahresende 2017. Wiesbaden. <https://bit.ly/2O2YL1i> (18.01.19).
- 20 Ernst-Abbe-Hochschule Jena (2018). Fachkräftemangel in der Pflege. Kritische Situationsbewertung und Skizzierung einer Handlungsalternative. Jena.
- 21 Rothgang, H. & Müller, R. (2017). Pflege-report 2018. Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse. Berlin.
- 6. Arbeitsmarkt und Beschäftigung**
- 1 Statistisches Bundesamt (2018). Über 45 Millionen Erwerbstätige im 3. Quartal 2018. Wiesbaden. <https://bit.ly/2VWVpXR> (09.01.19).
- 2 Statistisches Bundesamt (2018). Arbeitsmarkt. Erwerbstätige im Inland nach Wirtschaftssektoren. Wiesbaden.
- 3 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- 4 Klingholz, R. (2016). Deutschlands demografische Herausforderungen. Wie sich unser Land langsam aber sicher wandelt. Discussion Paper. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- 5 Siehe Endnote 3
- 6 Crößmann, A., Mischke, J. & Hoffmann, J. (2018). Arbeitsmarkt auf einen Blick – Deutschland und Europa - Ausgabe 2018. Wiesbaden.
- 7 Eurostat (2018). Online-Datenbank. Luxemburg. <https://bit.ly/2Tx9YOk>.
- 8 siehe Endnote 6
- 9 siehe Endnote 7
- 10 siehe Endnote 7
- 11 Mümken, S. & Brussig, M. (2012). Alterserwerbsbeteiligung in Europa. Deutschland im internationalen Vergleich. Altersübergangs-Report 2012-01. Düsseldorf.
- 12 Fuchs, J., Söhnlein, D. & Weber, B. (2017). Arbeitskräfteangebot sinkt auch bei hoher Zuwanderung. Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060. IAB-Kurzbericht 6/2017. Nürnberg.
- 13 Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2018). Aufschwung auf dem Prüfstand. DIHK-Konjunkturumfrage bei den Industrie- und Handelskammern. Berlin.
- 14 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2018). IAB-Stellenerhebung. Anzahl offener Stellen. Nürnberg. <https://bit.ly/2mTLF9f> (08.01.19).
- 15 Bundesagentur für Arbeit (2018). Fachkräfteengpassanalyse (Blickpunkt Arbeitsmarkt). Nürnberg.
- 16 Bundesagentur für Arbeit (2018). Engpassanalyse. Statistik visualisiert. <https://bit.ly/2F5VoUN> (09.01.19).
- 17 siehe Endnote 16
- 18 Dähler, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2018). Eine Region, viele Aussichten. Wie der demografische und wirtschaftliche Wandel Westfalen fordert. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- 19 Düll, N. (2016). Arbeitsmarkt 2030. Digitalisierung der Arbeitswelt. München.
- 20 Zika, G., Helmrich, R., Maier, T., Weber, E. & Wolter, M. I. (2018). Regionale Branchenstruktur spielt eine wichtige Rolle. Arbeitsmarkteffekte der Digitalisierung bis 2035. IAB-Kurzbericht 9/2018. Nürnberg.
- 21 Cima (2019). Cima Deutschlandprognose. Hannover.
- 22 Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2017). Demografieportal. Erwerbsbeteiligung von Älteren und Frauen nimmt zu. <https://bit.ly/2LThxGm> (14.03.2019)
- 7. Digitalisierung**
- 1 Bundesregierung (2014). Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin.
- 2 TÜV Rheinland (2018). Bericht zum Breitbandatlas Mitte 2018 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Berlin.
- 3 Bundesregierung (2018). Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Berlin.
- 4 Reuters (21.11.2018). Forschungsministerin - 5G nicht an jeder Milchkanne erforderlich. <https://bit.ly/2TJ5HGx> (13.03.2019).
- 5 Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019). Wissenswertes zum DigitalPakt Schule. <https://bit.ly/2uEwHIA> (18.03.2019).
- 6 Wiechmann, T. & Terfrüchte, T. (2017). Smart Country regional gedacht – Teilräumliche Analysen für digitale Strategien in Deutschland. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- 7 Prognos AG & Index Gruppe (2018). Der Digitalisierungskompass 2018. Die Trends. Berlin.
- 8 Prognos AG & Index Gruppe (2018). Digitalisierungskompass: Stadt-Land-Kluft verfestigt sich. Berlin. <https://bit.ly/2J96VH5> (13.03.2019).
- 9 Deloitte (2018). Deutschlands Tech-Hubs. Performance und Potenzial der deuten Metropolen.
- 10 siehe Endnote 9
- 11 siehe Endnote 9
- 12 KPMG (2018). Deutscher Startup Monitor 2018. Neue Signale, klare Ziele. Berlin.
- 13 siehe Endnote 12
- 14 Dengler, K., Matthes, B. & Wydra-Somaggio, G. (2018). Regionale Branchen- und Berufsstrukturen prägen die Substituierbarkeitspotenziale. IAB Kurzbericht. Nürnberg.
- Die Entwicklung der Bundesländer**
- In jedem Kapitel wiederkehrende Datengrundlagen für Steckbriefe sowie die Bevölkerungsentwicklung und Prognose der Kreise (eigene Berechnungen):*
- Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- Cima (2019). Cima Deutschlandprognose. Hannover.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart. <https://bit.ly/2TMn6hu> (15.08.18).
- Schleswig-Holstein und Hamburg**
- 1 Deutscher Bundestag (2011). Atomausstieg und Energiewende als „Herkulesaufgabe“. <https://bit.ly/2XUDdZu> (04.09.18).
- 2 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2012). Statistik informiert. Stromerzeugung in Schleswig-Holstein 2011. Hamburg.
- 3 Landesportal Schleswig-Holstein (2018). Atomausstieg. <https://bit.ly/2SZCiUO> (27.08.18).
- 4 Bundesverband Windenergie e.V. (2016). Wind bewegt Schleswig-Holstein. Informationen zur Windenergie 2016. Berlin.
- 5 Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2018). Erneuerbare Energien in Zahlen für Schleswig-Holstein. Kiel.
- 6 Landesportal Schleswig-Holstein (2018). Erneuerbare Energien. <https://bit.ly/2TyphGg> (27.08.18).
- 7 Landesportal Schleswig-Holstein (2018). Energiewirtschaft. <https://bit.ly/2NZa4rR> (27.08.18).
- 8 Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (2018). Unser Klima: wirtschaftsfreundlich. <https://bit.ly/2HgxQL> (27.08.18).
- 9 Agentur für Erneuerbare Energien e.V. (2018). Bundesländer-Übersicht zu Erneuerbaren Energien. <https://bit.ly/2UwX3N9> (27.08.18).
- 10 Wirtschaftsförderung und Technologietransfer Schleswig-Holstein GmbH (ohne Jahr). Windenergie. Kiel.
- 11 Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018). Regionaldatenbank Deutschland. Wiesbaden.
- 12 Statistisches Bundesamt (2018). 431 000 Tonnen Weißkohl im Jahr 2016 geerntet. Wiesbaden. <https://bit.ly/2CbV2Kjl> (26.09.18).
- 13 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.
- 14 siehe Endnote 9

15 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.

16 siehe Endnote 15

17 Freie und Hansestadt Hamburg (2017). Familien in Hamburg. Lebenslagenbericht. Hamburg.

18 Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (2018). 8-Euro-Wohnungsbauprojekt: Modellvorhaben des Senats gehen in die Umsetzung. <https://bit.ly/2u2487Y> (05.09.18).

19 Schröder, A. (14.08.2018). Umschlagsmen-gen im Hamburger Hafen stagnieren. Deutschlandfunk. <https://bit.ly/2F51N2s> (28.08.18).

20 Kreativ Gesellschaft, H. (Hrsg.) (2016). 2. Kreativwirtschaftsbericht für Hamburg. Hamburg: Hamburg Kreativ.

21 Metropolregion Hamburg (2018). Das kreative Mekka der Medien- und Informationswirtschaft. <https://bit.ly/2TKC9b> (28.08.18).

22 Hamburg Invest (2018). Luftfahrtindustrie. <https://bit.ly/2TuSvpi> (28.08.18).

23 Statistisches Bundesamt (2018). Finanzen und Steuern. Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts 2017. Wiesbaden.

24 Statistisches Bundesamt (2018). Öffentliche Schulden im Jahr 2017 um 2,1 % niedriger als im Vorjahr. Wiesbaden. <https://bit.ly/2j6VNuo> (28.08.18).

25 Hochschule Hannover (2018). Analyse der Verluste aus der Finanz- und Schifffahrtskrise der HSH Nordbank AG und deren Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Hannover.

26 Schröder, A. (01.02.2018). Wie Hamburg die Notbremse zog. Kostenexplosion bei der Elbphilharmonie. Deutschlandfunk Kultur. <https://bit.ly/2HgFtW7> (30.08.18).

27 Stadt Hamburg (2018). Investieren, konsolidieren, Hamburgs Wachstum gestalten. Senat beschließt Haushaltsplan-Entwurf für die Jahre 2019/2020 und Finanzplanung bis 2022. <https://bit.ly/2u45Iqf> (28.08.18).

28 Bertelsmann Stiftung (2018). Betreuungswunsch und Betreuungsquote 2017. www.laendermonitor.de (28.08.18).

29 Bertelsmann Stiftung (2017). Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2018. Key Facts.

Niedersachsen und Bremen

1 Rosenfeld, D. (27.11.2014). Kommt her zu mir! Zeit. <https://bit.ly/1vlnO30> (21.09.18).

2 Niedersächsische Landesregierung (2014). Südniedersachsenprogramm. Beschlussstext. Hannover.

3 Damm, T., Dähler, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2017). Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

4 siehe Endnote 3

5 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.

6 siehe Endnote 5

7 brementports GmbH & Co. KG (ohne Jahr). Kurs Zukunft: JadeWeserPort. Der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven. Wilhelmshaven.

8 Stadt Wilhelmshaven (2018). WHV Statistik 2019. Güterumschlag der Seeschifffahrt. Wilhelmshaven.

9 JadeWeserPort-Marketing GmbH & Co. KG (ohne Jahr). Das GVZ JadeWeserPort. Mehrwert durch Leistung, Service und Fläche. Wilhelmshaven.

10 Volkswagen Group (2018). Volkswagen Konzern siedelt in Wilhelmshaven neues Verpackungszentrum für Autoteile an. <https://bit.ly/2F8oKBZ> (22.11.18).

11 Enercon GmbH (ohne Jahr). ENERCON Unternehmen. <https://bit.ly/2XWMLLo> (22.11.18).

12 Stadt Wolfsburg (2018). Arbeitsmarktbericht 2018 Stadt Wolfsburg. Wolfsburg.

13 Volkswagen Aktiengesellschaft (2018). Volkswagen AG Wolfsburg. <https://bit.ly/2TvXZ3b> (22.11.18).

14 Wirtschaftsförderung Region Hannover (2018). Trends und Fakten 2018. Hannover.

15 Stanat, P., Schipolowski, S., Rjosk, C., Weirich, S. & Haag, N. (Hrsg.) (2017). IQB-Bildungstrend 2016. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster: Waxmann.

16 Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2018). INSM-Bildungsmonitor 2018. Teilhabe, Wohlstand und Digitalisierung. Köln.

17 IW Consult GmbH (2018). Städteranking 2018. Köln.

18 Handelskammer Bremen (2018). Bremen ist sechstgrößte Industriestadt. Umsatzplus sorgt für Aufstieg im Städteranking. Bremen. <https://bit.ly/2TOvmlP> (22.11.18).

19 Wirtschaftsförderung Bremen (2018). Wissenschaftsstandort Bremen. Bremen. <https://bit.ly/2TNRTdI> (07.11.18).

20 Statistisches Landesamt Bremen (2018). Wirtschaftswachstum 2017 in Bremen: Industrie und Bau sorgen für kräftiges Wachstum. Bremen. <https://bit.ly/2CjnmuC> (22.11.18).

21 Statistisches Bundesamt (2018). Staat & Gesellschaft – Schulden, Finanzvermögen. <https://bit.ly/2jhKNui> (07.11.18).

22 siehe Endnote 21

23 Arbeitnehmerkammer Bremen (2017). Statistischer Jahresbericht 2017. Bremen.

24 siehe Endnote 23

25 Bürger- und Ordnungsamt Bremerhaven, Abteilung Statistik und Zahlen (2017). Jahresbericht des Magistrats über die Verwaltung und den Stand der Stadtangelegenheiten. Bremerhaven.

26 Stadt Bremerhaven (ohne Jahr). Rund um die Havenwelten. Bremerhaven wächst am Meer. Die Architektur ist mutig, die Themen wegweisend. <https://bit.ly/2CbJey3> (22.11.18).

27 Klimahaus Bremerhaven 8° Ost (2018). Presseinformation. Besucher geben Klimahaus Bestnoten. Umfragewerte aus 2017 bestätigen Kurs der Wissens- und Erlebniswelt. Bremerhaven.

Mecklenburg-Vorpommern

1 Der Spiegel (06.08.1990). Urlaub: Und keener kommt. <https://bit.ly/2NY2SvS> (19.11.18).

2 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2018). Statistisches Jahrbuch Mecklenburg-Vorpommern 2018. Schwerin.

3 Norddeutscher Rundfunk (20.08.2018). Tourismus: Neuer Übernachtungsrekord für MV?. <https://bit.ly/2XTIPfJ> (05.11.18).

4 Kords, G. (15.08.2018). Usedom: Die Insel platzt. Zeit. <https://bit.ly/2HlAp2T> (05.10.18).

5 Bundesagentur für Arbeit (2018). Pendleratlant. Nürnberg. <https://bit.ly/2UxLojh> (21.08.18).

6 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.

7 siehe Endnote 2

8 siehe Fußnote 2

9 siehe Fußnote 2

10 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.

11 F+B GmbH (2017). F+B-Mietspiegelindex 2017 veröffentlicht. Hamburg. <https://bit.ly/2HrYXWV> (12.10.18).

12 Drieschner, F. (07.06.16). Mecklenburg-Vorpommern: Schwerin liegt jetzt an der Alster. Zeit. <https://bit.ly/2j5KClz> (12.10.18).

13 siehe Endnote 5

14 Klüter, H. (2018). Folgen der Kreisgebietsreform und Entwicklungschancen für das östliche Mecklenburg-Vorpommern, Universität Greifswald. Greifswald.

15 siehe Endnote 14

16 Kröhnert, S., Kuhn, E., Karsch, M. & Klingholz, R. (2011). Die Zukunft der Dörfer. Zwischen Stabilität und demografischem Niedergang. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

17 Damm, T., Dähler, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2017). Von Kirchtürmen und Netzwerken. Wie engagierte Bürger das Emsland voranbringen. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

18 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2016). Wahl zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern 2016. <https://bit.ly/2czkKfP> (05.11.18).

Brandenburg und Berlin

1 Oerding, H. (11.11.2018). Google Campus: Immer Ärger mit den Nachbarn. Zeit. <https://bit.ly/2XTOZot> (16.11.18).

2 Siemens AG (ohne Jahr). 600 Millionen Euro für Berlin: Siemens unterzeichnet Zukunftspakt für den Industriestandort Deutschland. <https://sie.ag/2u5jQIK> (08.01.19).

3 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (2018). Berliner Wirtschaft im Höhenflug - 2017 Wachstum von 3,1 %. Berlin. <https://bit.ly/2OoRQWL> (11.09.18).

4 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (2018). Konjunkturbericht. Zur wirtschaftlichen Lage in Berlin. 3. Quartal 2018. Berlin.

5 Schmundt, H. (11.14.2018). Berlin: Alle 20 Stunden ein neues Start-up. Spiegel Online. <https://bit.ly/2NYoE2B> (16.11.18).

6 Investitionsbank Berlin (2017). Hohes Tempo in der Digitalen Wirtschaft (Berlin aktuell). Berlin.

7 Hubschmid, M. & Álvarez, S. (01.10.18). Zalando baut die Stadt in der Stadt. Der Tagespiegel. <https://bit.ly/2NYpmwQ> (04.10.18).

8 Diermeier, M. & Goecke, H. (11.10.2017). Wohlstand: Ohne die Hauptstadt meist geringer. <https://bit.ly/2CcAD84> (25.09.18).

9 Pop, R. (03.10.18). In Berlin schlägt das Herz der Deutschen Einheit. Gastbeitrag. Handelsblatt. <https://bit.ly/2003xNj> (16.11.18).

10 Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe (ohne Jahr). Berlins Industriegeschichte – Berlin erfindet sich immer wieder neu. <https://bit.ly/2NZopV4> (16.11.18).

11 Investitionsbank Berlin (2005). Berlins Industrie nach der Wiedervereinigung. Was bringt die neue Gründerzeit? Berlin.

12 Müller-Jentsch, D., Maget, K. & Klingholz, R. (2015). Berlin 2030. Grundzüge einer smarten Wachstumsstrategie. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

13 Berliner Sparkasse (2017). Arbeitsmarkt in Berlin (Berlin-Trends). Berlin.

14 Investitionsbank Berlin (2018). IBB Wohnungsmarktbericht 2017. Berlin.

15 Statistisches Bundesamt (2018). Geburtenziffer 2017 leicht gesunken. Wiesbaden. <https://bit.ly/2F8p2c3> (16.11.18).

16 Statistisches Bundesamt (2016). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungsergebnisse - Übersichtstabellen. Wiesbaden.

17 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2018). Natürliche Bevölkerungsbewegung. Lange Reihe. Stand 2017. Potsdam.

18 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.

19 Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2018). Berlin 2017: 3,6 Millionen Einwohner, 193 Nationalitäten. Potsdam.

20 Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2018). Wanderungen. Lange Reihe. Stand 2016. Potsdam.

21 siehe Endnote 20

22 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019). Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“. Abschlussbericht. Berlin.

23 Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2017). Beschäftigte im Braunkohlenbergbau nach Revieren. <https://bit.ly/2TJSFAF5> (10.09.18).

24 siehe Endnote 18

25 siehe Endnote 22

26 Landtag Brandenburg (ohne Jahr). Enquete-Kommission „Zukunft der ländlichen Regionen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels“. Potsdam. <https://bit.ly/2NXZ3a2> (16.11.18).

27 Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2018). Bevölkerungsstand. Lange Reihe. Eigene Berechnungen. Potsdam.

28 siehe Endnote 27

Sachsen

- 1 Der Bundeswahlleiter (2018). Bundestagswahl 2017. Wahlatlans. <https://bit.ly/2JhEVbG> (13.12.18).
- 2 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.
- 3 siehe Endnote 2
- 4 Ragnitz, J. (2017). Auferstanden aus Ruinen: Gründe für den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens nach der Wiedervereinigung. ifo Dresden berichtet. Dresden.
- 5 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart. <https://bit.ly/2CpHFQC> (15.08.18).
- 6 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2018). Statistisch betrachtet. Hochschulindikatoren und Berufsakademie in Sachsen - Ausgabe 2018. Kamenz.
- 7 siehe Endnote 4
- 8 Locke, S. (18.07.2018). Das deutsche Silicon Valley. Chipindustrie in Dresden. Frankfurter Allgemeine Zeitung (18.07.2018).
- 9 Wirtschaftsförderung Sachsen (ohne Jahr). Ein Standort in Bestform. Dresden. standort-sachsen.de (12.07.18).
- 10 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2018). Statistik - Geburten und Sterbefälle. Kamenz. <https://bit.ly/2Uw1Bic> (11.07.18).
- 11 Stanat, P., Schipolowski, S., Rjosk, C., Weirich, S. & Haag, N. (Hrsg.) (2017). IQB-Bildungstrend 2016. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster: Waxmann.

Thüringen

- 1 Thüringer Landesamt für Statistik (2018). Thüringer Daten. Tabellen und Übersichten. Erfurt.
- 2 Bundesagentur für Arbeit (2018). Pendleratlas. Nürnberg. <https://bit.ly/2UxLojh> (21.08.18).
- 3 Thüringen, L. E.G. (2018). ThAFF-Pendler-tage. <https://bit.ly/2xOkllv> (22.08.18).
- 4 IHK Erfurt (2016). Die 100 größten IHK-zugehörigen Unternehmen in Nord- und Mittelthüringen. Erfurt.
- 5 Lachmann, H. (17.05.2014). 125 Jahre Zeiss Stiftung: Zeiss hat die Schwarzmalerei in Jena widerlegt. Stuttgarter Zeitung. <https://bit.ly/2VQQLwZ> (23.08.18).
- 6 JenaWirtschaft (ohne Jahr). Interdisziplinäre Forschung auf Weltniveau. Jena. <https://bit.ly/2J8kfvn> (23.08.18).
- 7 Thüringer Landesamt für Statistik (2017). Thüringen-Atlas. Ausgabe 2017. Erfurt.
- 8 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- 9 Knabe, S. & Kuhnt, A. (2018). Das Thüringer Geburtenhoch im Jahr 2016 – Neuer Trend oder Effekt der Zuwanderung? Statistisches Monatsheft Thüringen. Erfurt.

10 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.

11 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Deutschland wächst – aber nicht überall. Bonn. <https://bit.ly/2HmoaU1> (03.09.18).

Sachsen-Anhalt

- 1 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt (ohne Jahr). UNESCO-Welterbe. <https://bit.ly/2CikWHG> (03.09.18).
- 2 Liebers, K. (09.12.2016). Der deutsche Galilei? Warum Otto von Guericke noch immer unterschätzt wird. Der Tagesspiegel. <https://bit.ly/2UxfWuT> (12.09.18).
- 3 Deutsches Patent- und Markenamt (2018). Aktuelle Statistiken: Patente. <https://bit.ly/2F5GrkD> (22.10.18).
- 4 Statistisches Bundesamt (2018). Forschung und Entwicklung. <https://bit.ly/2HyQ5Pc> (05.09.18).
- 5 Eckl, V. et al. (2017). Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft. arendi: Analysen 2017. Essen.
- 6 IHK Halle-Dessau (2010). Regionalstatistik 2010. Zahlen und Fakten. Halle(Saale).
- 7 Kloß, K. (02.04.2012). Q-Cells ist pleite: Der tiefe Fall des Ex-Weltmarktführers. manager magazin. <https://bit.ly/2UwVk5X> (06.09.18).
- 8 Nord/LB (2017). Die 100 größten Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Sachsen-Anhalt Report. Magdeburg.
- 9 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart. <https://bit.ly/2TMn6hu> (15.08.18).
- 10 Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018). Regionaldatenbank Deutschland. Wiesbaden.
- 11 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- 12 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2017). Statistischer Bericht. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Halle (Saale).
- 13 Umweltbundesamt (2010). Wer wir sind. Was wir tun. Dessau-Roßlau.
- 14 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Deutschland wächst – aber nicht überall. Bonn. <https://bit.ly/2HmoaU1> (03.09.18).
- 15 Leibert, T. (2017). Aktuelle demographische Entwicklungstrends in Sachsen-Anhalt: Licht am Ende des Tunnels im «Labor des demographischen Wandels»? Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften. Leipzig.
- 16 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.; Cima (2019). Cima Deutschlandprognose. Hannover.

Nordrhein-Westfalen

1 Bündler, H. (21.11.17). 2018 ist Schluss – die Kumpel sind motiviert. Frankfurter Allgemeine Zeitung.

2 WDR (2018). Tschüss Kumpel! Die letzten 100 Tage Bergbau. Westdeutscher Rundfunk. Köln. <https://bit.ly/2UzqDwS> (01.11.18).

3 Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2018). Braunkohle. <https://bit.ly/2TJSAF5> (26.11.18).

4 Blasius, T. (05.02.2019). Laschet nennt Kohle-Ausstieg „Operation am offenen Herzen“. Westfälische Rundschau. <https://bit.ly/2XVNRPK> (13.03.2019)

5 Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2017). Beschäftigte im Braunkohlenbergbau nach Revieren. kohlenstatistik.de/19-0-Braunkohle.html (10.09.18).

6 Tagesschau (26.01.2019). Hambacher Forst soll bleiben. <https://bit.ly/2NZYOXg> (13.03.2019).

7 IT.NRW (2018). Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.06. <https://bit.ly/2XRwcj3> (13.11.18).

8 siehe Endnote 3

9 Statistik der Kohlenwirtschaft e.V. (2018). Steinkohle. <https://bit.ly/2Cf5zok> (26.11.18).

10 Bußmann, S. & Helfrich, M. (2018). Regionalwirtschaftliche Profile Nordrhein-Westfalen 2018. Wirtschaftsregionen im Vergleich. Düsseldorf.

11 Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018). Erwerbstätigenrechnung. Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2016. Wiesbaden.

12 Regionalverband Ruhr (2018). Bevölkerungsentwicklung und -struktur im Ruhrgebiet. Aktuelle Daten zum Bevölkerungsstand 31.12.2017. <https://bit.ly/2TvD2pe> (26.11.18).

13 siehe Endnote 12

14 Bogumil, J., Heinze, R. G., Gerber, S., Hoose, F. & Seuberlich, M. (2013). Zukunftsweisend. Chancen der Vernetzung zwischen Südwestfalen und dem Ruhrgebiet. Essen: Klartext.

15 siehe Endnote 11

16 Schnitzler, M. (05.04.2016). So entwickelt sich der Wirtschaftsstandort Dortmund. Westfälische Rundschau. <https://bit.ly/2NWXFOJ> (14.11.18).

17 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Deutschland wächst – aber nicht überall. Bonn. <https://bit.ly/2HmoaU1> (03.09.18); Cima (2019). Cima Deutschlandprognose. Hannover.

18 IT.NRW (2018). NRW-Wirtschaftsleistung im Jahr 2016 in der Rheinschiene am höchsten. <https://bit.ly/2UxGsUp> (21.11.18).

19 Bundesstadt Bonn (2018). Stadt Bonn – Das internationale Profil der Stadt. <https://bit.ly/2Ce50eo> (22.11.18).

20 siehe Endnote 10

21 siehe Endnote 10

22 Dähler, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2018). Eine Region, viele Aussichten. Wie der demografische und wirtschaftliche Wandel Westfalen fordert. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.

23 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Deutschland wächst – aber nicht überall. Bonn. <https://bit.ly/2HmoaU1> (03.09.18).

24 Boll, C. & Jakob, V. (Hrsg.) (2017). Westfalen verstehen. Zahlen und Fakten über eine Region mit Herz und ihre Menschen. Münster: Coppenrath.

25 it's OWL Clustermanagement GmbH (ohne Jahr). Das Technologie-Netzwerk: Intelligente Technische Systeme OstWestfalenLippe. www.its-owl.de (26.11.18).

26 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart. <https://bit.ly/2TMn6hu> (15.08.18).

Rheinland-Pfalz und Saarland

1 Lamparter, D.H. (01.08.2018). Tesla lenkt ab. Zeit. <https://bit.ly/2F0bcTg> (11.09.18).

2 IW Consult GmbH & Fraunhofer IAO (2017). Zukunftsstudie Autoland Saarland. Perspektiven des automobilen Strukturwandels. Köln/Stuttgart.

3 Saarland.innovation&standort e. V. (2018). Autoland Saarland. <https://bit.ly/2XPocs2> (11.09.18).

4 siehe Endnote 1

5 IHK Saarland (2018). Streifzug durch die jüngere saarländische Wirtschaftsgeschichte. <https://bit.ly/2J4eTRE> (11.09.18).

6 Statistisches Amt Saarland (2018). Betriebe, Beschäftigte und Gesamtumsatz im produzierenden Gewerbe 2015 bis 2017. Tabellen und Grafiken aus dem Bereich „Produzierendes Gewerbe“. Saarbrücken.

7 Statistisches Amt Saarland (2018). Erwerbstätige (am Arbeitsort) 2010 bis 2017 nach Bundesländern. Tabellen und Grafiken aus dem Bereich „Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt“. Saarbrücken.

8 siehe Endnote 5

9 Doll, N. (03.09.2018). Bei Ford stehen 24.000 Stellen auf der Kippe. Welt. <https://bit.ly/2J6in1f> (11.09.18).

10 Ford Motor Company (ohne Jahr). Ford in Deutschland. Saarlouis. <https://bit.ly/2Uz5TFI> (08.01.19).

11 Statistisches Bundesamt (2018). Schulden. Schulden der Länder am 31.12.2017. <https://bit.ly/2DJYQk> (11.09.18).

12 Ministerium für Finanzen und Europa (2018). Investitionsoffensive und Schuldenabbau: Mit dem Doppelhaushalt 2019/2020 beginnt eine neue Zeitrechnung. www.land-voller-energie.saarland/SID-FAF40386-CD418B51/7253_240161.htm (11.09.18).

13 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.

14 siehe Endnote 13

15 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2017). Statistisches Jahrbuch 2017. Bad Ems.

16 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.

17 Arbeitskammer des Saarlandes (2017). Analyse der Branchenstrukturen im Saarland. Entwicklungen, Trends und Ansatzpunkte. Saarbrücken.

18 siehe Endnote 13

- 19 Die statistischen Ämter der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz-Wallonie (2018). Grenzüberschreitende Berufspendler nach Land und Region. <https://bit.ly/2Tymxbj> (17.09.18).
- 20 siehe Endnote 16
- 21 Bundesagentur für Arbeit (2018). Pendleratlas. Nürnberg. <https://bit.ly/2UxLoJh> (21.08.18).
- 22 siehe Endnote 21
- 23 siehe Endnote 21
- 24 Dienstleistungszentrum ländlicher Raum Rheinpfalz (2017). In Rheinland-Pfalz zur Herstellung von Wein zugelassene Rebsorten. <https://bit.ly/2F91ST3> (12.09.18).
- 25 Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz (2018). Rheinland-Pfalz - das Weinland Nr. 1 in Deutschland. <https://bit.ly/27YeePx> (11.09.18).
- 26 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz (2018). Die Landwirtschaft 2017. Statistische Bände. Bad Ems.
- 27 IHK Pfalz (2018). Wirtschaftsraum Pfalz. <https://bit.ly/2EVziTE> (11.09.18).
- 28 Ahlfeld, G.M. & Feddersen, A. (2015). From periphery to core: measuring agglomeration effects using high-speed rail. London.
- 29 Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz e.V. (2018). Die ZIRP - Über uns. Netzwerk, Impulsgeber, Standortinitiative. <https://bit.ly/2Hh15SO> (11.10.18).
- Hessen**
- 1 Hessische Landesregierung (2018). Offensive für den Ländlichen Raum „Land hat Zukunft – Heimat Hessen“. <https://bit.ly/2TKNiCl> (23.11.18).
- 2 Universität Kassel (2016). Wirtschaftliche Effekte der Hafeneröffnung Bad Karlshafen. Kassel.
- 3 Wegener, T. (07.11.18). Hafenbecken in Bad Karlshafen wird wieder geflutet. Neue Westfälische. <https://bit.ly/2Y1N9ke> (27.11.18).
- 4 Bund der Steuerzahler Hessen e.V. (2016). Fragwürdige Hafeneröffnung in Bad Karlshafen. <https://bit.ly/2T16yOe> (27.11.18).
- 5 Hessisches Ministerium der Finanzen (2017). Finanzminister Dr. Schäfer und Innenminister Beuth stellen Programm zur Entschuldung hessischer Kommunen von Kassenkrediten und zur Förderung kommunaler Investitionen vor. <https://bit.ly/2VQ058Z> (23.11.18).
- 6 Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018). Regionaldatenbank Deutschland. Wiesbaden.
- 7 Volkswagen Aktiengesellschaft (2018). Volkswagen AG Werk Kassel. <https://bit.ly/2T14zRt> (23.11.18).
- 8 Slupina, M. & Sütterlin, S. (2018). Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- 9 van den Busch, U. & Werner, A. (2016). Hessenreport 2016. Prognose zu Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regionen bis 2030. Wiesbaden.
- 10 Frankfurter Allgemeine Zeitung (17.09.2018). UBS wählt Frankfurt als EU-Basis. <https://bit.ly/2TMEAdy> (23.11.18).
- 11 Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale Helaba (2018). Finanzplatz Frankfurt. Koffer packen bei Brexit-Banken. Frankfurt am Main.
- 12 siehe Endnote 11
- 13 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart. <https://bit.ly/2TMn6hu> (15.08.18).
- 14 Staib, J. (08.08.2018). Die eingekesselte Stadt. Frankfurter Allgemeine Zeitung. <https://bit.ly/2u4viiLH> (27.11.18).
- 15 Institut Wohnen und Umwelt (2016). Wohnungsbedarfsprognose Frankfurt am Main. Darmstadt.
- 16 Günther, B. (27.09.18). „Wie groß soll Frankfurt noch werden?“. Frankfurter Allgemeine Zeitung. <https://bit.ly/2F6Z1tu> (27.11.18).
- 17 IW Consult GmbH (2018). Städteranking 2018. Köln.
- 18 Deloitte (2018). Deutschlands Tech-Hubs. Performance und Potenzial der deutschen Metropolen.
- 19 Bitcom e.V. (2017). Bitkom-Wettbewerb: Digitale Stadt. <https://bit.ly/2Het455> (23.11.18).
- 20 Wissenschaftsstadt Darmstadt (ohne Jahr). Wissenschaft. <https://bit.ly/2JhwC8a> (27.11.18).
- Baden-Württemberg**
- 1 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung. <https://bit.ly/2UvYuyi> (30.10.18).
- 2 Statistisches Bundesamt (2018). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden.
- 3 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Konjunktur 2018 – Aufschwung ohne Ende? Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg. Stuttgart.
- 4 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Stuttgart. <https://bit.ly/2TMn6hu> (15.08.18).
- 5 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (ohne Jahr). Südwesten investiert europaweit am meisten in Forschung und Entwicklung. <https://bit.ly/2TOadfa> (22.10.18).
- 6 CHE gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung (2017). Hochschulbildung wird zum Normalfall – auch in räumlicher Hinsicht? Eine Analyse der Ausbreitung von Hochschulstandorten seit 1990. Gütersloh.
- 7 Deutsche Forschungsgemeinschaft (2018). Förderlinie Exzellenzcluster. Gesamtliste der geförderten Projekte. Bonn.
- 8 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2018). Forschungs- und Entwicklungs-Monitor Baden-Württemberg. Stuttgart.
- 9 Deutsches Patent- und Markenamt (2018). Aktuelle Statistiken: Patente. <https://bit.ly/2F5GrkD> (22.10.18).
- 10 Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (2018). Innovative Autobauer. <https://bit.ly/2SWrwxW> (22.10.18).
- 11 Frankfurter Allgemeine Zeitung (28.09.17). Jetzt ist es offiziell: Die E-Auto-Quote in China kommt. <https://bit.ly/2yXO6h> (17.01.19).
- 12 Zeit (07.01.2019). Neue Tesla-Fabrik in China soll 500.000 Autos pro Jahr produzieren. <https://bit.ly/2NYVD73> (17.01.19).
- 13 Frankfurter Allgemeine Zeitung (09.10.18). Deutschland bremst bei CO₂-Grenzwerten für Autos. <https://bit.ly/2F6Bk4G> (17.01.19).
- 14 Polizeipräsidentium Heilbronn (2018). Polizeiliche Kriminalstatistik 2017. Heilbronn.
- 15 Stadt Heilbronn (2017). Wahlergebnis der Bundestagswahl 2017 für den Wahlkreis 267 Heilbronn. <https://bit.ly/2CeYdB4> (22.10.18).
- 16 KfW Bankengruppe (2018). KfW-MittelstandsAtlas 2018. Regionale Gesichter des Mittelstands: ein Bundesländervergleich. Frankfurt am Main.
- 17 IHK Region Stuttgart (ohne Jahr). Fachkräftemangel – Zahlen und Fakten. Aktuelle Lage in Baden-Württemberg. <https://bit.ly/2UwTatr> (22.10.18).
- 18 siehe Endnote 17
- 19 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2017). Ausländische Bevölkerung in Baden-Württemberg 2016 auf neuem Rekordniveau. <https://bit.ly/2VZz2tZ> (22.10.18).
- 20 Bäuerlein, U. (20.04.18). Wirtschaft in Baden-Württemberg setzt sich mit Initiative für Flüchtlinge ein. Südkurier. <https://bit.ly/2Hg7NHY> (22.10.18).
- 21 Bertelsmann Stiftung (2017). Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme 2018. Key Facts.
- 22 siehe Endnote 21
- 23 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Deutschland wächst – aber nicht überall. Bonn. <https://bit.ly/2HmoaU1> (03.09.18).
- 24 Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft (2018). Popul Labor BW. <https://bit.ly/2ETeUCP> (08.01.18).
- 25 Staatsministerium Baden-Württemberg (2018). Start des „Digital Hub Nordschwarzwald RESPOND“ in Pforzheim. <https://bit.ly/2ESYJFu> (08.01.19).
- 26 Deutsches Patent- und Markenamt (2018). Jahresbericht 2017. München.; Deutsches Patent- und Markenamt (2014). Jahresbericht 2013. München.
- Bayern**
- 1 Zugspitz Region GmbH (2018). Landesausstellung Ettal 2018. <https://bit.ly/2HS5Kjy> (14.01.19).
- 2 Stadt Ingolstadt (ohne Jahr). Bedeutende Unternehmen in Ingolstadt. <https://bit.ly/2NXWnsY> (10.01.19).
- 3 Landeshauptstadt München (2018). Börsennotierte Unternehmen. München. <https://bit.ly/2J7g4Qr> (10.01.19).
- 4 Wüest Partner Deutschland & W&P Immobilienberatung GmbH (2018). Süddeutsche Wohnungsmärkte. Daten & Perspektiven. München.
- 5 empirica-systeme GmbH (2018). empirica-Preisdatenbank. Berlin.
- 6 siehe Endnote 4
- 7 Bayerischer Landtag (2018). Söder ruft in Regierungserklärung zur Sachlichkeit auf. <https://bit.ly/2CaKlrf> (21.01.19).
- 8 Huber, E. & Storch, L. (25.04.2018). Maßnahmen gegen den Mangel: Wohnungsnot bekämpfen: Bauministerin Aigner nennt erste Zielmarke. Bayerischer Rundfunk. <https://bit.ly/2UfaTbu> (10.01.19).
- 9 Bundesagentur für Arbeit (2018). Blickpunkt Arbeitsmarkt. Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2017. Nürnberg.
- 10 Zentrum Bayern Familie und Soziales (ohne Jahr). Bayerisches Familiengeld. <https://bit.ly/2T3ngMY> (14.01.19).
- 11 IHK Bayern (2018). IHK Fachkräftemotor Bayern. <https://bit.ly/2SYHeIY> (21.01.19).
- 12 Bayerisches Landesamt für Statistik (2018). 4 255 Einkommensmillionäre in Bayern. München. <https://bit.ly/2Chcc9E> (21.01.19).
- 13 Deutscher Bundestag (2009). Lage der Porzellanindustrie in Oberfranken. Antwort der Bundesregierung. Berlin.
- 14 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2018. Bonn. www.inkar.de.
- 15 Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2018). Deutschland wächst – aber nicht überall. Bonn. <https://bit.ly/2HmoaU1> (03.09.18).
- 16 Bayerisches Landesamt für Statistik (ohne Jahr). GENESIS-Online Datenbank. Fürth.
- 17 siehe Endnote 14
- 18 Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Coburg mbH (2018). Coburg. Leben, Arbeiten und Wohnen in der Vestestad. Coburg.
- 19 Bayerisches Landesamt für Statistik (2018). Unternehmen, Unternehmensregister. Neugründungen und vollständige Aufgaben je 1000 Einwohner in Bayern 2017. <https://bit.ly/2Hg490K> (21.01.19).
- 20 Schmid, K. (25.04.18). Vom Armenhaus zur stärksten Wirtschaftsregion in Europa. Süddeutsche Zeitung. <https://bit.ly/2VQyZdi> (21.01.19).
- 21 Bundesanstalt für Arbeit (1981). Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit. Arbeitsmarktstatistik 1980 - Jahreszahlen. Nürnberg.
- 22 Zollner Elektronik AG (ohne Jahr). Historie. <https://bit.ly/2HevC39> (21.01.19).
- 23 mymuesli GmbH (ohne Jahr). Was alles begann. Die Geschichte von MyMuesli. <https://bit.ly/2EX6Qkj> (21.01.19).
- 24 Süddeutsche Zeitung (21.03.16). Auch Deggendorf profitiert von der Hochschule. <https://bit.ly/2X7mr4> (21.01.19).
- 25 Nationalpark Bayerischer Wald (ohne Jahr). Besucher. <https://bit.ly/2TyhnfO> (21.01.19).
- 26 Technische Hochschule Deggendorf (ohne Jahr). Mikro-Hochschule im Bayerischen Wald. <https://bit.ly/2HtQenL> (21.01.19).
- 27 Landeswahlleiter des Freistaates Bayern (2018). Landtagswahl am 14. Oktober 2018. Endgültiges Ergebnis. <https://bit.ly/2ET67ki> (21.01.19).
- 28 Bundesagentur für Arbeit (2018). Engpassanalyse. Statistik visualisiert. <https://bit.ly/2F5VoUN> (09.01.19).

Berlin-Institut

für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin

www.berlin-institut.org

Dieses Projekt wurde gefördert von



sowie



Förderkreis des
Berlin-Instituts

ISBN: 978-3-946332-45-9

nderung sorgt für demografisches Zwischenhoch +++ Arbeitskräfte auf dem Land werden knapp +++ Teile von Sachsen und Thüringen schließen zum W
wo der demografische Wandel zuschlägt +++ Berlin auf der Überholspur +++ Zuwanderung aus dem Ausland ebbt ab +++ das Saarland fällt zurück ++